

## Geschlechterrollen

### In der Bildung fährt der Frauenfahrstuhl schneller

05.07.2013 · Die Jungen sind die neuen Bildungsverlierer - die meisten Schulabbrecher und Förderschüler sind männlich, auf dem Gymnasium sind Jungen in der Minderheit. Doch das ist nur die halbe Wahrheit.

Von [Lisa Becker](#)

81,1



© dpa Auf dem Weg nach oben: Inzwischen machen gut 40 Prozent der Mädchen Abitur

Die Jungen sind die neuen Bildungsverlierer - dieser Befund hat sich im öffentlichen Bewusstsein festgesetzt. Aus dem Bauch heraus dürften ihm viele zustimmen. Schließlich hört man öfter von Jungen als von Mädchen, dass sie sich in der Schule schwertun und dass ihre Noten gerade so eine Versetzung erlauben - oder auch nicht. Doch ist ihr Bildungsrückstand wirklich so groß? Und hat er negative Auswirkungen auf ihre spätere Stellung auf dem Arbeitsmarkt?

Unter den Schulabbrechern sind 60 Prozent männlich, unter den Förderschülern 64 Prozent und unter den Hauptschülern 56 Prozent. Im Gymnasium sind Jungen mit 47 Prozent in der Minderheit. Sie erlangen seltener die allgemeine (45 Prozent) und die Fachhochschulreife (48 Prozent). Diese Statistiken zeigen freilich nicht, dass Jungen heute schlechter lernen als früher; sie zeigen nur, dass sie im Vergleich zu den Mädchen schlechter abschneiden. Für den höheren Bildungsweg gilt dies dann ohnehin nur noch eingeschränkt: Unter den Studenten sind mehr Männer (52 Prozent im Wintersemester 2012/2013) als Frauen.

Unter den Bachelor-Absolventen sind sie mit den Frauen fast gleichauf und unter den Master-Absolventen (56 Prozent im Prüfungsjahr 2011) sogar vorne. Bildungsforscher Jürgen Budde von der Universität Flensburg mag angesichts dieser Zahlen die These von den Jungen als den Bildungsverlierern nur eingeschränkt unterstützen. „Um die, die auf das Gymnasium gehen, muss man sich keine große Sorgen machen“, sagt er. „Sie werden die beruflichen Anschlüsse schaffen.“

### Auch die Jungen sind in der Schule erfolgreicher als früher

Zwar hätten auch im bildungsbürgerlichen Milieu die Jungen eine größere Distanz zur Schule als die Mädchen, was zu schlechteren Schulleistungen führe. Das war aber schon vor Jahrzehnten so. „Auch damals sind im Unterricht eher die Jungen aufgefallen als die Mädchen.“ Später, im Übergang in den Beruf, seien die Männer dann keineswegs im Hintertreffen. Da hülfe ein selbstbewusstes Auftreten, Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten und Überzeugungskraft - für Männer typische Eigenschaften.

Im Vergleich zu früher sind nicht nur die Mädchen, sondern auch die Jungen in der Schule erfolgreicher. So habe sich der Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife auch unter den Jungen erhöht und derjenige ohne Abschluss verringert, erklärt die Bildungsexpertin des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK),

Esther Hartwich. „Allerdings ist diese Entwicklung bei den Mädchen deutlich ausgeprägter.“ Ihre Ansprüche an Bildung, Ausbildung und Lebensplanung hätten seit den siebziger Jahren stark zugenommen.

Inzwischen machen gut 40 Prozent der Mädchen Abitur, vor zwanzig Jahren war es ein gutes Viertel. Die Zahl der männlichen Abiturienten ist im gleichen Zeitraum von 22 Prozent auf 33 Prozent gestiegen. Die Entwicklung hin zu höheren Bildungsabschlüssen nennt Budde Fahrstuhleffekt. „Doch der Frauenfahrstuhl fährt eben schneller.“ Männlichkeit sei lange ein großes Privileg gewesen, ein Ticket auf die Fleischtöpfe der Gesellschaft - das löse sich heute aber nicht mehr automatisch ein.

## **Männlich, Migrationshintergrund und Großstadt**

Sorgen macht sich der Forscher um die Jungen am unteren Ende der Bildungsskala, die den Hauptschulabschluss kaum oder gar nicht schaffen. Für sie könne die Schule ihre Integrationsfunktion nicht erfüllen; sie seien die wirklich Benachteiligten. „Vor vierzig Jahren hatten solche jungen Männer noch eine berufliche Perspektive, zum Beispiel in der Landwirtschaft“, sagt Budde. Heute finden gering Qualifizierte hingegen kaum noch eine Stelle.

Männlich, Migrationshintergrund und Großstadt - das sei eine ungünstige Kombination, sagt Donata Kluxen-Pyta, Bildungsexpertin in der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Zur Förderung dieser Jungen seien zum Beispiel mehr gebundene Ganztageschulen nötig. „Den Jungen fällt es schwerer, sechs Stunden hintereinander die Schulbank zu drücken“, glaubt Kluxen-Pyta.

Auch Martin Baethge fordert mehr Ganztageschulen, um das kognitive Niveau der Jungen im unteren Bildungsbereich zu steigern. Der Präsident des Soziologischen Forschungsinstituts an der Göttinger Universität verlangt außerdem, die Lehrpläne an den Haupt- und Berufsschulen stärker an die Stärken der Jungen anzupassen. Sie seien bisher zu sehr auf Bücher konzentriert, sagt Baethge. Es müsste viel stärker darum gehen, die Motorik zu entfalten.

## **Geschlechterstereotypen aufbrechen**

Er plädiert zudem für eine stärkere Verbindung von Allgemeinbildung und praktischen Tätigkeiten. So interessierten sich gerade Jungen für fachtheoretische Inhalte, wenn sie einen Anwendungsbezug erkennen könnten. Baethge lobt außerdem die Praktikumsklassen, die an manchen Schulen eingerichtet wurden. In ihnen sammeln die Schüler weit über die üblichen zwei Wochen hinaus praktische Erfahrungen in Betrieben. Nicht nur im unteren, sondern auch im mittleren Bildungsbereich hätten die Mädchen bessere Aussichten als die Jungen, sagt Baethge.

Die Männer sind zwar in der betrieblichen dualen Ausbildung etwas stärker vertreten. Und diese ist bekanntlich ein erfolgreicher Weg in den Beruf. Doch in der schulischen Berufsausbildung befinden sich deutlich mehr Mädchen als Jungen. Sie besuchen berufliche Schulen, die sie zum Beispiel zu Erzieherinnen und Pflegerinnen ausbilden. In solchen Dienstleistungsberufen gebe es schon heute einen Mangel, die beruflichen Chancen seien besonders gut, sagt Baethge. Er empfiehlt deshalb, dass auch mehr Jungen eine Ausbildung in den Erziehungs- und Gesundheitsberufen anstreben sollten.

Doch müsse man dazu Geschlechterstereotypen aufbrechen. Über die Sorgen um die Jungen dürfe man die Mädchen nicht vergessen, warnt BDA-Bildungsexpertin Kluxen-Pyta. So zeigten Mädchen mit ausländischen Wurzeln zwar bessere Leistungen in der Schule als die Jungen. „Nach der Schule knüpfen sie aber nicht erfolgreich an diesen Vorsprung an.“ Mädchen haben oft sogar schlechtere Chancen als Jungen, sagt Elisabeth Kregel, Arbeitsmarktforscherin am Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB).

Vergleiche man ein Mädchen mit einem schlechten Abschluss mit einem Jungen mit einem schlechten Abschluss, dann seien die beruflichen Chancen des Mädchens noch geringer. Ungerecht sei zudem, dass ein Mädchen, das sich für einen gewerblich-technischen Ausbildungsplatz interessiere, kaum Chancen habe. „Die wenigen Frauen, die diese Präferenz haben, werden von den Betrieben nicht genommen.“ Das liegt vermutlich daran, dass der Arbeitgeber glaubt, Frauen passten in ein solches von Männern geprägtes Umfeld nicht hinein.

Oft wird nicht nur für Haupt- und Berufsschulen, sondern für alle Schulen gefordert, den Unterricht mehr den Bedürfnissen der Jungen anzupassen. Dem kann Bildungsforscher Budde nicht viel abgewinnen. Wenn ein Lehrer zum Beispiel herausfinde, dass Bewegung dem Lernen diene, dann sollte er den Unterricht bewegter gestalten. „Doch darf dies dann kein exklusives Recht der Jungen sein.“

Budde bezweifelt ohnehin, dass Jungen generell einen höheren Bewegungsdrang haben als Mädchen. Viele, auch die Wirtschaftsverbände, plädieren außerdem für mehr männliche Erzieher und Lehrer. Auch da glaubt Budde nicht an direkte positive Auswirkungen auf die Jungen. Dafür gebe es keine Belege. „Aus der Forschung weiß man, dass Männer die Jungen eher streng bewerten.“

## „70.000 Lehrstellen werden unbesetzt bleiben“

07.07.2013 · Im neuen Ausbildungsjahr werden der deutschen Wirtschaft wieder Zehntausende Bewerber fehlen. Eric Schweitzer, Chef der deutschen Industrie- und Handelskammern, spricht von einer Lehrlingslücke, die über Änderungen im Bildungssystem geschlossen werden könnte.



© Pein, Andreas „Uns fehlen 1,4 Millionen Facharbeiter“, sagt Eric Schweitzer.

**Herr Schweitzer, Sie sind promovierter Betriebswirt und führen die Entsorgungsfirma Alba. Könnten Sie sich vorstellen, dass Ihre beiden Kinder am Band stehen und Müll sortieren?**

Das haben beide schon gemacht, während der Schulferien.

**Und hauptberuflich?**

Wenn sie finden sollten, es ist das Richtige für sie: Warum nicht?

**Ist Deutschland ein Land, in dem Aufstiegschancen und Abstiegsrisiken gerecht verteilt sind?**

Ich glaube schon, dass wir bei der Chancengerechtigkeit ein gutes Stück weitergekommen sind. Wir müssen aber am Thema dranbleiben - gerade mit Blick auf die demographische Entwicklung und den drohenden Fachkräftemangel.

**Früher hat eine breite Mehrheit der Deutschen gesagt: Wer sich anstrengt, der schafft es auch nach oben. Heute sind sich die Leute nicht mehr sicher. Irren sie?**

Schauen Sie sich die geringe Arbeitslosenquote hierzulande an. Bei uns hat jeder Jugendliche die Chance, einen Beruf zu erlernen. Das verdanken wir der dualen Berufsausbildung, die es in anderen Ländern, etwa in Südeuropa, so nicht gibt. Dort gehen die Jugendlichen meist zur Hochschule, oder sie beginnen ungelern einen Job.

## **Bis vor kurzem hieß es, Deutschland hat im internationalen Vergleich viel zu wenig Hochschulabsolventen. War das falsch?**

Das ist eine Chimäre. Noch vor wenigen Jahren wurden wir von internationalen Organisationen für unser Ausbildungssystem kritisiert. Es galt als veraltet, genau wie der Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt. Jetzt heißt es auf einmal, wir brauchen diese duale Ausbildung in anderen Ländern auch.

## **Voriges Jahr blieben 70.000 Lehrstellen unbesetzt. Ganz so attraktiv scheint das Modell aus Sicht der Schulabgänger nicht zu sein.**

Hauptursache ist, dass wir in Deutschland immer weniger Schulabgänger haben. Aber es stimmt: Für das Ausbildungsmodell, das die ganze Welt jetzt gut findet, müssen wir auch im eigenen Land immer wieder werben.

## **Sie wollen die Leute von der Uni weglocken?**

Ich sage es mal so: Wir müssen den jungen Menschen klarmachen, dass das berufliche Glück nicht allein an einem Studium hängt. Es stimmt nicht, dass man ohne den Besuch einer Hochschule im Leben nichts werden kann. Früher galt: Mach erst mal eine ordentliche Lehre, dann kannst du immer noch an die Hochschule gehen. Das ist auch heute nicht falsch - zumal, wenn man sich die hohe Zahl von Studienabbrechern ansieht. Es hilft nichts, einen jungen Menschen zu überfordern.

## **Es heißt doch immer, wir haben zu wenig studierte Ingenieure?**

Das stimmt auch. Aber Sie müssen die Zahlen ins Verhältnis setzen: In den technischen Bereichen fehlen uns bis zum Jahr 2020 rund 150.000 Akademiker, aber sage und schreibe 1,4 Millionen Facharbeiter. Wir brauchen die richtige Mischung.

## **Wie viele Ausbildungsplätze bleiben dieses Jahr denn leer?**

Es werden wohl wieder um die 70.000 unbesetzte Lehrstellen sein. Wir haben das Glück, dass durch die Schulzeitverkürzung in Hessen und Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr zwei Abiturjahrgänge gleichzeitig auf den Ausbildungsmarkt kommen. Ab 2014 werden die Bewerberzahlen stark abnehmen. Wenn wir nichts tun, fehlen uns schon in zwölf Jahren sechs Millionen Arbeitskräfte. Diese Frage ist genauso zentral wie die Energiewende, über die derzeit so viel diskutiert wird.

## **Kann man jetzt schon von einer Lehrlingslücke sprechen?**

Und ob! Die unbesetzten Ausbildungsplätze sind ein echtes Problem. Das liegt auch an falschen Prioritäten. Viele wollen zum Beispiel Friseur oder Mechatroniker werden, weil sie die Berufe kennen. Um die Schüler mit weiteren Berufsbildern vertraut zu machen, engagieren wir uns für Partnerschaften zwischen Betrieben und Schulen.

## **Daran hapert es?**

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Neulich meldete sich die Tochter eines Bekannten, die bei uns in der Firma ein Praktikum machen wollte - aber bitte nur sechs Stunden an drei Tagen pro Woche, sie habe ja noch andere Verpflichtungen. Da habe ich gesagt: Ganz oder gar nicht, sonst ist es nicht das reale Leben. Sie hat dann auf das Praktikum verzichtet.

## **Wollen Sie damit sagen, die Jungen sind Weicheier?**

Überhaupt nicht. Auch meine Eltern haben schon zu mir gesagt: Was soll aus eurer Generation bloß werden? Ihr könnt ja gar nicht richtig arbeiten. Die heutige Generation ist nicht besser oder schlechter als andere.

## **Die meisten Ausbildungsplätze bleiben in Branchen wie der Gastronomie frei, wo die Arbeitsbedingungen sehr schlecht sind. Müssen die Arbeitgeber mehr bieten?**

Das ist ein Thema von Angebot und Nachfrage. Im Wettstreit um die begehrten Schulabgänger müssen sich alle Unternehmer etwas einfallen lassen, um attraktiv zu sein. Dann stellt sich die entsprechende Nachfrage schon ein.

## **Die große Angst ist also, dass es für die Arbeitgeber teurer wird?**

Wenn qualifizierte Arbeitskraft ein knappes Gut ist, wird sie natürlich teurer. Das ist die Logik der Betriebswirtschaft.

## **Und die Chancen der Bewerber verbessern sich durch den Geburtenrückgang von selbst?**

Von selbst verbessert sich überhaupt nichts. Der Arbeitsmarkt kann so leergefegt sein, wie er will, für Jugendliche ohne Schul- oder Berufsabschluss sieht es auch in Zukunft düster aus. Deshalb ist es so wichtig, dass wir die Zahl der Schulabbrecher reduzieren.

## **Wie wollen Sie das machen?**

Chancengerechtigkeit beginnt damit, dass jedes Kind ganztags in die Kita oder in die Schule gehen kann. Den Rechtsanspruch, der am 1. August für Ein- bis Zweijährige in den Kitas kommt, brauchen wir auch für die Ganztagschulen. Das ist nicht nur für die Kinder besser, sondern auch für die Mütter und Väter. 70 Prozent der Eltern würden ihr Kind gern auf eine Ganztagschule schicken, aber nur ein Drittel kann es tun. Diese Lücke müssen wir bis 2020 schließen. Dafür sind pro Jahr Investitionen von 1,4 Milliarden Euro nötig, im laufenden Betrieb kostet es 4,3 Milliarden Euro mehr als jetzt.

## **Wer soll das bezahlen?**

Das ist der klassische Vorwurf: Die Wirtschaft ist gegen Steuererhöhungen, stellt an den Staat aber immer höhere Ansprüche.

## **Ist das denn falsch?**

Ja. Nach unserer Rechnung finanziert sich der Ausbau der Ganztagschule von selbst. Wenn die Bildungsausgaben auch bei sinkenden Schülerzahlen gleich bleiben und wenn alle Eltern, die es wollen, ganztags arbeiten können: Dann kommt das Geld schnell wieder herein. Obendrein gibt es noch das überflüssige Betreuungsgeld. Diese Mittel wären für die Ganztagschulen besser angelegt.

## **Wenn das alles so einfach ist: Woran scheitert es?**

Hauptsächlich daran, dass die Schulen in Deutschland reine Ländersache sind. Das ist nicht mehr zeitgemäß. Es ist schwer genug, mit schulpflichtigen Kindern von einem Bundesland ins andere umzuziehen. Deshalb muss der Bund das Recht bekommen, gemeinsam mit den Ländern einheitliche Standards zu erarbeiten und für die Umsetzung auch Geld zu geben. Auch für die Zuwanderer, die wir dringend brauchen, würde es damit leichter.

## **Müssen wir auch das Schulsystem ändern - und die Schüler länger gemeinsam lernen lassen?**

Als Berliner bin ich auf eine sechsjährige Grundschule gegangen, und es hat mir nicht geschadet. Wenn man bei mir nach der vierten Klasse schon über den weiteren Weg entschieden hätte, wäre ich wahrscheinlich nicht aufs Gymnasium gekommen. Ich hatte jedes Jahr einen blauen Brief, dass die Versetzung gefährdet ist.

## **Wann kam bei Ihnen der Kick?**

Erst an der Uni. Bei einem Klassentreffen sagte mir neulich jemand: Wir hätten nie gedacht, dass du Abitur machst. Deshalb sage ich auch aus eigener Erfahrung, dass wir eine Kultur der zweiten Chance brauchen.

## **Hätten Sie diese Chance auch gehabt, wenn Ihr Vater nicht Unternehmer gewesen wäre?**

Ich glaube nicht, dass ich besondere Privilegien hatte. Ich habe zum Beispiel ganz normal öffentliche Schulen besucht.

## **In den Ferien sind Sie mit dem Müllwagen durch die Stadt gefahren. War das ein Realitätsschock?**

Es war ein Ankommen im realen Leben. Ich habe den Respekt davor gelernt, was viele Menschen leisten. Den ganzen Tag lang mit dem Müllwagen durch den Großstadtdschungel zu fahren: Das ist eine anstrengende Arbeit, bei der man sich sehr konzentrieren muss.

## **Wer es nur zum Müllmann bringt, ist also kein Versager?**

Was heißt hier „nur“? Das ist das falsche Denken. Jeder hat nun mal unterschiedliche Talente. Es muss nicht jeder Unternehmer sein, aber es muss auch nicht jeder Künstler werden.

## **Und die Schere bei den Einkommen ist dann in Ordnung?**

Da antworte ich als Alba-Chef mit einem Beispiel aus dem Basketball. Dirk Nowitzki gehört zu den fünf oder sechs besten Spielern der Welt, und er wird entsprechend gut bezahlt. Was soll daran falsch sein? Er hat sich das erarbeitet, und was er dafür leistet, ist eine echte Quälerei. Die Amerikaner sind stolz auf ihn. Bei uns neigt man eher zum Neid.

Zur Person

Eric Schweitzer, 47, ist in Malaysia geboren und in Berlin aufgewachsen. Er studierte Betriebswirtschaft an der Freien Universität Berlin, wo er über „Ordnungspolitische Probleme der Abfallwirtschaft“ promovierte. Anschließend stieg er in die Geschäftsleitung der väterlichen Entsorgungsfirma ein, seit 1998 führt er das Unternehmen gemeinsam mit seinem Bruder. Heute hat der Recyclingkonzern Alba, Hauptsponsor des gleichnamigen Basketballklubs, rund 9000 Beschäftigte im In- und Ausland. Im März 2013 wurde er Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), zuvor führte er neun Jahre die Berliner Kammer.

Das Gespräch führte Ralph Bollmann.

Quelle: F.A.S.

## The Opportunity Costs of “Free”

81,8

P.J. O’Rourke once quipped, “If you think health care is expensive now, wait until you see what it costs when it’s free.” The truth behind O’Rourke’s humor is the opportunity cost of “political free.”

Even relatively bright people who have never studied economics realize that behind the government’s redistribution of wealth are huge opportunity costs both for citizens who actually pay for the government’s giveaways and for the people who receive them.

Resources are scarce and something can only be free if there is no opportunity to have or do anything else (Lee, 1999). When a poor person decides to have children and take welfare, this person narrows or even eliminates his/her opportunity to do something more productive like working, improving him/herself, getting away from the despair and dependence that comes with the government running his/her life.

One of this article’s authors had the opportunity to sit in a local Social Security office to correct a wrong birth date in the Social Security records. This necessitated waiting in a room full of entitlement recipients who were there for their monthly government check. It was fascinating and sad to see how miserable these people were as they waited to get a check for living expenses from the government. They resented being there, having to wait for and deal with the indifference of Social Security employees. Once the check was cashed, the relief and joy would last only until the money was gone. We doubt the government, and certainly not the welfare recipients, factored this wasted time and personal humiliation as the opportunity costs of being financially rescued by the federal government.

Government riding to the rescue of people unable/unwilling to take care of themselves is fraught with paradox. The term “rescuing” comes from the therapeutic literature where a therapist rescues a patient who is in trouble (see Watzlawick, Weakland & Fisch, 1975). A new problem often arises because the person being rescued resents the fact that the rescuer has it together enough to be able to help them and the rescuer resents the fact that the person(s) he has rescued doesn’t appreciate his/her help.

## An Economic View of Political Free

Like lemmings to the sea, the Western world has responded to political promises of free things, both from their governments and from business in unprecedented ways. We spent several months traveling around Europe during the past two summers and when we quizzed people about how they liked their health care system the vast majority replied: “Well ... it’s free!” But is it really? Most Europeans work until at least July for their governments and in Scandinavia personal income tax, payroll, and VAT taxes hover in the 80 percent range. Europeans also freely admitted that the wealthy in their countries who have cancer or heart illness frequently travel to the U.S. to pay for and receive lifesaving treatment.

Mises (1990, p. 51) warned us about the “ineradicable scarcity of time as well as resources” and cautions us to act wisely in the choices we make. The use of “free” is fundamentally a rhetorical trick that has been used by dictators, despots, and unscrupulous marketers for many, many centuries. In *Predictably Irrational*, Dan Ariely (2008, p. 55) warns us about the high price of zero cost, pointing out that free is an emotional hot button—a source of irrational excitement, but seldom free. In a September 24, 2012 front page *Wall Street Journal* story by Robin Sidel titled “‘Free’ Checking Costs More” the author reports that banking customers flock to banks to get their “free” checking account, then are shocked to learn that their free account requires hundreds of dollars to be deposited and remain in the bank in a non-interest-earning account.

Free is also a key component of the populist rhetorical arsenal and not just from the Hugo Chavez’s of the world. Political progressives on both sides of the aisle in American politics continue to use “free” to gain advantage with voters. Interestingly, the Federal Trade Commission publishes a guide §251.1 warning consumers of the use of the word “free” in selling things (<http://ftc.gov/bcp/guides/free.htm>).

“(2) Because the purchasing public continually searches for the best buy, and regards the offer of ‘Free’ merchandise or service to be a special bargain, all such offers must be made with extreme care so as to avoid any possibility that consumers will be misled or deceived.”[\[1\]](#)

We assume this regulation would put former Speaker of the House, Nancy Pelosi, at odds with the FTC when, after the Supreme Court upheld the individual mandate part of the Universal Health Care Bill, she urged young people, particularly the artistic types, to quit their jobs and pursue their passions because their health care would be *free* from now on. Governments around the world have offered free benefits to its citizens for centuries, something that Greece has honed to a new social science.

## The Origins of Free

Aristotle in his *Politics* believed that human existence is inherently political and set forth the idea that books should be free. But since all resources are scarce, the offer of free goods or services, especially from the government, should sound an alarm. Mises (1944, p. 84) warned us that governments pretend to have mystical powers “to accord favors out of an inexhaustible horn of plenty. It is both omniscient and omnipotent. It can be a magic wand creating happiness and abundance. The truth is that the government cannot give if the government does not take from somebody. A subsidy [benefit] is never paid by the government out of its own funds; it is at the expense of the taxpayer ...”

We must understand that the allure of “free” to both rule makers and those to whom it chooses to give benefits, takes away the good sense of both sets of people. When states or nations transfer benefits to their citizens for free as the Soviet Union did until several decades ago and both Greece and the United States are doing now (Eberstadt, 2013, p. A13), they eventually collapse under the weight of their own debt.

Sowell (2009) warns us that all government benefits have real costs, and the only question is to whom? He ties the recent housing boom and bust directly to Congress’s desire to guarantee mortgages to people who wanted to own a home, but who couldn’t qualify or pay for home mortgages they could afford. These so-called beneficiaries of government wisdom and largess lost everything when the market turned sour as did many lenders.

The financial devastation in this country has been greater than anything since the Great Depression. The *Wall Street Journal* (July 13, 2012, p. A10) opined that with the crushing effects of the real estate bust still being felt across the U.S., the federal government is now pressuring banks like Wells Fargo to ensure there are no disparate lending outcomes for Blacks or Hispanics, when compared to a statistical model of what the government estimates should have occurred with minority borrowers. Smaller banks that aren’t too big to fail are responding by stopping their mortgage lending to almost everyone.

Lest we be accused of placing the sole responsibility for giving economic benefits to special interests at the feet of Democrats, Sowell (2006, p. 106) also points to the fact that President George W. Bush placed tariffs on foreign steel in 2002 (to gain support from voters in Pennsylvania and West Virginia) and this had a direct dislocation for thousands of small and medium-sized businesses who use steel and had to pay for the rise in prices caused by the tariff. Many said it was the equivalent of fuel hikes for the airlines.

The \$64,000, if not the \$4 trillion question is why seemingly intelligent people buy political promises of free stuff at face value from both sides of the political system in America? The cynical answer is that 90 percent of American’s must be ignorant. A more informed explanation lies deeper. To answer this question we delve briefly into two branches of science: Neurophysiology and Behavioral Economics. These disciplines show us how the human brain is wired and how the economic pricing slight-of-hand can turn even very smart people into the great economic unwashed.

## Neuroscience

*Homo sapiens* have a bi-lateralized brain that gives us the ability to engage in some pretty outrageous mental gymnastics. For most people, the left side of the brain tends to be the analytic processing center, and controls

the functions of logic, language (grammar, vocabulary, and literal meanings), science, and math (Dehaene, Spelke, Pinel, Stanescu & Tsivkin, 1999). The right side of the brain is the creative processing center for most people that controls passion, metaphorical language, artistic and musical abilities, intuition and gestalt (Hines, 1987).

The populist politician is able, through language and sophistry, to appeal to both sides of the brain in such a way where many people feel no disconnect between free and health care, housing, school lunches, education, or cell phones.<sup>[2]</sup> This happens in much the same way that skillful marketers convince intelligent people to believe that a product is free or can be returned at no cost. At times both politics and marketing are indistinguishable in creating and fulfilling human need.

Through the use of cleverly constructed appeals (attributed to sophists by the ancient Greeks), man's left-brained skeptical nature (that nothing is really free) can be short-circuited. He is left believing that because it is so necessary/humane/ just/moral (pick one or more), things must really be free. This rhetorical slight-of-hand was first introduced by Aristotle and is called identification. It plays to our right brain and lowers the processing of our left brain. It is also the foundation of NeuroLinguistic Programming that uses people's language and behavior to put them in a low-level hypnotic state, overcoming their resistance to the other person (Rossi, Erickson-Klein & Rossi, 2008).

This is precisely how so many people respond to television and Internet ad promises like "Our free offer is available to everyone and will make you stronger, healthier, happier, thinner, more comfortable, more curvaceous, etc." To lower the left brain's resistance to the message's impossibility, the marketer/politician invokes opposition, the suggestion that "our competitors, or the other party, don't want you to have strength, health, happiness, svelteness, sexiness, comfort, etc., because they don't care about you like we do, or they are simply deceiving you."

## **Behavioral Economics and other Research**

There has been more than a decade of research on "free" things in the behavioral economics literature led by Dan Ariely and his colleagues.<sup>[3]</sup> (Editor's Note: "Behavioral economics" is misnamed, as it is actually a branch of psychology, and not true economics, as defined by Mises; but its findings are interesting nonetheless.) Experiments were conducted on smart people (students from MIT, UC Berkeley, and Duke) testing the unique power of "free stuff." The study that makes our point most succinctly involves a test on students at a MIT cafeteria who were buying food. The first test was an offer at the cash register to buy a Hershey's Kiss for 1¢, a Lindt truffle for 14¢, or neither. This first trial saw 30 percent of the students buy the Lindt truffle at 14¢, 8 percent bought the Hershey's kiss for 1¢, and 62 percent bought nothing. After a 30-minute break and presumably a new crowd of students, the researchers then dropped the price of each candy by 1¢, a monotonic transformation of the prices. The Hershey's Kiss was now 0¢ and the Lindt truffle was 13¢. This time 31 percent of the students took the Hershey's kiss at 0¢, only 13 percent bought the Lindt truffle at 13¢, and 56 percent bought nothing. The allure of a "free" Hershey's Kiss made bright students buy significantly fewer Lindt truffles and chose significantly more Kisses.

The authors conclude: "... zero price has a special role in consumers' cost-benefit analysis. ... Not surprisingly, when the cost is zero, many more students take candy than when the price is positive" (Shampanier, et. al, 2007, pp. 749-750).

There appears to be cognitive magic in things that are offered for "free." As Mises and the concept of opportunity cost reminds us, free is not really free and costs are often spread to others who may not even be interested in the free offer. Kinsella (2005) discusses how the idea of "free" in patent law can alter the elements in the transaction, making patent benefits actually become costs. While registering a patent is a relatively de-minimus legal cost, defending the exclusive patent rights may be cost prohibitive for any but the largest corporations. Salerno (2012) reminds us that in the early 70s there was a group of new age libertarians who believed that the "Information Age" presaged a world without scarcity. Like patents, Salerno argues there are also no free information clouds; it takes huge physical space, energy, and expertise to run the World Wide Web, YouTube, Dropbox and all of the information platforms people take for granted.

We can see from this why political populists make such a lasting impression. Going back to Ariely (2008) points to the fact that by our very nature, mankind is wired to compare. Certainly free health care sounds like a much more attractive deal than finding a job and purchasing medical insurance, particularly when you don't have to pay any taxes. Welfare and disability compare favorably to working a full-time job, or even looking seriously for one.

Ariely (2008, pp. 4-19) discusses the sleight-of-hand trick of using a “decoy” to make your alternative appear relatively superior. An example of this trick has been used by Democrats (though Republicans are just as good at it) in the response they have given to Paul Ryan's desire to reform Social Security and Medicare. The former head of the Government Accountability Office, David Walker, a Democrat, has been giving presentations to Americans since 2007. He says, and he should know, that both Social Security and Medicare/Medicaid are broke and the Federal Reserve simply prints more money to prop them up. Despite this and a *20/20* news segment on Walker, Democrats are screaming that Paul Ryan wants to *take away* Social Security and Medicare by reforming it. Given that *alternative*, who among the tens of millions of Americans on or about to be on Social Security wouldn't think the status quo, no matter what David Walker says, is a superior alternative?

## Conclusion

The bottom line in America is that if you want people to adopt your political ideas and vote for you, give them free stuff. This wasn't lost on Venezuelan dictator Hugo Chavez recently when he won a relatively close reelection after giving away free housing and appliances (Luhnnow & De Cordoba, 2012). Politicians of both persuasions use free benefits to build their constituencies and then extend the free benefits to an even wider group. As long as those benefits are for the seemingly disadvantaged or needy, the press will give the programs great coverage and the political promoters become public heroes instead of the public pariahs Mises argues they really are.

There is no doubt that we are weaning the American people off ambition, hard work, and entrepreneurship, while creating an entitlement mindset among an increasing number of our citizens. We do it under the allure of free things and the blanket of social justice which the White House now refers to as “sustainability”—a telling title intentionally creating an even wider identification with the welfare state and lifestyle, while taking us light years away from free markets and free people..

# The Return of Françafrique

By *PIERRE HASKI*

PARIS — On Bastille Day this year, African troops from Mali, Chad and other nations proudly marched down the Champs-Élysées as part of the traditional French national-day military parade.

The event was a celebration of the successful military campaign earlier this year in which French and African troops pushed back jihadist groups from northern Mali, allowing the government in Bamako to recover full control of its country and call presidential elections for July 28.

President François Hollande later told a television interview that it was also a tribute to the heavy toll paid by Malian soldiers in the battle for France during the Second World War, when they were part of the French colonial empire.

It has been a long time since Africa was honored so prominently in France. That reflects a significant shift in France's interest in Africa, created in part by the decline of France's global influence in a changing world.

Relations with Africa, and particularly with France's former colonies, have long been sufficiently important for Paris to merit a French advisory unit in the president's office known as the cellule africaine (African cell).

When France gave most of its African colonies independence in 1960, it retained considerable control. French advisers pulled the strings in ministries from Abidjan to Libreville and reported directly to Jacques Foccart, Charles de Gaulle's powerful chief advisor on African affairs, a man who could decide to overthrow a president or send French paratroopers to rescue one.

These arrangements, dubbed "Françafrique," remained almost untouched for nearly three decades, no matter who ruled in the Élysée Palace.

All that changed after the fall of the Berlin Wall in 1989. France's attention progressively turned to Europe, with the enlargement of the European Union, the opening up of Central and Eastern Europe and the perception that the troubled African continent was waning as an asset.

The disengagement reached a caricature point when, soon after his election as president in 2007, Nicolas Sarkozy — a man with no historical or emotional links to Africa, unlike all his predecessors — made a disastrous speech in Dakar, Senegal, in which he said, "The African man has not yet entered history." The speech created an uproar and turned young Africans further away from the former colonial power.

President Hollande, Sarkozy's successor, is changing that.

In Mali, he tried for months to promote an "African solution" to the jihadist takeover of a territory in the Sahel region as big as France.

But when the rebel columns began advancing on Bamako last January, Hollande moved in decisively with troops and jets, seeking at the same time to mobilize regional forces to take over from the French as soon as possible.

Then in May, the French president traveled to Addis Ababa for the 50th anniversary of the African Union, the only Western head of government to do so. And he surprised his audience by inviting all 54 African states to Paris next December for a "summit on peace and security on the continent" to discuss Africa's failure to deal with its own security issues in the past half century.

This is the biggest diplomatic initiative taken by France on the African continent in many years. And even if some African leaders felt “summoned” rather than “invited,” they recognized the validity of the issue.

Without much notice from French public opinion, which is focused more on gloomy economic statistics, Hollande is bringing France back into Africa. President Barack Obama’s recent trip to Africa shows that the United States may likewise be showing a greater interest in the continent.

For Paris, it’s a recognition that Africa — and not only the French-speaking countries — is France’s hinterland, an integral part of its past, but also of its future.

With new generations rising and high global growth rates in many countries, Africa offers new opportunities for a European nation with diminishing global clout.

The challenge for the French Socialist president in a time of a global reshuffling of cards is to create a clean and ethical “Françafrique” — to recover some of France’s lost influence in Africa without reviving the negative aspects of colonialism.

*Pierre Haski, former deputy editor of Libération, is co-founder of the French news Web site Rue 89.*

07/26/2013 03:02 PM

## 'An Anxious Continent'

### Walter Lacqueur on Europe's Decline

**British-American historian Walter Laqueur experienced the demise of the old Europe and the rise of the new. In a SPIEGEL interview, he shares his gloomy forecast for a European Union gripped by debt crisis.**

**SPIEGEL:** Mr. Laqueur, you experienced Europe and the Europeans in the best and the worst of times. Historical hot spots and the stations of your personal biography were closely and sometimes dramatically intertwined. Which conclusions have you reached today, at the advanced age of 92?

**Laqueur:** I became a historian of the postwar era in Europe, but the Europe I knew no longer exists. My book "Out of the Ruins of Europe," published in 1970, ended with an optimistic assessment of the future. Later, in 2008, "The Last Days of Europe: Epitaph for an Old Continent" was published. I returned to the subject in my latest book, "After the Fall: The End of the European Dream and the Decline of a Continent." The sequence of titles probably says it all.

**SPIEGEL:** The last two, at any rate, sound as if the demise of the Western world were imminent.

**Laqueur:** Europe will not be buried by ashes, like Pompeii or Herculaneum, but Europe is in decline. It's certainly horrifying to consider its helplessness in the face of the approaching storms. After being the center of world politics for so long, the old continent now runs the risk of becoming a pawn.

**SPIEGEL:** Fortunately, the European Union refrained from pursuing any imperial ambitions. Nevertheless, it remains an impressive entity, both politically and economically, despite the financial and debt crisis.

**Laqueur:** Europe will likely remain influential in the future as an economic power and trading partner. But the continent still isn't standing on its own feet politically and militarily today. This wouldn't be that important if power politics didn't play a role and conflicts were resolved peacefully by the United Nations or the International Court of Justice. But the conflicts have not decreased. Their inherent fanaticism and passions continue to burn, as we can now see, once again, in Syria and in Egypt. Under these circumstances, is it realistic to call for European independence in global politics?

**SPIEGEL:** Why shouldn't the EU be able to be a champion of soft power?

**Laqueur:** Freedom, human rights, social justice are all wonderful, and I don't want to minimize the achievements of European societies. But a role model? Europe is much too weak to play a civilizing or moral role in world politics. Nice speeches and well-intentioned admonitions carry little weight when made from a position of weakness. In fact, all they do is aggravate China and Russia. Such reproaches are presumptuous, insincere and, unfortunately, often ridiculous. Under the current circumstances, Europe would be well advised to keep a lower profile.

**SPIEGEL:** That's the kind of advice that another eminence grise (former German Chancellor) Helmut Schmidt, likes to dispense.

**Laqueur:** I'm afraid that Europe has largely squandered its moral credit. It shies away from imposing sanctions; it has a very hard time intervening in crises outside Europe; and it has even demonstrated its general

impotence in wars in its own backyard. Most European governments, not least the German government, don't even have the guts to admit that they are playing a double game.

**SPIEGEL:** After two world wars, it goes without saying that Europe is in a post-heroic state.

**Laqueur:** Yes, but how will the postmodern age survive in a world in which, all too often, chaos prevails, rather than international law? The champions of postmodernism will have to act in accordance with two different methods: first, using those that regulate our treatment of one another, and second, using methods to deal with the bullies and thugs who have yet to achieve the enlightened condition of the postmodern age.

**SPIEGEL:** You seem to advocate a sort of liberal imperialism, which seems self-contradictory. No one believes the United States when it takes that approach, either.

**Laqueur:** That is, in fact, an unnecessarily provocative concept, which doesn't embody a realistic policy, either. An approach to international politics that involves two different codes of rules, values and standards doesn't just constitute discrimination, but also requires a cold-blooded decisiveness that Europe lacks. Europe is often motivated by fear, which both the bullies and those who need help recognize.

**SPIEGEL:** Nevertheless, the EU would be extremely welcome as a player in the global game in many parts of the world.

**Laqueur:** Certainly, but the European crisis is not primarily just a debt crisis. The real question is: Does Europe, in its apathy, even want to play a role in global politics? Arthur Schopenhauer, the great philosopher of pessimism, said that it's easy to want, but that "wanting to want" is virtually impossible. No matter how often European values are invoked and praised, a weak will, inertia, fatigue, self-doubt and lack of self-confidence all amount to the psychological diagnosis of a weak ego.

**SPIEGEL:** After the horrors of the 20th century and Germany's two attempts to secure global power, both of which failed miserably, is depression a part of the European state of mind?

**Laqueur:** Pharmacologists have yet to develop a drug to treat the collective depression of entire nations and generations. Keeping a low profile is easier for most Europeans than coming up with the political will to become a major political power once again.

**SPIEGEL:** It's also not as risky.

**Laqueur:** I'm not so sure about that. Only time will tell. The Europeans haven't quite understood that trying to stay out of the fray offers no protection against the consequences of global policy. Retreat offers no security against the consequences. Perhaps exaggerated caution is sometimes appropriate, but inaction can also prove to be disastrous. During his recent visit to Berlin, President Barack Obama said that remembering history should not lead to our withdrawing from history. I don't think that the economic, political and military problems Europe faces are insurmountable by any means. Nevertheless, a strange "abulia" has taken hold. French psychologists coined the term in the late 19th century to describe an inexplicable lack of will, which some now interpret as a symptom of aging in prosperity.

**SPIEGEL:** Isn't it a little facile to accuse Europe of decadence? Europe has always moved forward from one crisis to the next.

**Laqueur:** A 19th century cynic once said that a crisis is the period between two other crises. Historians are probably conservative by nature, and they tend to be skeptical. (Former German Chancellor) Konrad Adenauer once said something to the effect that there are countless ways to do something wrong, but only one way to do it right. I'm sticking to my diagnosis that Europe is in decline, especially when measured against the expectations that arose after the end of the Cold War and the fall of the Iron Curtain.

**SPIEGEL:** At the time, optimism surrounding the euro went so far that even in the United States, predictions were made, in books, lectures and essays, that the 21st century would be the European century.

**Laqueur:** Around the turn of the millennium, European leaders seemed convinced, at their summit meetings, that Europe was in the process of becoming a shining example, a role model for other nations, with its international virtues, its shared values, its model of the social welfare state and its system of intergovernmental relations. Anyone who questioned that was not only branded as a pessimist, but also as a reactionary. This euphoria probably has more to do with a disappointment over America, especially the America of (former US President) George W. Bush, than with actual circumstances in Europe. Thanks to the short-sighted, arrogant and aggressive US foreign policy of those years, a European anti-Americanism flared up, which has remained latent on both the left and the right, and it distorted Europeans' views of their own weaknesses.

**SPIEGEL:** Is Europe experiencing a moment of truth in the current crisis?

**Laqueur:** I'd have to answer that question with another question. What are the prospects for a reversal of the process? The decline is relative, and it's taking place gradually. The situation is bad, even very bad in Greece, Spain and Portugal, but it isn't devastating. Europeans are making every effort to prevent a crash and achieve a soft landing. The collapse of the monetary union is not unavoidable. In fact, if one considers the consequential costs, I think it's somewhat unlikely in the foreseeable future. Perhaps a rapid decline would be even better, because it would raise awareness of the need for a general overhaul of the European structure. Crises bring about solidarity, as Jean Monnet, one of Europe's founding fathers, knew all too well.

**SPIEGEL:** People now recognize that the EU is both a community of solidarity and a community of fate. This is symbolized by the creation of a bailout and stability mechanism.

**Laqueur:** But, as a result, Europeans have lost the sense of clear and present danger. Once again, European leaders believe that they are out of the woods. Well, miracles happen. But it's my impression that the formula is being applied that promises the least amount of success in the longer term and is the least painful -- a little reform here, a little tinkering there, and a dose of business as usual.

**SPIEGEL:** One could also say, less caustically, that this is simply pragmatic crisis management, as practiced by Chancellor Angela Merkel.

**Laqueur:** It's a policy based on persistence. It appears that there is a hidden law in history, where institutions, once they are established, become self-propelling and continue to exist, contrary to all expectations or fears, or at least much longer than expected. There is always a retarding, persevering moment before the collapse arrives.

**SPIEGEL:** So we end up with a rude awakening, after all?

**Laqueur:** The rise and fall of empires are constants in history. Historians have been searching for explanations since antiquity. Is it, as Oswald Spengler said after World War I, an unavoidable consequence of the aging process, an older person's desire for a quiet and undisturbed life? Has material prosperity created a timid society, one that avoids all conflicts and tries to ignore all warning signs that it sees as detrimental to its hedonism?

**SPIEGEL:** Spengler's theory explained nothing. It was merely an expression of a mood in 1918. And doesn't a saturated society have its advantages, too, such as a reduced propensity to violence?

**Laqueur:** Of course, life doesn't just take place at the top. Being eliminated from the Champions League isn't the end. But then it might be advisable to somewhat limit the generous distribution of good advice to other countries and not to invoke one's own achievements as enthusiastically. Constant self-praise could easily become counterproductive, because one's achievements should never be taken for granted. The EU may survive the current crisis, but what about the next one and the one after that? It is no longer a given that the majority of Europeans want to continue to the end of the path to a political union. The first stabs at moving away from that concept are unmistakable. Nothing is without an alternative in history and politics.

**SPIEGEL:** In that case, would what remained of Europe consist of more than a geographical concept and a cultural memory?

**Laqueur:** What will Europe turn out to be? Europe needs the world, and the world needs Europe. These are august words that people like to hear, and to some extent they are also true. Who couldn't agree with that? But does the world feel the same way? The possibility that Europe will become a museum or a cultural amusement park for the nouveau riche of globalization is not completely out of the question. Ten years ago, 900,000 Chinese came to Western Europe as tourists. Now it's several million.

**SPIEGEL:** Does that bother you, as an old European?

**Laqueur:** I think I've traveled to every European country, except Norway and Albania. My father never made it to France or Great Britain, and my mother never left her native country. My first station in Europe, after returning from Israel in the early 1950s, was Paris, the second one was Berlin, and the third was London, where I was director of the Wiener Library for 30 years. I can almost see the grave of Karl Marx from my apartment in London. London has become less interesting than it used to be, and yet I'm not deeply sentimental. Yes, I feel a certain regret that Europe hasn't come as far as one could have hoped. But I haven't lost any sleep over it, either.

**SPIEGEL:** You once wrote that you would have preferred to live at the end of the 19th century instead of in the horrible 20th century. That was the old Europe to a T.

**Laqueur:** (laughing) Especially in Paris! The fin de siècle, with its Belle Époque, was an incredibly optimistic time. Even the socialists felt that things were improving and that they would soon come to power, for the good of mankind. This brings us to an interesting insight: The years after the French defeat of 1870 and 1871 were years of depression, when Paul Verlaine wrote in a poem: "I am the Empire at the end of decadent days." Thirty years later, Paris was a city filled with energy and joie de vivre, with theaters, dance halls, cabaret, the Impressionists' salon, the 1889 World's Fair, the construction of the Eiffel Tower and Louis Blériot's flight across the English Channel. The French had rediscovered their optimism, and no one knows exactly why.

**SPIEGEL:** But that spells hope for Europe.

**Laqueur:** (laughing) Hope springs eternal. It's one of the most frequently quoted verses of English poetry. The poet was Alexander Pope, a decidedly cautious man. He had many enemies, and we know from his sister that he never went out into the street without his large, aggressive dog, and always with two loaded pistols in his bag.

**SPIEGEL:** Mr. Laqueur, we thank you for this interview.

*Translated from the German by Christopher Sultan*

## A Continent Mired in Crisis Coins a Language of Economic Pain

By [RAPHAEL MINDER](#)

MADRID — The Portuguese have a new word, “grandolar,” which grew out of the euro crisis and means “to subject a government minister to a singing protest using a revolutionary hymn.” But now, after three years of austerity, even Portuguese children “grandolate” their parents if they do not want to take a bath.

The Italians, who now track the spread between German and Italian bond yields with a passion once reserved for soccer, toss around words like “spreddite,” wryly defined by La Repubblica, a daily newspaper in Rome, as the “intensification of the suffering caused by the high spread.”

In Greece, crisis-born phrases pepper conversations in cafes and offices and on subway trains, particularly the ironic use of expressions or slogans uttered by political leaders, like a claim in 2009 by George A. Papandreou, then the prime minister, that there was money, when clearly there was not. “Don’t worry, I’ll get it,” a Greek man celebrating his birthday at an Athens taverna told his friends recently when they reached for their wallets. “Hey, there is money. Remember?”

The long economic crisis in Europe has ushered in record unemployment and boisterous protests, but there are also many subtler ways to gauge its effect. In country after country, the crisis has also spawned a language of its own, brought once exotic financial terms into popular use and generated a slang that reflects the dark humor used by many to cope with their enduring troubles.

Crisis slang has even been embraced by those at the top layers of government and society. Seeking to allay concerns that Spain, like Greece, would need an international bailout, Cristóbal Montoro, Spain’s budget minister, promised nervous Spaniards last year that “los hombres de negro” — or the men in black, as the European Union officials have become known — would not be arriving.

The changes in language are numerous enough that in June the Spanish Royal Academy, guardian of the Spanish language, put the finishing touches on an updated dictionary with 200 words that have been added or given new meanings. They include the worrying “prima de riesgo” (risk premium), with a common sentence to illustrate: “The risk premium of our sovereign debt rose several points.”

Spaniards, many of whom had never heard such terms before the start of the financial crisis in 2008, now use them with such regularity that they are just as likely to come up in conversation with a taxi driver as to be heard on the evening news. When it comes to language there is “poukou,” which the Greeks use to refer to the pre-crisis era, and there is now.

“The crisis is having a huge impact on society and its usage of the language, making people speak about the economy in a way that had no relevance to them just a few years ago,” said Darío Villanueva, the secretary general of the 46-member Spanish Royal Academy, which includes mostly writers but also scientists, historians, economists and lawyers.

To update the Spanish dictionary, the academy relied on a computerized data system to measure the frequency of millions of words used on television and radio and in newspapers as well as other writings. It also agreed to the changes with sister academies, mostly in Latin America, to harmonize linguistic developments across the Spanish-speaking world.

Among the words durable enough to make the cut was “bonus,” which had not been commonly used in Spanish until the spotlight shifted to Spain’s troubled bankers and the money they made. There was also “burbuja,” or

bubble, like the one that burst in the housing market, and “población activa,” or the population old enough to work, which came into use because a sizable share of it is not working.

Similarly, several terms rooted in the economic crisis were among the 5,000 words added to the updated version of the Duden, the definitive work of the German language, which came out in July. They include “schuldenbremse,” literally “debt brake,” and “eurobond,” a reference to proposals for the European Union to issue bonds to cover the debt of euro-using nations; Germans fear that such bonds would place onerous obligations on them. While the word may exist, Chancellor Angela Merkel’s government has done its best to make sure the bond does not.

Not to be left out, a French sociologist, Denis Muzet, recently published a book, “Les Mots de la Crise,” or “The Words of the Crisis,” analyzing the terms that have entered the language since the economic downturn. His list includes “perte du triple A,” or loss of the triple A (as in France’s bond rating); “suppressions d’emploi,” or job cuts; and “choc de compétitivité,” meaning competitiveness shock — all measures of the rude awakening the crisis has presented.

“The way we talk about the crisis contributes to the panic; it contributes to the national depressionnisme,” said Mr. Muzet, coining a word of his own.

The sense of austerity is so pervasive that the word itself is applied in some places to almost anything. If a Portuguese woman wears a short skirt, she might playfully be asked by an admirer if she is in “austerity,” and saving the rest of the cloth.

Europe’s crisis has gone on so long that it is defining a generation, which has been given names like the “Ni-Nis” in Spain for the legions of young people who are neither studying nor working. Or the “geração à rasca” (distressed generation), as they are called in Portugal.

“I’m sadly all too familiar with the Ni-Nis because I’ve had to cope with one at home,” said Carmen Blanco, 43 and unemployed, referring to her 20-year-old daughter, who dropped out of high school and has been living with her. The expression, Ms. Blanco said, “really makes clear this situation of nothingness and hopelessness.”

“Without any kind of school certificate, I’ve made it clear to her that she risks being a Ni-Ni for the rest of her life,” the mother said.

The nomenclature for the distressed does not end with the young. In Greece, where salary cuts and 27 percent unemployment have forced a broad new class to scale back to the very basics, people talk of the “neoptohi,” or the new poor — a play on the Greek word for nouveau riche.

Names for types of protests and protesters run the gamut. In Spain, the protesters refer to themselves as the “indignados,” or the indignant. Elderly protesters have become known as “yayoflautas,” or old flutes. “Marea blanca,” or white tide, describes the waves of doctors and nurses in uniform who have demonstrated against cuts to public health services.

The one word that nearly everyone across Europe shares is “troika,” referring to the three international creditors — the International Monetary Fund, the European Central Bank and the European Commission — that hard-pressed citizens from Lisbon to Athens blame for their troubles.

Reporting was contributed by Elisabetta Povoledo from Rome, Niki Kitsantonis from Athens, Marisa Moura from Lisbon, and Maïa de la Baume from Paris.

## Eurokrise

# Blasse Hoffnungsschimmer am Ende des Tunnels

25.07.2013 · Es gibt Hoffnung auf ein Ende der schweren Rezession. Doch die Meinungen sind geteilt über die Frage, ob die Krisenländer schon genug reformiert haben.

Von [Philip Plickert](#)

81,20



© AFP Den Euro retten, „koste es, was es wolle“, das war Draghis Ziel. Das hat er erreicht. Aber die Krisenländer erholen sich nur langsam.

Licht am Ende des Tunnels - das ist den Euro-Krisenländern schon häufiger von allen möglichen Experten versprochen worden. Viele Bürger können das Gerede nicht mehr hören. Sie fühlen sich schlicht in einem Tunnel - dunkel, bedrohlich ist die Situation. Griechenland hat seit 2008 ein Viertel seiner Wirtschaftsleistung, die auf Pump aufgebläht war, eingebüßt. Portugal ist um 8 Prozent geschrumpft, Italien und Spanien haben jeweils 7 Prozent Niveau verloren. Spanien hat neben Griechenland die höchste Arbeitslosigkeit von fast 27 Prozent.

Alles düster also? Objektiv gesehen, gibt es Hoffnungsschimmer. Laut der jüngsten, vielbeachteten Einkaufsmanagerumfrage bremst das Tempo der konjunkturellen Talfahrt in den Peripherieländern. Dank des deutschen Wachstumsbeitrags könnte die tiefe Rezession des Euroraums nach mindestens sechs Quartalen im Sommer enden. Das gilt aber nur für den Durchschnitt. In Südeuropa wird die Talsohle später erreicht, in Spanien und Italien wohl erst gegen Ende des Jahres, in Griechenland erst im Laufe des nächsten Jahres, und Zypern steht das Härteste noch bevor. Die Arbeitslosenquoten werden wohl noch einige Quartale länger steigen.

Dennoch: Das absehbare Ende der Rezession ist ein Erfolg. Einer, der sich selbst einen großen Anteil an der Stabilisierung zuspricht, heißt Mario Draghi, der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB). Sein Auftritt in London vor einem Jahr, als er den Märkten notfalls unbegrenzte Anleihekäufe signalisierte, hat den Kursverfall der Papiere der Krisenländer gestoppt; die Risikoaufschläge sind seitdem wieder niedriger.

Eurooptimisten wie Holger Schmieding von der Berenberg Bank verweisen darauf, dass die Marktberuhigung durch die EZB den angeschlagenen Staaten helfe, notwendige Strukturreformen anzugehen. Ganz anders sieht es David Folkerts-Landau, der Chefvolkswirt der Deutschen Bank. Er fand Draghis Auftritt unglücklich, denn der EZB-Chef habe den Druck von den Krisenländern zu tiefgreifenden Reformen genommen.

So sieht es auch die Bundesbank. Draghis Auftritt sei „zu früh“ gekommen, sagt Folkerts-Landau. Draghi habe möglicherweise langfristig sogar Schaden an der Währungsunion angerichtet, weil sich nun Regierungen von Rom bis Paris auf die EZB-Feuerwehr verlassen und schmerzhaft Reformen scheuen. Jörg Krämer von der Commerzbank warnt davor, dass die EZB ineffiziente Strukturen übertünche - und langfristig bekomme man mehr Inflation und einen schwächeren Euro.

Über das Ausmaß der bislang erzielten Reformen sind die Meinungen geteilt. Schmieding findet sie beachtlich. Er verweist auf den OECD-Index für wachstumsfördernde Reformen, in dem Griechenland, Irland, Portugal und Spanien 2011/2012 unter den ersten fünf Plätzen lagen. Sinkende Leistungsbilanzdefizite oder sogar -überschüsse wie im Falle Irlands zeigten, dass die Krisenländer verlorene Wettbewerbsfähigkeit zurückerlangten. Mit tiefen Einschnitten hätten sie ihre Defizite trotz der Rezession in beachtlicher Weise reduziert. Allerdings sind zugleich die Schuldenquoten wegen der Rezession stark gestiegen.

Folkerts-Landau ist weniger begeistert von den bisherigen Reformen. Die größten Defizite sieht er in Italien. Vor der Krise verzeichnete die dortige Wirtschaft mehr als ein Jahrzehnt lang praktische Stagnation. Italiens Potentialwachstum schätzen die Ökonomen der Deutschen Bank aufgrund des überregulierten Arbeitsmarkts und anderer Hemmnisse auf null Prozent. Durch die bisherigen Reformen steige es nur um 0,2 bis 0,3 Prozent - viel zu wenig. Der EZB-Direktor Jörg Asmussen prophezeite Europa jüngst noch „zehn Jahre harte und schwierige Anpassungsprozesse“. Der Weg aus der Krise wird also ein langer Gang durch den Tunnel.

## Top-Ökonomen stützen Draghis umstrittenen Kurs

In Deutschland steht der Kurs von Zentralbank-Chef Mario Draghi in der Kritik. Fünf Top-Ökonomen verteidigen in einem Aufruf nun seine Strategie, notfalls unbegrenzt Schuldpapiere aufzukaufen. Von Martin Greive



Foto: REUTERS Sein Kurs ist besonders in Deutschland umstritten – doch jetzt bekommt EZB-Chef Mario Draghi prominente Unterstützung

Auf den Tag ein Jahr ist es her, als Mario Draghi seine berühmte Londoner Rede hielt. Am 26. Juli 2012 sagte er in der britischen Hauptstadt, die Europäische Zentralbank (EZB) werde den Euro retten – "koste es, was es wolle". Kurz darauf beschloss die Notenbank ihr Aufkaufprogramm für Staatsanleihen (OMT).

In vielen Ländern Europas ist Draghi seitdem ein Held. Der Sturm über der Euro-Zone hat sich spürbar gelegt – und viele Ökonomen im Ausland schreiben diesen Erfolg Draghis Politik zu. Denn seitdem klar ist, dass die EZB im Notfall unbegrenzt die Schuldpapiere der Euro-Staaten aufkauft, trauen sich die Märkte nicht mehr, gegen die Euro-Zone zu wetten. So ihre Logik.

Doch in manchen Ländern hagelt es Kritik an Draghis Politik – besonders und vor allem in Deutschland. Hierzulande sorgen sich die Ökonomen und die breite Öffentlichkeit um die Unabhängigkeit der Notenbank, wenn sie im Notfall Staaten finanziert. Außerdem sehen deutsche Ökonomen die Gefahr, dass der Reformdruck auf die Krisenstaaten abnimmt, wenn diese wissen, dass ihnen im Notfall sowieso die Notenbank zur Seite steht.

### Stramme Verteidigung der EZB-Linie

Nun rufen fünf bekannte Ökonomen in einem öffentlichen Brief zur Verteidigung der EZB auf, darunter der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Marcel Fratzscher, und die frühere Wirtschaftsweiserin Beatrice Weder di Mauro. "Die Intention des Aufrufs ist es, die wichtige Debatte über die EZB und ihr Staatsanleihekaufprogramm OMT in Deutschland mit zu gestalten", heißt es in dem Schreiben. Die Ökonomen wollen zeigen, dass global die große Mehrheit der Ökonomen die EZB unterstützt. "Dies steht im Kontrast zu der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland, dass eine Mehrheit der Ökonomen keine ökonomische oder legale Rechtfertigung für das OMT-Programm sieht." Seit Donnerstag verschicken die fünf Ökonomen den Brief an Kollegen in der ganzen Welt. Am ersten Tag haben bereits über 100 Volkswirte den Aufruf unterzeichnet, darunter einige Nobelpreisträger.

Der Aufruf ist eine stramme Verteidigung der EZB-Linie, die Draghi nicht besser hätte schreiben können. "Wir sind zutiefst besorgt über die Angriffe einiger Ökonomen, Politiker und Beobachter aus Deutschland auf die

EZB – im speziellen auf das Staatsanleihenprogramm OMT", heißt es dort. "Wir halten diese Angriffe für falsch in der Substanz, irreführend in der Absicht und schädlich für Europa und die Weltwirtschaft."

## **Die Frage nach der Glaubwürdigkeit**

"Die Ankündigung des OMT-Programms im Sommer 2012 ist eine der geschicktesten und erfolgreichsten Ankündigungen in der Geldpolitik seit Jahrzehnten", schreiben die Ökonomen. Ohne einen einzigen Euro auszugeben sei es der EZB gelungen, die Liquidität der Euro-Staaten zu verbessern und einen Zusammenbruch des Bankensektors zu verhindern.

Interessant ist vor allem die Passage, dass der Erfolg der OMT-Ankündigung zeige, dass das Programm primär ein geldpolitisches Instrument sei. Über diese Frage ist die Welt der Ökonomen in zwei Lager zerfallen. Die Notenbank könne ihr Mandat, die Liquiditätsversorgung der Euro-Staaten zu garantieren, nur mit unkonventionellen Mitteln erreichen, argumentieren die fünf Ökonomen. Die Gegner Draghis argumentieren dagegen, dass OMT-Programm habe mit Geldpolitik nichts zu tun, sondern diene dazu, den Euro-Staaten bei der Finanzierung ihrer Haushalte zu helfen – was gegen ihr Mandat verstößt.

Die fünf Ökonomen schreiben zudem, das Programm habe "die finanziellen Risiken auf der Bilanz der EZB reduziert, und dadurch auch jene aller Mitgliedsstaaten, inklusive Deutschland." Denn die Schuldenaufnahme sei durch die EZB-Aktion für Euro-Staaten wieder deutlich billiger geworden. Viele deutsche Ökonomen befürchten hingegen: Wenn die EZB erst einmal in die Lage kommt, doch Staatsanleihen von Italien oder Frankreich aufkaufen zu müssen, würde sie sich hohe Risiken in die Bilanz holen – für die am Ende der Steuerzahler eintreten müsste. Entweder, weil er die EZB bei Kreditausfällen mit frischem Kapital versorgen muss, oder weil die Aufkäufe in einer Inflation münden.

Genau solche Kritik schwäche allerdings das Vertrauen in die Notenbank, wodurch die Schuldenkrise verschärft werde, argumentieren die fünf Ökonomen. "Wir warnen vor jedem Versuch, die Unabhängigkeit und die Flexibilität der EZB einzuschränken." Auch das sehen viele Ökonomen hierzulande anders. Sie argumentieren: Durch das Heranrücken an die Politik habe die EZB Glaubwürdigkeit eingebüßt.

## Und willst du nicht mein Bruder sein

27.07.2013 · Acht Minuten oder fünf Fragen lang dauert es, dann beendet Griechenlands Oppositionsführer Alexis Tsipras ein Interview und wirft mich hinaus. Die Geschichte einer Kommunikationsstörung.

Von [Michael Martens](#)

[Artikel](#) [Bilder \(1\)](#) [Lesermeinungen \(0\)](#)



© Reuters Die Pressesprecherin von Alexis Tsipras schrieb eine Mail mit einer Beschwerde an unseren Herausgeber

*Am 21. Juli veröffentlichte die Athener Zeitung „Avgi“ (Morgenröte) einen Bericht, der so begann: „Die F.A.Z. ist eine der größten und renommiertesten Zeitungen Deutschlands. Daher ist es logisch, dass sie sich für die Entwicklungen in Griechenland interessiert und darüber berichtet. Ihr Berichterstatter für Griechenland und den Balkan, M. Martens, scheint aber von dem Stil eines Prokonsuls inspiriert zu sein, mit welchem seine Landsleute, Politiker sowie Funktionäre der Troika, aufzutreten pflegen, wenn sie in den Büros der griechischen Regierung herumspazieren.“*

*Er glaubte wohl, ein solches Auftreten werde auch von allen anderen geduldet. Daher dachte er, der Oppositionsführer sei allgemein sogar für Interviews politisch verantwortungsloser Natur verfügbar...“ Der Oppositionsführer ist Alexis Tsipras, Chef der griechischen Linkspartei Syriza, der größten Oppositionsfraktion in Athen. „Avgi“ ist seine Parteizeitung, sozusagen der „Bayernkurier“ von Syriza.*

*Was die Leser aus dem Bericht nicht erfuhren: Tsipras hatte dieser Zeitung ein Interview gegeben, es aber nach sieben Minuten und fünfzig Sekunden (respektive der fünften Frage) abgebrochen und den Journalisten hinausgeworfen. Dazu schrieb Danae Badogianni, Tsipras' Pressesprecherin, in einer E-Mail an einen der Herausgeber dieser Zeitung (Betreff: „Beschwerdeschreiben im Auftrag von Alexis Tsipras zum abgebrochenen Interview mit der F.A.Z.“), der Fragesteller habe „die Grenzen journalistischer Arbeitsethik weit überschritten“, er arbeite mit „Gerüchten, Aussagen Dritter und ungeprüft übernommenen Informationen“. Da er der „Klatschpresse“ keine Interviews gewähre, habe Tsipras sich „genötigt“ gesehen, das Gespräch abzubrechen.*

*Dass ein Politiker ein Interview beendet und den Journalisten hinauswirft, ist in Ordnung. Kein Journalist hat ein Grundrecht auf Interviews. Bei den „Gerüchten, Aussagen Dritter und ungeprüft übernommenen Informationen“ handelt es sich allerdings um Aussagen von Tsipras selbst. Sie sind auf der Internetseite seiner Partei und in „Avgi“ zu finden.*

*Hier aber zunächst ein Transkript der Audioaufnahme des Interviews in einer Übersetzung aus dem Griechischen. Es handelt sich um eine unredigierte, wortgetreue Rohfassung des Gesagten.*

**Die erste Frage ist vielleicht, zugegeben, eine seltsame erste Frage für ein Interview, aber Sie werden später verstehen, warum ich sie gestellt habe. Würden Sie sich als humorvollen Menschen beschreiben?**

„Als humorvoll?“

**Ja, als humorvollen Menschen. Als Menschen, der einen Sinn für Humor hat.**

„Es ist schwer, sich selbst zu beschreiben. Aber ich glaube, ich habe Sinn für Humor, auch wenn ich nicht pflege, mich selbst zu loben.“

**Verstehe. Der Grund, warum ich das frage, sind die Karikaturen in „Avgi“. Zum Beispiel hatten Sie am 14. April dieses Jahres in der Syriza-Zeitung eine Karikatur, in der Hitler in der Hölle zu sehen war, am Telefon, und er sagte: „Angela, bist du es? Du wirst doch den Griechen kein Geld geben?“ Und sie antwortete: „Nein, natürlich nicht, wir stehen nur in Ihrer Schuld, mein Führer!“ Finden Sie das lustig? Können Sie darüber lachen?**

„Ich muss zugeben, dass ich das nicht gesehen habe. Aber ich glaube, dass es im Rahmen der Satire keine Zensur geben darf. Wir müssen einsehen, dass humoristische Karikaturen, die von allen Seiten veröffentlicht wurden, sowohl im ‚Focus‘ als auch im ‚Spiegel‘ oder in griechischen Zeitungen, häufig von einem feinen Sinn für Humor gekennzeichnet sind, der aber den politisch korrekten Gedanken, die wir in den Beziehungen der beiden Völker haben müssen, oft Unrecht tut.“

**Ich frage das, weil ich eine allgemeinere Frage stellen möchte. Es geht nicht nur um die Karikaturen und einige Kommentare in „Avgi“. Es gibt viele Aussagen - von Ihnen, Mitgliedern Ihrer Partei, Menschen, die Ihrer Partei nahestehen, Gewerkschaftsführern, die Ihrer Partei angegliedert sind oder als Syriza nahestehend gelten - zum „vierten Reich“, das Griechenland dominieren oder kolonisieren wolle. Andere nennen (den früheren griechischen Regierungschef) Papandreou oder jetzt Samaras einen griechischen Quisling. Glauben Sie, dass dies die Sprache ist, die politische Führer in Europa 2013 benutzen sollten?**

„Ich stelle fest, dass Sie nicht gut informiert sind. Solche politischen Ansichten werden weder von Syriza noch von ‚Avgi‘ vertreten. Es sind politische Ansichten, die leider präsent sind in Griechenland, aber von politischen Parteien im Bereich der nationalistischen Rechten vertreten werden. Syriza vertritt die Meinung, dass das Problem nicht die Beziehung zwischen beiden Ländern ist, sondern es sich um ein Problem europäischer Natur handelt, das einer europäischen Lösung bedarf. Syriza widersetzt sich der Politik von Frau Merkel, da diese Politik nicht nur Griechenland, sondern ganz Europa zerstört.“

*Der prospektive Ministerpräsident Griechenlands spricht ruhig und gelassen, seine Mimik und Körpersprache zeigen aber, dass er ungehalten ist. Vermutlich weiß er genau, dass die Behauptung, seine Parteizeitung bediene sich der unsäglichen NS-Vergleiche nicht, falsch ist. Selbst eine flüchtige Lektüre von „Avgi“ beweist das. Nicht nur Karikaturen wie das Hitler-Merkel-Telefonat künden davon.*

*Über den Besuch von Finanzminister Schäuble in Athen berichtet „Avgi“ am 20. Juli unter dem Titel: „Gauleiter Schäuble unterstützt seine Schüler.“ Keine NS-Terminologie? Eines indes stimmt: Die Nazi-Vergleiche kommen auch von der griechischen Rechten, vor allem der Partei „Unabhängige Griechen“ und ihrem Chef Panos Kammenos. Als Beispiel einige Kammenos-Kommentare von der Internetseite seiner Partei:*

*„Jene, die mit dem ökonomischen vierten deutschen Reich kooperieren, müssen wissen, dass die Deutschen ihre Kollaborateure töteten, als sie abzogen“ (Rede am 10. 6. 2013).*

*„Wir haben uns als Fraktion gebildet mit den ersten zehn Abgeordneten, die ‚nein‘ zu allem zu sagen wagten, ‚nein‘ zur Kapitulation Griechenlands, ‚nein‘ zum deutschen Joch... Wir werden die Griechen einen, um die fremde Besatzung durch Banker, Kredithaie und ihre einheimischen Quislinge zu beenden“ (Rede am 27. 4. 2013).*

*Außer Deutschen sind für Kammenos Asylanten die gefährlichsten Feinde Griechenlands. Am 13. Juni 2012 sagte er dem TV-Sender „Kontra-Channel“: „Wir sehen, wie sie mit Kalaschnikows in die Häuser kommen, was es früher nicht gab in Griechenland.“ Wenn es der EU nicht gelinge, Druck auf die Türkei auszuüben, müsse Griechenland seine Asylanten eben nach Deutschland abschieben - Schäuble solle sich um sie kümmern: „Sie müssen alle gehen.“*

*Dass der Linkspopulist Tsipras und der Rechtspopulist Kammenos gemeinsame Sache machen, kann nicht überraschen. Sie leben in ähnlichen Welten. Eine Syriza-Delegation kam zum Parteitag der „Unabhängigen Griechen“, bei einem Treffen am 22. März diskutierten Tsipras und Kammenos Möglichkeiten der Kooperation. Daher meine vorletzte Frage:*

**Wenn diese Aussagen nur von Nationalisten stammen, warum flirten Sie dann mit semi-faschistischen Parteien wie den „Unabhängigen Griechen“?**

„Flirten mit?“

**Mit semi-faschistischen Parteien.**

„Semi...“

**...faschistischen Parteien.**

„Auch hier sind Sie nicht gut informiert. Sie können nicht eine Partei als semi-faschistisch bezeichnen, die im Parlament vertreten ist und im politischen Leben eine differenzierte demokratische Präsenz aufweist. Auch wenn wir mit Ihren Ansichten in einer Reihe von Themen nicht übereinstimmen, darf niemand eine Partei, die eine politisch korrekte Meinung zu Frau Merkel vertritt, als semi-faschistisch bezeichnen. Und ich möchte Sie bitten, die Formulierung Ihrer Frage zu ändern.“

*Tsipras hat recht. Das Wort „semi-faschistisch“ ist unangemessen, eine törichte Übertreibung. „Rechtspopulistisch“ wäre als Charakterisierung der Partei besser gewesen. Ich habe mich kurz nach dem Interview bei Tsipras schriftlich für die Wortwahl entschuldigt. Aber darum ging es ihm nicht. Zum Rauswurf führte die fünfte Frage. Sie lautete:*

**Im Juni 2012 sagten Sie, (die Regierungsparteien) Nea Dimokratia und Pasok hätten „die griechische Flagge erniedrigt und an Angela Merkel ausgeliefert“. So sind Sie zumindest von Medien zitiert worden. Können Sie erläutern, was das bedeutete?**

„Im Juni?“

**Im Juni 2012 sagten Sie, laut (der Athener Zeitung) „Kathimerini“, dass Pasok und Nea Dimokratia die griechische Flagge erniedrigt und an Angela Merkel ausgeliefert hätten. Wenn das ein korrektes Zitat ist, was ich natürlich nicht weiß - was bedeutete es?**

„Ich kann mich nicht daran erinnern, so etwas je gesagt zu haben.“

*Mit diesem Satz beendet Alexis Tsipras das Interview. Er beschwert sich über böartige Fragen und sagt, er habe „niemals“ behauptet, Athener Regierungen hätten die griechische Flagge Frau Merkel übergeben. Eine Videoaufzeichnung seiner vom griechischen Fernsehen übertragenen Abschlusskundgebung vor der Parlamentswahl im Juni 2012 beweist jedoch das Gegenteil.*

*Am 14. Juni 2012 sprach Tsipras auf dem Omoniaplatz in Athen und sagte vor Tausenden Anhängern wörtlich, Nea Dimokratia und Pasok hätten „die griechische Flagge erniedrigt und als Beute an Angela Merkel ausgeliefert“. Eine Presseerklärung von Syriza enthält denselben Satz, nur ohne das Wort „Beute“.*

*Seltsam geht es auch nach dem Interview weiter. Etwa drei Stunden nach dem Rauswurf ruft Pressesprecherin Danae Badogianni an. Sie verlangt zu erfahren, mit welchen griechischen Journalisten ich mich an diesem Tag getroffen habe und wer meine Informanten zur Vorbereitung der Fragen waren. Sie nennt den Namen eines namhaften Athener Kollegen. Man habe ihr gesagt, dass ich mich mit ihm getroffen habe, ob das stimme?*

*Griechische Journalisten werden ebenfalls von Syriza kontaktiert und gefragt, ob sie mit dem Deutschen gesprochen hätten. Als ich mehrfach verneine, einen bekannten Journalisten der Zeitung „Kathimerini“ getroffen zu haben, hakt Frau Badogianni nach: „Sind Sie sicher, dass Sie heute mit niemandem von ‚Kathimerini‘ gesprochen haben?“*

*Gegenfrage: Wenn Alexis Tsipras und seine Leute einen Journalisten, der sie mit ihren eigenen Aussagen konfrontiert, unethisch nennen - sagt das nicht am Ende mehr über sie selbst und die Kultur ihres politischen Dialogs aus als über denjenigen, der sie zitiert?*

## La France, championne des dépenses sociales

- Par [Guillaume Guichard, Service infographie du Figaro](#)
- Mis à jour le 28/07/2013 à 11:42
- Publié le 26/07/2013 à 18:59

81,28

INFOGRAPHIE - Elles augmentent fortement ces dernières années, alors qu'elles baissent en Allemagne, relève l'OCDE.

Famille, [retraite](#) et bientôt [dépendance](#). Alors que le gouvernement enchaîne les réformes, la France aura engouffré cette année exactement un tiers (33 %) de sa richesse en [dépenses sociales](#), relève dans ses dernières prévisions l'[Organisation de coopération et de développements économiques](#) (OCDE). Un record mondial que personne ne lui dispute.

Le pays conserve quelques longueurs d'avance sur le Danemark (30,8 % de son produit intérieur brut, ou PIB) et la Suède (28,6 %). Dans le même temps, les Allemands n'auront dépensé qu'un peu plus d'un euro sur quatre en la matière, et les Américains, un dollar sur cinq. Des niveaux bien plus proches de la moyenne des pays développés.

### L'exemple allemand

En France, en plus du niveau record des dépenses sociales, c'est la vitesse à laquelle elles progressent qui marque les esprits. Entre 2009 et 2013, les dépenses rapportées au PIB auront augmenté de 2,9 %. En clair, elles sont allées bien plus vite que la croissance. La faute, notamment, à la crise qui se prolonge et qui ne cesse de faire gonfler le nombre de bénéficiaires des prestations (RSA, allocations chômage, etc.).

En comparaison, «l'Allemagne contrôle mieux ses dépenses sociales», relève Willem Adema, spécialiste des politiques sociales à l'OCDE. Rapportées au PIB, elles ont été réduites de 5,8 % entre 2009 et 2013. Au passage, la première puissance économique du Vieux Continent se retrouve aux côtés de la Grèce (- 8 %), de la Hongrie (-9,8 %) ou de l'Irlande (- 8,5 %). Autant de pays en profonde crise économique qui n'ont eu d'autre choix que de sabrer dans les dépenses publiques pour éviter la banqueroute.

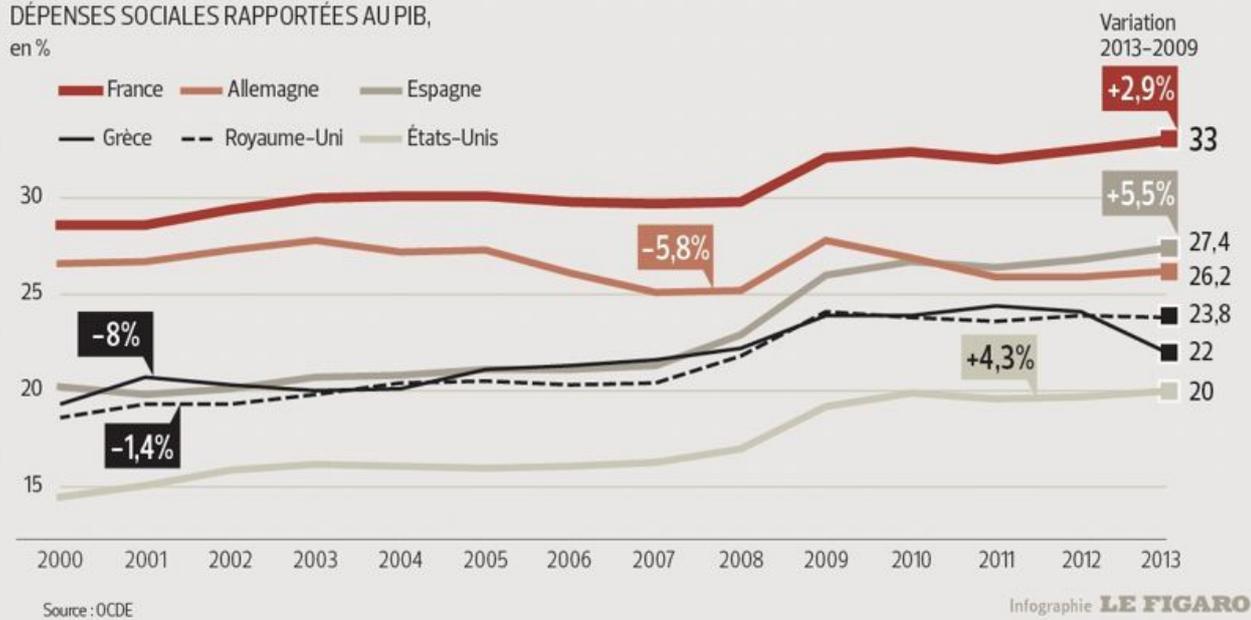
Bien sûr, la situation allemande n'a rien à voir avec celle des pays malades de l'Europe. Une partie de la baisse des dépenses sociales observée outre-Rhin découle en effet directement de la croissance enregistrée ces dernières années, qui a dépassé celle de bien des pays développés. En créant ainsi des emplois, Berlin a réussi à diminuer ses dépenses d'allocations chômage d'environ 13,5 milliards d'euros (0,5 point de PIB) entre 2009 et 2011, relève l'OCDE.

Reste que toutes les dépenses sociales ne sont pas forcément une mauvaise chose, nuance Willem Adema: «Les aides à la garde d'enfants et plus largement la politique familiale rapportent à l'économie du pays, parce qu'elles permettent aux femmes de travailler». Or, la France est une championne dans ce domaine. Malheureusement, elle se distingue aussi par des dépenses supérieures à la moyenne en matière de santé et de retraites. Elle dépense dans ce dernier domaine 13 % de son PIB, contre 8 % en moyenne dans les pays développés.

Les réformes en cours permettront-elles à la France de limiter la hausse de ces dépenses sociales? Rien n'est moins sûr. Concernant les retraites, «il ne faut en général pas attendre d'économies immédiates car les réformes sont longues à produire leurs effets», prévient déjà Willem Adema. Surtout, le gouvernement [Ayrault](#), pour mieux faire accepter un allongement de la durée de cotisation, accompagnera sa réforme de mesures dites «de justice». Si elles ne sont pas encore chiffrées, elles diminueront, sans aucun doute, l'impact financier de la réforme.

# L'Allemagne a su maîtriser ses dépenses sociales

DÉPENSES SOCIALES RAPPORTÉES AU PIB,  
en %



Bundesverfassungsgericht

## Streit um Ökonomen-Aufruf zur EZB

28.07.2013 · Eine Gruppe Ökonomen will der Europäischen Zentralbank den Rücken stärken und per Aufruf ein höchst umstrittenes Anleihekaufprogramm verteidigen. Nicht jeder, der angefragt wurde, will unterschreiben.

Von [Philip Plickert](#)

81,30

In einem drastisch formulierten Aufruf warnen Ökonomen davor, dass die Weltwirtschaft in eine „tiefe Depression“ rutscht, wenn das Bundesverfassungsgericht die Macht der Europäischen Zentralbank (EZB) einschränken sollte. „Wir – eine vielfältige Gruppe von Ökonomen aus der ganzen Welt – sind schwer beunruhigt über die Angriffe in Deutschland von einigen Ökonomen, Politikern und Beobachtern auf die EZB und ihre Politiken, besonders gegen das OMT-Anleihekaufprogramm“, heißt es in dem Aufruf.

Mit dem im vergangenen Herbst auf den Weg gebrachten OMT-Programm kündigte die Notenbank an, notfalls gegen Auflagen weitere Staatsanleihen von Euroländern mit Finanzierungsschwierigkeiten zu kaufen. Das Programm, das auf die berühmte [Londoner Eurorettungsrede des EZB-Präsidenten Mario Draghi](#) folgte, stoppte die Panik an den Finanzmärkten wesentlich.

[Vor dem Bundesverfassungsgericht sind daraufhin mehrere Klagen gegen das Programm eingegangen.](#) Für die nun aufrufenden Ökonomen zählen diese Klagen ebenfalls zu den Angriffen auf die EZB. Sollte Karlsruhe das Anleihekaufprogramm eingrenzen, könne die Krise eskalieren, weil Spekulanten „eingeladen“ würden, warnen sie.

### „Eine Beleidigung des Gerichts“

Verfasser des Aufrufs sind [Marcel Fratzscher](#), der das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin leitet und zuvor für die EZB arbeitete, die in Mainz lehrende ehemalige Wirtschaftsweisse Beatrice Weder di Mauro, die jetzt dem Verwaltungsrat der Schweizer Bank UBS angehört, der Genfer Makroökonom Charles Wyplosz, der Mailänder Professor Francesco Giavazzi und Richard Portes von der London Business School.

Nach Angabe von Fratzscher haben schon mehr als 100 Ökonomen den Aufruf unterschrieben. „Und darunter sind nicht nur Ökonomen aus dem Ausland, sondern auch viele deutsche Kollegen“, äußert er.

Aber nicht alle um Mithilfe gebetenen Forscher sind einverstanden. „Bei allem Respekt finde ich diesen Aufruf äußerst fürchterlich“, antwortete beispielsweise der Bonner Makroökonom Jürgen von Hagen den Initiatoren. „Es ist das Recht des Gerichtshofs zu entscheiden, was richtig oder falsch ist. Wollt ihr andeuten, dass der Gerichtshof der Stimme der Massen gehorchen soll, selbst der Masse der Ökonomen?“ Das sei eine „Beleidigung des Verfassungsgerichts“.

### Gerichtspräsident redet von Staatsfinanzierung

Der ebenfalls in Bonn lehrende Geldtheoretiker Manfred Neumann äußerte sich ähnlich. Von dem vom DIW organisierten Aufruf sei nichts zu halten. „Er läuft faktisch auf den Versuch hinaus, öffentlichen Druck auf das Bundesverfassungsgericht auszuüben.“ Das sei dumm, weil die Richter nur Argumente wägen werden, nicht politische Petitionen und die Anzahl von Unterstützern.“

Gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung spielte Fratzscher herunter, dass sich der Aufruf vor allem an das Bundesverfassungsgericht wende. Beunruhigend aus seiner Sicht waren die sehr kritischen Fragen der obersten deutschen Richter während der mündlichen Verhandlung im Juni.

Zu den vom Gericht befragten Sachverständigen gehörte auch Fratzscher. Verfahrensbeobachter äußerten während und nach der Verhandlung, dass die Richter offenbar einer kritischen Interpretation des OMT-Programms zuneigen. Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle sagte explizit: „Im Ergebnis wird man nicht bestreiten können, dass der Effekt der Staatsfinanzierung eintritt.“ Staatsfinanzierung durch die Notenbank ist laut EU-Vertrag verboten.

## **„Eine Einladung für Spekulanten“**

Die EZB bestreitet indes, dass das OMT-Programm so angelegt sei; sie behauptet, dass Programm sei geldpolitisch notwendig. In Deutschland glauben ihr das aber viele Ökonomen nicht. Der langjährige Vorsitzende der Wirtschaftsweisen (Sachverständigenrat), Wolfgang Franz, nannte Staatsanleihekäufe durch Zentralbanken stets eine „Todsünde“.

Die fünf Initiatoren des aktuellen Aufrufs wollen nun die EZB verteidigen. Die „Attacken“ auf die Zentralbank seien „inhaltlich falsch, mit verfehlten Absichten und schädlich für Europa und die globale Wirtschaft“, schreiben sie. Das OMT sei ein großer Erfolg, seine Ankündigung gehöre zu den „geschicktesten und erfolgreichsten Kommunikationen seit Jahrzehnten“, betonen die Aufruf-Schreiber um Fratzscher.

Die EZB habe einen Ansturm auf Banken (Bankrun) verhindert und die Unsicherheit reduziert - ohne einen einzigen Euro auszugeben. Wenn aber das Verfassungsgericht versuche, der EZB „Restriktionen aufzuerlegen, wie sie das OMT-Programm ausführt“, dann sei dies eine große Gefahr. „Jede Begrenzung des Einsatzes wäre eine Einladung für Spekulanten.“

## **Deutsche Ökonomen gegen den Rest der Welt?**

Nicht dieser Ansicht und ebenfalls ein Kritiker des Aufrufs ist Ansgar Belke, Makroökonom und Geldtheoretiker an der Universität Duisburg-Essen. Eine Massenpetition werde die nächste Gegenpetition provozieren. Er wirft den Aufrufedern vor, dass im Endeffekt der Eindruck vermittelt werden solle, dass der Mainstream der deutschen Ökonomen gegen den Rest der Welt stehe.

Fratzscher warf vor kurzem in einem Interview mit der Börsenzeitung vielen deutschen Ökonomen eine „verklärte Melancholie“ für die Zeit vor, als noch mit D-Mark gezahlt wurde. Der Spitzenkandidat der Partei [Alternative für Deutschland](#) in Hamburg, Jörn Kruse, der Wirtschaftsprofessor an der dortigen Bundeswehr-Universität ist, wies dies zurück. Es gehe nicht um Melancholie, sondern um die Rechtmäßigkeit des OMT.

Für Kruse ist das Programm illegale Staatsfinanzierung. „Man muss davon ausgehen, dass ein erheblicher Teil dieser Staatsanleihen später per Schuldenschnitt und damit zu Lasten der Steuerzahler entwertet wird. Dies ist ein gewaltiger Transfer von Vermögen vom Norden in die betreffenden mediterranen Länder“, schreibt er.

## Die neue Klassengesellschaft

### Gleiche Chancen?

04.08.2013 · Wir leben in einer neuen Klassengesellschaft: Je stärker die Mittelschicht ihre Kinder fördert, um so mehr wird die Unterschicht abgehängt. Ist das nun ein moralisches oder ein politisches Problem?

Von Lisa Herzog

81,32



© epd Klar benachteiligt: ein neunjähriger Junge verdient sein Taschengeld mit dem Sammeln von Pfandflaschen

Die Sommerferien sind vielleicht die Zeit des Jahres, in der die Gegensätze zwischen den Lebenswelten deutscher Kinder und Jugendlicher die krassste Form annehmen. Da sind die bildungsbürgerlichen Einzelkinder, die nun der vollen Hingabe ihrer Eltern ausgeliefert sind. Sie werden vom Ballett- zum Chinesischunterricht gekarrt, vielleicht ergänzt um einen Sommerkurs mit einer englischsprachigen Yogalehrerin. Von klein auf lernen sie, sich eine politische Meinung zu bilden, lateinische Fremdwörter werden nicht nur erklärt, sondern auf Wurzel und Präfix zurückgeführt. Über Schul-, Musikschul- und Tanzschulerfolg wachen die Eltern mit Argusaugen - in Nordamerika wurde die wunderbare Vokabel „Helikopter-Eltern“ dafür erfunden. Und auch, wenn manche von ihnen heimlich den Kopf schütteln über den Aufwand, der da getrieben wird: Dürfte man für derartige Überzeugungen die Zukunft des eigenen Kindes aufs Spiel setzen, wenn alle das Spiel mitspielen?

Wer die gentrifizierten Viertel der Städte verlässt, sieht die andere Seite des Lebens. Dort, wo die Mieten günstiger und die kulturellen Hintergründe gemischer sind, finden sich Kinder, die eine unbehütetere Kindheit haben: die stundenlang auf den Straßen und Hinterhöfen spielen, ihre jüngeren Geschwister hütend, den rostigen Spielplätzen und sich selbst überlassen. Dort gibt es keinen Wettbewerb um Plätze in Orff-Gruppen oder englischsprachige Kitas, mehrsprachig ist man sowieso, es hapert eher an der mangelnden Unterstützung bei der Bildung deutscher Adjektivendungen.

### „Rattenrennen“ ohne Überholspur

Für Eltern oder potentielle Eltern, die sich dessen bewusst sind, verschärft diese Zweiteilung der Welt das Problem. Sie müssen sich nicht nur die Frage stellen, wie viel Aufwand sie für den eigenen Nachwuchs treiben wollen. Sie werden auch in ein moralisches Dilemma getrieben. Je mehr Förderung sie den eigenen Kindern zukommen lassen, je liebevoller sie deren Vorankommen unterstützen, desto eher werden Kinder aus weniger privilegierten Elternhäusern abgehängt. Aber kann man das wollen: zu geringeren Chancen für sowieso oft Benachteiligte, zum Abhängen ethnischer und sozialer Minderheiten, ja, letztlich zur Spaltung der Gesellschaft beizutragen?

Dass unbeabsichtigte Nebenfolgen, die berühmten „unintended consequences“, unter bestimmten - ziemlich selten in Reinform vorliegenden - Umständen eigeninteressiertes Handeln in einen Beitrag zum Gemeinwohl ummünzen können, war die große Entdeckung der Sozialtheorien der schottischen Aufklärung. Leider gibt es

auch das umgekehrte Phänomen: „unintended consequences“, die aus altruistisch motivierten Einzelhandlungen soziale Ungerechtigkeiten entstehen lassen. Die Sorge um den eigenen Nachwuchs ist hierfür ein trauriges Beispiel. Denn dass Elternliebe und der Einsatz für die Bildung der Kinder etwas an sich Begrüßenswertes sind, kann niemand bestreiten. Trotzdem bringen es die gesellschaftlichen Strukturen von Bildung und Erziehung mit sich, dass sie insgesamt problematische Folgen haben können.



© Bildagentur-online/Begsteiger

Wer aus gehobenem Elternhaus kommt, ist im Vorteil

Bildung und Erziehung haben, wie viele andere Güter auch, sowohl einen Wert an sich als auch einen Aspekt, den Ökonomen „positional“ nennen. Bei letzterem geht es darum, dass der Wert eines Gutes nicht absolut ist, sondern sich in Abhängigkeit davon bestimmt, wie hoch die Werte derjenigen Exemplare sind, die andere haben. Während für die persönliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen der intrinsische Wert zählt, geht es im Wettbewerb um schulische und berufliche Positionen um den Platz relativ zu anderen. Ein technizistisches, auf Dokumentierbarkeit und Vermarktbarkeit ausgerichtetes Bildungsverständnis verstärkt die Orientierung an relativen Positionen sicherlich. Doch selbst, wenn Eltern rein aus schöngeistigem Interesse oder aus Faszination für Naturwissenschaften und Geschichte ihren Kindern Bildungsinhalte weitergeben (und nicht, weil sie ihnen eine gute Startposition im globalen Wettbewerb verschaffen wollen), entsteht dieser positionale Effekt. Da positionale Güter per definitionem knapp sind - nur 10 Prozent der Jugendlichen können die 10 Prozent der besten Abiturnoten haben - kann dies zu sogenannten „Rattenrennen“ führen, bei denen alle immer schneller rennen, und am Ende alle auf dem gleichen relativen Platz landen wie vorher. Diejenigen aber, die nicht mitrennen, erfahren eine Verschlechterung ihrer relativen Position, auch wenn sie sich absolut gesehen nicht verändert hat.

## Eine Bedrohung für die Chancengleichheit

Außerdem greifen im Bildungsbereich soziale Netzwerkeffekte. Wer von den „richtigen“ Leuten umgeben ist, bekommt die richtigen Tipps und hat die entscheidenden Kontakte. Kinder von Eltern, in deren Freundeskreis sich Ärzte, Ingenieurinnen, und Professoren bewegen, haben Rollenvorbilder und Gesprächspartner, die ihnen dabei helfen können, sich beruflich zu orientieren. Jemand kennt jemand, der jemanden kennt, der einen Praktikumsplatz zu vergeben hat, oder der von den Freunden in Frankreich weiß, die eine Partnerfamilie für einen Austausch suchen. Keine einzelne dieser Handlungen ist an sich ausschlaggebend; niemandem wird damit direkt geschadet, im Gegenteil: Man freut sich, helfen zu können. Aber die Summe derartigen Verhaltens führt doch dazu, dass der Startvorteil mancher Kinder erheblich ist, während andere abgehängt werden.

Selbst wenn die Sorge um den eigenen Nachwuchs in den bürgerlichen Schichten weniger neurotische und verkrampfte Formen annähme, als dies gegenwärtig oft behauptet wird, bliebe das Problem bestehen. Elternliebe, Freundschaftsdienste und die unmöglich zu verhindernden Vorteile, die Kinder haben, die aus den „richtigen“ Elternhäusern kommen, werden insgesamt zu einer Bedrohung für einen der zentralen Werte demokratischer Rechtsstaaten: die Chancengleichheit. Dass völlige Gleichheit in der Endverteilung schwer realisierbar und vielleicht gar nicht wünschenswert ist, haben auch viele, die sich politisch im linken Spektrum verorten, anerkannt. Aber umso wichtiger wird die Frage danach, ob Kinder aus allen Elternhäusern eine gleiche Chance darauf haben, ihre Talente zu entwickeln und diejenigen Berufe zu ergreifen, die ihren Vorlieben und Fähigkeiten am besten entsprechen. Das Bemühen bildungsbürgerlicher Eltern um den eigenen Nachwuchs scheint genau diesen Wert zu bedrohen.

## Der Wille für flächendeckende Maßnahmen fehlt

Es gibt auch andere Beispiele dafür, wie soziale Dynamiken aus wenig verwerflichen Präferenzen Einzelner explosive Gemengelagen entstehen lassen können. Schon in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts beschäftigten sich Sozialwissenschaftler, darunter namentlich der spätere Wirtschaftsnobelpreisträger Thomas Schelling, mit Rassensegregation. Dazu verwandten sie einfache Modelle zellulärer Automaten. Diese kann man sich wie karierte Spielbretter vorstellen, deren Figuren bestimmten Regeln folgen. Zum Beispiel kann die Regel lauten: „Bewege dich an einen anderen Ort, wenn weniger als  $x$  Prozent der Figuren in deiner Umgebung eine andere Eigenschaft haben als du selbst.“ Das Ergebnis dieser Modellierungen: Soziale Systeme können in vollständiger Segregation enden, auch wenn der Wert  $x$  nicht besonders hoch ist. Je nach Annahmen des Modells reicht ein Wert von 33 Prozent, um vollständig getrennte Cluster der Figuren verschiedener Farben zu erreichen. Es braucht also, so Schellings Schlussfolgerung, keine besonders rassistischen Einstellungen bei den Beteiligten - die Dynamik sozialer Interaktion führt dazu, dass schon eine Präferenz für Ausgewogenheit (mindestens 50 Prozent der Nachbarn sollen der eigenen Gruppe angehören) zu totaler Trennung führen kann, mit erwartbaren Folgen für die Bildungschancen der nächsten Generation. Wohlgemerkt: kann, muss nicht, denn in den Modellen, und erst recht in realen Fällen der Milieubildung, hängt viel von den konkreten Rahmenbedingungen ab, die auch durchaus politisch gesteuert werden können.

Es ist vor allem diese Dynamik kollektiver Strukturen und viel weniger das Verhalten einzelner Eltern, die in der Debatte um Bildungsgerechtigkeit eine Rolle spielen muss. Bei unbeabsichtigten Nebenfolgen, und insbesondere bei „Rattenrennen“, handelt es sich um typische Probleme kollektiven Handelns, die durch Verhaltensänderungen einzelner kaum gelöst werden können. Es sind daher nicht die Eltern qua Eltern, die Kritik verdienen - höchstens aus der Perspektive der ballett- und chinesischemunterrichtgeplagten Kinder -, sondern die Politik, und damit letztlich wir alle als Bürger. Und es ist ja auch nicht so, dass das Thema die Öffentlichkeit nicht beschäftigen würde. Viele Rezepte sind bekannt und haben sich in Einzelfällen wunderbar bewährt, sei es, dass die Schulen mit umfassenden Bildungskonzepten Defizite in den Elternhäusern ausgleichen, sei es durch zivilgesellschaftliche Initiativen, die informelles Mentoring und psychologische Unterstützung anbieten. Aber es scheint der Wille - was in vielen Fällen konkret heißt: das Geld - zu fehlen, derartige Maßnahmen flächendeckend umzusetzen. Dabei wären hier investierte Mittel gut angelegt, denn die Folgekosten von mangelnder Bildung und sozialer Exklusion ziehen sich über Jahrzehnte. Es geht, wohlgemerkt, nicht um Gleichmacherei und die Verleugnung von Leistungsunterschieden. Aber es geht darum, dass individuelle Förderung und das Entdecken unterschiedlicher Talente innerhalb eines gemeinschaftlichen Rahmens stattfindet, der allen eine Chance darauf gibt.

## Helikopter-Eltern sehnen sich nach Normalität

Vielleicht ist es ein Missverständnis dessen, was staatliche Schulpolitik leisten kann und soll, das hinter dem mangelnden Willen steckt, etwas zu verändern. Ein immer wieder gehörter Einwand lautet nämlich: Schulen können das, worum es hier geht, sowieso nicht leisten. Sie können nicht wettmachen, dass manche Kinder von klein auf mit Büchern aufwachsen und andere nicht, dass es in manchen Elternhäusern selbstverständlich ist, bei den Hausaufgaben zu helfen, und in anderen eher die Kinder den Eltern helfen müssen, im Alltag zurechtzukommen. Das stimmt - aber es ist nicht das einzige, worauf es bei einer gelingenden Schulpolitik ankommt. Es geht auch darum, Räume gesellschaftlicher Begegnung zu schaffen, die über den schulisch vermittelten Stoff und das Bewerbungstraining hinausgehen. Wo öffentliche Schulen so gut sind, dass alle, oder fast alle, Familien ihre Kinder dorthin schicken, entstehen Freundschaften. Kinder lernen, was für unterschiedliche Lebens- und Arbeitsformen es in unserer Gesellschaft gibt. Familien lernen sich kennen, die sich ansonsten kaum über den Weg laufen würden, und das Engagement aktiver Eltern kommt den Schulgemeinschaften als Ganzen zugute. All die soziologischen Effekte, die sonst nur innerhalb verschiedener Milieus greifen und diese zementieren, greifen dann im Idealfall auch für Kinder aus anderen Schichten. Die Schulgemeinschaften werden farbiger, und die Stärkeren ziehen die Schwachen mit.

Eine republikanische Utopie? Vielleicht. Aber eine, die doch realistische Chancen auf Umsetzung hätte - wenn alle Eltern an einem Strang ziehen würden. Die Weichen, die in der Kindheit und Jugend gestellt werden, prägen Gesellschaften auf Jahrzehnte. Derzeit sind sie vielerorts auf ein immer weiteres Auseinanderdriften der Milieus gestellt. Dadurch entsteht ein immer aufreibenderer Wettbewerb um die besseren Plätze auf der einen,

und ein immer hoffnungsloseres Abgehängtwerden auf der anderen Seite. Die tiefergehenden gesellschaftlichen Folgen lassen sich erahnen, und sie verheißen wenig Gutes. Was verlorengeht, sind die Erfahrung von Gemeinschaft, Begegnungen über die Schichten hinweg, und ein Sinn von Normalität. Aber nach genau dieser Normalität scheinen sich, über alle sozialen Schichten hinweg, sehr viele Eltern zu sehnen, vielleicht auch viele derjenigen, die aus schierer Unsicherheit zu Helikopter-Eltern geworden sind. Wenn deren Anstrengungen weg vom individualistischen Kampf für den eigenen Nachwuchs zu politischem Engagement für eine bessere Schulpolitik würden, könnten am Ende alle profitieren - die Gesellschaft, die Eltern, und vor allem alle Kinder.

Weitere Artikel

- [Chancengleichheit in der Bildung wächst nur langsam](#)
- [Chancengerechtigkeit: Die neue Klassengesellschaft](#)
- [Chancengleichheit: Bildung nach sozialen Schichten](#)



© privat

Forscht über moralische Akteure am Finanzmarkt: die Autorin Lisa Herzog

Die Autorin

**Lisa Herzog** (29) studierte Volkswirtschaftslehre und Philosophie in München und Oxford. In Oxford promovierte sie 2011 mit einer ideengeschichtlichen und zugleich systematischen Arbeit über Adam Smith und G. W. F. Hegel: Es geht darum, ob soziale Gerechtigkeit mit oder gegen die Märkte erreicht werden kann. Seit April 2013 arbeitet Lisa Herzog als Postdoc am Institut für Sozialforschung und am Exzellenzcluster „Normative Ordnungen“ in Frankfurt und forscht über „moralische Akteure am Finanzmarkt“.

Quelle: F.A.S.

## **AUDIO: Alasdair Macleod: Europe is a Hot Mess**

Its banks are the weak point in the global financial system

by Adam Taggart

81,36

Sunday, July 28, 2013, 10:42 AM

It's almost August, the month everyone in Europe takes off on holiday to forget their troubles. This year may be different, though, as not only can many *not* afford a vacation, but Europe's troubles loom so large that forgetting them won't be easy...

In this podcast, Chris talks with PeakProsperity.com's European economy expert Alasdair Macleod about the current state of the Continent. As a reminder, Chris is keeping a keen eye on events in Europe, as he sees the region the most likely candidate to serve as the flash-point for the next major global financial crisis. Sadly, Alasdair has few reasons to convince him otherwise.

A quick spin through many of the countries there reveals much instability:

- **Greece:** currently living through a capital "D" Depression; destitution has reached the professional classes at this point
- **Italy:** teetering on the edge of political collapse as politicians fight any and all austerity measures
- **Spain:** rocked by political scandal, its banking system is now insolvent
- **Portugal:** experiencing the flight of its younger generation out of the country
- **France:** quickly becoming a bankrupt welfare state, as only 17 million of its 66 million citizens are working
- **Holland:** stumbling under the highest level of private sector debt to GDP of any EU country
- **Belgium:** struggling with the same challenges as Holland
- **Germany:** losing its sovereign wealth with every bailout of its clearly insolvent neighbors

The principal problem with austerity is that governments end up not cutting their spending, but they end up raising taxes on the private sector. Politicians are not in the business of cutting back. They are in the business of extending what they do, and consequently they see the problems as rarely being not of their making, which I know sounds bizarre, but that is the way it is.

Apart from the appalling state of affairs the governments are forcing on their electorates, I think the obvious weak point are the major banks. If you look at the big banks in Europe, they are horrendously geared (i.e., levered) in terms of how much shareholder equity they have in the game, relative to their balance sheets.

But then there is another problem on top of all this, and that is that these large banks have quite large derivative positions. And one of the largest chunks of derivatives is **interest rate swaps**.

Now, just so that we can get this clear in our minds, basically, what an interest rate swap is – you and I might take out a mortgage on a new property. We can see that interest rates are as close to 0% as they are ever likely to be, so we want to lock in that low rate for a long time. On the other end of the transaction is a bank.

Now, the bank will allow us to lock in low rates, let us say, up to three or four years on an interest rate swap. And, the reason they do it is, they are confident that interest rates are going to remain low. Why? Because, Mario Draghi has told them that they will keep them low; that there is no way they are going to go up. And, they sort of feel that, *well, when the economy recovers and property prices recover and all the rest of it, okay, we could probably take a little hit on that, particularly if interest rates rise gradually, we can correct our position.*

But, that is not actually how it works. Once interest rates start rising, they will probably start rising very quickly. Why? Because of all this money, mainly dollar money around the world, which, at some stage, is going to start impacting on raw material prices and through raw materials, finished goods and so on and so forth.

So, once price inflation starts rising, these interest rates are going to rise irrespective of what the central banks say. Now, under those circumstances, if you think about the level of derivatives in these interest rate swaps, they are enormous. I do not have the figures for individual banks, but I can tell you that according to the Bank of International Settlements, world-wide, these interest rate swaps are \$440 Trillion. That is absolutely enormous.

To my mind, when interest rates start rising, the banking system will be at risk of failing at its weakest point. And I think that weakest point, generally, is the European banking system.

Click the play button below to listen to Chris' interview with Alasdair Macleod (40m:24s):

[iTunes](#) | [Download](#) | [Report Problem](#)

Transcript

**Chris Martenson:** Welcome to this Peak Prosperity podcast. I am your host, Chris Martenson, and today we are going to be discussing Europe, and we have a very special guest with us today. It is Alasdair Macleod. Alasdair, welcome.

**Alasdair Macleod:** Thank you. It is very nice to be with you, Chris.

**Chris Martenson:** Fantastic. I really am looking forward to talking with you about Europe, because, I have to be honest, Europe – no offense, but it is at the top of my list right now for a place where another round of trouble might start. And, obviously, it is southern Europe that has my attention, like everybody's, and the questions I have really – as we know now, it is not just simple math or what really should happen financially that we have to take into account, but, rather, the reactions of politicians, bureaucrats, central bankers and other interested parties.

And, so, as I look at it, here is what I see. I see Greece, obviously, in a capital-D Depression, possibly worse than anything that has been in recorded history in the past hundred years, certainly, except maybe wartime, at the depths of that. We have got Spain just absolutely crushing all sorts of records, as far as I am concerned, with respect to unemployment and bad loans and things like that. And, they have their own political problems there with Rajoy, obviously, having some issues. And, Portugal, not doing a lot better. I am seeing rates starting to rise across all three of those areas. And then we have got Italy in recession, just getting downgraded to a couple of notches above junk by S&P on the sovereign debt.

So, those are the host of things I am looking at, and with German car production and purchases way, way down. And, yet, FTSE pretty close to an all-time high, the German DAX pretty close to an all-time high. You have got lots of comforting statements by Eurocrats saying that, *things seem to be on the mend*. What are you seeing from your perspective over there? Let us start with southern Europe.

**Alasdair Macleod:** Well, [Laughs] I think you had a pretty comprehensive run-around. You left a few countries [out], but, anyway...

**Chris Martenson:** [Laughs]

**Alasdair Macleod:** ...I am sure we will come up with it. Yeah, southern Europe has gone absolutely nowhere. The principal problem with austerity is that governments end up not cutting their spending, but they end up raising taxes on the private sector. And you see this all the time. You know, the end of it. Any time a German politician or the IMF has anything to say about Greece, they say, *Well, the trouble is, they don't raise taxes, which are due*. [Laughs]

I mean, there is no mention that the Greek government should cut its spending or anything like that. Or if there is, it is very much down in the small print somewhere. And politicians are not in the business of cutting back. They are in the business of extending what they do, and consequently they see the problems as rarely being not of their making, which I know sounds bizarre, but that is the way it is.

So Greece is a hell of a mess, and yet it is not just food stamps and all the rest. People are having to scavenge through bins, through trash cans. It is rather like going to Egypt and seeing how people behave there. Honest Greeks, and many of them of the professional classes, are reduced to that sort of livelihood, and it is completely tragic, it really is.

Going around, I suppose, clockwise, we have then got Italy. Italy is, again, a mess. Politically, it has always been a country where people buy influence over time, and influence is traded, it is all coalitions. And, Berlusconi is being the center of all this, and he has been an arch manipulator; he has almost been like a latter day Borsheer.

If I can make the comparison, probably go a bit further than just politics, I could see the Italian political situation falling apart at any moment. What the Italian government wants more than anything is to be excused from this austerity. And by that, they mean they do not want to cut their spending, their lifestyle. And we are not talking about the people; we are talking about government.

Moving on to Spain, it is the same there with Rajoy. We have seen that it has been exposed, that the whole of the political funding for the conservatives there have gone through slush funds, Swiss bank accounts, whatever. This is a big scandal, but in European terms, this is business as normal. And, Spain has huge problems. Basically, the thing that broke Spain was a housing bubble. Spain –before she ended the euro – rather like Greece, was used to borrowing at semi-high rates, because Spain is a fairly risky place to invest. As soon as you have the euro along, then what happened is that people lending money to Spain would not think about the risk in Spain, but they would think, *Well, in Spain, I can lend money at, say 6%, when I can only lend it to Germany at 3%. Therefore, in my euros, what I am going to do is I am going to lend more money to Spain.*

So you had a massive expansion of bank credit. This is true of all these southern countries. And in the case of Spain, it ended up with an enormous housing bubble, and that eventually went *pop*, the way these things do. The whole of the construction industry has gone with it. The banking system is more or less gone with it. Certainly, the mortgage lenders have gone with it completely. And you have only got the share price of Bankia, which is the amalgamation of seven Cajas, so the local lenders. And these Cajas, they were badly run to begin with and the depositors were forced to take shares. Those shares were trading at over a hundred euros at the outset. They are now less than one euro each.

Basically, the largest lender – almost like the Fannie Mae of Spain – is demonstrably bust. And yet, proxy prices have been held up. Why? Because, no bank actually wants to admit the collaterals that they have got on their books are well nigh worthless. The result is there are huge, huge developments completely empty still. It really is quite extraordinary.

Portugal, the major industry in Portugal now is exporting the young. They are all going to Angola, to Mozambique, to Brazil; all the old Portuguese colonies where people speak Portuguese and they feel they have got an affinity. And I think this is tragic. There is a complete generation just going from Portugal. And they have got political problems there, too. They cannot force through the austerity. Again, government will not cut itself. Politicians cannot agree to cut their own spending, and so the result is, you have got a crisis there.

Going around, I am going to include France, not just because France has got a Mediterranean border, but – France, it is bizarre. I was calculating the other day, and I had to speak to a number of people about France. So, it is 66 million people in France, of which only 17 million are actually employed in the productive private sector. The taxes on 17 million pay for the welfare of 66 million. This just cannot go on. It is as simple as that.

And what do the politicians do when they get in? They decide that they are going to tax the wealthy, the rich, the high earners, to the point where they leave. And if you live in France now, and you earn over a million

euros and you have property there, the combination of wealth taxes plus your income tax takes you to over 100%.

**Chris Martenson:** Over 100%?

**Alasdair Macleod:** Yeah, it is complete nonsense. Complete, complete nonsense.

Holland, now there is one. Holland, we do not think of as having any problems, but they have got the highest level of debts of any of the European countries in the private sector, the highest level. It is normally the government, but it is for the private sector. You can see that the private sector is so overburdened with debt, there can really be no recovery. But, there it is the private sector that is bust. And, if the private sector is bust, then the public sector is also bust on the back of it.

Belgium has, I think, government borrowings which are approximately 130% of GDP. This is completely unsustainable. Germany, I think, is about 86%, something like, debt-to-GDP. They have got an election coming up in September, and that is probably given the timing on everything in Europe, because the only people who have the resources to the extent they can pretend they can rescue anyone, obviously, is Germany. So, everybody is sort of waiting for the election. Get those out of the way. And then they go along with their begging bowls and talk to Mrs. Merkel and say, *Look, you have got to let the ECB print money. Either that, or you have got to lend it to us*, or whatever. So, September is when all the negotiations start again. That is, if the situation remains stable.

**Chris Martenson:** Let us talk about that part then, because as I understand it, there is some important refundings and financings coming up; there is a few debt options between here and September for Greece, Italy, Portugal, I believe. That is the part I really want to get to here, *what is really the appetite?* It sounds like Germany is going to be a little bit frozen for a while. No politician is really going to want to commit to anything really bail-out risky, excessive, prior to the election, I assume. So part of Europe is sort of holding its breath, hoping nothing happens before the German elections. But, if it does, how do you assess the mood and the tenor? I guess we are going to have to look at this across different power blocks, because the people might think one way, and the politicians might think another way, and the bankers might think a third way. So, how do we begin to parse this?

**Alasdair Macleod:** Well, I think the first thing to bear in mind is that the European bankers are very much in the pockets of their governments. So, I think that the way in which financing will be arranged until after the German elections is, basically, it is sort of negotiated between the ECB, the national banks, and the national central banks representing the national governments. So, one way or another, what you end up with is, money goes into the banks to help the banks, but that money then bounces into the government.

And, the one thing that is hidden behind in all this is the Basel II and Basel III idea that is, the best form of collateral is government debt. And the more you built up government debt in your balance sheet as a bank, the safer you are. But, you and I know, that is only true so long as the government debt does not go down in value or go up in yield, because then you have got to start making provisions against your capital.

So, it is in everybody's interest to try and keep the show on the road, and that, basically, is what is happening. Now, at some stage, rather like the gold prices, it is going to blow. And, there is no knowing when, and if it blows before the German general election, then it is very hard to see how the problems will be resolved.

**Chris Martenson:** Simply because there will not be the political quorum necessary to effect any sort of solution. Just, *Well, let me test this so...*

**Alasdair Macleod:** I am not sure that it is quite a question of a political quorum or consensus. I think it is reality, actually, Chris. The situation is untenable. It is a question of how long they can keep the show on the road.

**Chris Martenson:** Let us talk about that. What would cause this show to go off the road?

**Alasdair Macleod:** Well, apart from the appalling state of affairs the governments are forcing on their electorates, I think the obvious weak point are the major banks. If you look at the big banks in Europe, they are horrendously geared in terms of how much shareholder equity they have in the game, relative to their balance sheets. So if you look at the big French banks, for example – off the top of my head, Credit Agricole and BNP – you are looking at sort of 35, 40 times shareholder's funds. In the case of Deutsche Bank, it is over 50.

But then there is another problem on top of all this, and that is that these large banks have quite large derivative positions. And one of the largest chunks of derivatives is interest rate swaps. Now, just so that we can sort of get this clear in our minds, basically, what an interest rate swap is – you and I might take out a mortgage on a new property. We can see that interest rates are as close to zero as they are ever likely to be, so we want to lock in that low rate for a long time. The other end of the transaction is a bank.

Now, the bank will allow us to lock in low rates, let us say, up to three or four years on an interest rate swap. And, the reason they do it is, they are confident that interest rates are going to remain low. Why? Because, Mario Draghi has told them that they will keep them low; that there is no way they are going to go up. And, they sort of feel that, *well, when the economy recovers and property prices recover and all the rest of it, okay, we could probably take a little hit on that, particularly if interest rates rise gradually, we can correct our position.*

But, that is not actually how it works. Once interest rates start rising, they will probably start rising very quickly. Why? Because of all this money, mainly dollar money around the world, which, at some stage, is going to start impacting on raw material prices and through raw materials, finished goods and so on and so forth.

So, once price inflation starts rising, these interest rates are going to rise irrespective of what the central banks say. Now, under those circumstances, if you think about the level of derivatives in these interest rate swaps, they are enormous. I do not have the figures for individual banks, but I can tell you that according to the Bank of International Settlements, world-wide, these interest rate swaps are \$440 trillion. That is absolutely enormous.

Now, to my mind, when interest rates start rising, the banking system will be at risk of failing at its weakest point. And I think that weakest point, generally, is the European banking system.

**Chris Martenson:** Well, here we have both Mario Draghi, Ben Bernanke, and the Bank of Japan all saying that interest rates are not going to go up. That they will do whatever it takes to continue printing as much as necessary to keep interest rates low. They feel they have to be accommodative, and – this is the odd part of the story; I just have a really hard time getting my hands around this – is this idea of what are they really looking at and what are they really looking for. Because, if you had proposed this level of monetary stimulus twenty years ago simply because GDP has slipped to 1%, it would have been absolutely – you would have been a laughing stock. Nobody would have taken you seriously.

But now it seems structural. It seems that we are stuck in this perpetual accommodative mode, as they call it. I call it money printing and easy money and stuff like that. And now it has gotten to the point where Bernanke will say something, the markets will react a little bit, and he will come right out the next day and say, *Oh, the markets did not seem to go the direction I wanted them to, so, you must have misinterpreted me,* or something.

And, so there is this – it feels to me like we have – central banks have inserted themselves as a new permanent participant in markets and I am wondering if that is the same, if you see that as true, and if you see that as true in Europe as I think it is in the U.S.?

**Alasdair Macleod:** Yes, it is; absolutely. Now, the figures are always different. We accept that, but, the whole point about G20 – G20, you may recall, was formed in the wake of the banking crisis, the Lehman crisis in 2008, as, if you like, the forum for global coordination of dealing with these risks. Now, actually, what the G20 is, is a form of coordinating the level of money printing, and what we are seeing essentially is the dynamics of a situation where whole countries get into a debt trap, and the only way out is to print money. That is exactly

what happened in almost every inflation since Roman times – government spending is in excess of taxable receipts.

Now, the problem today is interesting, because if they were to stop printing money, not only would governments have a real difficulty, they would actually have to cut spending – can you imagine such a thing? Not only that, but banks themselves would find that interest rates would rise sharply, which would bankrupt their customers, and therefore bankrupt the banks themselves. You also have the problem that because governments have off balance sheet liabilities, particularly in the form of future welfare and pension costs, those costs are going to escalate. And the effect of it will be that you would not be able to discharge their duties under those circumstances either.

So we are in a situation where the last thing that any central bank can possibly do is slow down the rate of growth of money supply. Now, this is a frightening thing. We all sort of laugh at Zimbabwe, we laugh at – oh, we do not really laugh, I suppose, but – we think about the horrors and the irresponsibility of central banks printing money, say, in 1920 and 1923 in Austria, Germany, and so on. But, actually, when you see the dynamics of the problem, you can understand why central bankers, if they have got the ability to print money, will always resort to that. I do not think it is anything different today from any other time in history in that respect. I cannot see how we can get off this merry-go-round of printing money.

And, if you look at the Japanese situation – we were talking about Europe, but, if I may digress slightly – under Abenomics, they are going to double the quantity of money. That is the stated objective. The reason they are doing that is, quite simply, savers are now spending their savings, because there are so many old people who now rely on their savings. They outweigh the people who are actually earning, paying taxes, and saving within the system. There is no way the government can raise the money it requires as taxes out of savings.

So, what it is doing is, quite simply, printing money in order to pay its bills. That is an absolutely classic example, but it is all dressed up in the idea that *we have got to get the economy shifting, and we are going to really crank up the printing presses and get it going*. But, guess what, that never works.

**Chris Martenson:** Well, so far they will say *it has been working*, and I think there were two major outcomes that they were seeking. One was for the whole thing not to just fall apart in 2008, and the second was to get back to growth. Okay, things did not fall apart in 2008, in terms of completely flying apart at the seams, but for all of the trillions that have been spent, really, there is very little to show for it at this point in time in terms of real growth. And, from my perspective, my view is that they just have the wrong structural framework that they are using at the Fed, that they are just looking at a couple of levers and wondering why things are not working the same. And I think they are even overlooking the amount of indebtedness as being as critical as it is. But with oil at \$100 a barrel, sorry, you just cannot have the type of economic growth you had before.

But, the funny part in the story, the part that is almost never talked about, is that it is not really economic growth that they are after – that is ancillary. What they are really after is growth in credit aggregates.

**Alasdair Macleod:** Yes.

**Chris Martenson:** Because that is all they can control. Their view is that *as long as those are growing well, the banking system is now healthy, because that is what it needs*. Let us hear – can I say the truth out loud? If the banking system does not have a sufficient amount of growth in credit and credit derivatives, it seizes up and then it fails. And the unfortunate part of this story is, those credit and credit aggregates had been growing at pretty much, roughly twice the rate of the underlying economic growth – which is GDP – in most OECD countries for the past two to three decades, depending on where we are looking at. And it had to end.

So, in Europe, is there any – we have no discussion here [in the U.S.] at all that we were on an unsustainable path, because we were growing credit faster than income, and, however we chose to approach it, that was going to have to be modified and rectified and gotten back into balance. There is no talk of that balance at this point over here. Is anybody [there in Europe] looking at it that way?

**Alasdair Macleod:** Well, it is not really a subject over in Europe either, essentially because we are bewitched by Keynesian economics. [Laughs] The answer to every problem is *competitive currency* or *print some money to stimulate the economy*. It never gets beyond there. And nobody actually thinks that our real problem is that we have now got so much debt round our necks, we cannot physically deal with it. And that is actually what we are seeing at a national level in Europe. We are seeing it at a personal level in countries like America and the U.K. But, in Europe this is also happening at a national level, because they cannot print their way out of the problem.

**Chris Martenson:** And, yet they try. Here, I want to get back to what the timing of all this might be, and what might happen. So, let us imagine – pick a southern European country that suddenly needs a new bailout of some form. They need to roll over a huge amount of debt, or they are going to have to plug a big giant hole in a banking system, or something. And, it will probably be a pretty big number this time. It will not be acute like the numbers out of Cyprus; it will be something pretty major. And, if it involves...

**Alasdair Macleod:** It will be a major country, yeah.

**Chris Martenson:** Yeah, somebody big. So, Spain or Italy, so, if one of those two countries needed a large infusion of money for some reason, do you think it would be forthcoming?

**Alasdair Macleod:** No, I do not. I think lots of jaw-jaw would be forthcoming, and lots of delay, simply because the only people who have just even a quarter of the money available, or perhaps the Germans – but remember that what we are talking about is actually taking physical money out of German pockets and moving into, in this case, in your example, into Italy. That is a very difficult thing to persuade folks is a good idea. They will buy the European project, they will buy all sorts of rubbish from the politicians, but when it comes to actually putting your hand in someone's pocket, someone else's pocket, and redistributing their money in that fashion, that is a very difficult thing to do. So, I do not see the money being forthcoming at all. It is going to be more "extend and pretend," if you like.

I think there is another aspect that perhaps we ought to consider in all this, and that is that if the summer in Europe turns out as being half as hot as it is here in sunny Devon, this is going to stoke rebellion, riots, and all the rest of it. And that is likely to be an increasing problem, I think, particularly in the hot months, perhaps August, September. So, I would certainly be concerned that there will be civil unrest. In fact, I would be very surprised if there is no civil unrest.

**Chris Martenson:** So, if you are implying that if we take the youth and just give them idle time in the middle of August, something could happen?

**Alasdair Macleod:** Yes, and it is not just the youths. What we have seen in, in North Africa, with Tunis and Egypt...

**Chris Martenson:** Um, yep.

**Alasdair Macleod:** ...and all the rest of it. Actually, it is something that we may well be prone to, in Greece, Italy, Spain, possibly Portugal, though I think Portugal less so. Because, in these countries, the level of unemployment is absolutely incredible, and I think all you need is a firebrand to get these guys moving. And, they will move, and they will throw stones, and they will throw petrol bombs, and they will do all the rest. And I think it will be indistinguishable to the observer, what is likely to happen in countries like Greece and Spain, compared with what we have already seen in North Africa.

**Chris Martenson:** Now, are there any voices of reason? I have heard some quotes from Nigel Farage. He seems to get some of this, as he's a bit of a firebrand himself in certain respects. On the political landscape, is there anybody over there really talking about what the issues really are here?

**Alasdair Macleod:** Straightforward answer, no, I am sorry to say. It is, basically, governments round the world in their different ways, I think, have found themselves in a dead end. And in Europe, it is particularly noticeable, because they cannot print their way out of the problem. Mr. Draghi can print, but he is actually very

restricted in what he can do. And he will do what he can. He said he will do what it takes. He has talked about it more than anything else, but he has not actually managed to do anything about it. It is all jaw-jaw, and I just do not see a way out of this problem for the politicians and the political classes in Europe.

**Chris Martenson:** All right. So, let us, how does this unfold in your mind, do you think? It is unknowable; it is a complex, chaotic system. But would you roughly say that one or more countries gets in trouble, and then that precipitates this, or does this start in an institution of some form? Where does the phase change begin? Is this at the sovereign level, or...

**Alasdair Macleod:** Well, I think there are two ways, perhaps broadly, in which this can happen. One is that there can be the political disintegration, which questions the creditworthiness of a European nation. The other way in which I see it happening is perhaps a renewed economic downturn. Now, given that they are printing an awful lot of money all around the world, this may not be all that obvious in GDP figures, which, after all, are just the money total. But, if you do get a renewed economic downturn, then I think that the banks could come under serious pressure.

And that could lead to a situation where interest rates start rising to reflect the increased risk, and the rising interest rates undermine the asset side and the collateral held by the banks, and then various banks could get into trouble. And, I think, on a global basis, that Europe is the obvious place where the banks are most exposed to the risk of either a failing economy or rising interest rates. Either way, they get it in the neck.

**Chris Martenson:** Well, we saw a preview of this on June 19<sup>th</sup> and 20<sup>th</sup>, after Bernanke spoke. There was a bit of a hiccup in the markets. We saw stocks sold, we saw bonds sold, we saw commodities sold. Everything got sold. And we have seen that before. When everything is getting sold, there is no rotation across sectors; there is none of that magic. What is happening is, that is a dash for cash, there is a liquidity problem. And it was a pretty decent impulse, and they came out, and the Federal Reserve, they were a little unhappy with that, and they modified their remarks to turn that all around.

But, in truth, interest rates have been rising since early May in many southern European countries, and since late May, early June, in the United States. So there was already sort of a trend underway. And that moment – which looked exactly like 2008 again – told me that all of the same conditions that we had in 2008 could arise again, which is where you have some sort of a breakdown in the market that creates this vast lack of trust that immediately spikes all different kinds of things. Because, from my perspective, I think institutional trust is probably lower today than it was back then, even though there is maybe greater confidence that the central banks will do everything they possibly can in any circumstance that might arise.

But, post-Lehman, whole credit markets froze right up, because nobody trusted anybody. And, so, like, who is really going to trust a Spanish bank to really be good at this moment in time, in another crisis?

**Alasdair Macleod:** I agree with what you say entirely, and there is no trust in the system. But we still have, I think, over €3 trillion of cross-border lends amongst the banks, rather than just between banks and commercial entities. So, if you get a bank failure, which could easily happen in Germany, quite easily, then the implications all around Europe are massive. And, guess what? Mr. Draghi has had actually quite a lot of help in terms of swaps and all the rest of it from the Fed. And I think I am right in saying that some of the biggest depositors at the Fed are actually either American offices of European banks, or – basically, the European banks are relying to a large extent on the Fed when they cannot access the money from the ECB.

So, to my mind, the banking system is creaking very, very badly, and that is perhaps where the surprise will come from. But, one of the things I think, again, which we have mentioned before, which you need to watch very carefully, and you touched on the subject, is government bond yields. When they start rising and they continue rising, that is really, I think, the forewarning that you would get that the crisis is being brought forward. And, as you say, we seemed to have bottomed out temporarily on the yields. Yields have risen somewhat across the board, and maybe they are pausing a little bit at the moment, but I think if that continues, it then becomes very destructive in terms of keeping countries – particularly like France – afloat, and also, Italy and Spain.

**Chris Martenson:** Right. So, what are you tracking in terms of the macroeconomics over there that might suggest this downturn as one of the precipitating events? I mentioned a few at the beginning of this podcast. Auto sales – I was really quite shocked by the auto numbers that came out, because it implied the lowest level of auto sales in decades. That does not even remotely line up with what I see happening in the European stock forces. So, of the macroeconomic data, what is on the bright side of this?

**Alasdair Macleod:** Well, I think auto sales is certainly a very good indicator. I think unemployment is also a very good indicator. And, the reason I think we look at these things, is because government statistics are really so unreliable that, if you look at GDP and things like that, that is not going to tell you what is going on. All it will tell you – if they are accurate, which I know is a big if – is the total sum of transactions within the economy. It gives you no idea what the quality of those transactions are. But, certainly, when we see a major manufacturing nation like Germany, producing really good quality products that are wanted all around the world, beginning to suffer, that is as good an economic indicator as you will get.

And, I think unemployment is the great thing – and there again, you have got to just watch out that governments do not distort the figures in the way in which John Williams has very sensibly pointed out that the American authorities have been doing for the last 30 years.

**Chris Martenson:** Let us talk then, briefly – apparently there is a little bit of room to run if the numbers you gave us out of France are real. I have trouble believing them – 17 million people supporting how many?

**Alasdair Macleod:** 66 million.

**Chris Martenson:** Apparently, you can squeeze the middle class longer than I thought.

**Alasdair Macleod:** [Laughs] Yes, well, or it is “extend and pretend.” It is horrendous. France is particularly bad, and to me, it is a complete mystery why their ten-year bond yield is, I think, something around about 2-1/2%. It is a complete mystery, it is complete mispricing, it is almost as mispriced as gold, I think. [Laughs]

**Chris Martenson:** Yes, and that has been a huge mystery to me. The northern European bond yields were, last I checked, all just a few ticks lower than Treasuries themselves, including France. That one really caught my eye.

**Alasdair Macleod:** Yes, yes.

**Chris Martenson:** And U.K. as well. I just did not quite understand, because there was...

**Alasdair Macleod:** Again, that is complete nonsense. The U.K. government is hampered by the fact that it is a coalition. You have got the Liberals on the one side, who basically are, I suppose – call them left-wing socialists; you will not be too far off. They are almost more left-wing than the official Socialist party. So this is actually quite a difficult arrangement, held together because there are individual politicians who actually quite like the idea of having some power, and it's the only chance they would have some power.

But, to be fair to the Conservatives who need the coalition, they have tried to cut back on welfare costs by raising retirement ages and doing things like that. So they have tried to cut back in quite a number of areas, in terms of the sort of automatic expenditure increases that we see. But they have not managed to cut the overall level of government expenditure. All they have done is, they have managed to reduce the rate at which it grows. And I think it is a very good example of the problem facing modern governments. Having persuaded everybody that you do not need to save [money] and the State will look after you, it is impossible to reverse the process.

That is roughly where we are. We think it is bad here; it is a lot worse in Europe, because the level of pension liabilities is far higher in Europe than it is here. And, all the welfare stuff that goes with it, like health, education, and so on and so forth, that is also extraordinarily expensive. And, certainly, on the health side is increasing at a phenomenal rate.

**Chris Martenson:** Absolutely. So, if you cannot print your way out of it, and austerity is not the way out of it, how does this resolve?

**Alasdair Macleod:** Bankruptcy. And bankruptcy of a government happens in either of two ways. Either they stop paying their bills – which is basically what is going to happen, I think, in a lot of these European countries – or they print. And, if they can print, like – we can print, because we have still got the pound Sterling – then, we just devalue the currency to the point where suddenly nobody has any confidence in it. And, that is the logical outcome, and it is very difficult to see we are going to get off that path.

**Chris Martenson:** Well, better coordinate carefully, because Japan is trying the same strategy, and obviously, the U.S. has got a bit of a head start on that whole process, too.

**Alasdair Macleod:** Indeed. And again, I am very cynical, as I said earlier, but the real reason for Japan printing money has got more to do with the fact that they cannot borrow money without driving up interest rates now, because the underlying balance of saving has changed, fundamentally altered. And, in the case of America, if I look at true money supply plus excess reserve, that is \$3 trillion above the exponential trend, which basically means that to come back to stability, Mr. Bernanke needs to take \$3 trillion out of the economy.

**Chris Martenson:** If you can call an exponential curve stability, I agree. [Laughs]

**Alasdair Macleod:** Well, it is, in the sense that if you are going to expand a quantity of money, and it is going to expand as a controlled rate, then the exponential curve is the maximum level at which you can expand.

**Chris Martenson:** Yep, just pick your rate and go with that.

**Alasdair Macleod:** Yeah.

**Chris Martenson:** So we are at a new rate; a much higher rate. So, if you were going to cast forward – we are coming up on the end of our time – I am just interested, looking forward the next 3 to 6 months, what are the major themes and possibly events that might transpire in Europe, in your mind?

**Alasdair Macleod:** Well, I am looking at the banks, obviously. And I think in the very short run, I would expect, perhaps, developments in the Spanish banking system. And to my mind, it is only a matter of a very short amount of time before Bankia has to be rescued again or goes bust for a second time. And I think the crisis from that could be quite severe, particularly since the government is losing credibility over slush fund allegations. So, that is one thing I would look at.

I am watching the French situation, and I think we are going to see that economy deteriorate. It is already disappointing a lot of the economists, who expected more growth out of France. I think they are looking at the wrong thing. It is just, the burden is on employment, which is just so great in France. There is no way they are going to recover. The economy is being strangled completely. So, watch for the French economy and various economies struggle and maybe begin to visibly deteriorate to the point where we start worrying about the banking system.

I think those are the things I would really watch out for. And we have got the German elections in September. I think it is going to be an interesting bet as to whether the whole thing destabilizes before those elections, or whether we manage to keep the show on the road until those elections are out of the way.

**Chris Martenson:** All right. Well, that is a very fair summary. We are going to watch the banks, France, and just keep our eye on the political situation in Germany. Alasdair, thank you so much for your time today.

**Alasdair Macleod:** It is very much my pleasure, Chris.

August 4, 2013

## In Germany, Union Culture Clashes With Amazon's Labor Practices

By [NICK WINGFIELD](#) and MELISSA EDDY

81,46

In the United States, technology giants like [Amazon](#) are often celebrated as fonts of innovation and jobs.

But across the Atlantic — *nein, non, no*.

Even as President Obama [spoke about middle-class jobs last week](#) at an Amazon warehouse in Tennessee, Amazon was facing strikes at warehouses in Germany, its second-biggest market. Unions there say the company has imported American-style business practices — in particular, an antipathy to organized labor — that stand at odds with European norms.

“In Germany, the idea that warehouse workers are going to be getting opposition from an employer when it comes to the right to organize, that’s virtually unheard-of,” said Marcus Courtney, a technology and communications department head at [Uni Global Union](#), a federation of trade unions based in Nyon, Switzerland. “It puts Amazon out in left field.”

Amazon is hardly out there alone, however. Large American technology companies are increasingly running into obstacles as they expand in Europe. For Facebook and Google, the running issue is privacy. Google was fined this year by German authorities for illegally collecting personal data while creating its Street View mapping service, after facing minimal sanctions over [Street View at home](#). Meanwhile, European privacy [regulators are considering tough regulations](#) to protect consumers on the Internet, a direct challenge to Google, Facebook and other online companies that mine personal data.

Antitrust officials in Europe are scrutinizing Apple’s relationships with wireless carriers, as well as Google’s competitive practices. And Google, Apple and Amazon have all been criticized by European lawmakers for tactics that help them minimize their tax bills.

Amazon has been [criticized for its working conditions in the United States](#) — but not nearly to the same extent as in Europe. On the surface, Amazon’s labor problems in Germany revolve around wages.

The union says workers in warehouses in two small German cities are properly classified as retail employees, and should be paid at the higher rate required for people who work in department stores and other retail outlets. Amazon says they are more properly classified as warehouse workers, and paid at a lower rate.

The subtext, though, is Amazon’s opposition to unions in its warehouses as a general principle, because the company fears unions will slow down the kind of behind-the-scenes innovation that has propelled its growth.

Dave Clark, the company’s vice president of worldwide operations and customer service, says Amazon views unions as intermediaries that will want to have a say on everything from employee scheduling to changes in processes for handling and packaging orders. Amazon prizes its ability to quickly introduce changes like these into its warehouses to improve the experience of its customers, he said.

Last year, the company spent \$775 million to buy a manufacturer of robots that it plans to eventually deploy in its warehouses, though it has not said when they would come to Germany. The last thing it wants is to have to get approval from unions for such changes.

“This really isn’t about higher wages,” Mr. Clark said. “It isn’t a cost question for us. It’s about what our relationship is with our people.”

“We’re still a developing industry,” he added — despite the fact that Amazon posted revenue of \$15.7 billion in the last quarter and the company is enjoying a buoyant stock price.

In the United States, Amazon successfully thwarted efforts to unionize. Over a decade ago, Mr. Courtney of Uni Global led an unsuccessful effort in the company’s home state of Washington to organize Amazon’s customer service representatives.

Two years ago, an investigative article by The Morning Call newspaper in Pennsylvania’s Lehigh Valley chronicled poor working conditions in an Amazon warehouse in the state, including instances where it stationed paramedics outside to take heat-stressed workers to the emergency room. Amazon says it has addressed the problem by installing air-conditioning in all of its facilities.

More recently, a firm that provides temporary employees for Amazon warehouses is defending itself in a class-action suit that claims the firm shortchanged workers on pay as they waited in security lines to exit warehouses.

Jonathan Barnes, a spokesman for the staffing firm named in the suit, Integrity Staffing Solutions, declined to comment.

But it is a different story in Germany, where the powerful labor movement behind the Amazon strikes traces its roots back more than two centuries.

Mr. Courtney, the Swiss-based head of the federation of trade unions, said other American tech giants, including I.B.M. and Hewlett-Packard, have been more tolerant than Amazon of unions in their European operations.

And the strikes in Germany raise especially knotty problems for the company, which has ambitious expansion plans there.

Germany is Amazon’s second-biggest market after North America, accounting for \$8.73 billion, or 14 percent, of total company revenue in 2012. Even as workers in Bad Hersfeld and Leipzig began their recent strikes, Amazon announced plans to open a ninth logistics center in Germany, in the former East German state of Brandenburg, west of Berlin.

The strike was organized by the powerful service workers union ver.di, which has about 2.3 million members across Germany, and a sizable war chest to pay striking workers.

Thomas Schneider, ver.di’s point man for organizing the strike at the Leipzig plant, argued that Amazon’s tactics, along with its refusal to even enter into talks with the unions, created an image of being against its own work force that could hurt it in the long run.

“When it is put under pressure, Amazon reacts,” Mr. Schneider said.

The company says that after a year, its German workers make more money on average than those in similar businesses. And it says it has complied with German labor laws by allowing worker councils at its warehouses. But these councils are legally forbidden from getting involved in wage deals, which is why the union wants to get involved.

In Germany, Amazon’s Mr. Clark said, the strikes had not disrupted its business because the number of workers walking out had been relatively small. When necessary, the company has been able to shift orders to other facilities that are not striking, he said.

The union, though, credits the strikes for recent improvements to overtime scheduling, an increase in the number of break rooms and a pledge by Amazon to pay Christmas bonuses, a standard practice in German industry.

At a strike in June with hundreds of workers who gathered outside the gates of the Leipzig plant, the head of ver.di, Frank Bsirske, played on Amazon's motto of "Work hard. Have fun. Make history," telling the strikers they should take it to heart.

"You are making history by striking," Mr. Bsirske told the crowd to cheers and whistles. "You are making history by demanding higher wages. We are not going to let a big American company come here and play Wild West. This is a clash of cultures."

## Is Spain's Experiment About to Succeed?

**Skeptics Who Doubted Austerity and Reform Could Work Should Take Notice**

By [SIMON NIXON](#)

Is Spain really on the brink of a remarkable recovery? It's a question with a significance that goes well beyond the troubled Southern European country.

For the last five years, the world has looked on anxiously as Madrid has tried to grapple with the consequences of a spectacular real-estate bust that destroyed much of its banking system and raised doubts over the very solvency of the Spanish state, while deprived of all the traditional tools with which governments try to ease the burden of economic failure: devaluation, deficit spending and money-printing.



Prime Minister Mariano Rajoy has undertaken reforms of Spain's banking system, labor rules and social spending.

And the world has watched with alarm as unemployment soared to 26%—and youth unemployment reached above 50%—and wondered how much of this pain the Spanish people could stand.

Spain has become a giant laboratory for an experiment never before attempted in a modern democracy. Can a program of austerity and structural overhauls extricate an economy from a debt crisis? Is it really possible for a country to achieve a so-called internal devaluation—restoring its competitiveness by cutting wages and boosting productivity rather than lowering its external exchange rate? Are European democracies capable of confronting vested interests and coping with the resulting social upheaval?

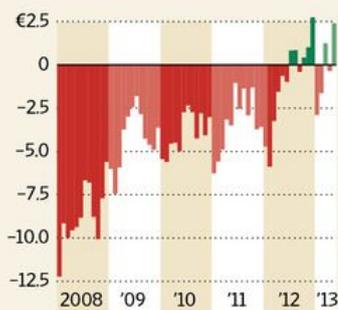
Until now, the small group of believers—mostly to be found in Berlin—have been widely dismissed as freaks or sadists. The conventional wisdom argued that the only possible escape for countries like Spain was a large-scale mutualization of euro-zone sovereign debt or to quit the single currency.

The government of Mariano Rajoy has, however—through necessity as much as conviction—set out to prove them wrong.

## Spanish Revival?

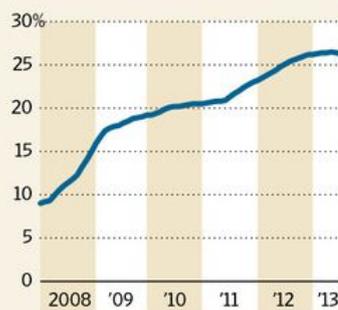
Spain's current account has swung to a surplus...

Deficit/surplus, in billions



...while the unemployment rate has begun to edge lower...

Unemployment rate\*



...and the economy appears to be nearing a bottom.

Quarterly change in GDP\*\*



\*Seasonally adjusted †Measured at an annualized rate, working day adjusted  
Sources: Bank of Spain (deficit/surplus); Eurostat (unemployment rate, GDP)

Note: 2Q 2013 GDP data not available  
The Wall Street Journal

Since being elected in December 2011, it has undertaken wide-ranging reforms of Spain's banking system, labor rules and social spending. And over the past few weeks, evidence increasingly suggests that the policy is working.

The Bank of Spain recently estimated that the Spanish economy contracted by just 0.1% in the second quarter, down from 0.5% in the previous quarter, raising hopes that a return to growth is imminent—perhaps as soon as the current quarter. At the same time, unemployment has started to fall—down by 77,000 in the past four months. House prices and car sales have also stabilized. Exports have surged, up 8% in 2012, matching Germany. The current-account deficit, once 10% of gross domestic product as the country sucked in cheap money to fund the construction boom, has turned to surplus.

This has not been enough to convince the doom-mongers, who point out that recoveries have been forecast before and failed to materialize. Many argue that, even if Spain is past the worst, the best it can hope for is a long period of stagnation where unemployment remains painfully high.

The International Monetary Fund, whose analysis continues to carry weight despite its poor forecasting record and ever-shifting policy prescriptions, last week predicted that Spanish GDP growth would only reach 1.2% by 2018, with exports offsetting a continued domestic contraction in an economy still hamstrung by a damaged banking system.

Such a weak recovery would guarantee that doubts over Spain's debt sustainability will persist, given an expected fiscal deficit of 6.5% of GDP this year.

But such gloominess looks wide of the mark. True, the public sector will remain a drag on growth—albeit at a reduced pace to recent years—due to the continuing fiscal consolidation. And no one expects any imminent recovery in consumer demand.

But the collapse in the construction sector appears to have run its course and can hardly drag the economy down any further. More importantly, the rest of the private corporate sector has substantially rebalanced and regained its competitiveness.

The flip side of high unemployment is that unit labor costs have fallen and productivity has risen sharply relative to Germany and other competitors.

Now the conditions are in place for a business-investment-led recovery: foreign direct investment is picking up while domestic firms are throwing off sufficient cash to be increasingly self-funding. After all, Spain's impressive export performance was achieved despite the deep domestic credit crunch.

A shift in sentiment could further boost the recovery. The banking sector continues to be hit by high bad-debt charges, but there is a growing investor consensus that last year's bank recapitalization exercise and the continuing efforts by the Bank of Spain this year to review asset quality and boost capital resources have been credible, fears that the system is still sitting on substantial hidden losses are diminishing. Once the market becomes convinced that the provisioning cycle has turned and that earnings are recovering, funding conditions could improve markedly for the banks, government and wider economy.

Strip out the impact of fiscal consolidation and potential GDP growth is around 2.5%, reckons Holger Schmieding, chief economist of Berenberg Bank. By the end of 2014, he says, the economy could be growing at an annualized rate of close to 2%. At that point, questions over Spain's debt sustainability would go away.

Of course, the usual caveats apply. Politics, both in Spain and elsewhere in the euro zone, remain an ever-present risk. Mr. Rajoy's authority has been damaged by a party-funding scandal, although his position seems safe for now thanks to his parliamentary majority.

More worrying is the risk that persistently high unemployment—which will only fall slowly even under the most optimistic scenarios given the challenge of redeploying the 15% of the workforce that used to be employed in construction into more productive sectors—could undermine social cohesion.

But this isn't happening yet and further evidence that unemployment has peaked could draw some of the political sting from the issue, particularly if accompanied by much-needed government efforts to encourage job creation.

Some investors also fear rating agencies may possibly downgrade Spanish government debt to "junk" status, which could have knock-on effects on the cost and availability of bond-market funding—although it would be perverse if Spain was downgraded just as the economy appeared to be turning a corner. Similarly, Madrid can reduce the risk by ensuring that future fiscal consolidation is based on growth-friendly reform of the public sector rather than further damaging tax hikes.

What is certain is that the stakes couldn't be higher—for Spain and the euro zone: A self-sustaining recovery would remove one of the biggest threats to the survival of the single currency.

No less importantly, it would vindicate Berlin's approach to handling the crisis and send a powerful message to other governments tempted to look to debt mutualization as an easy alternative to the hard business of reform.

## Autonomes Südtirol

### Bozen und der nackte Mann

06.08.2013 · Südtirol, Italiens nördlichster Provinz, geht es relativ gut. Man spricht, denkt, fühlt hier anders - und will die eigene Autonomie erweitern. Aber wie? Und was wird Rom zulassen?

Von [Jörg Bremer](#) und [Stephan Löwenstein](#), Bozen/Neumarkt

81,52



© Lionel Montico/hemis/laif

Im Land der Berge: Molveno in der Provinz Trient

In der Kneipe von Nadamas ist noch nach Mitternacht Betrieb, wenn schon die letzten Hunde ausgeführt und die Bürgersteige gereinigt worden sind. Einer der Gäste blickt durch den golden funkelnden Wein in seinem Glas und sagt, er sei der Nationalität nach Österreicher und arbeite mit Italienern zusammen. „Ich bin darum in beiden Sprachwelten und Temperamenten zuhause.“ Die anderen Gäste nennen den Mann um die 50 mal Johannes, mal Giovanni - Deutsch und Italienisch vereint beim Griechen in Bozen. Er sagt von sich: „Ich bin Südtiroler.“ Und philosophiert: „Wir Südtiroler leben an der Grenze zwischen Butter- und Ölland, zwischen Tanne und Palme.“ Johannes arbeitet in einem Edelstahlwerk, das Mussolini 1933 hier ansiedelte, um, so zitiert Johannes den faschistischen Jargon jener Jahre, „mit moderner Industrie die bäuerlich deutsche Rückständigkeit zu überwinden“. Im Süden von Bozen nahe des Flughafens ist seither die mittelständische Industrie zuhause. Darunter sind auch viele deutsche Unternehmen, die die deutsche Mentalität Südtirols schätzen, aber den italienischen Markt suchen.

„Mein Großvater war Sizilianer“, sagt ein Arbeitskollege von Johannes auf Deutsch. Als Kind habe er in den Ferien immer nach Sizilien „heimfahren“ müssen. Das hätten dann schon die Eltern abgestellt und Oma nach Bozen geholt. „Jetzt sind wir alle hier zuhause.“ Eine Frau ergänzt auf Italienisch: „Ich habe einen Deutschen geheiratet. Unsere Kinder sind Südtiroler - aus beiden Sprachen und Welten haben spätestens sie eine gemacht.“ Die neue Debatte über die Autonomie entstehe doch nur, „weil wir in ganz Europa in der Wirtschaftskrise stecken“. Da versuchten schlaue Politiker Stimmen zu gewinnen, indem sie eine goldene Insel Südtirol versprächen.

## Autonomie als Zwischenlösung

Die „neue Debatte“: Gemeint sind die in den vergangenen Jahren wieder lauter gewordenen Forderungen nach einer wie auch immer gearteten Unabhängigkeit von Italien. Nach dem Untergang des Habsburgerreiches wurde im Frieden von Saint-Germain von 1919 der südliche Teil der alten Grafschaft vom Rest Tirols abgespalten und Italien zugesprochen. Viel ist seither über das Land hingezogen. Es gab die brachialen Versuche der Italienisierung durch den bald faschistisch regierten Staat; es gab die Verabredung der Diktatoren Mussolini und Hitler, die deutschsprachigen Südtiroler „heim ins Reich“ zu holen; es gab nach dem Krieg die Vereinbarung zwischen Österreich und Italien, eine autonome Provinz innerhalb Italiens einzurichten. Eine Autonomie, die zunächst von Italien kalt unterlaufen wurde, was in Spannungen bis hin zu Bombenanschlägen auf Strommasten durch militante Südtiroler mündete; Carabinieri kamen unter teils ungeklärten Umständen

ums Leben. Und endlich, seit den siebziger Jahren, eine langsame Entspannung und der Ausbau der Selbstverwaltung bis hin zu der heute bestehenden, so die Regierungssprache, „sehr weitgehenden Autonomie“.

Elmar Thaler ist ein drahtiger Mann von etwas unter Vierzig. Er empfängt den Besucher in Neumarkt, einem Städtchen eine halbe Stunde südlich von Bozen, im Büro seines Werbedesignstudios. Thaler trägt zivil. Noch am vorigen Wochenende trug er die Tracht eines Majors der Südtiroler Schützen. Als deren Landeskommandant musste er natürlich dabei sein, als eine Nachbildung der Landesschützenfahne von 1848 gesegnet wurde. Die Tiroler Schützen, so erläutert Thaler, entstammen einer jahrhundertealten militärischen Tradition. „Früher haben sie das Land mit der Waffe verteidigt, heute verteidigen wir es mit der Waffe der Worte und des Geistes.“ Das bedeute „kulturelle Arbeit“, Brauchtumpflege, aber auch politische Wortmeldungen. Und wie hätten sie es gerne, die in 143 Kompanien organisierten 5000 Südtiroler Schützen? „Das Ziel ist ganz sicher, das eint alle Schützen und auch sonst viele Menschen in diesem Land, dass wir von Italien weg wollen.“



© ullstein bild Im Land der Bräuche: traditionelle Schützenparade in Meran

Weg also. Das ist schon einmal klar. Wohin, das ist weniger klar. Die einen sagten, so zählt Thaler auf, es solle ein eigener Freistaat sein, andere wollten zurück zu Österreich, wieder andere sprachen von einem Gebilde in einem Europa der Regionen. Satzungsgemäß steht für die Schützen als Endziel die Wiedervereinigung Tirols. Wie, das sei dann wieder Sache der Politik. „Italien ist ein schönes Land, wenn man dahin in Urlaub fahren kann und danach wieder nach Hause“, sagt Thaler mit sanfter Stimme. „Das ist nicht böse gemeint.“ Dabei versucht der Schützenpräsident klarzumachen, dass es um Heimat geht und nicht um irgendetwas Nationales oder Ethnisches. Schließlich sei Tirol seit je nicht ein einsprachiges Land gewesen, sondern mit deutsch, ladinisch (einer romanischen Sprache) und italienisch mehrsprachig. Es gebe auch im italienischsprachigen „Welschtirol“ (Trentino) 21 Schützenkompanien. „Es geht nicht um die Sprache, sondern um die Lebenseinstellung und wo man sich zugehörig fühlt.“

Die Autonomie ist für Thaler nichts Schlechtes, aber eine Zwischenlösung. „Sie soll, solange wir zu Italien gehören, das Überleben dieser Tiroler Minderheit in Italien sichern.“ Das sei schwierig genug: Nirgends in der Welt habe eine derart kleine Minderheit sich auf Dauer erhalten können. Die Politiker der seit dem Krieg mit absoluter Mehrheit regierenden Südtiroler Volkspartei (SVP) kritisiert er für ihren pragmatischen Ansatz, die Autonomie als „bestmöglichen“, nur noch etwas auszubauenden Zustand anzusehen: „Bald kommt es mir so vor, als würde diese Autonomie als Geldschalter, als Bankomat gesehen.“ Wenn ihm entgegengehalten wird, dass Italien Südtirol kaum aus seinem Staatsverband entlassen würde und Grenzverschiebungen im modernen Europa kaum vorstellbar seien, sagt Thaler: „Im Prinzip ist gar nichts unmöglich. Wenn wir das Geschichtsbuch aufschlagen, dann sehen wir, dass sich dauernd Grenzen verändert, verschoben, vereinigt haben. Wir sind nicht an einem Ende angelangt. Vor allem müssen wir es wollen.“

## Vertrauen zwischen Italien und Südtirol gewachsen

Die Südtiroler Autonomie fußt auf einem internationalen Vertrag von 1946 zwischen Italien und Österreich, der bei den Vereinten Nationen hinterlegt ist. Seither hat Österreich offiziell eine Schutzfunktion für die deutschsprachige Minderheit (das südlich des Brenners geläufige Wort „Schutzmacht“ gebrauchen die Wiener Diplomaten nicht so gerne). Tatsächlich waren es die Südtiroler mit ihren Anführern Silvius Magnago und Luis Durnwalder, die internationale Legitimierung natürlich im Rücken, die das Autonomiepaket aushandelten. Es sieht die Selbstverwaltung auf fast allen Feldern vor, Außenpolitik und Verteidigung, Polizei, Gerichtsbarkeit und Steuerhoheit ausgenommen. Im Mailänder Abkommen wurde 2010 vereinbart, das 90 Prozent des Steueraufkommens nach Südtirol zurückfließen. Nur leider hielt sich der im übrigen Europa vielgelobte frühere italienische Ministerpräsident Mario Monti nicht daran. Er verfuhr nach dem Motto: Not kennt kein Gebot. Zwar hat der italienische Staat die dazu von Südtirol - italienisch: Alto Adige - angestrebten Prozesse fast alle

verloren, doch das Geld floss trotzdem nicht. Landeshauptmann Durnwalder sagt dazu: „Wie sollst du dem nackten Mann das Hemd abziehen?“ Der Landeshauptmann hat deswegen ein neues Projekt, so wie er in den 24 Jahren seiner Amtszeit immer am Ausbau der Autonomie gefeilt hat. Er will nicht am Schlüssel von 90:10 rütteln, aber die Südtiroler sollen selbst die Steuern erheben dürfen und den Zehnten dann nach Rom schicken. „Beatus possidens“, sagt Durnwalder - glücklich der, der das Geld in der Hand hält, so übersetzt es der alte Fuchs.

Ob nicht Rom doch lieber selbst glücklich bleiben möchte in all seinem sonstigen Unglück, muss sich allerdings noch erweisen. Immerhin will an diesem Montag Ministerpräsident Enrico Letta nach Bozen reisen, um eine entsprechende Absichtserklärung zu unterzeichnen. Durnwalder bietet dafür einige weitere hundert Millionen Euro aus dem bislang Südtirol zustehenden Steueraufkommen an. Südtirol sei durchaus bereit, sich an der Krisenbewältigung zu beteiligen. Schließlich hätten die auf dem Sonnendeck auch nichts davon, wenn das ganze Schiff sinke. „Aber wir möchten selber bestimmen, wo wir die Einsparungen machen.“



[Signaler une erreur cartographique](#)

Es ist nicht nur das Geld, das die Südtiroler auf die Barrikaden gebracht hat. Sie zürnen, weil die Regierungen Berlusconi und Monti immer wieder alles in Zweifel gezogen haben, was an Sondervereinbarungen getroffen worden ist - der eine wohl eher aus Wurstigkeit, der andere aus professoralem Rationalismus. Da pocht Durnwalder auf die internationale Verankerung. Der Sonderstatus Südtirols sei - wegen des Minderheitenschutzes - eben etwas anderes als der Sonderstatus von Sizilien oder Julisch Venetien. „Deshalb können wir es uns nicht gefallen lassen, wenn sie uns immer wieder etwas wegnehmen wollen.“ Am Ende geschehe das zwar nicht. Doch „je schlechter uns Rom behandelt und je mehr sie einmal genehmigte Dinge in Zweifel ziehen, desto mehr geben sie gewissen Gruppierungen im eigenen Land Aufwind.“ Seine Partei, die SVP, sage: „Wir haben die Autonomie, die wollen wir noch ein bisschen ausbauen. Wir wollen noch ein paar Dinge haben, die Polizei, die Sprache der Gerichtsbarkeit, wir wollen die Finanzhoheit und so weiter. Autonomie, so wie vereinbart, plus Ausbau.“

Denjenigen, die einen Anschluss an Österreich oder einen eigenen Staat wollen, hält Durnwalder entgegen, dass man noch so viele diesbezügliche Referenden anberaumen könne, ohne dass auch nur eines zum Ziel führe. Nicht ohne das Einverständnis Italiens. „Nicht einmal Österreich wäre einverstanden. Deutschland würde uns auch nicht unterstützen.“ Doch habe sich ohnehin in Südtirol vieles gewandelt. „In den sechziger Jahren haben wir die Italiener gehasst. Und sie uns.“ Inzwischen sei - mit den Zugeständnissen der Autonomie - beiderseits das Vertrauen gewachsen. „Wir sind zu einer Art kleinem Europa geworden, wo drei Volksgruppen miteinander leben, einander auch ergänzen können.“

## Elf Oppositionsparteien

Durnwalder ist 71 Jahre alt; nach mehr als 40 Jahren in der Regierung, davon 24 als Landeshauptmann, will er sich nach der Landtagswahl am 27. Oktober zurückziehen. Manche meinen, wäre er vor vier Jahren gegangen, so würden heute viele sagen, „ach, hätten wir noch den Durnwalder“ - diesen Moment habe der SVP-Patriarch verpasst. Zu seinem Ansehensverlust hat der Skandal um den landeseigenen Energieversorger SEL beigetragen: Leute aus Durnwalders engstem Umfeld sollen Ausschreibungen zugunsten der SEL manipuliert haben. Er selbst gibt an, davon nichts mitbekommen zu haben - wie könne er auch, da sogar Akten gefälscht worden seien. Verfahren stehen noch aus, eines gegen Durnwalder persönlich ist aber nicht absehbar.

Es geht also nicht nur um ein Signal für die Wahl, sondern auch um das Vermächtnis von Luis Durnwalder und seinen Platz in der Geschichte, wenn der scheidende Landeshauptmann noch allerlei Projekte anschieben will: Nicht nur die Steuererhebung, auch die Verteilung der Post wollen die Südtiroler selbst übernehmen. Es gehe um Lebensqualität im ländlichen Raum, versichert Durnwalder, nicht darum, aus der Posta Italia eine Südtiroler Post zu machen. Es ist natürlich ausschließlich ironisch gemeint, wenn er hinzufügt: „Eine Briefmarke mit einem schönen Bild von Luis Durnwalder gibt es leider nicht. Schweinerei, net?“



© LAIF Das aus faschistischer Zeit stammende Siegesdenkmal

in Bozen

Zwei Drittel der Südtiroler bezeichnen sich als deutschsprachig, ein Viertel ist italienisch, vier Prozent sind ladinisch. Jeder Volljährige muss erklären, welcher Sprachgruppe er sich zugehörig fühlt - oder aber „keiner von diesen“. Im letzteren Fall muss aber angegeben werden, bei welcher der drei Sprachgruppen man bei Anwendung des Proporztes berücksichtigt werden möchte. Das ist wichtig für Anstellungen im öffentlichen Dienst - aber auch als Anhaltspunkt für die Kräfteverhältnisse. Vor Jahrzehnten, als noch gezielt Menschen aus dem Süden hier angesiedelt wurden, gab es noch mehr „Italiener“. Aber wohin gehören nun die, deren Mutter „Deutsche“ und Vater „Italiener“ sind, so wie es bei Elena Artioli der Fall ist? Artioli sitzt für die Lega Nord im Landtag. Sie fühlt sich durch den ganzen Proporzgedanken in die Minderheit gedrängt, zudem einer Minderheit, die gar nicht gezählt wird: die der „Gemischtsprachigen“. „Wir sind auch Südtiroler“, klagt sie. „Warum dürfen wir nicht auch eine Heimat haben?“ Sie möchte am liebsten, „dass der Unsinn mit der Spracherklärung aufhört“. Denn für sie bedeutet diese Anforderung zu erklären: „Hast du die Mami lieber oder den Papi?“ Freilich, die Autonomiebestimmungen findet Artioli ansonsten auch gut, und ebenso das Vorhaben der Landesregierung, Rom mehr Geld anzubieten und dafür das Recht zu erhalten, Steuern zu erheben.

Im Südtiroler Landtag stehen der scheinbar ewigen Regierungspartei SVP elf Oppositionsparteien entgegen, überwiegend mit je einem oder zwei Abgeordneten: Italienisch-nationale, eine grüne Partei, deutschsprachige Los-von-Rom-Parteien. Die in den achtziger Jahren von dem Österreicher Jörg Haider ins Leben gerufenen Südtiroler Freiheitlichen stellen mit fünf Mandaten die stärkste Oppositionsfraktion. Ihre Parteivorsitzende ist Ulli Mair. Die zierlich gebaute, aber kämpferisch auftretende Parteichefin geht hart mit dem „System SVP“ ins Gericht. Die SVP beherrsche Südtirol, lasse nichts neben sich gelten, und „Aufstiegschancen in Politik, in der Bürokratie oder in den staatlich kontrollierten Unternehmen hat nur, wer zur SVP gehört“. Das gelte auch für Zusammenschlüsse wie Bauern- und Handwerkerbund, die sich nicht scheuten, SVP-Wahlpropaganda zu machen. Mair kann auch holzen, bediente sich einmal antisemitischer Zungenschläge und konnte so gewiss Wähler am rechten Rand gewinnen; im Landtag aber gilt sie als harte Arbeiterin, die sich an der Aktenlage orientiert. Die Freiheitlichen wollen „Opposition und Kontrollinstanz sein“. Sie setzen wohl darauf, als Koalitionspartner der SVP gebraucht zu werden.

## „Wir haben nichts mit Italien zu tun“

„Wir wollen den Freistaat Südtirol“, fährt Ulli Mair fort, „denn wir haben nichts mit Italien zu tun.“ Es sei unrealistisch, gegen die italienische Volksgruppe für eine Angliederung an Österreich einzutreten. „Längst leben hier Italiener in dritter und vierter Generation, die sich zu Hause fühlen und eine eigene Identität entwickelt haben.“ Die müsse man einbinden und dürfe „keine Politik gegen Italien“ betreiben, „sondern sollte im Gespräch mit Italien die eigene Zukunft aufbauen“. So wie es in der Schweiz Deutsche, Franzosen und Italiener gebe, die alle zugleich auch Schweizer seien, sehe sie einen Freistaat Südtirol mit einer deutschen, italienischen und ladinischen Bevölkerung.

Die Kritik Mairs gilt auch Arno Kompatscher, dem Mann, den die SVP als Spitzenkandidaten nominiert hat und den schon vor der Wahl jeder - außer ihm selbst - als den „Nachfolger Durnwalders“ bezeichnet. Trotz all seiner Erneuerungsversprechen sei Kompatscher Teil des „Systems SVP“, sagt Mair. Doch persönlich will sie nichts auf ihn kommen lassen - beide schätzen erklärtermaßen einander. Südtirol mit seiner halben Million Einwohner ist klein, man kennt sich. Die Frau Kompatschers und Mutter seiner sechs Kinder kommt aus demselben Dorf wie Ulli Mair.

## „Der Freistaat ist eine Utopie“

Arno Kompatscher, Jahrgang 1968, steht für einen Generationenwechsel in der Südtiroler Volkspartei. Diese Lesart bedient er auch. Er wolle einen Stilwechsel, sagt er: Mehr Transparenz, mehr Bürgerbeteiligung. Damit versucht er sich gegen die Oppositionskritik an Filz und Freunderlwirtschaft zu immunisieren, welche die SVP bedrohen, zumindest ihre absolute Mehrheit. Vorsichtig lässt der bisherige Kommunalpolitiker die Bereitschaft zu Reformen anklingen: Soziale Förderung solle zwar nicht zurückgefahren, aber gebündelt werden; nicht alle Aufgaben müssten öffentlich wahrgenommen werden (ohne Entlassungen natürlich).

Was die Autonomie betrifft, steht er aber auf der Linie Durnwalders - Kompatscher gebraucht dafür die Schlagworte Subsidiarität und Föderalismus. „Die DNA der Volkspartei ist es, die deutsche Minderheit zu beschützen und zu bewahren.“ Doch darüber hinaus wünscht er sich für alle Südtiroler, so etwas wie den deutschen Verfassungspatriotismus zu entwickeln, bezogen auf die Südtiroler Autonomie. Er persönlich habe zum Beispiel kein Problem damit, wenn jemand italienischsprachig sei und auf der Liste der SVP kandidiere - solange er oder sie sich mit den Zielen der Partei identifiziere. Dass die Parole „Los von Rom“ [in diesen Krisenzeiten](#) für viele verführerisch sein könnte, gibt Kompatscher zu, wirft aber den Trägern dieser Parole vor, die Sache nicht (offen) zu Ende zu denken. „Die lügen sich in die Tasche. Denn bei einer Trennung müssten wir einen Anteil der Verschuldung übernehmen.“ Das würde nach Kompatschers Rechnung ein Viertel des Landeshaushalts kosten. „Ich bin gar nicht gegen den Freistaat. Aber es ist eine Utopie.“

Quelle: F.A.Z.

## The Euro's Morality Lesson

By [ROGER COHEN](#)

KALYVES, Greece — Economics in Germany, it has been noted, is a branch of moral philosophy. Growth is the reward for good behavior. Such virtue includes frugality and avoidance of debt. It goes without saying that, in this view, promoting growth by increasing fiscal deficits is the height of immorality.

Economics in Greece is rather different. It is a branch of personal ingenuity. Morally loaded words from the Anglo-Saxon canon like “corruption” and “cronyism” have attached themselves to the Greek approach, but for Greeks following rules was a form of stupidity. If politicians were corrupt, what could be the purpose of personal integrity? Far better, Greeks thought, to trust in “fakelaki” (the little envelope) and “rousfeti” (a political favor for votes) than confuse morality with material advancement.

The euro crisis has been many things, among them a reminder of the old adage: Marry in haste, repent at leisure. But at its core lies a crisis of two moralities, northern and southern.

It was a German, Martin Luther, who ignited the Reformation with his objections to the papacy's corruption, the sale of indulgences and the papal authority to absolve sin. A big case of northern probity against southern laxity, frosty rigor against sun-soaked elasticity: the clash of an attempt to hold humanity to a high moral standard with a system taking human fallibility as a starting point.

A few centuries later along comes a shared currency that tries to unite the Protestant north with the Catholic or Orthodox south, a Europe that went through the Reformation with one that did not. Trouble was inevitable.

In Greece, as Kyriakos Mitsotakis, the minister of administrative reform and e-governance, put it to me in an interview, the system went like this: “The parties used ministries to reward people. The grand bargain was a job in the public sector for votes. But you needed to be able to finance the system. Fine as long as money was flowing and loans easy. Now that they are not, you have no choice but to be efficient.”

Once you had a job in the public sector, you were, as the Greeks put it, “accommodated,” or in the Italian phrase, “sistemato.” In either country this meant you were integrated for life in a system that allowed you to work a modest amount, enjoy a good pension earlier, perhaps collect a “fakelaki” or two for some favor, and find other work in your ample spare time for extra cash.

This was an elastic but inefficient form of organization. It is also incompatible with a north-south single currency.

Think of Mitsotakis, an engaging 45-year-old Harvard-and-Stanford educated politician, as a man trying to bridge Europe's moral chasm. A member of Prime Minister Antonis Samaras's conservative New Democracy Party, he recently took on what may be the toughest job in Greece: shaking up the public sector. “Reform is difficult and painful,” he said. “I do not always sleep comfortably. But this is necessary.”

Under Greece's deal with international creditors, it has to cut 15,000 public sector workers by the end of next year. Before then, by September, it has to move 12,500 into a “mobility scheme” that gives them eight months to find work in another state department or lose their job (another 12,500 will follow later). Mitsotakis has to accomplish this against the backdrop of an economy whose contraction he called “unprecedented outside a war-hit economy.” Anger on the left and the right (where the neo-Nazi Golden Dawn party is surging) is virulent. A summer lull will give way to an angry fall.

Still, Mitsotakis believes he has strong backing. “Look, the private sector has taken 1.3 million unemployed since the crisis broke, and there has been basically zero from the public sector. Because the reform was put off, the private sector was taxed and punished as an alternative. There is a silent majority for this reform. We’ve had a state that is way too big — with no meritocracy, no disciplinary activity, and a lot of people entering through the back door. Some employees were even being paid in jail.”

He held up his mobile device with a screen shot of the documentation for the transfer of a single employee from one provincial town to another. His own signature was on it — along with 15 others! Such bureaucracy is deadening, as well as being a rich potential source of corruption: Of those many signatures, some may come with a price.

“We can get better value for money and meet the commitments of my country,” Mitsotakis told me. “But our creditors must understand that the main risk today is if they try for more measures — any further attempt to tax incomes will not fly. Austerity has been pushed too far. When our prime minister meets with President Obama this month, one of his main messages will be this.”

Europe must bridge its moral chasm. Greeks can learn something of economics as moral philosophy. Germans can learn that austerity as economic tool has its limits and that the use of a fiscal deficit to finance growth is not a sin. The euro is also a morality lesson.

You can follow me on [Twitter](#) or join me on [Facebook](#).

Editorial

# It's Not Just Silvio Berlusconi

By [THE EDITORIAL BOARD](#)

81,59

Published: August 5, 2013

If the serial high jinks of Silvio Berlusconi were the sole cause of Italy's prolonged malaise, [his conviction for criminal tax fraud last week](#) might have signaled better times ahead. But the three-time prime minister has hardly been the only reason for Italy's economic underperformance and irresponsible political culture.

Italy's center-left, when given its chances by the voters, has not done much better. And as long as Germany and the European Union put false dogmas of fiscal austerity ahead of Italy's real economic problem — anemic growth — no government in Rome has much chance of leading the country toward better days.

After many tries, Italy's criminal justice system finally caught up with Mr. Berlusconi last week. Convicted of criminal tax fraud, he has now exhausted his last avenue of appeal and should begin serving his sentence by October. In all likelihood, that will mean a year of house arrest, expulsion from the senate seat he now holds and a six-year ban on running for re-election.

For Mr. Berlusconi, 76, that could mean an end to his active political career as leader of Italy's largest center-right party. But with no obvious rivals, and his 46-year-old daughter, Marina, being groomed as his protégée, Mr. Berlusconi could continue calling the political shots from offstage. Nearly 10 million Italians cast their votes for his party and allied groups in February.

On the center-left, the problem is not a flawed leader, but no real leaders, and no real program either. Most of the best-known leaders are former Communists far too eager to prove their capitalist orthodoxy by unquestioning adherence to the ascetic doctrines favored by German bankers.

This has not made them popular with Italian voters. Nor has it helped the Italian economy emerge from what is now a double-dip recession. Unemployment is stuck around 12 percent, and growth has been minuscule for most of the past decade.

With such obvious weaknesses on both sides of the spectrum, the real winner of February's elections was “none of the above.” The patched-together government that finally emerged in April is an ungainly coalition with few achievements to its credit so far.

What Italy desperately needs is wholesale political renewal producing capable leaders who can rally popular support for overdue structural economic reforms. Should such leaders emerge, their first responsibility would be to lead a credible challenge to the dead-end austerity demands of Italy's European partners.

## Eine Frage der Solidarität

11.06.2013 · Die Europäische Zentralbank muss sich in Karlsruhe rechtfertigen. Denn ihre getätigten und angekündigten Anleihkäufe sind umstritten. Am Ende geht es aber schlicht um die Frage, welche Solidarität die Europäer sich leisten wollen. Und können.

Von [Lisa Nienhaus](#) und [Christian Siedenbiedel](#)



© dpa Deutschlands oberste Richter verhandeln diesmal besonders die Politik der EZB

Das Wort hat der Angeklagte Asmussen. Nein, Angeklagter ist Jörg Asmussen heute vor dem Bundesverfassungsgericht nicht, er ist als Sachverständiger geladen. Und doch ist es sein Haus, das hier vor Gericht steht: die Europäische Zentralbank, eine europäische Institution, in deren Direktorium Asmussen sitzt, muss vor einem deutschen Gericht Rede und Antwort stehen.

Fünfzehn Minuten darf Asmussen sprechen - danach nur noch, wenn er gefragt wird. Fünfzehn Minuten, die er nutzen muss. Denn es ist die Euro-Rettungspolitik der EZB, um die sich alles dreht.

ESM/EZB nennt das Gericht das Verfahren ganz offiziell, nicht mehr ESM/Fiskalpakt wie noch im vergangenen Jahr, als es vor allem um den Rettungsfonds ging. Jetzt geht es um die EZB: Darf die EZB Staatsanleihen von europäischen Krisenländern kaufen? In unbegrenzter Höhe. Um den Euro zu retten - „whatever it takes“, wie EZB-Präsident Mario Draghi es vergangenen Sommer in London ankündigte?

Oder darf sie es nicht, weil dieses Handeln negative Auswirkungen auf Deutschland hat, die von unserer Verfassung nicht gedeckt sind? Denn eigentlich hat die Europäische Zentralbank gar nichts mit der deutschen Verfassung zu tun. Was sie tun darf, wird durch europäische Verträge festgelegt. Doch die Richter fühlen sich gleichwohl zuständig. Sie nutzen dafür einen juristischen Kniff. Die europäischen Institutionen sind nämlich nur befugt zu handeln, sofern die Mitgliedstaaten sie dazu ermächtigen. Und das Bundesverfassungsgericht kann überprüfen, ob dieser Ermächtigungsrahmen überschritten wurde.

Jörg Asmussen muss seine Sache also gut machen, verteidigt er doch das, was sein Chef, der mächtige Mario Draghi, erst erdacht hat. Asmussen hat sich um den Job nicht gerissen. Aber Draghi wollte auf keinen Fall in Karlsruhe erscheinen. Welcher Präsident sieht sich schon gerne vor Gericht als Quasihauptangeklagter? Lange haben sie im EZB-Turm in Frankfurt gebrütet, wen sie schicken sollen. Erst spät wurde entschieden.

Schließlich fiel die Wahl auf Asmussen. Er, der früher im Berliner Finanzministerium gearbeitet hat, kennt wie kein Zweiter das deutsche Verfassungsgericht. Er kann auf jedes Detail in der mündlichen Verhandlung reagieren, in einer Sprache, die im Privathaushalt des Italieners Draghi nur die Ehefrau lernt.

In Karlsruhe prallen Welten aufeinander. Denn die EZB ist überzeugt: Die Euro-Rettungspolitik ist richtig und dabei insbesondere das Programm zum Ankauf von Staatsanleihen, das die Märkte seit Mitte vergangenen

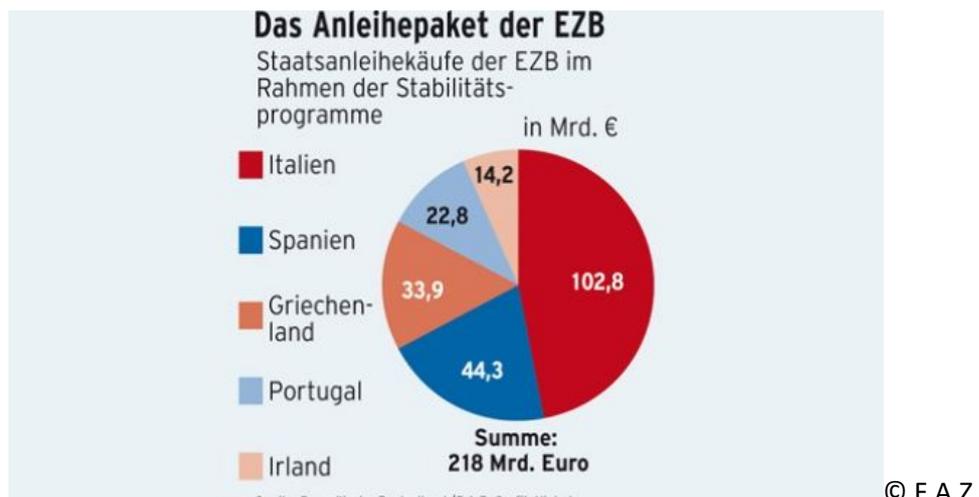
Jahres erkennbar beruhigt hat. Die EZB leugnet, dass sie mit dieser Ankündigung ihr Mandat überzogen hat, ein Mandat, das ihre Arbeit strikt auf die Geldpolitik beschränkt, ihr aber verbietet, Staaten zu finanzieren: Das ist Aufgabe der Fiskalpolitik; dafür sind die Regierungen der Staaten zuständig.

Die Deutsche Bundesbank missbilligt die Politik der EZB seit geraumer Zeit. Jens Weidmann, ihr jungenhaft wirkender Präsident, findet: Staatsanleihen maroder Südländer zu kaufen ist nicht Aufgabe der Geldpolitik. Es ist Staatsfinanzierung - mag die EZB sich auch drehen und wenden und alles als reine Geldpolitik interpretieren.

## Asmussen muss deutsche Richter beruhigen

Asmussen und Weidmann kennen einander seit Studientagen, später aus ihrer Arbeit in der Politik, jetzt regelmäßig aus dem Rat. Sie waren politische Freunde in der Regierung Merkel. Jetzt sind sie Kontrahenten. Doch trotz aller Differenzen über den Kurs der EZB bezeichnen sie sich weiter als Freunde - das muss allerdings eine sehr weite Definition von Freundschaft sein. Denn private Treffen zum Bier oder mit den Frauen und Kindern gehören nicht dazu.

Während Asmussen noch an seiner Rede feilt, ist Weidmanns Monolog längst geschrieben, an diesem Wochenende redigiert er den Text noch einmal. Aber die Argumente stehen fest. Weidmann wird wie immer bewundernswert kontrolliert und nervenaufreibend sachlich vortragen - und Stück für Stück darlegen, wie groß das Haftungsrisiko für Deutschland ist, sollte die EZB tatsächlich Anleihen kaufen. Dafür ist die Bundesbank Expertin, laufen mögliche Verluste schließlich am Ende über ihre Bilanz zum Finanzministerium, um sich dort in Staatsschuld zu verwandeln.



Das ist der Punkt, um den es in dem juristischen Verfahren geht. Eine von der deutschen Regierung unabhängige europäische Zentralbank könnte durch ihr Handeln den Haushalt der Deutschen belasten, ohne dass das dafür zuständige Gremium - das Parlament - davon auch nur Notiz genommen hätte. Weidmann weiß genau: Wenn er diesen Punkt benennt, kann er die Deutschen schnell aufrütteln, seien sie nun Bauarbeiter oder Bundesverfassungsrichter.

Er muss nicht viel mehr tun, als sich an die Fakten zu halten und seine bekannte Meinung zu den Staatsanleihekäufen zu wiederholen. Denn die meisten Deutschen stehen sowieso hinter ihm, geht es doch um ihren Geldbeutel. Wenn die EZB klammen Staaten Geld leiht, das die womöglich nicht zurückzahlen, dann müssen am Ende vor allem die Deutschen haften.

Eine Anhörung vor dem Verfassungsgericht ist auch immer großes Theater. Weidmann hat den Geldbeutel der Deutschen als Mittel der Emotionalisierung, Asmussen hat eine dramatische Geschichte, mit der er die Zuhörer ängstigen und von der Angemessenheit der EZB-Politik überzeugen kann. Es ist die Geschichte weniger Tage im Sommer 2012, als die Renditen für Staatsanleihen zu explodieren drohten und das Eurosystem zusammenzustürzen drohte. Dann kamen die beiden Sätze von Mario Draghi, wie ein Magier hat er gesprochen. Und seither ist Ruhe - ohne dass die EZB bisher auch nur eine Anleihe kaufen musste.

Doch Asmussen wird es nicht bei dieser dramatischen Geschichte belassen. Er wird, und das ist neu, präzisieren. Andere werden sagen, er wird zurückrudern. Wie auch immer: Er wird die Grenzen des Anleiheprogramms aufzeigen, die sich die Notenbank selbst setzt für die Anleihekäufe. Hatte Draghis Rhetorik nicht immer davon gelebt, dass die EZB Anleihen „unbegrenzt“ kauft? Ist er nicht der Mann, der die große Druckerpresse hat, mit der alle Spekulanten in ihre Schranken gewiesen werden können?

Es ist eine Gratwanderung. Asmussen darf nicht so reden, dass er die Märkte beunruhigt. Aber er muss so argumentieren, dass er die deutschen Richter beruhigt. Asmussen muss lavieren. Dabei kommt im zugute, dass er der dynamischere Redner von beiden ist. Wenn er am Rederpult steht, dann gerne einen Fuß vor dem anderen, die Hände fest aufgestützt, die Arme durchgestreckt, den kahlen Kopf nach vorne gereckt - als stünde er im Startblock, fertig für den 400-Meter-Hürden-Lauf.

## **EZB schreibt Stellungnahme nicht selbst**

So redet er auch. Die Kontrahenten sind als Sachverständige geladen, Beschwerdeführer - so heißen die Kläger vor dem Bundesverfassungsgericht - sind andere: 37.000 Bürger, darunter fünf bekannte Professoren, außerdem der Verein „Mehr Demokratie“ und die Fraktion der Linken im Bundestag. Es ist die größte Verfassungsbeschwerde in der Geschichte des Gerichts. Die Beschwerdeführer bemängeln vieles und wollen auch nicht alle dasselbe. Einig sind sie sich aber in einem: Die irrsinnige, teure und verfassungswidrige Euroretterei muss gestoppt werden. Die EZB überschreite ihr Mandat, das ihr von den Staaten Europas übertragen wurde. Es umfasse ausschließlich die Geldpolitik - nicht die monetäre Finanzierung notleidender Staaten mit der Druckerpresse.

Alle blicken deshalb jetzt auf das Rededuell zwischen Asmussen und Weidmann. Worauf Asmussens Rede hinauslaufen wird, wie gesagt, ist klar: Mario Draghi und seine EZB konnten nicht anders im vergangenen Sommer. Es war eine einmalige Notsituation, in der sie sich für Staatsanleihenkäufe entschieden haben. Was die Geschichte aber auch sagt: Der EZB ist völlig bewusst, dass sie sich am Rande der Legalität bewegt oder sogar darüber hinausgeschossen ist. Sonst müsste sie nicht auf mildernde Umstände hoffen, weil sie im Angesicht höchster Bedrohung zur Selbstverteidigung griff.



© AFP „Wir werden alles Notwendige tun, um den Euro zu erhalten. Und glauben Sie mir, es wird ausreichen.“ So sprach EZB-Präsident Mario Draghi vergangenen Sommer. Jetzt lässt er zurückrudern.

Ob das Gericht davon überzeugt werden wird, ist ungewiss. Und das ist auch Asmussen und Draghi bewusst. Deshalb ist das Herzstück der Rede eines, das man so nicht erwartet hätte. Er wird auf die Grenzen des Staatsanleihekaufprogramms eingehen. Grenzen, die es ja eigentlich gar nicht geben sollte, hatte Mario Draghi doch etwas anderes versprochen.

Damals, im Juli 2012, hielt er vor Investoren in London eine spontane Rede, frei, ohne Manuskript, als Beitrag auf einem Podium. Doch zwei Sätze von ihm genügten, um die ob der Eurokrise erregten Märkte zum innehalten zu bringen. [„Wir werden alles Notwendige tun, um den Euro zu erhalten“, sagte Draghi. „Und glauben Sie mir, es wird ausreichen.“](#) Es sind zwei Sätze, die man nicht vergisst. „Alles Notwendige“ wurde ein paar Monate später zu einem Programm namens OMT (Outright Monetary Transactions), das versprach, im Notfall unbegrenzt Staatsanleihen von Südländern zu kaufen.

Oder, wie es Mario Draghi [am 6. September](#) etwas technisch verklausuliert äußerte: „Es werden keine ex ante quantitativen Grenzen gesetzt für die Größe der OMT.“ Die Märkte jubilierten, Aktienkurse stiegen, die Zinsen auf südeuropäische Staatsanleihen fielen. Mario Draghi wurde daraufhin allüberall zum Mann des Jahres 2012 ausgerufen. Er, der Retter Europas, der den trudelnden Staaten Zeit kauft, damit sie sich reformieren können.

[Nun gibt es also doch Grenzen.](#) Und die wird nicht nur Asmussen in seiner Rede aufzeigen. Sie stehen auch schon in der Stellungnahme der EZB für das Gericht. Geschrieben hat das Papier nicht die Zentralbank selbst oder ihre Rechtsabteilung, sondern ein deutscher Europarechtler in ihrem Auftrag: der Göttinger Professor Frank Schorkopf, 42 Jahre alt und damit ein junger Hüpfen in diesem Verfahren. Aber natürlich ist das alles mit Mario Draghi engstens abgestimmt.

## **Die EZB will nicht unbegrenzt retten**

Die Brisanz dieses Gutachtens hat bislang noch kaum jemand bemerkt. Sie sollte auch nicht bemerkt werden. Denn das könnte auch die Märkte beunruhigen. Aber wer liest schon Rechtsgutachten? Bei genauem Hinsehen wird hier erstmals offenbar, was die Notenbanker wohl immer schon als Grenzen überlegt und miteinander verhandelt hatten, aber gezielt nie öffentlich gemacht hatten. So steht hier, dass die Notenbank nur Anleihen aufkauft, wenn es ein Programm des Rettungsfonds ESM für das Land gibt. Zudem nur Anleihen, die eine kurze Laufzeit von ein bis drei Jahren haben. Soweit nicht neu.

Aber dann kommt es: Die Anleihen, die die EZB kauft, müssen erst zumindest mehrere Tage auf dem Markt sein. Diese Stillhaltefrist werde „angemessen und in Tagen zählend“ sein, heißt es im Gutachten. Es reiche nicht, nur „eine logische Sekunde“ zu warten. Damit will die EZB sicherstellen, dass sie keine Anleihen mehr oder minder direkt vom Staat kauft. Denn der „unmittelbare Erwerb von Schuldtiteln“ der Staaten ist ihr per Europarecht eindeutig verboten. Wie viele Tage es genau sein sollen, ob nun zwei oder 20, ist aber nicht genannt.

Beide Vorgaben zusammen - nicht unmittelbar und mit kurzer Laufzeit - begrenzen die Höhe der möglichen Anleihenkäufe auf einen Betrag, den man in Euro messen kann: 524 Milliarden. Das sind die Anleihen von Spanien, Italien, Irland und Portugal, die derzeit unter einem OMT-Programm als Kauf infrage kämen. Alle Anleihen dieser Länder hingegen hätten ein Volumen von 2,2 Billionen Euro gehabt. Gewiss, 524 Milliarden sind viel Geld. Aber unbegrenzt sieht anders aus.

Die Zentralbank schränkte zugleich ein, dass sie zu bestimmten Zeiten gar keine Staatsanleihen von Krisenstaaten kauft. Und zwar dann, wenn in den betreffenden Staaten gerade geprüft wird, ob sie die Vorgaben erfüllen, die ihnen vom Rettungsschirm auferlegt wurden. Erst nach Abschluss dieser Prüfung entscheidet die EZB wieder, ob sie Anleihen kauft. Im praktischen Rettungsprozess scheint das kompliziert, fast unmachbar. Aber die EZB sah sich durch das Verfassungsgericht offenbar dazu gezwungen.

Und dann folgt im Gutachten der Satz, der Investoren aufhorchen lassen sollte. „Die Ankündigung ‚ex ante unbegrenzter Staatsanleihenkäufe ist demnach an die Märkte gerichtet, dass es sich nicht lohnen wird, die finanzielle Kapazität des Europäischen Systems der Zentralbanken zu testen.“ Heißt: Vergangenen Sommer ging es um Rhetorik, die die Märkte beruhigen sollte. Aber in Wirklichkeit will die EZB eben gar nicht unbegrenzt retten.

## **Die Euro-Rebellen waren schon bei der Währungsunion 1948 dabei**

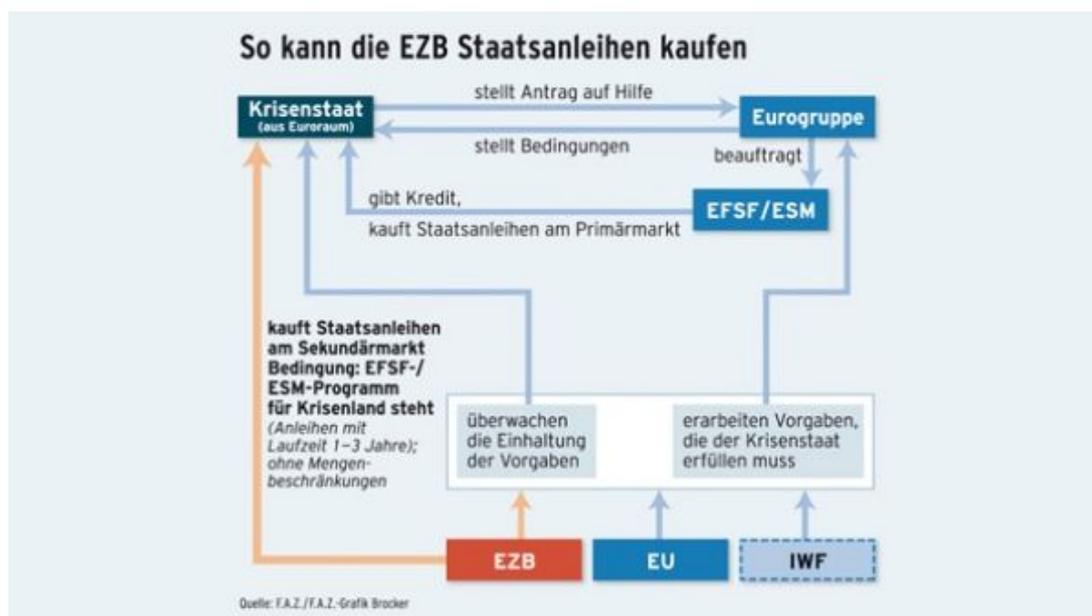
Dass die Europäische Zentralbank dies unter dem Druck des Verfassungsgerichts zugibt, ist erstaunlich. Es zeigt: Mario Draghi weiß sehr wohl, dass er das deutsche Verfassungsgericht und dessen Präsidenten Andreas Voßkuhle fürchten muss. In den vergangenen Tagen war Draghi sichtlich bemüht, den Eindruck zu erwecken, als ob er der Verhandlung nicht die allergrößte Bedeutung beimisst.

Er sei sicher, dass die Richter in Karlsruhe „unabhängig, fair und kompetent“ entscheiden werden, sagte er am vergangenen Donnerstag. Immerhin kann das Gericht Deutschland im theoretischen Extremfall sogar zwingen,

den Euro zu verlassen, um eine Haftung Deutschlands für die Anleihekäufe der EZB auszuschließen. Das sagt immerhin der frühere Verfassungsrichter Udo Di Fabio (F.A.Z. vom 3. Juni)

Soweit wird es wohl nicht kommen. Aber ob dem Gericht die Selbstbegrenzung, die die EZB jetzt vornimmt, ausreicht, ist auch nicht klar. Schließlich gibt es die Möglichkeit, dass aus 524 Milliarden Euro schnell 550 oder auch 600 Milliarden Euro werden, wenn Staaten sich auf einmal darauf verlegen, nur noch ein bis drei Jahre laufende Staatsanleihen, die die EZB kaufen darf, aufzulegen. Die Schuldnerländer können sich auf die neue EZB-Linie einrichten.

Die Beschwerdeführer, das ist schon jetzt klar, werden sich auf jeden Fall kaum beeindrucken lassen von Draghis Zugeständnissen. Der wohl Prominenteste unter ihnen ist Peter Gauweiler, 63, CSU-Bundesabgeordneter aus München, früher wegen seiner konservativen Grundeinstellung gern „der schwarze Peter“ genannt. Der Rechtsanwalt mit dem massigen Sturkopf und dem weißen Schnäuzer ist bekannt für klare Meinungsäußerungen in schönstem Bayerisch und scheut eine gute juristische Auseinandersetzung nie.



© F.A.Z.

Gauweiler kann über viele Verfassungsbeschwerden ins Plaudern kommen, bei denen er schon dabei war: Egal, ob es gegen den Lissabon-Vertrag zur EU-Reform ging oder gegen den ersten Euro-Rettungsschirm - Gauweiler klagte, sobald es ihm mit der europäischen Einigung zu weit ging.

Jetzt wettet der Bayer mit Leidenschaft gegen die Euro-Rettungspolitik. „Wir werden von unseren Grundrechten abgeschnitten“, sagt Gauweiler. „Es ist eine Verletzung des demokratischen Prinzips, wenn die Europäische Zentralbank - ohne jede parlamentarische Ermächtigung - unbegrenzt Anleihen notleidender Eurostaaten aufkaufen könne, für die der deutsche Steuerzahler haftet.“ Deutschland gehe nach oben unbegrenzte Risiken ein - „ohne dass der Bundestag auch nur gefragt wird.“

Im Extremfall, so meint Gauweiler, werde der Bundestag „zu einer Institution wie ein Elternbeirat, der viel über die Belange der Schule diskutieren kann - aber über die Verteilung der Mittel entscheidet nicht er, sondern die Schulverwaltung.“

Neben dem streitbaren Bayern bilden fünf weißhaarige Professoren den harten Kern der Euro-Kläger. Die schärfsten Euro-Rebellen, das wird vor Gericht einmal wieder klar werden, sind diejenigen, die drei bis fünf Jahrzehnte ihres Lebens mit der D-Mark verbracht haben, die sich am besten sogar noch an ihre Einführung 1948 erinnern. Wilhelm Hankel, 84, war in den 60er Jahren Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium unter Karl Schiller.

**Ein ausbrechender Rechtsakt müsste gravierend sein**

Das frühere SPD-Mitglied hat seinerzeit den Bundesschatzbrief erfunden und klagte gegen den Euro schon 1997 bei seiner Einführung. Ebenso wie Joachim Starbatty, 73, und Wilhelm Nölling, 79, die beide Wirtschaft gelehrt haben. Und Karl Albrecht Schachtschneider, 72, der vor seiner Emeritierung Staatsrechtslehrer an der Universität Nürnberg-Erlangen war. Zu ihnen stieß noch Dieter Spethmann, 87, in den 70er und 80er Jahren Vorstandschef beim Thyssen-Konzern.

Die fünf Verschworenen schicken in Karlsruhe zunächst ihre Rechtbeistände in den Ring. Sobald es aber um wichtige Fachfragen geht, wollen sie selbst höchstpersönlich einmischen, versichern sie. „Wenn der ökonomische Sachverständige gefragt ist, melden wir uns zu Wort“, sagt Hankel, der Wirtschaftsprofessor, der gerade mal wieder ein eurokritisches Buch geschrieben hat. Er findet: „Eigentlich müssten die Richter auch die ökonomischen Folgen der Anleihekäufe der EZB einbeziehen. Was sie machen werden, ist aber vor allem eine formaljuristische Prüfung, ob die Anleihekäufe mit dem Verfassungsrecht vereinbar sind.“

Zum Kreis der prominenten Eurokläger gehört außerdem noch eine Frau: Herta Däubler-Gmelin, einst Bundesjustizministerin für die SPD und damit prominenteste Eurorettungs-Gegnerin von links. Sie wird erst am Mittwoch zur Verhandlung kommen können, was ihre Empörung über die EZB nicht mindert. Sie argumentiert dabei, ganz Justizministerin a.D., juristisch: „Die EZB versucht mit dem Staatsanleihenkauf-Programm Maßnahmen zu ergreifen, die die Grenzen und Restriktionen unberücksichtigt lassen, die Karlsruhe in seiner Entscheidung zur einstweiligen Anordnung auf unseren Antrag hin eingeführt hat.“ Was sie damit sagen will: Die EZB missachtet das Bundesverfassungsgericht.

Denn sie legt ein Programm auf, das Risiken für den deutschen Staatshaushalt beinhalten könnte, die weit über das hinausgehen, was das Gericht als Grenze definiert hat im vergangenen Herbst. Was sie erreichen will, ist aber etwas ganz Praktisches: Die Bürger sollen darüber abstimmen, wie viel Verantwortung, auch Budget-Verantwortung, der europäischen Ebene übertragen wird. Derzeit passiere das Gegenteil: Deutschland entwickle sich zur „Merkelschen ‚marktkonformen Demokratie‘, gelenkt durch eine selbsternannte Finanzelite“.

Den Klägern geht es also um Demokratie und Mitbestimmung, um Ökonomie und die Grenzen der Geldpolitik und Eurorettung. Das alles kleiden sie in juristische Argumentationen und Spitzfindigkeiten über viele hundert Seiten. Deren ökonomische Argumente könnte man - so bemerkt ein Prozessbeteiligter entnervt - gut und gerne auf zwei Seiten zusammen fassen. Aber in Karlsruhe ist eben die ökonomische Argumentation nur in zweiter Linie wichtig, in erster Linie geht es ums Recht.

Einfach ist die juristische Prüfung der größten Verfassungsbeschwerde aller Zeiten nicht. Schließlich ist für alle Fragen, die Europa betreffen, in erster Linie das europäische Recht und damit der Europäische Gerichtshof zuständig. Das Bundesverfassungsgericht kann nicht einfach prüfen, ob die EZB Europarecht verletzt. Allerdings kann das Bundesverfassungsgericht prüfen, ob die rechtlichen Befugnisse, die von einer nationalen auf eine übernationale Institution übertragen wurden, möglicherweise überschritten wurden. Die europäischen Institutionen sind nämlich nur befugt zu handeln, sofern die Mitgliedstaaten sie dazu ermächtigen.

Das Bundesverfassungsgericht kann überprüfen, ob der Ermächtigungsrahmen der deutschen Zustimmungsgesetze zu den Verträgen zur Währungsunion überschritten wurde. Solche Kompetenzüberschreitungen nennen die Juristen ein Handeln „ultra vires“ („jenseits der Vollmacht“) oder auch einen „ausbrechenden Rechtsakt“. Auf solche Fälle will das Verfassungsgericht die Euro-Rettungspolitik laut Tagesordnung abklopfen.

Allerdings: „Ein ausbrechender Rechtsakt müsste sehr gravierend sein und mit einer gewissen Hartnäckigkeit verfolgt werden“, sagt der Frankfurter Verfassungsrechtler Helmut Siekmann.

## **Haften alle für alle - oder jeder für sich?**

Doch um das zu beurteilen, müssen die Richter nicht nur das Recht kennen, sie brauchen auch ökonomische Expertise. Als Sachverständige in Karlsruhe treten deshalb neben Weidmann und Asmussen auch auf: der Münchner Wirtschaftsprofessor Hans-Werner Sinn, der seine Kritik an der Rettungspolitik der EZB sogar schon zu einem Bestseller verarbeitet hat; der frühere Bundesbankvorstand Franz-Christoph Zeitler; der

Ökonom Harald Uhlig von der Universität Chicago. Zudem zwei Chefs mächtiger Forschungsinstitute: Clemens Fuest, Präsident des ZEW in Mannheim, und Marcel Fratzscher, Präsident des DIW in Berlin.

Sie klären den wichtigsten Streitpunkt zwischen Europäischer Zentralbank und Bundesbank. Das ist die Frage: Ist das Staatsanleihekauf-Programm nun Geldpolitik oder nicht?

Ganz konkret geht es um Zinsen. Die EZB steuert die Zinsen der Staatsanleihen, wenn sie Anleihen kauft. Soll sie das? Und sind unterschiedlich hohe Zinsen überhaupt ein Problem, das von der Notenbank gelöst werden muss?

Die EZB findet: Ja. Denn die höheren Zinsen, die Unternehmen in Spanien, Italien oder Griechenland für Kredite zahlen müssen, waren im vergangenen Sommer ihrer Meinung nach hauptsächlich spekulativ begründet. Die Kreditgeber befürchteten, ein Land könnte aus der Eurozone austreten oder rausfliegen. Für dieses Risiko verlangten sie einen irrational hohen Zins, findet die EZB. Das störte den „zinspolitischen Transaktionsmechanismus“ der Notenbank. Da hört man die Strategie der EZB: Wenn die Notenbank die Zinsen senkt, was ja Geldpolitik ist, kommt das in manchen Ländern gar nicht mehr an. Die Anleihenkäufe sind also ein Mittel, den „zusätzlichen Zinsaufschlag“ zu beseitigen, „der auf Ängsten um die Zukunft des Euro beruht“.

Gegenteilig argumentiert die Bundesbank. Sie hält die hohen Zinsen für Griechenland & Co. für ganz normale, also rationale und nicht zu beanstandende Risikoaufschläge. Auch ZEW-Präsident Fuest sieht das so. „Die Zinsen für die Südländer sind im vergangenen Jahr so hoch gestiegen, weil die Märkte erwarteten, dass die Eurozone auseinanderbrechen könne“, sagt er. „Diese Erwartungen, sagt die EZB, waren irrational.“



© ullstein bild Bundesbankpräsident Jens Weidmann warnt,

dass durch Anleihekäufe der EZB „gezielt Anleihen mit schlechter Bonität“ erworben würden. Dadurch steigen die Risiken für den Euroraum.

Das ist natürlich nicht der Fall.“ Denn: „Es ist leider durchaus eine rationale Erwartung, dass es Austritte aus dem Euro geben kann.“ Das wird er dem Gericht auch ganz klar sagen. DIW-Präsident Fratzscher prognostiziert: „Die Sachverständigen werden ein breites Spektrum unterschiedlicher Meinungen vorbringen, was Nicht-Ökonomen sicher verwirren kann.“ Und da Verfassungsrichter Nicht-Ökonomen sind, ist Verwirrung programmiert. Was denkt denn nun die Ökonomie über die EZB? Sie ist gespalten.

Hinter all dem Streit der Juristen und Ökonomen steht am Ende die eine große Frage: Wie viel Solidarität wollen die Staaten Europas untereinander üben? Haften alle für alle - oder jeder für sich? Jene, die für Haftungsübernahme plädieren, führen an, dass Deutschland schließlich vom Euro profitiert habe. Meint Solidarität nicht, dass man ein wenig von diesem Vorteil an die Partner zurückgibt? Dass der Starke für den Schwachen einsteht? So die moralische Argumentation, neben der juristischen und ökonomischen. Natürlich steht sie in Karlsruhe nicht zur Debatte, ist allenfalls als Text hinter den Reden zu hören.

## **Dauerduell Draghi gegen Weidmann**

Die anderen sagen, dass Solidarität Freiwilligkeit voraussetzt - dass also eine verordnete Umverteilung eben gerade nicht der Idee der Solidarität entspricht. Hilft man überschuldeten Staaten wirklich, wenn man ihnen

einfach Geld gibt und so den Anreiz für Reformen, fürs Sparen verringert? Oder bringt man sie so in Abhängigkeiten?

Je öfter Weidmann und Draghi in ihrem Konflikt betonen, es gehe nur um Geldpolitik, desto mehr spürt man, dass es auch um diese zwei Konzepte von Solidarität geht - das eher kollektivistische und das eher individualistische. Weil letztlich die Frage, ob man die Regeln der Geldpolitik streng nehmen muss oder im Notfall überschreiten darf, davon abhängt, ob es höhere Ziele geben mag, denen sie unterzuordnen sind.

Welches Konzept von Solidarität sich durchsetzt und welches juristisch wasserdichter ist, das wird diese Woche debattiert - aber nicht entschieden. Mit dem Urteil des Verfassungsgerichts wird erst nach der Bundestagswahl gerechnet.

Aber alle spekulieren fleißig, wie es am Ende kommen wird. Als relativ unwahrscheinlich gilt, dass das Gericht alles laufen lässt und sich für unzuständig erklärt. Ebenso unwahrscheinlich ist, dass es das Anleihekaufprogramm als grundsätzlich verfassungswidrig einstuft. Aber es könnte Grenzen der Anleihekäufe aufzeigen. Für seine „Ja, aber“-Entscheidungen ist das Gericht schließlich bekannt. So könnten die Richter Vorgaben hinsichtlich des Volumens oder der zeitlichen Befristung machen. Oder für die Kursabschläge, zu denen die Anleihen gekauft werden dürfen, um das Risiko für die Notenbank überschaubar zu halten.

Das glaubt wohl auch die EZB - sonst hätte sie nicht schon selbst so detailliert offen gelegt, wo die Grenzen ihres Anleihekaufs liegen. Im Dauerduell Draghi gegen Weidmann wäre das ein Punkt für Weidmann, das ist klar. Allerdings könnte es auch nur ein Pünktchen sein, wenn das Verfassungsgericht sich damit begnügt, was die EZB schon selbst vorschlägt. Schließlich könnte man sich viel härtere Grenzen für die Anleihekäufe vorstellen. Dann wäre Draghis Wort vom Sommer - „whatever it takes“ - nicht mehr zu halten.

Das wäre das Traumergebnis für Weidmann - und natürlich der Kläger. „Wenn das gelingt, werde ich mich in Aachen für den Karlspreis vorschlagen lassen“, sagt Wilhelm Hankel. Der Preis wird alljährlich an Christi Himmelfahrt verliehen - für „besondere Verdienste um Europa und die europäische Einigung“.

„Ein Erwerb von Staatsanleihen am Sekundärmarkt durch die Europäische Zentralbank, der auf von den Kapitalmärkten unabhängige Finanzierung der Haushalte der Mitgliedstaaten zielte, ist als Umgehung des Verbots monetärer Haushaltsfinanzierung untersagt.“ aus dem Urteil des Verfassungsgerichts vom September 2012 über Eilanträge zur Verhinderung des Rettungsfonds ESM. Der unmittelbare Erwerb von Schuldtiteln der Regierungen durch die Europäische Zentralbank ist verboten. Art 123 (1) Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union geht zurück auf Art 104 (1) Maastricht-Vertrag

Quelle: F.A.S.

## French Cross Rhine for Work to Escape 10% Unemployment

By Jonathan Stearns - Aug 6, 2013 12:00 AM GMT+0200

81,68

Anne Marie Maiweg, who lives in the eastern French city of Strasbourg, doesn't mind her 45-minute trip to work by tram and bus. It takes her to a place where she found a job on the first try: [Germany](#).

Maiweg was hired earlier this year by a shop in the German town of Kehl, about 8 kilometers (5 miles) across the Rhine River from her region of Alsace.

"It was easier for me to find a job in Kehl than in Strasbourg," the 42-year-old mother of three said in fluent German while standing behind the counter of the Engelhard & Herr toy store on Kehl's main pedestrian shopping street. "In Germany, they take people more easily and train them for new work even if you have worked in a totally different area than the one asked for."

With unemployment in Alsace at about 10 percent and the jobless rate in the German state of Baden-Wuerttemberg where Kehl is located at about 4 percent, an increasing number of French people are crossing the border for work. Their commutes highlight how the euro region has one currency -- and 17 different labor markets.

Alsace symbolizes [Europe](#)'s political and economic integration since the 1950s. The region became part of Germany in 1871 as a result of the Franco-Prussian War, returned to French hands at the end of World War I in 1918 and came under renewed German control during World War II. It was recovered for France in 1945 as the Nazi occupiers retreated. Strasbourg itself represents Europe's reconciliation by being the seat of the [European Parliament](#).

### Work Incentives

In the era of the euro, France hasn't revamped its labor market as much as has Germany, which adopted a series of measures a decade ago backed by then-Chancellor [Gerhard Schroeder](#). The changes improved job-search efficiency, limited [unemployment benefits](#) and reduced early retirement options, pushing more people into part-time and temporary jobs. During the 2008-2009 recession, flexible work schedules helped save almost half a million jobs and kept unemployment low.

France's 3,200-page national labor rulebook dictates everything from job classifications to layoff rules. Changes made by parliament in May allowing reduced pay and flexible work hours during downturns don't go far enough, business groups say.

German Chancellor [Angela Merkel](#)'s government is urging French President [Francois Hollande](#) to bolster France's competitiveness. Merkel's goal is to limit the risk of further debt-crisis contagion following European emergency-aid packages for five peripheral euro countries in three years.

### Unfilled Jobs

In that context, a local-government push is on to bolster ties between Alsace and Germany. This includes spurring cross-border labor flows into Baden-Wuerttemberg, among the most prosperous of Germany's 16 states. It is home to global companies including carmaker [Daimler AG \(DAI\)](#) and software developer [SAP AG \(SAP\)](#) as well as thousands of medium-sized manufacturers that are the backbone of the German economy.

"In Alsace there are people who need work urgently and in Germany we have jobs that aren't filled," Horst Sahrbacher, a regional head of the German Federal Labor Agency, said in an interview in Kehl. He cited work in the retail, hotel, restaurant, mechanical engineering and metals industries.

About 24,000 residents of Alsace commuted to Baden-Wuerttemberg and the neighboring German state of Rhineland-Palatinate for work last year, up from a 12-year low of about 22,500 in 2010, according to Marlyce Breun, a Strasbourg-based representative of French governmental labor agency Pole Emploi.

These levels are down from a high of about 34,000 in the late 1990s, when French workers crossed the border to earn traditionally strong Deutsche marks to take back to [France](#) before the euro's introduction in 1999, said Breun, who joined Sahrbacher for the interview.

## Language Barriers

French cross-border workers to Germany remain a small percentage of Alsace's 1.2 million workforce. Policy makers say barriers such as language will have to be tackled more comprehensively to induce more French workers to fill German jobs. Fewer residents of eastern France speak Alsatian, a German dialect, than they did several decades ago, further reducing the cross-border job pool.

Michel Hamy, a French native, is trying to fix that at the German steel company where he is managing director, [Badische Stahlwerke GmbH](#). The number of border-crossing French workers at its production site on the Rhine has dropped by almost half to 60 during the past two decades, according to Hamy. That's out of a total workforce of 850.

Hamy, who has been at Badische Stahlwerke since 1994, has created a program to recruit young French workers to the company. The pilot initiative will start this autumn with a six-month to one-year German-language course funded by France for six apprentices. The course will take place on company premises.

"I am dedicated to that," Hamy, 59, said in his office overlooking the steel plant. "You have to show an example."

## Bilingual Childcare

French natives who aren't yet old enough to go to the other side of the Rhine to work will get exposure to German at the first cross-border nursery between Strasbourg and Kehl. Being built on the Strasbourg side of the river with French, German and European Union funds totaling 3.4 million euros (\$4.5 million), the day-care center will be bilingual for 60 children from both cities when it opens next year.

French people who cross the border often grew up with the language at home. Steven Wohlfahrt, a 29-year-old from Strasbourg who works at Badische Stahlwerke as a furnace expert, has an Alsatian mother and a German father. Wohlfahrt said he has friends in Strasbourg who display little familiarity with German or readiness to learn the language.

"Their job choice is limited to the French side," he said in an interview at the steel plant.

Maiweg, similarly, learned German at school in Alsace, married a German man and lived for a decade in Germany.

## New Bridge

French and German authorities are tackling infrastructure barriers with a plan for a 97 million-euro extension of Strasbourg's tram line to Kehl. Due to be completed in 2016, the project involves a new bridge to run parallel to the half-century-old "Pont de l'Europe" crossing for vehicles.

In addition, the French and German labor agencies deepened ties in February by placing two officials from Strasbourg alongside their counterparts in Kehl. Their goal this year is to find cross-border jobs for 70 unemployed people, according to Sahrbacher of the German Federal Labor Agency.

Marianne Lang, a French native who works as a manager at [Belu Dienstleistung GmbH](#), a German temporary-work agency with an office in Kehl, said no initiatives of these kinds will fully pay off until France revamps its social-benefit system so unemployed people have more incentive to seek work.

## **Motivation Lack?**

With a core group of 150 mainly French workers placed in jobs from metallurgy to painting in Germany, Belu regularly has German employment offers that jobless people in Alsace are unwilling to accept, according to 59-year-old Lang.

“There’s a lack of motivation,” she said in an interview. “We don’t find the people.”

Last year, Belu filled the void by recruiting 30 Poles to help meet demand for work in Germany. Fifteen of them are still with the company, she said.

While saying German labor-rule changes have been inadequate, Lang saved her strongest criticism for French work regulations.

“The whole system needs to be rethought,” she said. “We created this generation. It’s like a virus.”

Badische Stahlwerke’s Hamy, who comes from northern France, signaled that French prejudices tied to World War II may be a bigger barrier to cross-border [labor movement](#) than are France’s social benefits.

“Many people still refuse to work in Germany,” he said. “It’s the language and demons of the past.”

## The Bundesbank's fight to be heard



Mon, Jul 1 2013

By [Andreas Framke](#) and [Paul Carrel](#)

FRANKFURT (Reuters) - Meeting in Bratislava's neo-classical Reduta concert hall on May 2 this year, the 23 men who form the European Central Bank's policymaking Governing Council were divided.

With inflation undershooting their target of close to 2 percent and most of the euro zone in the clutches of recession, the vast majority wanted to cut borrowing costs.

Seated two places to the right of ECB President Mario Draghi in the grand, gilded room was Jens Weidmann, chief of Germany's Bundesbank and, in his country's post-war tradition, an inflation-fighting hardliner. Weidmann resisted the impulse to cut, worried it would have little impact and use up some of the ECB's remaining room for manoeuvre.

A large screen on the wall showed fluctuating market prices.

The quiet German assessed the mood around the oval table. A significant group in the room wanted to cut the main interest rate by half a percentage point.

Seeing that a cut was inevitable, he chose to accept it and instead focused on trying to limit its size. When Draghi brought the meeting to a conclusion, Weidmann's compromise position prevailed: the bank would cut by a quarter point.

This is Weidmann's world: a series of battles over basis points and policy shifts, and rearguard actions fought with limited ammunition used to maximum effect.

Thrust into the Bundesbank presidency in 2011 when his predecessor resigned in protest at ECB policy, Weidmann heads a once-mighty institution that still employs nearly 10,000 people - far more than the 1,600 at the ECB - but which is struggling to adapt to life as just one of 17 national stakeholders in the ECB, albeit the biggest.

The 45-year-old's task is daunting: often in the minority at the ECB, he must use all his tactical nous to gain traction with the Bundesbank's conservative, inflation-fighting policies.

Failure would jeopardise Germans' confidence in the ECB, and the euro - a scenario that could hit support for the single currency project in its biggest member state.

Weidmann says his motivation is simple. "A stable currency," he told Reuters.

That is not something to be taken for granted in Germany, where the national psyche is still scarred by the experience of hyperinflation in the 1920s and Draghi, an Italian, is viewed with widespread distrust for pursuing policies perceived to be fast and loose.

Many of the men who ran the Bundesbank as long ago as the 1980s are still active and behave like a Greek chorus, warning that the ECB's current course will end in disaster.

This emboldens Weidmann in his mission to be a 'stability anchor'. Softly spoken and far younger than his predecessors, the president says his purpose was forged by early experiences, including childhood holidays in Italy, after which the family, mindful that the Italian currency was unstable, would quickly convert their remaining lira into deutschmarks.

## QUO VADIS BUNDESBANK?

Germans have long looked to the Bundesbank as a pillar of stability and guarantor of a stable currency. Its headquarters, where Weidmann has his office on the 12th floor, is a fortress-like 1960s building on the outskirts of Frankfurt that over the decades became a monument to Germany's economic power.

Formed in 1957, the German central bank was a model for central bank independence in the years that followed. In the 1990s, a Bundesbanker giving a speech in deepest Bavaria could send shockwaves across global markets.

"Not all Germans believe in God, but they all believe in the Bundesbank," quipped Jacques Delors, president of the European Commission, in 1992.

Five years later, a clash between then Bundesbank chief Hans Tietmeyer and the German finance minister, Theo Waigel, underlined the Bundesbank's power.

On May 15, 1997, Waigel landed in a helicopter at its headquarters, marched in and asked the board to revalue the bank's gold reserves that year in a ploy to help the government wriggle out of a fiscal straightjacket and ease the path to the launch of the euro. They refused.

With the birth of the euro in 1999, the Bundesbank's power as guardian of the deutschmark waned as Germany bound its future with the fate of the single currency project.

Its struggle to cope with this reduced influence has been further frustrated by the ECB's policy response to the euro zone crisis.

This has fuelled a sense of lost direction among some Bundesbank staff, who paint a picture of a bloated and moribund institution lacking leadership and intellectual vision.

"The Bundesbank used to be like a bull - strong. But with the euro, the bull has been castrated," said one Bundesbank employee with years of experience at the bank. "Now it's an ox, growing old - the meat isn't getting any better."

Staff are directionless, the employee said, and "increasingly in a situation where they say 'I'll wait for my pension cheque.'"

Weidmann recognises that the bank has been through a tough period after the resignations of presidents Ernst Welteke, in 2004 over an expenses scandal, and Axel Weber in 2011.

Weber, Weidmann's predecessor, quit in protest at the ECB's first government bond-purchase programme. The policy was intended to help save the euro by lowering borrowing costs for crisis-hit governments. Weber believed that risked compromising the central bank's independence by taking it into the fiscal policy arena.

Juergen Stark, who acted as Bundesbank president in 2004, followed Weber and quit as ECB chief economist later in 2011 - also in opposition to the bond-buying plan.

The resignations showed the Germans' frustration that the ECB was morphing out of the Bundesbank cast in which it was forged: a mould based on 'Ordnungspolitik' - the dogma in which the role of a totally independent central bank is solely to ensure stable prices, not to promote economic growth and employment or to help governments with fiscal problems.

But Helmut Schlesinger, who preceded Tietmeyer as Bundesbank chief in the early 1990s, said the departures achieved little.

"The resignations of Weber and Stark didn't achieve much politically - not at the ECB and also not with the government, which is a blow for the Bundesbank," Schlesinger, 88, told Reuters at his home in the hills outside Frankfurt.

Weber's departure to Switzerland to take up the position of UBS chairman even fed a sense at the Bundesbank that the leadership was transient and out for itself.

"Where is the intellectual head who can draw a vision for the bank, and who is going to stay?" asked the long-serving employee.

To address this unease, Weidmann has made contact with the Bundesbank rank-and-file a top priority. He holds staff lunches and "Weidmann direct" town hall-style events across Germany.

But to really keep his staff on side, he needs to give them a sense that the Bundesbank can make a difference.

"At a European level, what policy decisions can the board take? None. And people (in the bank) know that," the employee said. "People are waiting for a new mission."

## LEADERSHIP

However hard he finds it to influence ECB policy, Weidmann has no intention of following Weber's example and resigning. He believes he is better off staying in the room and exercising influence rather than sniping from the outside.

Stark endorses this role.

"The Bundesbank is not the anchor anymore that it used to be, at the beginning of the currency union. But it still plays a crucial role, warning about the medium-term risks and the limits to monetary policy," he told Reuters.

The departures of Stark and Weber fuelled German public suspicion of the ECB, fanned by a posse of conservative academics led by Hans-Werner Sinn, head of the renowned Ifo research institute, who has denounced plans to make the central bank the supreme banking supervisor for the euro area - a project that could draw on Bundesbank expertise and give it a new lease of life.

This incessant criticism of the ECB makes it harder for Weidmann to retain German public support for Draghi's bank.

Born in Solingen, near Duesseldorf in the industrial heartland of northwest Germany, Weidmann studied economics in Bonn and in France, and was an intern at the French and Rwandan national central banks. He then worked at the International Monetary Fund before later moving to the Bundesbank, where he led the Monetary Policy and Monetary Analysis group.

In 2006, he had to think hard when German Chancellor Angela Merkel asked him to move to Berlin, to serve as her economics adviser. Moving back to Frankfurt was far easier.

"I always wanted to return to the world of central banking," he said. "This is my home."

His patient style is having some success.

## LIMITED LEVERS

With fewer levers to pull than Schlesinger, Tietmeyer and other predecessors, Weidmann takes a cautious approach to policy, building his case slowly and influencing opinion where he can.

Weidmann's job is much more difficult than that of his predecessors, said Clemens Fuest, head of the ZEW economic institute and an academic adviser to the government in Berlin who Weidmann sometimes consults.

"He doesn't have this enormous power that former Bundesbank presidents had," he added. "I think the fact that Axel Weber resigned highlights how difficult this job is. Personally, I think Weidmann does a very good job of playing this role."

Weidmann pulls the levers he does have to great effect.

In March of this year, the Bundesbank used an accounting ploy to ram home to Berlin its concern that governments are pushing too much of the burden for dealing with the euro zone crisis onto the ECB.

Presenting its 2012 results, the Bundesbank almost doubled its risk provisions due to what it saw as risky ECB policies to which it is exposed. The upshot was a much smaller transfer of Bundesbank profits to the German government than Berlin expected. The central bank increased its risk buffers by 6.7 billion euros to 14.4 billion euros, which meant the amount it transferred to the German government was hardly changed from the previous year's 643 million euros despite "significantly higher interest income" in 2012.

"He doesn't want to let the governments off the hook," said Fuest.

Instead, he wants to focus on the core business of price stability. This explains Weidmann's readiness to accept the May rate cut, but limit it, while reining in the ECB's ambitions in so-called 'non-standard' policy areas, such as its endeavour to boost lending to small and mid-sized enterprises (SMEs).

This is paying off. Draghi has shifted from saying the ECB is looking for a solution to the problem of SME lending to pushing the issue towards the European Investment Bank.

To press his case, Weidmann has also appeared in court.

Last month, he went into battle with the ECB at Germany's Constitutional Court in a hearing into the ECB's role in Europe's crisis-fighting strategy.

Countries wanting to tap a yet-to-be-used ECB plan to buy bonds - dubbed Outright Monetary Transactions (OMT) - that Draghi masterminded last summer must apply to a new bailout fund for an aid programme that would require reforms and deficit cutting.

Weidmann's opposition to the bond plan helped ensure this condition was attached. Now the court process threatens to gum up the plan completely, at least in the short term. Political analysts say a verdict is unlikely before Germany's September election.

Sources close to the German government, which endorses the ECB's most effective response to the euro crisis, have voiced concern that the court might try to get the ECB's mandate updated and demand it be renegotiated with Berlin's partners.

Despite his constant battle to gain traction at the ECB, Weidmann said he does not feel isolated.

"I feel very comfortable," he said.

## Lone Star

By WILL BLYTHE

## THE SON

By Philipp Meyer

561 pp. Ecco/HarperCollins Publishers. \$27.99.

Bad historical novels — which is to say, *most* historical novels — are bad in exactly the same way: stuffed with the usual rogues' gallery of historically certified villains, they're banal costume dramas, predestined in their epiphanies and as insufferable in their virtue as a teenage vegan. The past is mere stage set for a morality play with a foregone conclusion. The heroes may wear hoopskirts or codpieces, but they possess the latest in glittering modern consciences. The Rebel drummer boy, for instance, discovers his affinity with the escaped slave instead of shooting him. Readers are made to feel superior to their ancestors. They think: We wouldn't have been Confederates, Nazis, Pharisees, Canaanites, Phalangists, Visigoths and so on. And we *certainly* wouldn't have pranced about in a codpiece.

Philipp Meyer's masterly second novel, "The Son," an epic of the American Southwest, represents a darkly exhilarating alternative to that sort of historical hooey. Like Cormac McCarthy's "Blood Meridian," it allows the past its otherness and its characters the dignity of blundering through the world as it was. These are not heroic transplants from the present, disguised in buckskin and loincloths. They are unrepentant, greedy, often homicidal lost souls, blindly groping their way through the 19th and 20th centuries, from the ordeals of the frontier to the more recent absurdities of celebrity culture.

The progenitor — and most vivid character — of this multigenerational family saga spanning the years from 1836 to 2012 is Col. Eli McCullough, who will live to be a ripe (or, in his case, positively rank) centenarian. Born in Bastrop in Indian country on the same day Texas becomes a republic, he grows up fast on the frontier, a precocious font of vital lore: "Wolves run with their tails straight and proud while coyotes tuck them under like scolded dogs." He knows enough to patch his bullets with greased buckskin rather than cotton.

McCullough is hardly out of short pants before he turns into an equal-opportunity killer. He kills Comanches when he's defending his family during a raid, white people when he rides with the Comanches after he's been kidnapped, then Comanches again when he returns, somewhat reluctantly, to the white world and becomes a Texas Ranger. As the Russian novelist Mikhail Zoshchenko once wrote about mankind in general, Eli McCullough "is excellently made and eagerly lives the kind of life that is being lived."

There's a comic dispassion to his point of view, even when it comes at the expense of his loved ones. "I saw a body with its breasts cut off and its bowels draped around. I knew it was my sister but she no longer looked like herself." McCullough seems relieved when the Comanches finally finish off his philosophizing brother, who as a captive has an unfortunate tendency to burble on about Harvard and Emerson while tied up naked on horseback. "It's the fate of a man like myself to be misunderstood," his brother tells their captors. "That's Goethe, in case you were wondering."

Young Eli thrives as an Indian. Though he begins life in captivity as a slave to the women, forced to scrape buffalo hides all the livelong day, he gradually rises in the tribe's esteem. He hones his ability to use a bow and arrow while attacking on horseback. He takes scalps, white and Native American alike. And he learns that young Comanche gals like to "connubiate" under bearskin robes on long winter nights while their men are out raiding. What young man among us even to this day would have rather sat in a schoolhouse reading Emerson's essays when such a transcendental life was to be had on the open range?

If played by Kevin Costner in the film version of his adventures, McCullough would have been shown going fully native and learning a heartwarming life lesson about aboriginal values that would have stayed with him during his dreary years back among his own race. But one of the many attributes of “The Son” is that it rarely treads the well-worn path. No culture, not even that of noble savages on the high plains, is revealed to have a genetic monopoly on virtue. Toshaway, McCullough’s Comanche mentor, tells him “you only get rich by taking things from other people.” And eventually Eli will agree: “It had become clear to me that the lives of the rich and famous were not so different from the lives of the Comanches: you did what you pleased and answered to no one.”

The Texas the McCulloughs make — or, more accurately, steal — is one where theft is soon whitewashed into ownership. That is the dirty truth around which this novel revolves. In time, Eli McCullough accumulates wealth and power through cattle, then oil, even though this requires commandeering his neighbor’s property. “That is how the Garcias got the land, by cleaning off the Indians,” he says by way of justification, “and that is how we had to get it. And one day that is how someone will get it from us.”

The Colonel, as he has become known, displays the energy and charming lack of scruples by which many an American fortune has been made. He exalts the dominion of the strong. “Men are meant to be ruled,” he says. He practices an ethical flexibility that has traditionally served an ambitious Texan well. His views do not dispose him toward abolitionists, Mexicans, blacks, Yankees, business rivals, plantation gentlemen or, most notably, his own son, Peter, whom he cannot abide.

Peter McCullough occupies the moral high ground of this lowly world, and is scorned as weak for it by one and all. He complains that his father “has no great respect for the Mexicans and yet they are all willing to die for him. I, on the other hand, consider myself their ally . . . and they despise me.” He falls in love with a descendant of the family whose land the McCulloughs have taken, abandons his wife and hies off to Guadalajara after the object of his affections, exiling himself forever from his rapacious clan.

His granddaughter Jeannie, whose story the novel weaves into the 21st century, starts life as a ranching prodigy, able to “flank and mug as well as her brothers,” to “forefoot anything that moved.” She worries about coyotes watching her calves, windmills that need gearboxes or sucker rods inspected. Later, she takes over the family oil business, obsessing over which drillers might be hired, what fields might be drilled.

In old age, she lives alone in the family mansion, abandoned by her children, unable to instill in her grandsons a love for ranch life. Her attitudes are of a piece with those of her great-grandfather, the Colonel, whom she remembers shooting snakes in the dirt yard. “The strong took from the weak, only the weak believed otherwise,” she says. She’s the kind of sturdy Republican matron whose conservative views rarely get a nuanced airing in American literature. The “liberals would cheer her death,” she thinks. “The whole time complaining about big oil.” But she also remembers an age when the rich served as “exemplars”; now they were “as anxious for attention as any scullery maid.”

By the novel’s end, Philipp Meyer has demonstrated that he can write a potboiler of the first rank, aswirl with pulpy pleasures: impossible love affairs, illicit sex, strife between fathers and sons, the unhappiness of the rich, the corruptions of power. (It might have been called “Gone With the Oil.”) But these crowd-pleasing qualities should not distract from Meyer’s Spenglerian treatment of the American empire, Southwestern branch. Only in the greatest of historical novels do we come to feel both the distance of the past and our own likely complicity in the sins of a former age, had we been a part of it. To that rank, we now add “The Son.”

Will Blythe is the author of “To Hate Like This Is to Be Happy Forever.”

# Vacationing While Europe Sinks

By WILLIAM R. RHODES

The euro zone's political leaders and senior European Commission officials have drifted off for their summer vacations, apparently confident that the European Central Bank will guard against August surprises and hopeful that September's German general elections will be followed by a wave of German generosity that will restore the region's economic stability. The perspective from New York is one of rising disbelief in the complacency of those most responsible for the euro zone's course.

The International Monetary Fund's latest report on euro-zone conditions should be a wake-up call. It describes the root causes of pervasive weakness in growth as "persistent financial market fragmentation, weak bank balance sheets, low demand, and creeping uncertainty as well as structural weaknesses, all reinforce each other and contribute to contraction of real activity."

While the president of the E.C.B., Mario Draghi, recently suggested that there were some signs of economic improvement in the euro zone, he, like the International Monetary Fund, admitted that the downside risks were substantial, as indeed they are. The I.M.F. sees [euro zone G.D.P. declining for a second year](#) in 2013 by 0.6 percent and then recovering modestly next year with growth of 0.9 percent.

Forecasts for the zone as a whole mask grave situations in some of the most troubled economies. In a new report on Spain, for example, the I.M.F. said that despite substantial economic reforms the jobless rate was unlikely to fall significantly in coming years and could well stand at [25 percent in 2018](#).

For many months now the euro zone's authorities have failed to finalize critical features of an urgently needed banking union. Meanwhile, banks are striving to boost capital by deleveraging and selling assets. Small and medium-sized enterprises in many countries, which are the engines of employment, are starved of credit. The prospects in the countries on the periphery of a reduction in today's record-level unemployment are bleak. These countries face a lost decade of economic progress that will trap tens of millions of people in misery.

Reviving growth requires investment, but investors' confidence is almost certainly going to decline further. Not only is there no evidence of strengthening competitiveness in some of the hardest-hit countries on the periphery, several of the countries in the euro zone that were doing well are finding that attaining growth is increasingly difficult. Sluggish growth in many other parts of the world is compounding the export prospects of the euro zone countries as well.

Crucially important for investor sentiment is a sense that national leaders in the euro zone are finding ways to revive public confidence in their ability to restore stability and pursue a path to growth. The opposite is now the case. Despite the fact that some of the zone's leaders are basking in the summer sunshine, the combination of all the unsettling daily political news from Rome, Madrid, Dublin, Athens, Lisbon and Paris is as bad as at any time since Greece's budget malfeasance was revealed in December 2009 and the crisis started.

The disarray at the top of the government in Portugal has raised doubts about the country's ability to follow through with economic policies that for a time looked as if they were on the right course. Allegations of [secret party slush funds and payoffs](#) to top politicians in Spain could undermine essential banking and budgetary reforms. The weak Italian coalition government could fall at any moment because of an array of political challenges. In Ireland, the public airing of taped conversations between bankers and officials at the height of the financial crisis is taking public confidence in government to new lows. In Greece, [a former finance minister has been charged](#) with corruption, strikes are mounting, the government is finding it very difficult to implement its privatization program and essential structural reforms.

The euro zone's authorities have repeatedly underestimated the risks of crisis. They promoted austerity measures without recognizing the degree to which this would compound unemployment. They ignored warnings of likely contagion in early 2010, at a time when they should have moved fast to negotiate a debt restructuring, which wasn't achieved until 2012. Now a further Greek debt restructuring is essential, but again euro zone officials are unwilling to consider this in a timely manner.

Corporate investors look at the full array of economic and political factors in the euro zone as they determine whether to make the job-creating investments that so many euro zone countries need. On almost every count, at least seen from this side of the Atlantic, economic conditions appear to be deteriorating. At some point this will become widely recognized across all segments of finance, and the E.C.B. will discover that just pumping in liquidity will not suffice to prevent economic conditions from getting worse.

Instead of vacationing, the euro zone's leaders and key officials should be working together around the clock to set agreements to improve supervision of the financial system through a robust banking union; they should strengthen the mechanisms they have put in place to provide essential credit to countries in trouble; and they should revive serious thinking about a fiscal pact that commits all governments to budget stability. Just as importantly, they need to set firm timelines for implementing action on each of these core policies. The longer they wait, the tougher the problems will become and the greater will be the risk of serious shocks to the system.

***William R. Rhodes**, former senior vice chairman of Citigroup, is president and C.E.O. of William R. Rhodes Global Advisors, and the author of "Banker to the World: Leadership Lessons from the Front Lines of Global Finance."*

## Rettungsfonds EFSF

### Deutschland haftet bislang mit 95,3 Milliarden Euro

08.08.2013 · Die Bundesbürger haften aber nicht nur für bisher zugesagte Mittel aus dem ersten Rettungsfonds EFSF an Krisenländer der Euro-Zone. Hinzukommen wird Geld für den dauerhaften Nachfolgefonds ESM.

Von [Joachim Jahn](#), Berlin

81,79



© Röth, Frank

Eingang zur EFSF-Zentrale in Luxemburg

Die Bundesbürger haften bereits mit 95,3 Milliarden Euro für die Bemühungen des ersten Rettungsfonds namens Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), die Gemeinschaftswährung zu stabilisieren. Das hat das Bundesfinanzministerium in seiner monatlichen Übersicht mitgeteilt. Davon sind 86 Milliarden Euro bereits als Darlehen an Griechenland, Irland und Portugal ausbezahlt. Die Obergrenze Deutschlands für diese „Gewährleistungen“ beträgt 211 Milliarden Euro. Mittlerweile gibt es außerdem den dauerhaften Fonds mit dem Namen Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM). Hier haften die deutschen Steuerzahler den Angaben zufolge mit bis zu 190 Milliarden Euro. Diese Obergrenze musste die Bundesregierung nach einer Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts völkerrechtlich verbindlich machen.

Als Darlehen an diese drei Krisenländer hat der EFSF Kredite von 183,5 Milliarden Euro ausbezahlt; noch verfügbar sind weitere 19,8 Milliarden. Davon entfallen 144,6 Milliarden allein auf Athen. Damit ist der Fonds mit einer Kreditkapazität von 440 Milliarden Euro fast zur Hälfte ausgeschöpft.

Sein dauerhafter Nachfolger ESM soll Kredite von 500 Milliarden Euro vergeben können. Dazu wird er mit Bareinlagen und Garantien von 700 Milliarden Euro ausgestattet. Diese Summe teilt sich auf in 80 Milliarden Euro eingezahltes und 620 Milliarden Euro abrufbares Kapital. Der deutsche Finanzierungsanteil beträgt 27,15 Prozent: Dies entspricht rund 22 Milliarden Euro eingezahltem und rund 168 Milliarden Euro abrufbarem Kapital. Bislang hat Deutschland demnach 13 Milliarden Euro überwiesen. Nach der Hilfszusage von 100 Milliarden Euro an Spanien und 9 Milliarden an Zypern beträgt das derzeit noch verbliebene Ausleihvolumen 214,8 Milliarden Euro. An Spanien wurden bisher 41,4 Milliarden Euro ausgezahlt, an Zypern 3 Milliarden Euro.

## A French Town Bridges the Gap Between Muslims and Non-Muslims

By [ALISSA J. RUBIN](#)

ROUBAIX, France — Wearing head scarves and long skirts, the women glide along the faded back streets of this poor French town as they make their way to the mosque to hear the last prayer of the evening.

Like their husbands and brothers, fathers and sons, they feel at home here. That is in large part because Roubaix, a small city in northeastern France, has made a point of embracing its Muslim population, proportionately one of the largest in the country.

“I am comfortable in these clothes here in Roubaix,” said Farid Gacem, the bearded president of the Abu Bakr mosque, who was wearing a nearly ankle-length loose brown tunic on a recent afternoon.

In a country where Islamic head coverings are regulated by law and many Muslims say they have been made to feel like outsiders, Roubaix is one of just a handful of cities that have broken with a rigid interpretation of the country’s state secularism. The city stands out for its effort to take discreet but pointed steps to promote an active Muslim community, and in doing so it has diminished the ethnic and sectarian tensions that have afflicted other parts of France, evident again during the holy month of Ramadan this summer.

In Trappes, a heavily Muslim suburb of Paris, an altercation between the police and a woman wearing a niqab, a veil that is illegal to wear in public, turned violent two weeks ago. In another suburb of Paris, the mayor refused a request by Muslims for a prayer room to use during Ramadan. The Interior Ministry says crimes targeting Muslims have increased 28 percent this year.

Yet here in Roubaix, the mood is different. That is despite one of the worst unemployment rates in the country, 22 percent, with the figure far higher among young people, according to the mayor’s office. Nearly half of households have incomes below the poverty line, and many areas are troubled by petty crime and drug trafficking.

The question is whether Roubaix’s approach to multiculturalism will become a model for other French cities, or if, in a country in which the Muslim population finds itself at the center of a debate over racism, religious tolerance and national identity, it will remain an exception.

“Roubaix is a cradle, a symbol of immigration,” said Muhammed Henniche, secretary general of the Union of Muslim Associations of Seine-Saint-Denis, a Paris suburb, who has looked at the approaches taken by different municipalities.

“Roubaix is representative of living in harmony in terms of immigration,” he said.

The reasons for that approach are hard to pinpoint, in part because of a reluctance by French officials to talk about religion. But among Roubaix’s special circumstances is its long history of immigration, which has included not just Muslims but also Buddhists from Southeast Asia and other groups.

The mayor’s office has taken steps to offer assistance to Muslims here, including finding places to worship. That contrasts with the approach of many French cities that strictly follow the national ethic of *laïcité*, or state secularism. The city has six mosques, including one under construction, a large number for a city of fewer than 100,000 people. The local government has also allowed the appointment of a Muslim cleric at the city hospital, and three areas of the city’s cemetery are designated for Muslims, a rarity in France.

“When you look at the demographics, in two or three generations, all of France will be like Roubaix,” said Bertrand Moreau, the chief spokesman for the mayor’s office. “There will be a melting pot everywhere, and Roubaix is a laboratory” for how things could work, he said.

The mayor’s office has established a consortium that includes a representative from each of the city’s religious groups, as well as a representative of a group that supports state secularism, so there is a discussion about how to respond to the needs of different groups.

Demographers put the number of Muslims in France at five million to six million, or at least 8 percent of the population. In Roubaix, the mayor’s office estimates that the Muslim population is as much as 20,000, or about 20 percent of the population.

In conversations in the streets and mosques of Roubaix during Ramadan, Muslims made clear that while they face some of the same problems as other French Muslims, they feel that their little city is different.

“Our leitmotif is to live together, and in this living together there’s an image that we wish to give of the Muslim community: that we are French citizens before anything, before the religious aspect,” said Sliman Taleb-Ahmed, president of the association of Muslim institutions in Roubaix.

One of the main Muslim neighborhoods here, L’Epeule, is just a few blocks from the central plaza, making it an integrated part of the city’s life. The street is lined with halal butchers, and the Safir bookstore does a brisk business in offerings about the Koran.

Ahmed El-Hadi, a 15-year-old who runs the store when his parents are out, wore a T-shirt that said in English: “I’m Muslim, Don’t Panic.”

Still, there are tensions. An ecumenical civic group, Roubaix Espérance, which promotes multiculturalism, has a rotating presidency, but this summer it appointed the head of a group promoting laïcité, angering Muslims who thought it was their turn to take the presidency. The Muslims decided to leave the organization.

And yet the separation between Muslims and non-Muslims blurs here.

In the Muslim section of the graveyard in Tourcoing, a nearby town, Josiane Derenoncourt, 65, was the first visitor on a hot summer morning. She came with a bottle of water to put on the grave of her husband of 33 years, Mokhtar Farah.

“I have heard there is a heat wave coming, and I was worried he would be thirsty,” she said, her eyes filling with tears.

She had been Christian, her husband was Muslim, and they met while working in the now-closed textile factories. She converted informally, learning to pray in the Islamic way and sending their only son to a mosque.

“I am glad he is buried here,” she said of her husband, adding that otherwise they would have sent his body to his village in Algeria, where she would not be able to visit.

Is she Christian or Muslim? In this corner of France, she can be both.

Maïa de la Baume contributed reporting.

## Islam : Roubaix, ville modèle pour le *New York Times*

- Par [Chloé Woitier](#)
- Mis à jour le 08/08/2013 à 21:15
- Publié le 08/08/2013 à 17:51

81,82



Le quotidien américain estime que la politique de dialogue entre la municipalité et la communauté musulmane est un modèle à suivre en France. Sur place, les réactions sont plus contrastées.

«Portant voiles et jupes longues, des femmes marchent tranquillement dans les rues de cette ville française défavorisée, pour se rendre à la prière du soir de leur mosquée. Comme leurs époux, frères, pères et fils, elles se sentent ici comme chez elles.» Ainsi débute [un reportage paru cette semaine dans le New York Times](#), faisant un portrait laudatif de Roubaix. La ville la plus pauvre de France y est définie comme un modèle de tolérance envers la communauté musulmane, «faisant fi de l'interprétation rigide de la laïcité à la française qui prévaut ailleurs». «Dans deux ou trois générations, la France entière ressemblera à Roubaix. Le melting-pot sera partout, et Roubaix en est le laboratoire», affirme dans l'article américain le directeur de la communication du maire PS de la ville.

[Rapidement traduit par La Voix du Nord](#), le reportage du *New York Times* [a suscité de nombreuses réactions](#), surprises ou choquées. Si la municipalité se félicite que la ville soit présentée dans un quotidien international de référence sous un angle positif, d'autres acteurs locaux soulignent les faiblesses de l'article. «Le *New York Times* a une vision très naïve, voire Bisounours, de la réalité. C'est vrai, il n'y a pas de problème de cohabitation entre les religions à Roubaix. Mais ça ne veut pas dire qu'il n'y a pas de problème entre les communautés», souligne Grégory Wanlin, blogueur roubaisien et militant UDI, qui estime que l'article «ne fait aucune distinction entre religion, culture et immigration».

### «La municipalité met à mal la laïcité»

**Le principal reproche fait au reportage vient de la définition très différente de la laïcité qu'ont la France et les États-Unis. Si, de l'autre côté de l'Atlantique, il est vu comme normal que les communautés religieuses pratiquent leur culte et affichent leurs coutumes dans l'espace public, la France estime que la religion doit restée confinée à la sphère privée.** «Le *New York Times* parle de l'Épeule comme d'un “quartier musulman”. On ne peut pas dire ça, ce n'est pas dans la tradition laïque française», affirme Guillaume Delbar, leader de l'opposition municipale. L'élue UMP s'étonne également que l'article évoque **l'intégration, «alors que l'immense majorité des musulmans de la ville sont nés à Roubaix, et sont donc Français. L'intégration n'a rien à faire là».**

Avec son chômage endémique - 30% de la population est sans-emploi -, «les grands enjeux de la ville ne sont pas religieux», poursuit l'élue. «Les problèmes de Roubaix sont la pauvreté et la criminalité. Dans le quartier de l'Épeule, il y a de la délinquance, des incivilités, du tapage nocturne. Et pour acheter la paix sociale, la municipalité met à mal la laïcité et les lois de la République», dénonce Grégory Wanlin.

## Les mosquées de la ville regroupées en collectif

L'organisation de cette prière en accord avec la municipalité est l'œuvre du Collectif des institutions musulmanes de Roubaix (CIMR). [Créée en 2010 après la polémique du Quick halal](#), elle fédère cinq des six mosquées de la ville, et [est devenue l'interlocuteur privilégié de cette ville](#) qui compte 20% de musulmans pratiquants. «L'équipe municipale a eu la finesse de se dire en 2002: "On va mettre en place un schéma directeur d'intervention sur les lieux de cultes." C'est un facteur d'intégration», explique Sliman Taleb-Ahmed, président du CIMR. Ce schéma permet notamment à la ville d'accorder un bail pour qu'une association construise un lieu de prière. En février dernier, [le maire PS Pierre Dubois a invité à la mairie les représentants de toutes les religions](#) afin d'étudier les besoins de chaque communauté.

En trois ans, le CIMR a obtenu l'extension des carrés musulmans dans le cimetière de la ville, et la création d'un poste d'aumônier musulman à l'hôpital public. Ses prochains chantiers sont l'apparition de menus diversifiés dans les cantines - œufs ou poisson à la place de la viande pour les enfants qui le souhaitent -, et la lutte contre les abattages illégaux à domicile lors de l'Aïd-el-Kébir. «Pour l'instant, la ville place des bennes pour recueillir les carcasses. Nous travaillons à l'installation d'un abattoir mobile pour mettre fin à ces abattages sauvages. Il faut des règles et des principes sanitaires», affirme Sliman Taleb-Ahmed. Ce dernier se défend de tout communautarisme. «Nous sommes avant tout des citoyens français. Nous prévoyons d'ailleurs des ateliers sur la laïcité, une question qui nous tient à cœur.» Le CIMR estime que son rôle est double. En travaillant main dans la main avec la municipalité, il lutte contre la radicalisation d'une partie de la communauté musulmane. Et en faisant mieux connaître la religion musulmane, «pour mieux la comprendre», il estime lutter contre l'islamophobie.

Le président du CIMR regrette que l'équipe du *New York Times*, qui est restée deux jours en ville, ait éludé toutes ces thématiques. «Ils se sont arrêtés sur le port de la tunique ou du voile. C'est anecdotique. Les mosquées se sont fédérées, les religions s'investissent dans les projets de la ville, un schéma directeur incluant tous les cultes a été créé, ce n'est pas rien.»

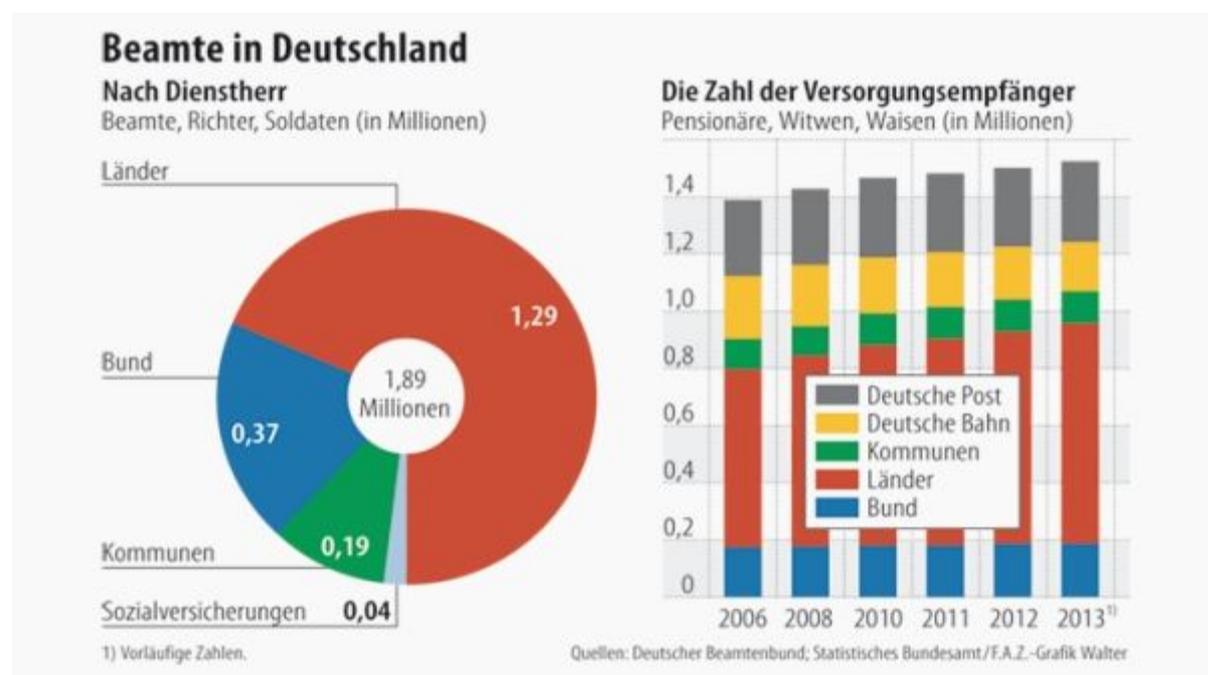
465,4 Milliarden Euro

## Pensionslast auf öffentlichen Haushalten wächst

09.08.2013 · Die Pensionsverpflichtungen für die Beamten in Deutschland werden in den kommenden Jahren zu enormen Belastungen der öffentlichen Haushalte führen. Die Zahl der Anspruchsberechtigten steigt.

Von [Sven Astheimer](#) und [Kerstin Schwenn](#)

81,84



© F.A.Z. Der Großteil der Beamte (1,29 Millionen inklusive Richter) steht im Dienst der Bundesländer

Zum Ende des vergangenen Jahres stiegen die Rückstellungen für die Pensionen und Beihilfen bei Bund, Post und Bahn auf 465,4 Milliarden Euro, das waren 8,3 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. In den Bundesländern, die rund zwei Drittel der rund 1,9 Millionen Beamten beschäftigen, sind nach Recherchen der F.A.Z. ebenfalls mehrere Hundert Milliarden Euro aufgelaufen, die aus den laufenden Budgets bedient werden müssen. Auch zahlreiche Kommunen stünden durch Pensionsverpflichtungen finanziell vor erheblichen Problemen, wie ein Sprecher des Städte- und Gemeindebundes auf Anfrage bestätigte. Eine Gesamtübersicht gibt es allerdings nicht.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hatte kürzlich aus Sorge um seine Staatsfinanzen seine Kollegen nach der Sommerpause zu Gesprächen über die künftige Beamtenversorgung aufgefordert. Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) sprach daraufhin von einem „Raubzug mit Ansage“ und lehnte Pensionskürzungen kategorisch ab. Laut Kretschmann sieht sich Baden-Württemberg schon heute mit Pensionslasten von rund 70 Milliarden konfrontiert.

In den anderen Bundesländern sieht es nicht besser aus. Wie aus der Antwort des hessischen Finanzministers Thomas Schäfer (CDU) auf eine kleine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion in Hessen hervorgeht, die der F.A.Z. vorliegt, beliefen sich die sogenannten Rückstellungen für Pensionen im Wiesbadener Haushalt Ende 2011 auf mehr als 42 Milliarden Euro. Das waren 2 Milliarden mehr als ein Jahr zuvor - Tendenz weiter steigend. Dazu kommen mehr als 5 Milliarden Euro an „Beihilfen“. Der Begriff bezeichnet das System zur Erstattung von Krankheitskosten für Beamte und Pensionäre, die 70 Prozent der Kosten erstattet bekommen. „Dies hat uns umso deutlicher vor Augen geführt, dass im Sinne einer generationengerechten Finanzpolitik dringend ein Umsteuern erforderlich ist“, schreibt Schäfer und verweist auf die Einführung einer Schuldenbremse in der hessischen Verfassung.

# Anfang des Jahres gab es 1,13 Millionen Pensionäre im öffentlichen Dienst

Hessen ist das einzige Flächenland, das für den Landeshaushalt schon eine Jahresbilanz wie ein Unternehmen vorlegt. Im Unterschied zur in öffentlichen Verwaltungen üblichen kameralistischen Buchführung beinhaltet diese neben den Kreditschulden auch die „implizite Verschuldung“, vor allem eben durch Pensionslasten. Auch der Stadtstaat Hamburg macht diese Kosten schon seit Jahren transparent: Ende 2011 weist die Konzernbilanz der Hansestadt „Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ in Höhe von 21 Milliarden Euro aus.

Zwar werden diese Pensionsverpflichtungen nicht auf einmal fällig. Der Bund zahlt etwa für seine aktiven Beamten, Amtsträger und Soldaten in diesem Jahr 6,6 Milliarden Euro an Versorgungsbezügen (einschließlich der in die Versorgungsrücklage) sowie 1,6 Milliarden Euro für Beihilfen aus. Da sie jedoch aus den laufenden Haushalten bedient werden müssen, schränken sie mit steigender Höhe die Handlungsfähigkeit zunehmend ein und können die Neuverschuldung in die Höhe treiben. Denn die Zahl der Anspruchsberechtigten steigt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es zu Beginn des Jahres 2013 rund 1,13 Millionen Pensionäre im öffentlichen Dienst (ohne Post und Bahn), das waren 2,4 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Das größte Wachstum weisen dabei die ausscheidenden Staatsdiener der Länder auf mit 4,6 Prozent auf fast 600000. Die demographische Entwicklung wird diesen Trend in den kommenden Jahren noch verschärfen, wenn die geburtenstarken Jahrgänge die Pensionsgrenze erreichen werden.

Um die erwartete finanzielle Belastung schultern zu können, haben die Arbeitgeber unter anderem schon vor Jahren Sondervermögen aufgebaut. In der Versorgungsrücklage und dem Versorgungsfonds des Bundes haben sich bislang allerdings nur 6,75 Milliarden Euro angesammelt. Auch in den Bundesländern gibt es solche Sondertöpfe. In Hessen beträgt die „Versorgungsrücklage“ nach neuesten Daten rund 1,1 Milliarden Euro. Dieses Sondervermögen in Form von Pensionsfonds soll nach den Wiesbadener Plänen in den kommenden Jahren weiter erhöht werden. Andere Länder haben zur Haushaltssanierung dagegen ihre Fonds schon wieder aufgelöst. Auch Deutschlands größte Behörde, die Bundesagentur für Arbeit, hat einen eigenen Vorsorgefonds aufgelegt. Der Grundstock wurde 2008 mit 2,5 Milliarden Euro gelegt, im vergangenen Jahr betragen die Einzahlungen rund 476 Millionen Euro.

Die Versorgungsansprüche im öffentlichen Sektor sind nicht nur für Deutschland ein Problem, wo die Zahl aller dort Beschäftigten (Beamte und Angestellte) in den vergangenen 20 Jahren immerhin um mehr als 1,5 auf 3,6 Millionen gesenkt wurde. Gerade in Südeuropa spielt der Staat als Arbeitgeber häufig noch eine deutlich wichtigere Rolle. Die möglichen Folgen werden deshalb auch auf Ebene der Europäischen Union diskutiert. Der Europäische Rat und das Europäische Parlament haben die Mitgliedstaaten verpflichtet, künftig vergleichbare Daten über die Alterssicherungsansprüche an die Statistikbehörde Eurostat zu liefern, um die Auswirkungen der Renten- und Pensionsansprüche auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu dokumentieren. Deutschland wird erstmals im Jahr 2017 solche Zahlen übermitteln, die sich auf das Jahr 2015 beziehen.

## Germany Fights Population Drop

By [SUZANNE DALEY](#) and [NICHOLAS KULISH](#)

SONNEBERG, Germany — At first glance, this town in central Germany, with rows of large houses built when it was a thriving center of toy manufacturing, looks tidy and prosperous. But Heiko Voigt, the deputy mayor here, can point out dozens of vacant homes that he doubts will ever be sold.

The reality is that the German population is shrinking and towns like this one are working hard to hide the emptiness. Mr. Voigt has already supervised the demolition of 60 houses and 12 apartment blocs, strategically injecting grassy patches into once-dense complexes.

“We are trying to keep the town looking good,” he said.

There is perhaps nowhere better than the German countryside to see the dawning impact of Europe’s plunge in fertility rates over the decades, a problem that has frightening implications for the economy and the psyche of the Continent. In some areas, there are now abundant overgrown yards, boarded-up windows and concerns about sewage systems too empty to work properly. The work force is rapidly graying, and assembly lines are being redesigned to minimize bending and lifting.

In its most recent census, Germany discovered it had lost 1.5 million inhabitants. By 2060, experts say, the country could shrink by an additional 19 percent, to about 66 million.

Demographers say a similar future awaits other European countries, and the issue grows more pressing every day as Europe’s seemingly endless economic troubles accelerate the decline. But bogged down with failed banks and dwindling budgets, few are in any position to do anything about it.

Germany, however, an island of prosperity, is spending heavily to find ways out of the doom-and-gloom predictions, and it would seem ideally placed to show the Continent the way. So far, though, even while spending \$265 billion a year on family subsidies, Germany has proved only how hard it can be. That is in part because the solution lies in remaking values, customs and attitudes in a country that has a troubled history with accepting immigrants and where working women with children are still tagged with the label “[raven mothers](#),” implying neglectfulness.

If Germany is to avoid a major labor shortage, experts say, it will have to find ways to keep older workers in their jobs, after decades of pushing them toward early retirement, and it will have to attract immigrants and make them feel welcome enough to make a life here. It will also need to get more women into the work force while at the same time encouraging them to have more children, a difficult change for a country that has long glorified stay-at-home mothers.

There is little doubt about the urgency of the crisis for Europe. Several recent studies show that historically high unemployment rates — in excess of 50 percent among youths — in countries like Greece, Italy and Spain are further discouraging young people from having children. According to the European Union, the total number of live births in 31 European countries fell by 3.5 percent, to 5.4 million from 5.6 million, between 2008 and 2011. In 1960 about 7.5 million children were born in 27 European countries.

Even before those trends were detected, many countries in Europe were expected to shrink by 2060; some, like Latvia and Bulgaria, even more than Germany. And the proportion of elderly will become burdensome. There are about four workers for every pensioner in the European Union. By 2060, the average will drop to two, according to the European Union’s 2012 report on aging.

Some experts worry that Germany has already waited too long to tackle the issue. But others say that is too pessimistic. In any case, in Germany the issue is front and center now.

Large families began to go out of fashion in what was then West Germany in the 1970s, when the country prospered and the fertility rate began dropping to about 1.4 children per woman and then pretty much stayed there, far below the rate of 2.1 children that keeps a population stable. Other countries followed, but not all. There is a band of fertility in Europe, stretching from France to Britain and the Scandinavian countries, helped along by immigrants and social services that support working women.

Raising fertility levels in Germany has not proved easy. Critics say the country has accomplished very little in throwing money at families in a system of benefits and tax breaks that includes allowances for children and stay-at-home mothers, and a tax break for married couples.

Demographers say that a far better investment would be to support women juggling motherhood and careers by expanding day care and after-school programs. They say recent data show that growth in fertility is more likely to come from them.

“If you look closely at the numbers, what you see is the higher the gender equality, the higher the birthrate,” said Reiner Klingholz of the [Berlin Institute for Population and Development](#).

But undoing years of subsidies for traditional households is difficult. “Touching those is political suicide,” said Michaela Kreyenfeld of the [Max Planck Institute for Demographic Research](#) in Rostock, Germany.

In the meantime, mothers trying to work here face obstacles that discourage large families. Though Germany recently enacted a law guaranteeing day care for all children over 12 months, compared with 3 years and older before, experts say there is still a shortage of affordable facilities. Further, many schools let out at noon, and there are few after-school programs.

Melanie Vogel, 39, of Bonn, found that trying to blend work and motherhood was so lonely, dispiriting and expensive that she decided to have one child. None of her friends worked full time, her mother-in-law made clear she disapproved, and so did clients in the job fair company she runs with her husband.

“Before my son was born, I was Melanie, a working businesswoman,” Mrs. Vogel said. “But after my son was born, to a lot of people, I was just a mother.”

Many working mothers find themselves quickly pushed into poorly paid “mini” jobs — perhaps 17 hours a week for about \$600 a month. More than four million working women in Germany, about a quarter of the female work force, hold such jobs.

Another way to adjust to the population decline is to get older workers to postpone retirement. The German government is raising the retirement age incrementally to 67 from 65, and companies have moved fast to adapt. The share of people ages 55 to 64 in the work force had risen to 61.5 percent in 2012, from 38.9 percent in 2002.

Volkswagen has redesigned its assembly line to ease the bending and overhead work that put excessive strain on workers’ bodies. About three years ago, they began using reclining swivel seats that provide back support even for hard-to-reach spots in the automobiles they are building, and the installation of heavy parts like wheels and front ends is now often fully automated.

Other companies are offering flexible hours to appeal to older workers. Hans Driescher, a physicist trained in the former East, is 74 and still on the job at the German Aerospace Center almost a decade after he reached the mandatory retirement age. He started out working 55 hours a month, but has now cut down to 24. He spends the summer in his garden and works the rest of the year.

With high unemployment rates across most of Southern and Eastern Europe, Germany is in a good position to increase its labor pool by plucking the best and the brightest from its neighbors, and it has begun to do so.

Yet, with hundreds of thousands of skilled jobs unfilled, some executives believe Germany should change its immigration laws and accept foreign credentials to compete for workers with other aging countries.

Germany's experience with integrating foreign workers in the past, particularly the country's large Turkish minority, has proved difficult, and many government officials and business leaders are examining Germany's culture, eager to do what it takes to be hospitable.

But whether they will succeed is unclear. A recent study found that more than half the Greeks and Spaniards who came to Germany left within a year. Many arrivals are young and highly qualified and see a global market for their skills. And many, given the opportunity, will probably go home, experts say. Immigration in general has become more temporary, and moving across borders in Europe is especially easy.

"I think the answer is that we need to look outside Europe," Dr. Klingholz said.

Chris Cottrell contributed reporting from Berlin.

## L'Allemagne et la France divergent plus que jamais en matière économique

par [Jean-Pierre Robin](#) publié le 14/08/2013 à 11:26

81,89



La croissance a atteint 0,7 % outre-Rhin au deuxième trimestre 2013, soit un rythme annualisé de 2,8 % avec d'importantes créations d'emplois et une forte reprise de l'investissement. Jamais les contrastes économiques et sociaux n'ont été aussi nets dans le couple franco-allemand.

Les deux principales économies de la zone euro font la course en tête. Alors que l'Insee annonçait que [la France a renoué avec la croissance](#) au deuxième trimestre 2013 où le PIB a progressé de 0,5 %, [l'Allemagne a affiché une augmentation de 0,7 %](#), également plus forte que prévu.

Contrairement à son homologue français, Destatis n'a toutefois pas donné de précisions chiffrées quant aux différentes composantes de cette croissance. L'Institut allemand s'est contenté de fournir des indications qualitatives qui sont toutefois fort précieuses. Selon lui, tous les moteurs se sont désormais rallumés outre-Rhin. Et c'est une énorme différence, alors qu'en France la réanimation de l'économie s'explique essentiellement par un rebond de la consommation des ménages (de 0,4 %) et par un énigmatique redressement des stocks des entreprises, représentant à lui seul 0,2 % du PIB.

Tout d'abord le rebond qui se dessine en Allemagne s'accompagne d'importantes créations d'emplois. Sur l'année écoulée l'économie en a créé 242.000 note Destatis, qui indique **qu'au deuxième trimestre 2013 la population au travail représentait 41,8 millions de personnes**. Cette statistique inclut bien sûr le personnel des administrations.

### Net recul de l'emploi salarié en France

De son côté l'Insee, qui a également publié ce matin son [enquête trimestrielle sur l'emploi](#), nous a appris que «les secteurs principalement marchand» (sic) en ont supprimé 27.800 au deuxième trimestre 2013. Sur un an les suppressions d'emplois atteignent au total 118 .200, dont 42.600 dans l'industrie, 25.700 dans la construction et 49.9000 dans les services (tertiaire). **Au total l'emploi dans les secteurs marchands ne représente actuellement que 15,932 millions en France.**

Par ailleurs l'institut Destatis estime que toutes les composantes de la demande sont désormais en train de se réactiver outre-Rhin. «Principalement la demande intérieure» souligne d'abord «l'Insee allemand», répondant ainsi implicitement aux sempiternelles critiques d'une Allemagne misant tout sur l'export. Mais outre la demande des ménages et des administrations qui sont en hausse, Destatis souligne que «la formation de capital fixe (autrement dit l'investissement) est en augmentation marquée». Enfin l'institut de la statistique allemand reconnaît in fine que «l'augmentation des exportations au deuxième trimestre a été plus important que la

progression des importations et que la balance commerciale allemande a ainsi contribué à la croissance du PIB». Des précisions chiffrées seront publiées le 23 août, rappellent les experts..

Certes l'Allemagne par son poids, équivalent à 25 % du PIB de la zone euro contre 19 % pour la France, constitue un moteur pour l'ensemble de l'Union monétaire européenne. Mais en même temps sa propre croissance se nourrit de sa compétitivité et de la conquête des marchés étrangers, aussi bien en dehors qu'à l'intérieur de la zone euro.

## **Contre-performances en matière d'investissements**

Une nouvelle fois se vérifie la formule célèbre de l'ex-chancelier Helmut Schmidt selon laquelle «les profits d'aujourd'hui sont les investissements de demain et les emplois d'après demain». Ce scénario est très loin de ce qui se passe actuellement en France où les entreprises ont à nouveau réduit leurs investissements productifs au deuxième trimestre 2013, sans doute dans une moindre mesure que précédemment, mais néanmoins c'est le neuvième trimestre consécutif de baisse. En outre l'économie française continue d'afficher des résultats assez ternes à l'exportation, le commerce extérieur n'apportant aucune contribution positive à la croissance du pays comme le signalent les économistes de l'Insee.

La comparaison France-Allemagne reste plus cruelle que jamais, alors que les cocoricos que suscitent le 0,5 % de croissance n'ont pas leur équivalent outre-Rhin. La [«sortie de récession» saluée par Bercy](#) est donc encore très loin d'annoncer des lendemains enchanteurs comme en témoignent les contre-performances françaises en matière d'investissements et d'emplois. De même «qu'un coup de dé jamais n'abolira le hasard», un bon chiffre de PIB trimestriel ne saurait effacer les incertitudes béantes du paysage économique français.

## Finanztransaktionssteuer

### Total versteuert

15.08.2013 · Die ursprüngliche Begeisterung der Politik für die Finanztransaktionssteuer erlischt langsam. Denn wer sich mit ihr beschäftigt, stößt auf Risiken und Nebenwirkungen.

Von [Manfred Schäfers](#)

81,91



© dpa Als diese Dame im Oktober 2011 die Finanztransaktionssteuer forderte, schloss sich auch die Politik noch diesem Wunsch an

Lange nicht von der neuen Finanzsteuer gehört? Das hat seine Gründe. Je länger sich die Befürworter der Finanztransaktionssteuer ganz konkret mit der Umsetzung der Pläne beschäftigen, um so mehr erlischt die ursprüngliche Begeisterung - im Bundesfinanzministerium, aber auch in anderen Euroländern, die hier vorangehen wollen. Doch selbst in den Reihen der Opposition wachsen offenbar die Zweifel. Das zeigt der Brief, den der SPD-Landesvorsitzende aus Baden-Württemberg unlängst in dieser Sache an den Bundesfinanzminister geschrieben hat. Nils Schmid, im Ländle Superminister für Finanzen und Wirtschaft, warnt darin vor Risiken und Nebenwirkungen. Die sind tatsächlich beträchtlich.

Die Merkwürdigkeiten beginnen mit der Rechtfertigung der neuen Steuer. Die Anhänger der Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte argumentieren: Wer ein Hemd kauft, zahlt 19 Prozent an den Fiskus. Wer Aktien, Anleihen, Derivate kauft, zahlt nichts an den Staat. Das ist in ihren Augen eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung. Gleichzeitig wollen sie, dass die Finanzwirtschaft einen Teil der Kosten trägt, die die Bankenrettung die Allgemeinheit kostet. Das passt nicht zusammen. Entweder der Kunde zahlt oder die Bank.

## Widerspruch gehört zum Programm

So wie das Kaufhaus die Umsatzsteuer auf das Herrenhemd über den Preis auf den Käufer weiterreicht, werden die Banken die Belastungen aus der Finanzsteuer auf ihre Kunden abwälzen. Das heißt: Nicht die Kreditwirtschaft wird bluten, sondern das Unternehmen, der Bankkunde, der Sparer, alle, die Altersvorsorge betreiben, und sogar der Staat selbst, der seine Schuldpapiere unter das Volk bringen muss. Und nicht nur das: Kurzfristige Liquiditätsgeschäfte zwischen Banken würden sich erheblich verteuern. Notenbanker erfüllt das mit Sorge. Der Interbanken-Geldmarkt ist in der Krise eingefroren, man hofft eigentlich auf eine Erholung. Mit der Finanzsteuer würden die Banken auf Dauer von der Europäischen Zentralbank abhängig bleiben.

Für die Finanzsteuer gehört Widerspruch zum Programm: Man versprach zusätzliche Milliarden für den Staat und gleichzeitig Schonung für die Wirtschaft, den Sparer, die Altersvorsorge und nicht zuletzt für den heimischen Finanzplatz. Um das Ausweichen auf andere Handelsplätze zu verhindern, ist vorgesehen, dass die Steuer fällig wird, auch wenn etwa in Singapur eine deutsche Aktie oder nur ein Papier mit Bezug zu einem europäischen Index den Eigentümer wechseln sollte. Selbst wenn zwei Chinesen miteinander solche Geschäfte machen, soll die Steuer erhoben werden. Das kann nicht funktionieren. Weil die Macht des deutschen Staates

an seinen Grenzen endet, ist nicht zu sehen, wie er die Steuerpflicht erzwingen will. Damit stellt sich ein verfassungsrechtliches Problem. Ein Steuergesetz, das nicht durchgesetzt werden kann, verstößt gegen das Gleichheitsgebot im Grundgesetz.

## **Ungerecht, ökonomisch schädlich und rechtlich riskant**

Im Bundesfinanzministerium hat man noch keine Antwort auf die verfassungsrechtliche Hürde gefunden. Darüber hinaus hat man mit einem sehr praktischen Problem zu kämpfen: Das Modell, wie sich der Bund derzeit am Kapitalmarkt finanziert, wäre mit Einführung der Finanztransaktionssteuer tot. Bisher werden Bundesanleihen versteigert. Banken, die den Zuschlag erhalten, verkaufen anschließend die Papiere weiter. Mit der Finanzsteuer würde mehrfach die Steuer fällig. In der Finanzwirtschaft heißt es warnend, die Refinanzierungskosten des Bundes könnten sich um einen ganzen Prozentpunkt verteuern, wenn durch die neue Steuer der Markt für seine Papiere weniger liquide würde. Bei einer Schuld allein des Bundes von mehr als ein Billion Euro entspräche das Mehrkosten von gut 10 Milliarden Euro. Das ist das Fünffache, was sich Finanzminister Schäuble aus der neuen Steuer für seinen Haushalt erhofft. Selbst wenn in der Warnung der Finanzwirtschaft ein gutes Stück Eigeninteresse liegt, droht es ein schlechtes Geschäft für den Staat zu werden.

Wer heute für das Alter spart, verliert durch die Inflation mehr als er an Zinsen kassiert. Hier noch eine Steuer draufzusatteln, ist nicht zu rechtfertigen. Wer Gelder umschichtet, um sich vor Risiken etwa im Euroraum zu schützen, soll jedes Mal aufs Neue belastet werden. So addieren sich selbst geringe Steuersätze über die Jahre und Jahrzehnte bis zum Ruhestand zu hohen Belastungen. Zwar könnte der Sparerfreibetrag erhöht und die Riesterförderung ausgeweitet werden, um Kleinsparer zu verschonen, aber Altersvorsorge ist mehr als Riester-Sparen.

Auch die produzierenden Unternehmen befürchten höhere Kosten: Die Liquiditätssteuerung, die Absicherung von Währungsgeschäften, die Verwaltung von Rücklagen - alles würde teurer. Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben gemeinsam mit der Finanzbranche vor den Folgen der neuen Steuer gewarnt. Ein solcher Zusammenschluss kommt selten vor, auch das sollte den Politikern zu denken geben. Die Finanztransaktionssteuer ist ungerecht, ökonomisch schädlich und rechtlich riskant. Noch ist es nicht zu spät, von dem unsinnigen Projekt abzulassen.

Updated August 14, 2013 10:58 PM

81,93

## Is This the End of the Arab Spring?

### *Introduction*

With a [state of emergency declared](#) in Egypt, continued unrest in [Bahrain](#), democracy under threat in [Tunisia](#), [Libya](#), and possibly even [Turkey](#), and an all-out [civil war in Syria](#), is there any hope left for the anti-authoritarian movement that swept through the Middle East?

### *Debaters*



#### [A Future Worse Than Mubarak's Reign](#)

Shadi Hamid, Brookings Doha Center



#### [Airing Out the House of Egypt](#)

Mona Eltahawy, columnist



#### [If the West Would Step Up](#)

Ed Husain, Council on Foreign Relations



#### [Activists Must Reclaim a Co-Opted Movement](#)

Karima Bennoune, author, "Your Fatwa Does Not Apply Here"



•

[\*\*In the Gulf, a New Model for Creating Democracy\*\*](#)

Matar Ebrahim, activist



•

[\*\*In Turkey, Voters Still Have Power\*\*](#)

Christine Ogan, Indiana University



•

[\*\*Region's Hardliners Will Take Heart\*\*](#)

Haleh Esfandiari, Woodrow Wilson International Center



•

[\*\*'Spring' Uprisings Are Nothing New\*\*](#)

James L. Gelvin, author, "The Arab Uprisings: What Everyone Needs to Know"



•

[\*\*There's Hope in the Long Run\*\*](#)

Michael Albertus, University of Chicago and Victor Menaldo, University of Washington



•

[\*\*Consider Egypt's Peaceful Masses\*\*](#)

Tawakkol Karman, human rights activist, Yemen



•

**[Democracy May Succeed if Violence Doesn't Rise](#)**

Peter Ackerman, International Center for Nonviolent Conflict

## Mehr Ü-60-Erwerbstätige als Ruheständler

15.08.2013 · Lange hat die Politik die Frühverrentung gefördert. Nun sind zum ersten Mal seit fast vier Jahrzehnten in der Gruppe der 60- bis 65-Jährigen wieder mehr Menschen erwerbstätig als im Ruhestand.



© dpa Im höheren Alter länger arbeiten: Das tun in Deutschland immer mehr Menschen.

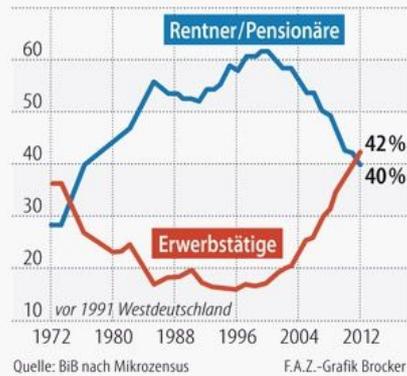
Zum ersten Mal seit fast vier Jahrzehnten sind in der [Gruppe der 60- bis 65-Jährigen](#) wieder mehr Menschen erwerbstätig als im Ruhestand. Das zeigt eine Berechnung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BIB). Die FDP wertet dies als Beleg dafür, dass die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters richtig sei, und sieht sich mit Plänen für weitere Reformen bestärkt. „Das zeigt, dass die [Verlängerung der Lebensarbeitszeit](#) ebenso richtig wie machbar ist“, sagte FDP-Arbeitsmarktexperte Johannes Vogel am Donnerstag. SPD und Grünen warf er vor, stattdessen die „Rückabwicklung der erfolgreichen Arbeitsmarkt- und Rentenreformen“ zu planen.

Das BIB hatte festgestellt, dass der Anteil der Erwerbstätigen unter den 60- bis 65-Jährigen im Jahr 2012 auf 42 Prozent gestiegen ist. Dagegen ist der Anteil der Renten- und Pensionsempfänger auf 40 Prozent gesunken. Erstmals seit 1974 waren die Erwerbstätigen in dieser Gruppe wieder in der Mehrheit. „Anreize zur Frühverrentung wurden stark reduziert, so dass Erwerbstätige heute länger im Beruf bleiben als früher“, kommentierte das BIB die Daten. Auch würden Ältere anders als früher nicht mehr systematisch als weniger leistungsfähig gelten.

In den frühen 1970er-Jahren waren in Westdeutschland schon einmal fast 40 Prozent der 60- bis 65-Jährigen erwerbstätig gewesen. Dann sank der Anteil erst unter 30 Prozent und sackte nach der Wiedervereinigung - auch unter dem Einfluss der hohen Arbeitslosigkeit im Osten - sogar unter 20 Prozent. Seit der Jahrtausendwende ist die Quote wieder angestiegen und hat sich nun mehr als verdoppelt.

## Beschäftigung im Alter

Anteil der Erwerbstätigen und Ruheständler unter den 60- bis 65-Jährigen (in Prozent)



In der Altersgruppe über 60 Jahre arbeiten wieder deutlich mehr Menschen.

Als nächsten Schritt strebt die FDP freilich keine verschärfte Anhebung der allgemeinen gesetzlichen Altersgrenze über 67 Jahre hinaus an. Sie setzt darauf, dass auch eine Flexibilisierung der Grenze zu längeren Lebensarbeitszeiten führt. „Die Schweden zeigen uns, dass die Menschen durch solche individuellen Möglichkeiten faktisch später in Rente gehen als irgendwo sonst“, sagte Vogel.

Zum einen sollten daher die geltenden gesetzlichen Hinzuverdienstgrenzen bei vorzeitigem Rentenbezug aufgehoben werden; zum anderen sollten die Ab- und Zuschläge für einen vorgezogenen oder späteren Renteneintritt so bemessen werden, dass der individuelle Ruhestandsbeginn den Arbeitnehmern überlassen werden könne. Ähnlich wie die SPD spricht die FDP von einem „gleitenden Übergang“ in den Ruhestand. Für die SPD steht jedoch eher das Ziel im Vordergrund, individuelle Einbußen, die im Fall eines vorgezogenen Renteneintritts drohen, aus Beitrags- oder Steuermitteln finanziell abzufedern.

## Deutsche Haftung höher als Schäuble angibt

16.08.2013 · Die Haftungsrisiken für Deutschland im Zuge der Euro-Rettung betragen insgesamt 122 Milliarden Euro. Das erfuhr die F.A.Z. aus Regierungskreisen. Die Summe liegt damit deutlich über den zuletzt von Finanzminister Schäuble vermeldeten offiziellen Zahlen.

Von [Joachim Jahn](#) und [Philip Plickert](#)



© AFP „Fest steht: Einen zweiten Schuldenschnitt für Athen wird es nicht geben“, sagte Wolfgang Schäuble im Juli in Athen.

Die offiziellen Zahlen von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) über die deutschen Haftungsrisiken der „Euro-Rettung“ geben nicht die volle Wahrheit wieder. Darauf wird in Regierungskreisen hingewiesen, wie die F.A.Z. erfahren hat. Schäuble hat vergangene Woche in seinem Bericht an den Finanzausschuss des Bundestags zwar die Risiken aus den beiden Rettungsfonds Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) aufgelistet. Nicht darin eingerechnet sind aber Beiträge aus dem 2010 eingerichteten Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) mit 60 Milliarden Euro Volumen. Der deutsche Anteil an diesem von der EU-Kommission verwalteten temporären Hilfsfonds beträgt rund 20 Prozent. Hinzu kommen bilaterale Kredite an Griechenland, zu denen die Staatsbank KfW bislang 15,2 Milliarden Euro beigesteuert hat.

Rechnet man diese beiden Posten hinzu, haftet Deutschland mit rund 122 Milliarden Euro. In seiner [jüngsten Übersicht im Internet](#) gibt das Ministerium dagegen [95,3 Milliarden Euro](#) an. Nicht berücksichtigt sind ferner in Schäubles Darstellung die gestundeten Zinsen für Darlehen an Krisenländer. In der Koalition gibt es außerdem Stimmen, die fordern, dass die Fonds entsprechend den Regeln der internationalen Rechnungslegung IFRS Abschreibungen auf Kredite vornehmen, deren Rückzahlung zweifelhaft ist.

Als größtes Ausfallrisiko gilt Griechenland, dessen Schuldenquote dieses Jahr auf mehr als 170 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigt. Viele Ökonomen halten einen Schuldenschnitt für notwendig, der vor allem die öffentlichen Gläubiger treffen würde - also die europäischen Steuerzahler. „Unausweichlich“ sei das, sagte Jörg Rocholl, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium, dieser Zeitung. Griechenlands bis Juli gemeldeter Primärüberschuss reiche bei weitem nicht aus, um die Zinszahlungen abzudecken. „Daher ist die notwendige und unausweichliche Folge eine Schuldenrestrukturierung“, sagte Rocholl. Diese müsste „mindestens die Hälfte der bestehenden Schulden umfassen“. Für Deutschland würde ein solcher Schritt Verluste in „deutlich zweistelliger Milliardenhöhe“ bedeuten, erklärte er. Auch Clemens Fuest, Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, sowie der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Marcel Fratzscher, sehen einen Schuldenschnitt als unausweichlich an.

# Ökonomen erwarten Schuldenschnitt für Griechenland

Griechenland wird von den Euro-Partnern und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) mit insgesamt fast 240 Milliarden Euro gestützt. Im Rahmen des ersten bilateralen Hilfsprogramms hat Athen 73 Milliarden Euro bekommen. Das zweite Hilfsprogramm hat ein Volumen von 163,7 Milliarden Euro. Es gilt als ausgeschlossen, dass sich der IWF an einer Umschuldung beteiligen wird. Das zweite Programm läuft noch bis 2014. Dann könnte über weitere Erleichterungen verhandelt werden, haben die Euro-Finanzminister signalisiert. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Schäuble sowie Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) beharren aber darauf, dass sie einen Schuldenschnitt „nicht sehen“.

Der Ökonom Henning Klodt vom Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel sagte der F.A.Z., nach grober Schätzung müssten 65 Prozent der öffentlichen Kredite an Griechenland abgeschrieben werden. Denkbar sei auch, dass die anderen Länder auf Dauer die Zinslasten des griechischen Staats übernehmen. „Meine Vermutung ist, nach der Wahl wird uns die Bundesregierung erklären, ein Schuldenschnitt sei ‚alternativlos‘“, sagte Klodt.

Das Ifo-Institut berechnet regelmäßig die maximalen Haftungssummen aus der Euro-Rettung. Dabei berücksichtigt das Münchner Institut nicht nur die Milliarden aus den Hilfsprogrammen, sondern auch die Verbindlichkeiten der Krisenländer im Target-System der Zentralbanken sowie die Staatsanleihekäufe der Notenbanken. Das Institut kommt auf eine maximale deutsche Haftung von 632 Milliarden Euro, falls die Währungsunion auseinanderbräche. Das Finanzministerium weist diese Rechnung scharf zurück.

## Schäuble: Gesamtrisiko beträgt 310 Milliarden Euro

17.08.2013 · Finanzminister Schäuble hat den Vorwurf zurückgewiesen, er beschönige die Haftungsrisiken Deutschlands bei der Euro-Rettung. Gleichzeitig ließ er mitteilen, das Gesamtrisiko betrage sogar mehr als dreimal so viel wie kürzlich angegeben.

Von [Joachim Jahn](#) und [Philip Plickert](#)

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat Kritik zurückgewiesen, seine Angaben über die Haftungsrisiken Deutschlands für die „Euro-Rettung“ gäben nicht die volle Wahrheit wieder. [In Regierungskreisen war eine Gegenrechnung zu jenen Zahlen aufgestellt worden, die Schäuble mehreren Ausschüssen des Bundestags vorgelegt sowie in ähnlicher Form im Internet veröffentlicht hatte.](#) „Das ist wahrheitswidrig und ehrverletzend“, sagte der Ressortchef den „Badischen Neuesten Nachrichten“. Seine Darstellung stimme auf den Cent genau. Die in dem Bericht genannten zusätzlichen Risiken bezögen sich auf Beiträge für den Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) und bilaterale Kredite an Griechenland. Diese seien jedoch gar nicht Gegenstand der Mitteilung an den Bundestag gewesen.

Insgesamt betrage der höchstmögliche Haftungsbetrag unverändert 310 Milliarden Euro, sagte Schäubles Sprecherin in Berlin. [Dies ist mehr als dreimal soviel, wie das Ministerium kürzlich als aktuelle Risiken angegeben hatte.](#) Hinzukommen bilaterale Kredite über die Staatsbank KfW, Anteile am ersten Programm der EU für Griechenland sowie Risiken für die Notenbanken und den Internationalen Währungsfonds.

## SPD: Regierung streut den Menschen Sand in die Augen

Die Opposition reagierte am Freitag auf die Veröffentlichung der F.A.Z. mit harscher Kritik an der Regierung. Der Vize-Fraktionsvorsitzende der SPD, Joachim Poß, warf ihr vor, sich systematisch um wahre Zahlen zur Euro-Rettung und dem Krisenfall Griechenland herumzudrücken. Minister Schäuble handle unredlich. Der SPD-Haushälter Carsten Schneider sagte, die Regierung streue den Menschen Sand in die Augen. Eine Übersicht zum Gesamtrisiko sei von ihr gar nicht gewollt. Schneider rechnet überdies mit einem Schuldenschnitt für Griechenland, der den Haushalt unmittelbar mit einer zweistelligen Milliardensumme belasten werde. Zusätzliche Mittel würden auch für Irland, Portugal und Zypern fällig. Dass die Regierung den Eindruck erwecken wolle, die Krise sei überwunden, bezeichnete er als „lächerlich“.

Der Sprecher der eurokritischen Partei Alternative für Deutschland, Bernd Lucke, sagte: „Angesichts dieser Zahlen kann einem schon schwindelig werden - insbesondere da sie jede Woche steigen.“ Hinzu komme, dass die Bundesregierung einen griechischen Schuldenschnitt „weiter verdränge und verleugne“. Auch die Stiftung Familienunternehmen warf der Regierung vor, sie stelle „hartnäckig die Notwendigkeit eines Schuldenschnitts für Griechenland in Abrede“. Er hoffe doch sehr, dass sie ein Konzept in der Schublade hat, damit nicht sofort nach der Wahl den Wählern eine Milliarden-Rechnung serviert werde, sagte ihr Vorstand Brun-Hagen Hennerkes.

## Ifo-Institut: Maximaler deutscher Verlust von 637 Milliarden Euro

Das Ifo-Institut hat nochmals auf seine Berechnungen hingewiesen, die deutlich höhere Verlustrisiken für verschiedene Krisenfälle ergeben, als sie das Ministerium ausweist. Die Unterschiede ergeben sich insbesondere dadurch, dass das Ministerium die Target-Kredite zwischen den Zentralbanken außer Acht lässt. Die hierbei möglichen deutschen Verluste übersteigen die möglichen Verluste aus den offiziellen Rettungsaktionen bei weitem, betont das Ifo-Institut. Unter der Annahme, dass der Euro zusammenbricht und die Krisenländer inklusive Spanien und Italien zahlungsunfähig werden, kommt das Institut nach seiner neuesten Berechnung auf 533 Milliarden Euro Verluste für Deutschland. Darin enthalten sind die mehr als eine

halbe Billion Euro Forderungen aus dem Target-System, die EZB-Staatsanleihenkäufe sowie die ausgezahlten Hilfen an Griechenland, Portugal, Irland, Spanien und Zypern abzüglich Forderungen und Schulden aus der Banknotenausgabe.

Wenn die Krisenländer in Konkurs gehen, nachdem alle zugesagten Hilfsmittel ausgezahlt wurden und das Ausleihvolumen des ESM ausgeschöpft ist, ergibt sich nach Ifo-Berechnung im Falle der Fortexistenz des Euro ein maximaler deutscher Verlust von 637 Milliarden Euro. Das Finanzministerium weist diese Zahlen als Extremszenarien zurück.

## **Gezahlt wird nach der Wahl**

17.08.2013 · Die politischen Schönredner glauben längst daran, dass die Krise hinter uns liegt. Weit gefehlt! Gezahlt wird nach der Wahl - und zwar weit mehr, als der Finanzminister den Wähler glauben lassen wollte.

Von [Holger Steltzner](#)

Es ist bemerkenswert, wie es der Bundeskanzlerin Merkel gelingt, die Euro-Krise vor der Wahl von der Agenda zu nehmen - und alle machen mit, obwohl jedem klar ist, dass nach der Wahl die Rechnung präsentiert wird. Sogar die volkswirtschaftliche Entwicklung spielt Wahlhelfer. Wie bestellt verkündet Europas Statistikbehörde, dass die Eurozone die Rezession überwunden hat.

Das ist Wasser auf die Mühlen der politischen Schönredner: Seht her, die Krise liegt hinter uns. Schön wär's. Als ob ein gutes Quartalswachstum in den beiden größten Volkswirtschaften der Eurozone (Deutschland und Frankreich) die Ursache der Krise - die zu hohe Staatsschuld vieler Länder - wegzauberte. Auch weil in den meisten Südländern die Wirtschaft weiter schrumpft, ist die Krise noch lange nicht vorbei.

## **Selbst 310 Milliarden Euro sind womöglich nicht genug**

Ebenfalls bemerkenswert ist, wie Bundesfinanzminister Schäuble stets aufs Neue versucht, den Wähler für dumm zu verkaufen - ohne dabei rot zu werden. Erst wollte er dem Steuerbürger weismachen, die Haftung Deutschlands liege bei nicht mal 100 Milliarden Euro. Jetzt - aufgeschreckt durch [einen Bericht der F.A.Z.](#) - räumt er einen mehr als dreimal höheren Haftungsbetrag von 310 Milliarden Euro ein.

Selbst das muss noch nicht das Ende der Fahnenstange sein. Das Ifo-Institut rechnet vor, wie durch Einbeziehung der in der Europäischen Zentralbank aufgetürmten Risiken der deutsche Haftungsrahmen schnell auf 500 oder 600 Milliarden steigen kann.

## **Vergemeinschaftung der Risiken schreitet voran**

Bemerkenswert ist schließlich, wie die Bundesregierung im Wahlkampf die Tatsache ausblendet, dass Griechenland die Kredite nicht zurückzahlen kann. Offiziell wollen Merkel und Schäuble das „nicht sehen“. Ein Schelm, wer den nach der Wahl fälligen Schuldenschnitt schon heute für „alternativlos“ hält.

Dieser allein könnte Deutschland etwa 25 Milliarden Euro kosten. Aber wahrscheinlich werden dann die Rettungspolitiker den Verzicht auf die Bedienung der Kredite anders nennen und so tun, als wäre die weitere Stundung, noch ein Zinsverzicht oder ein neuer Kredit etwas anderes als ein Schuldenschnitt. Eine solche Verschleierung wäre sogar rechtlich geboten, weil Transferzahlungen anders als Kredite oder Bürgschaften in den EU-Verträgen verboten sind. Am Ergebnis änderte das nichts. Die Vergemeinschaftung der Risiken schreitet weiter voran und damit der Anreiz für den nächsten Euro-Schuldensünder, andere Länder für das Leben auf Pump zahlen zu lassen.

## Analysis: One swallow doesn't make a summer for euro zone

### Analysis & Opinion

By Alan Wheatley, Global Economics Correspondent

81,103

LONDON | Thu Aug 15, 2013 10:42am EDT

(Reuters) - The cheery freeze frame of the [euro zone](#) economy last quarter is no guarantee of a happy ending to what has been a horror movie for most of the single currency bloc since the onset of the great financial crisis.

The return to growth, albeit of just 0.3 percent between the first and second quarters, is unalloyed good news for Europe and the world after 18 months of contraction.

But the recovery is vulnerable to external shocks and too weak yet to make a difference to two of the major issues hanging over the euro zone: record unemployment and the sustainability of the area's public and private debt.

Quarterly growth of 0.7 percent in Germany and 0.5 percent in [France](#), the bloc's two biggest economies, was faster on an annualized basis than in the United States, whose economy expanded 1.7 percent in the second quarter using that calculation.

Context counts, however. Inflation-adjusted U.S. output is about 5 percent higher than it was in the first quarter of 2008. Households have acted swiftly to pay down debt and the housing market is enjoying a brisk upswing. Growth has responded, even if the recovery has been weak by historical standards.

The euro zone, by contrast, is still in catch-up mode. Gross domestic product remains 3 percent below the peak reached five years ago and, on current trends, is unlikely to regain that high water mark until the middle of 2015 at the earliest, according to Jefferies, an investment bank, in London.

Mirroring the unused resources in the economy, unemployment is a record high 12.1 percent.

"Europe is a long way behind the U.S. in the cycle. We had a decent Q2 - better than expected, for sure - but it's still very early days," said Marchel Alexandrovich, a Jefferies economist.

### LOOKING UP AT LAST

Some of the factors boosting growth, such as the end of a hard winter giving way to a buoyant tourism season, are inherently fleeting. A build-up in inventories - which accounted for 40 percent of France's growth in the second quarter - will turn out to be a dead weight if final demand does not improve.

But the benefits of the European Central Bank's near-zero interest rates and generous liquidity provision are gradually rippling through the economy.

The drag from higher taxes and government spending cuts is fading. Global uncertainty is easing somewhat as [China](#) stabilizes and economists pencil in faster U.S. growth in 2014.

"This is what is allowing the region to exit recession. The situation is not great, but it is no longer as bad as it was last year," Greg Fuzesi, an economist with J.P. Morgan, wrote.

Ebrahim Rahbari with Citi in London said he was reasonably optimistic that the euro zone would be able to keep posting quarterly growth.

"No matter how bad things are, you really do reach a trough at some point unless you are continuously hit by bad shocks. And we haven't been hit by major shocks in Europe for a while," he said. "With all of this slack, an economy should be able to generate clearly positive growth at this point in the cycle."

For many, however, it will still feel like recession. That is because firms have plenty of spare capacity and so will be able to meet rising demand without hiring more workers - or investing in new plant - until this so-called output gap has been closed. Productivity will rise before employment does.

"It's not enough for growth to be positive to create jobs. Output growth has to exceed productivity growth. We're in an environment where firms are trying to become more efficient, so even the growth pattern we see right now does not give you much promise of unemployment coming down," Rahbari said.

## PAIN IN SPAIN

Take [Spain](#), where unemployment is more than 26 percent.

In a recent health-check on the economy, the International Monetary Fund said Spain in the past has never added jobs when the economy grew by less than 1.5 percent to 2.0 percent a year.

Yet growth is unlikely to reach these rates even in the medium term. Unemployment is still likely to be above 25 percent in 2018, the Fund said.

Besides the social and political dangers posed by entrenched unemployment, low growth in Spain and other southern countries risks widening the divide with faster-growing [Germany](#) and other northern members of the euro zone. It could also prompt markets to question again whether the periphery's debts are manageable.

The task, then, for euro zone policy makers in the year ahead is to ensure a recovery in the labor market before adverse debt dynamics kick in and the long-term jobless lose their skills and become unemployable.

Wage restraint is part of the answer - even as private sector employment in Spain fell 15 percent between 2008, wages grew 10 percent, according to the IMF - but Rahbari said governments needed to deploy an array of active labor market policies, as Germany did by subsidizing low-paid jobs.

Such deep-seated labor reforms can take years to enact and years more to have an impact. The same goes for freeing up Europe's protected product markets and service sectors.

Yet without root-and-branch changes, good news such as the rise in second-quarter GDP risks being a flash in the pan.

"Your benchmark shouldn't be positive economic growth. It should be lowering your output gap and unemployment. Until you get there, it really is still very much a story of, ultimately, policy failure," Rahbari said.

(Editing by Jeremy Gaunt)

## Dutch minister's call for EU migration reform reflects eurosceptic mood

Sat, Aug 17 2013

81,105

By [Thomas Escritt](#)

AMSTERDAM (Reuters) - The Dutch deputy premier has called for the European Union to deal with the "negative consequences" of unprecedented levels of labor migration within the bloc, calling for a new common approach to one of the EU's most cherished principles.

Lodewijk Asscher, who is also social affairs minister, wrote in De Volkskrant newspaper on Saturday that migration from the poorer, newer entrants to the 28-member European Union was crowding some western Europeans out of the labor market.

"If we want to continue to profit from the benefits of free movement, then we have to be ready to tackle the negative side-effects, from crowding out to the exploitation (of immigrants)," he said in the article, which was co-signed by David Goodhart, a British campaigner for restrictions on immigration.

His comments echo similar remarks by senior British politicians, including Prime Minister David Cameron. Britain and the Netherlands have also both called for Brussels to hand back some of its decision-making powers to sovereign governments, with Dutch Prime Minister Mark Rutte saying in June that he wanted to see "a smaller, leaner and meaner Europe".

Asscher stopped short of calling for restrictions on free movement of labor, which would require a new treaty. He argued for rules to punish companies that exploit immigrant labor, both to protect immigrants and prevent companies that stuck to the rules from being priced out of the market.

He gave few details, but said the debate over labor migration should be "high on the agenda" in Brussels.

In raising questions about the free movement of labor, one of the most fundamental principles underlying the European Union, Asscher is reflecting a growing eurosceptic mood in the Netherlands.

Euroscepticism has been aggravated by a weak Dutch economy, which is still in recession while the rest of the euro zone is returning to growth. Unemployment in the Netherlands hit a record high of 8.7 percent in July.

Rutte's business-friendly Liberal Party and Asscher's Labor Party, its coalition partner, have both taken a beating in polls since being elected on a broadly pro-European agenda last September. Voters have flocked to eurosceptic parties like the Freedom Party, led by Geert Wilders, and the Socialist Party.

"If you see which part of the population is most disappointed in the government, it's especially people with little and lower education and little and lower incomes," said Maurice De Hond, a pollster.

"They are becoming unemployed because of competition from east European immigrants."

Wilders in particular has long been a critic of large-scale immigration from eastern Europe, saying it deprives Dutch workers of jobs, and his message has helped propel his party to the top of the polls.

(Reporting By Thomas Escritt; Editing by Susan Fenton)

## "Make Me a German" – Leben wie echte Deutsche

VIDEO: <http://www.youtube.com/watch?v=9bTKSin4JN4>

[http://www.youtube.com/results?search\\_query=der+durchschnittsdeutsche&oq=der+durchschnittsdeutsche&gs\\_l=youtube.1.0.0i1912.1286.7428.0.9903.25.11.0.14.14.0.356.1883.3j4j3j1.11.0...0.0...1ac.1.11.youtube.E6uEG7uZJ7A](http://www.youtube.com/results?search_query=der+durchschnittsdeutsche&oq=der+durchschnittsdeutsche&gs_l=youtube.1.0.0i1912.1286.7428.0.9903.25.11.0.14.14.0.356.1883.3j4j3j1.11.0...0.0...1ac.1.11.youtube.E6uEG7uZJ7A)

Die Welt 18. August 2013-

81,106

Es war ein Experiment der BBC: Eine britische Familie zog nach Nürnberg, um dort wie ganz durchschnittliche Bürger zu leben. Ihr Auftrag: das Geheimnis des teutonischen Erfolgs zu ergründen. Von Bee Rowlatt



Foto: BBC/Laurie Sparham Justin and Bee Rowlatt versuchten mit zwei ihrer Kinder, wie durchschnittliche Deutsche zu leben

"Make Me a German" – so heißt eine Fernsehdokumentation der BBC, die dem britischen Fernsehpublikum vor Augen führen soll, was wir von der drittgrößten Exportnation der Welt lernen können. Von jenem Land also, das der Motor des europäischen Wirtschaftswachstums ist und dessen Bewohner weniger Stunden pro Tag arbeiten und dennoch mehr produzieren als die der Nachbarländer. Sogar [David Cameron](#) hat uns aufgefordert, wir sollten sie uns zum Vorbild nehmen. Was machen die Deutschen besser? Was ist das Geheimnis ihres beneidenswerten Erfolgs?

Ich war begeistert von der Idee und wollte unbedingt mitmachen. Vorsichtshalber möchte ich vorausschicken, dass ich zur Hälfte sogar eine Deutsche bin. Allerdings trennten sich meine Eltern, als ich noch sehr klein war, weshalb ich nie die Gelegenheit hatte, in Deutschland zu leben.

Dennoch habe ich das Land meiner Großmutter immer sehr gemocht, nicht zuletzt, weil sie mir jedes Jahr zu Weihnachten eine Schachtel "Feinste Nürnberger Lebkuchen" schickte. Ihre Versuche, mich in ein Dirndl zu zwängen, scheiterten jedoch immer wieder, bis sie vor Kurzem starb. Ich wünschte, sie wäre noch bei uns und hätte meine "Transformation" miterleben dürfen.

## Verzehr von Schweinefleisch, Bier und Kartoffeln

Also: Eine typische, vollkommen ahnungslose britische Familie – bestehend aus mir, meinem Ehemann Justin, der als Reporter und Moderator für die BBC arbeitet, und unseren beiden kleinsten Kindern – sollte sich so weit wie möglich dem typischen deutschen Durchschnitt anpassen. Also mieteten wir uns eine durchschnittliche Wohnung in Nürnberg, fuhren ein durchschnittliches deutsches Auto und nahmen die durchschnittliche Anzahl

Kinder mit (die älteren beiden blieben bei meiner Mutter). Wir mussten sogar die durchschnittlichen Mengen Schweinefleisch, Bier und Kartoffeln vertilgen. Das war definitiv der einfachste Teil.

Justin bekam einen durchschnittlichen Job in einem mittelständischen Unternehmen und war nun für die Lackierung von Bleistiften in der Fabrik von Faber-Castell zuständig. Deutschland wird ja in der ganzen Welt wegen seiner Hightech-Industrie bewundert, und tatsächlich ist "Vorsprung durch Technik" einer der wenigen deutschen Slogans, die fast allen Englisch sprechenden Menschen bekannt sind.

Aber Justins neuer Arbeitgeber demonstrierte, dass die Deutschen sogar bei einem so simplen und leicht zu kopierenden Produkt wie dem Bleistift führend sind. Wer hätte das gedacht! In seinem perfekt organisierten neuen Arbeitsfeld entdeckte Justin, neben anderen Dingen, sehr schnell, dass die Deutschen Teamwork schätzen und eine Liebe zum Detail pflegen.

## **Wie bitte? Ich soll zu Hause bleiben?**

Und auf welche Weise sollte ich selbst das deutsche Wirtschaftswunder kennenlernen? "Du wirst Hausfrau", erklärte mir der Regisseur. Wie bitte? Ich soll zu Hause bleiben? Ganz offensichtlich: Die deutschen Frauen arbeiten weitaus weniger als die anderen Europäerinnen. Rund zwei Drittel der deutschen Mütter haben keinen Job. In Großbritannien ist es nur ein Drittel. Ehrlich gesagt, hatte ich damit überhaupt nicht gerechnet.

Immerhin wird Deutschland doch von einer Frau regiert. Ich hatte mir eigentlich so etwas Ähnliches wie das skandinavische Kinderbetreuungssystem vorgestellt, mit der Betonung auf Flexibilität und Geschlechtergleichheit. Aber ich war ja gekommen, um etwas zu lernen, und wollte mich nach besten Kräften bemühen.

Es war ein Kampf. Die durchschnittliche Zeit, die eine deutsche Mutter und Hausfrau für die Hausarbeit verwendet, beträgt genau vier Stunden und elf Minuten. Und zwar täglich, nicht wöchentlich, wie ich zuerst blauäugig angenommen hatte. Was den recht vagen Ausdruck "Hausarbeit" betrifft, so kann man darunter ja sehr viel verstehen, aber ich habe es trotzdem nie geschafft, meine Quote zu erfüllen. Ich war eine Totalversagerin.

Aber ich war auch eine wütende und rebellische Versagerin. Ich gehe gern zur Arbeit, und ich wollte meine Zeit nicht auf diese Weise verbringen. Ging es nur mir so? Vielleicht sollte ich mich mal mit anderen Müttern austauschen, damit sie mir halfen, den Sinn dieser merkwürdigen Regelung zu erkennen.

## **Kinder spielen im Wald, statt zu pauken**

Ich hatte das Glück, dass ich meine sechsjährige Tochter Elsa im dortigen Waldkindergarten anmelden konnte. Das war eine großartige Sache. In Großbritannien werden die Kinder ab vier Jahren in Klassenräume gesteckt. Hier konnte Elsa frei und fröhlich durch den Wald stromern. Die Kinder waren das ganze Jahr über und bei jedem Wetter in der Natur. Zahlreiche britische Eltern haben mich neidvoll über diesen Kindergarten ausgefragt. Es war eine wahre Freude zuzusehen, wie diese Bande singender und Stöcke schwingender, rotwangiger Kinder zwischen den Bäumen herumtobte.

Die Kita-Leiterin Michaela erzählte mir: "Die Kinder sind gesund und frei, und wenn sie einen Baum hochklettern, dann sollen sie den Weg nach unten auch wieder allein finden." Diese beiläufige Bemerkung verblüffte mich, ich fand sie so schockierend wie bewundernswert.

Die britischen Gesundheitsschutzvorschriften werden ja von manchen kritisiert, weil sie die Freiheit und Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder einschränken. Elsa rannte sofort los und kletterte mit ihren neuen Freunden auf den nächstliegenden Baum. Und ich konnte unseren Jüngsten, den zweijährigen Will, beiseitenehmen, um mit den anderen Müttern eine Tasse Kaffee zu trinken.

## **Das ungerechte Urteil über deutsche Rabenmütter**

Mir lag nämlich eine drängende Frage auf der Zunge. Wenn es hier so großartige und sogar bezahlbare Kinderbetreuungseinrichtungen gab, wieso durften dann die deutschen Mütter nicht zur Arbeit gehen? Die Antwort war eine komplizierte Mischung verschiedener Faktoren des Für und Wider: Einerseits gibt es ganz bestimmte Steuervorteile und staatliche Zulagen für Kinder. Im Gegensatz zu Großbritannien steigt hier zum Beispiel die Höhe des Kindergelds mit der Anzahl der Kinder. Andererseits klagten manche Mütter darüber, dass die Schulzeiten sehr kurz sind und sie keine Chance haben, Arbeitsplätze zu finden, die in dieses Schema passen.

Zu meiner positiven Erfahrung gehört es, dass in diesem Land Mutterschaft und Kinder sehr hoch geschätzt werden. Deprimierend war allerdings, dass eine Frau, die arbeitet, sehr schnell als Rabenmutter bezeichnet wird. Das fand ich traurig. Es ist ja schon schwierig genug, eine Familie zu managen und gleichzeitig zu arbeiten. Dass man dann auch noch schief angesehen wird, ist sehr ungerecht.

Irgendwann später gab Justin vorsichtig zu bedenken, dass es vielleicht gar nicht so schlecht sei, wenn Mütter vom Staat unterstützt werden, damit sie mehr Zeit für ihre Kinder haben. Das hat mich derart aufgebracht, dass ich eine ganze Weile darüber nachdenken musste, warum ich so heftig reagierte. Klammheimlich fragte ich mich sogar, ob ich bloß selbstsüchtig bin, weil ich meine berufliche Karriere über die Bedürfnisse meiner Kinder stelle.

## **Warum gelten Kinder als Karrierehindernis?**

Am Ende meiner Überlegungen sorgten einige schlichte Zahlen dafür, mich davon zu überzeugen, dass mein Unbehagen durchaus gute Gründe hatte. Ich fand heraus, dass in Deutschland nur zwei Prozent der Frauen im oberen Management der großen Firmen beschäftigt sind. Zwei Prozent. In Großbritannien sind es etwa vierzehn Prozent, was auch nicht gerade großartig ist.

Ich war – und bin es immer noch – erstaunt, dass ein so fortschrittliches und entwickeltes Land keine Möglichkeit gefunden hat, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Hat denn hier niemand Sheryl Sandbergs Buch "Lean In: Frauen und der Wille zum Erfolg" gelesen? Vielleicht würde sich das mit diesen blamablen zwei Prozent ja ändern, wenn Kinder nicht als Karrierehindernis betrachtet würden? Vielleicht wäre die deutsche Wirtschaft sogar noch mächtiger, wenn beide Hälften der Bevölkerung arbeiten dürften.

Möglicherweise reite ich deshalb so sehr auf diesem Thema herum, weil ich durch mein grandioses Scheitern in die Defensive geraten bin und mich verteidigen muss. Es gab ja auch viel Positives. Als Hausfrau habe ich vielleicht versagt, aber ich wurde in meiner neuen Umgebung durchaus willkommen geheißen. Ich war sehr ehrgeizig und lernte jeden Tag etwas dazu. Unsere Nachbarn waren freundlich und hilfsbereit und amüsierten sich ein wenig über unsere Bemühungen. Sie erklärten uns, dass es Gesetze gäbe, die die Sonntagsruhe regelten, was unsere Freunde in Großbritannien ungläubig zur Kenntnis nahmen.

## **Einkaufen beim Discounter und 10 Prozent sparen**

In weiteren Gesprächen mit unseren Nachbarn haben wir schließlich den Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen gefunden. Wie kann man mehr Arbeit in weniger Zeit erledigen? Es ist ganz einfach: keine Telefone. Keine persönlichen Anrufe vom Arbeitsplatz aus und keine SMS. Niemals. Facebook? Schon gar nicht. Ich musste an das vielstimmige Geplapper in den Büros denken, in denen ich gearbeitet hatte, wo die Websites irgendwelcher Social Medias ganz offen und frech auf den Bildschirmen flimmerten. Und ich fragte mich, ob wir Briten diese Ablenkungen nicht gegen einen kürzeren und effektiveren Arbeitstag eintauschen sollten.

Ich lernte, wie eine Deutsche einzukaufen (in Discounter-Läden wie Aldi und Lidl, mit Bargeld statt Kreditkarten). Ich sparte wie eine Deutsche (legte zehn Prozent auf die hohe Kante, nicht nur ein Prozent wie die Briten). Und ich ließ mich zurechtweisen wie eine Deutsche. Meinen eigenen, unwissenschaftlichen Beobachtungen zufolge wird man an jedem beliebigen Tag zu irgendeinem Zeitpunkt von einem Passanten, meist einer älteren Dame, höflich, aber deutlich darauf hingewiesen, dass man zu laut ist, den Abfall nicht richtig sortiert, falsch geparkt hat oder dass die Kinder nicht passend gekleidet sind.

Ist das lästig? Ganz bestimmt, aber nur wenn man der Empfänger solcher Maßregelungen ist. Im Gegenzug scheint es etwas mehr Respekt untereinander zu geben und eine größere soziale Harmonie. Hier in Großbritannien lästern wir hinter dem Rücken eines vermeintlichen Missetäters. Und sind irgendwann genervt, weil sich niemand um das Problem gekümmert hat. Bei den Deutschen weiß man jedenfalls, woran man ist.

## **Deutsche Effizienz beschert kürzere Arbeitstage**

Das Beste war, das man mir beibrachte, meine Zeit wie eine Deutsche zu organisieren. Ja, hier geht es um ihre weltberühmte Effizienz. Von allen deutschen Tugenden, die ich als dauerhafte Fähigkeit behalten möchte, hat diese mir am meisten gefallen. Unterrichtet wurde ich von Eva Kerig vom Deutschen Hausfrauenbund. Ehrlich gesagt, habe ich mich vor ihrem Besuch ein wenig gefürchtet. Ich war mir ziemlich sicher, dass sie mich als nachlässige Schlampe identifizieren und alle Anstrengungen darauf verwenden würde, mich in einen Haushaltsroboter zu verwandeln.

Aber statt nachzuprüfen, ob ich auch hinter den Stühlen gestaubsaugt hatte, brachte sie mir fröhlich bei, wie man Spätzle kocht: "Das geht schnell und ist ganz leicht!" Sie erklärte mir, wie man einen Wochenplan erstellt und sich das Geld einteilt. Der Vorteil von mehr Effizienz, so sagte sie, sei, dass ich mehr Freizeit hätte: "Dann haben Sie mehr Zeit für sich." Das, so stellte sich nun heraus, war der Zweck aller Bemühungen. Wer wollte dagegen etwas sagen?

Effizienz war das Zauberwort, das meine Familie verinnerlichte, während wir zu Deutschen gemacht wurden. Einer von Justins Kollegen aus der Bleistiftfabrik erklärte es ihm so: "Konzentrieren Sie sich einfach auf eine Sache und machen Sie es richtig gut." Die Kollegen unterhielten sich nicht so viel miteinander, wie er es gewohnt war, aber auf der anderen Seite ist der durchschnittliche Arbeitstag in Deutschland kürzer als in Großbritannien. Und es war sehr angenehm, mehr Zeit für die Familie zu haben. Alles war ganz anders als unser anstrengender Alltag in London. Gelegentlich sage ich im Scherz zu Justin, ich wünschte, er würde noch in der Bleistiftfabrik arbeiten, dann hätten wir mehr Zeit füreinander.

## **Die wichtigste Lektion – Handys aus am Arbeitsplatz**

Als die Sendung im britischen Fernsehen ausgestrahlt wurde, mussten wir viele Interviews geben, und es gab ein großes Medienecho. Einige Menschen erklärten mir, dass sie durchaus mal eine deutsche Frau getroffen hätten, die Kinder und einen Job hatte. Vielen Dank für den Hinweis! Andere wollten wissen, wieso wir uns ausgerechnet Nürnberg ausgesucht hatten.

Wir konnten ja unter einer ganzen Reihe von Städten auswählen. Die Frage ist gar nicht so uninteressant, denn sie weist auf den großen Unterschied zwischen dem stark regionalisierten Deutschland und dem auf London fixierten Großbritannien hin, wo (ökonomisch betrachtet) alle Regionen von der Hauptstadt dominiert werden. Was unsere Entscheidung betrifft, könnte ich noch hinzufügen, dass Lebkuchen eine gewisse Rolle spielten.

Wir haben Deutschland mit einem Gefühl der Zuneigung wieder verlassen. Vor allem unser ruhiges Zuhause und der wunderbare Waldkindergarten hatten es uns angetan. Unsere Kinder werden zweifellos davon profitieren, dass sie mal kurz kleine Deutsche waren, und ich wünschte, die beiden Älteren hätten bei unserem Experiment dabei sein können.

Trotz meines Scheiterns als Hausfrau haben wir einige schöne Erinnerungen mitgebracht und ein paar wichtige Lektionen gelernt. Hier sind sie noch mal kurz zusammengefasst: Wenn es uns Briten gelingt, effizienter zu sein und unsere Handys am Arbeitsplatz abzuschalten – wer weiß –, dann könnten wir die Deutschen eines Tages einholen. Vielleicht.

## Niedrige Zinsen entlasten Deutschland um 41 Milliarden Euro

18.08.2013 · Die niedrigen Zinsen und die hohe Nachfrage nach Bundesanleihen entlasten den deutschen Haushalt nach Angaben des Finanzministeriums innerhalb von fünf Jahren um 40,9 Milliarden Euro.

Die anhaltenden Niedrigzinsen und die hohe Nachfrage nach Bundesanleihen bescheren dem Bund innerhalb von fünf Jahren eine finanzielle Entlastung von 40,9 Milliarden Euro. **Damit profitiert Deutschland indirekt von der Eurokrise, die das Vertrauen in die Staatspapiere von Krisenländern sinken ließ und stattdessen Investoren für deutsche Bundesanleihen anlockte.** Das geht aus einer Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Anfrage des SPD-Parlamentariers Joachim Poß hervor, die dem Magazin „Der Spiegel“ vorliegt.

Die Summe ergibt sich aus der Differenz zu den ursprünglichen Planzahlen für die Zinszahlungen für Staatspapiere und bezieht sich auf den Zeitraum 2010 bis 2014. **Im Durchschnitt sank das Zinsniveau für alle Neuemissionen des Bundes um fast einen Prozentpunkt. Die Zinsen und Tilgung für Staatsschulden sind im Bundeshaushalt nach den Bereichen Arbeit/Soziales und Verteidigung der drittgrößte Posten.**

## Gleichzeitig hohe Kosten der Eurokrise

NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) **wies darauf hin, dass die niedrigen Zinsen zwar dem Staat nützen, aber den Bürgern schaden. „Den Vorteil haben die öffentlichen Haushalte“, sagte er am Sonntag. Die Vermögen der Bürger schrumpften.** „Und das trifft die kleinen Vermögen genauso wie die großen.“ Nur wenn man große Vermögen steuerlich belaste und dadurch die öffentliche Verschuldung und die Zinslast senke, führe dies zu einer Entlastung der meisten Bürger.

Die Zinersparnisse und unerwartet hohe Steuereinnahmen wegen der guten Konjunkturentwicklung in Deutschland drückten auch die Neuverschuldung: Von 2010 bis 2012 nahm Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) dem Bericht zufolge rund 73 Milliarden Euro weniger an neuen Krediten auf als vorgesehen.

Den Ersparnissen stehen nach Angaben des Finanzministeriums **Kosten durch die Eurokrise von bisher 599 Millionen Euro gegenüber.** Hier drohen allerdings mögliche neue Belastungen: So könnte ein zweiter Schuldenschnitt für Griechenland, den die Bundesregierung jedoch ablehnt, nach Einschätzung von Ökonomen Einbußen im zweistelligen Milliardenbereich für Deutschland nach sich ziehen.

## Amazonen im Elysée-Palast

18.08.2013 · Gefährliche Liebschaften: Frankreichs führender Medienjournalist Renaud Revel vom Nachrichtenmagazin „L'Express“ blickt durchs Schlüsselloch ins Elysée. Sein Buch „Die Amazonen der Republik“ ist der Sommerbestseller dieses Jahres.

Von [Jürg Altwegg](#)



© REUTERS Symptom der französischen Elite: Der frühere Spitzenpolitiker Dominique Strauss-Kahn mit seiner Frau, der Starmoderatorin Anne Sinclair, in New York

Was wäre aus dem Elysée geworden, dem Palast des französischen Präsidenten, wenn Dominique Strauss-Kahn dort Einzug gehalten hätte? Bis zu den New Yorker Vergewaltigungsvorwürfen gegen ihn war die Vorstellung ziemlich realistisch. In Handschellen wurde der Chef des Internationalen Währungsfonds ins Gefängnis abgeführt, monatelang machte der Fall Schlagzeilen. Juristisch konnte Strauss-Kahn in den Vereinigten Staaten [den Fall mit einer Millionenzahlung beilegen](#). In Frankreich läuft noch immer [eine Anklage wegen „bandenmäßiger Zuhälterei“](#) gegen ihn.

Für Renaud Revel, den Chef der Medienredaktion beim französischen Magazin „L'Express“, handelt es sich bei der Affäre Dominique Strauss-Kahn um die pathologische Spitze eines Eisbergs. Kaum weniger groß war ihm zufolge der Frauen-Verschleiß von François Mitterrand und vielleicht noch zynischer dessen Umgang mit den Geliebten. „Das Elysée, ein Bordell?“. Renaud Revel stellt die Frage gleich auf den ersten Seiten seiner Bestandesaufnahme [„Les Amazones de la République“](#) (Editions First, 320 Seiten, 19,95 Euro). Er beantwortet sie ganz direkt mit Henry Kissinger, der die Macht als Aphrodisiakum bezeichnet, und anschließend mit vielen, vielen Anekdoten. Das Buch wird vom Verlag mit dem Slogan „Sex und Journalistinnen im Elysée“ beworben und steht auf den Bestsellerlisten dieses Sommers. Obwohl es in den Medien kaum erwähnt und von den seriösen Zeitungen nicht besprochen wurde. Offensichtlich funktioniert die Omerta, an deren Beendigung man nach den Affären um Strauss-Kahn glauben durfte, wieder bestens.

## Das Schweigen der Eliten

Wer sich von dem Buch pikante Geschichten erhofft, die anderswo nicht zu lesen sind, wird nicht enttäuscht. Schon zu Anfang erzählt der gut informierte Autor, wie Mitterrand auf die Journalistin Florence Schaal aufmerksam wurde und wie er sie zu verführen versuchte. Andere Journalistinnen fuhr er nach politischen Veranstaltungen im Auto nach Hause und soll ihnen im Fonds des Wagens an die Wäsche gegangen sein. Über seine Eroberungen führte er, so Revel, eine kalte Statistik, anders als Jacques Chirac, der romantischer veranlagt gewesen sein soll, in dessen Umkreis aber dennoch das geflügelte Wort „Eine Viertelstunde, Dusche inklusive“ die Runde machte. Ein Frauenheld war auch Giscard d'Estaing, und in Sachen Sarkozy erzählt Renaud Revel die Geschichte seines mutmaßlichen Verhältnisses mit Laurence Ferrari, die dank ihm Tagesschaumoderatorin bei Europas größtem Privatsender tfl wurde. Als mitten im Wahlkampf seine Frau Cécilia aus der gemeinsamen Wohnung auszog, soll er sich mit Anne Fulda, einer Journalistin des „Figaro“,

getröstet haben. Carla Bruni machte sich später einen ironischen Spaß daraus, die kurzzeitige Gefährtin mit anderen Medienleuten ins Elysée einzuladen. Fulda habe sich rein gar nichts anmerken lassen, immerhin hatte Sarkozy sogar ihren Eltern die Heirat versprochen.

Damit dürfte die These Renaud Revel ausreichend belegt sein, der ansonsten sehr darauf bedacht ist, keine Prozesse zu provozieren – die französische Gesetzgebung zum Schutz der Privatsphäre ist sehr streng und in gewisser Hinsicht vorbildlich. Allerdings wurde sie systematisch missbraucht. Politiker und Journalisten waren über Mitterrands zweite Frau und seine Tochter Mazarine informiert, die auf Staatskosten versteckt wurde, doch sie hielten sich bedeckt. Auch die Gewohnheiten Strauss-Kahns in Paris waren bestens bekannt. Der Journalist Jean Quatremer hatte vor seinem Amtsantritt in Washington vorausgesagt, welche Risiken dem brillanten Ökonom in den Vereinigten Staaten drohten. In seiner Zeitung „Libération“ konnte er es allerdings nicht schreiben, nur in seinem Blog waren die Anmerkungen zu finden. Und trotzdem hat die gesamte Elite aus Politik und Journalismus auf Strauss-Kahns Verhaftung entgeistert reagiert – und sich der Wahrheit lange verweigert. Man wolle keine Zustände wie im prüden Amerika, so lautete noch der harmlosere Reflex. Vielfach wurde die im Raum stehende Vergewaltigung sogar heruntergespielt.



© dapd

Zu Gast bei Freunden: Nicolas Sarkozy mit Laurence Ferrari im Fernsehstudio

Zahlreiche Minister – der rechten wie der linken Parteien – sind mit Journalistinnen liiert: DSK zum Beispiel war mit Anne Sinclair verheiratet, einer Starmoderatorin des Privatfernsehens, die er während eines Interviews kennen gelernt hatte. Ehen wie diese sind das Symptom der französischen Elite, die sich nicht erneuert und die den Schutz der Privatsphäre auch als Mittel zur Erhaltung ihrer Macht missbrauchte. Der Eindruck, dass sich diese Elite an keine Regeln und Gesetze hält, bringt die Gerüchte und Verschwörungstheorien erst recht zum Blühen.

Die Verhaftung von DSK brachte das Thema dann vorübergehend in die Öffentlichkeit, das „Gesetz des Schweigens“ wurde überwunden. Die frühere Judo-Meisterin Marie-Claire Restoux erklärte, dass sie als Stellvertreterin des Abgeordneten Patrick Balkany wegen seiner permanenten sexuellen Nachstellungen zurückgetreten sei. Sarkozy-Freund Balkany war einst einer Vergewaltigung mit gezückter Pistole beschuldigt worden – ohne Folgen. Die ehemalige Spitzensportlerin und Ministerin Chantal Jouanno erzählte von den anzüglichen Anpöbelungen im Parlament, vor allem wenn sie mit kurzem Rock aufgetreten sei. Rachida Dati, Sarkozys Justizministerin, deren unehelicher Tochter bereits viele Väter angedichtet wurden, beklagte die „Straflosigkeit für Politiker“. Ohne ihren Namen zu sagen, erklärte eine andere Ministerin: „Sollten alle, die Macht und Sex auf missbräuchliche Weise vermischen, zur Rechenschaft gezogen werden, muss sich die Hälfte aller Politiker Sorgen machen.“

## Teil der gallischen Identität

„Die Politiker leben vom Morgen bis spät in den Abend hinein unter Hochdruck, da müssen sie irgendwann Dampf ablassen“, hat eine Journalistin erklärt. Die „Libido dominandi“ ist dabei immer noch Ausdruck der ziemlich verkrusteten französischen Autoritätsstrukturen und die derbe Schlüpfrigkeit Teil der gallischen Identität. „Im kollektiven Unterbewusstsein ist das Herrenrecht nach wie vor ein Attribut der Politiker“, sagt Antoine Perraud. Auch das gehört zum Erbe der Monarchie in der Republik.

Anstelle von DSK wurde bekanntlich François Hollande zum Präsidenten gewählt. Fünf Jahre zuvor war die Mutter seiner vier Kinder, Ségolène Royal, gegen Sarkozy angetreten. Gegen dessen Eheprobleme inszenierten die Royal und Hollande noch die perfekte intakte Familie, als das Paar längst nicht mehr zusammen war. Wie so viele prominente Politiker ist Hollande in zweiter oder fünfter Partnerschaft eine Verbindung mit einer Journalistin eingegangen. Seine Beziehung mit Valérie Trierweiler hat er öffentlich gemacht. Das war ein Schritt in Richtung Normalisierung, hat aber auch neue Probleme gebracht: eine emanzipierte Frau, die nicht auf ihren Job bei „Paris Match“ verzichten will, beansprucht ein Büro im Elysée, ihr Sekretariat wird vom Staat bezahlt, sie ist eifersüchtig und unterstützt offen einen Kandidaten gegen Ségolène Royal



© Reuters

Der Normalo passt sich an: François Hollande mit der Journalistin Valérie Trierweiler

Ein ganz normaler Präsident wollte François Hollande werden. Dass er viele Frauen in die Regierung holte, ist eine der wirksamsten Maßnahmen gegen die Macho-Kultur. Im übrigen wurden die Minister in ein von einer Feministin geleitetes Seminar über Sexismus geschickt. Die Macht, schreibt Revel in seinem letzten Kapitel, hat aber auch den dicklichen Softie „sexualisiert“: „Das Amt hat ihn ‚modernisiert‘ und ihm ein Rückgrat verliehen, das er zuvor nicht hatte. Sein Auftreten, seine Haltung, seine Persönlichkeit haben sich verändert. Er ist nicht mehr der gleiche Mensch, man sieht das seinen Gesten an. Er ist in der Öffentlichkeit unvermittelt sehr sexy geworden.“

So sehr, dass man nun auch ihm mehr Geliebte unterstellt. Am hartnäckigsten kursiert das Gerücht eines Verhältnisses mit der Schauspielerin Julie Gayet. Die Erotik der Macht bleibt, so scheint es, weitgehend ungebrochen – und der blasse Hollande mag in der Wahrnehmung so manches Franzosen nun endlich zum Präsidenten geworden sein.

## La promesse oubliée de François Hollande

LE MONDE | 31.07.2013 à 10h48 • Mis à jour le 31.07.2013 à 14h03

81,114



**Editorial.** *Si je reçois le mandat du pays d'être le prochain président, je ne veux être jugé que sur un seul objectif : (...) est-ce que les jeunes vivront mieux en 2017 qu'en 2012 ? Je demande à être évalué sur ce seul engagement, sur cette seule vérité, sur cette seule promesse ! (...) Ce n'est pas un engagement à la légère que je prends. C'est pour [mobiliser](#) toute la nation par rapport à cet enjeu." C'était le 22 janvier 2012 au Bourget, le candidat [François Hollande](#) s'adressait à une jeunesse "trahie", "sacrifiée, abandonnée, reléguée" et proclamait : "C'est pour la jeunesse de notre pays que je veux présider la France."*

Un mois avant son élection, le 4 avril 2012 à Rennes, M. Hollande avait confirmé cette "seule priorité" en annonçant qu'"un grand ministère d'Etat consacrera cette ambition". Mais en lieu et place du "ministère de l'éducation, de la jeunesse, de l'avenir" promis, le gouvernement s'est retrouvé classiquement et banalement doté, avec Valérie Fourneyron, d'une ministre des sports... et de la jeunesse. Aujourd'hui, un jeune de moins de 25 ans sur quatre est au chômage et, selon une étude du cabinet Deloitte, 27 % des [jeunes diplômés](#) veulent [travailler](#) hors de France, contre 15 % en 2012. La jeunesse reste "sacrifiée, abandonnée, reléguée".

Certes, on n'est pas en présence d'un exode massif des jeunes cerveaux qui, dès leurs études, goûtent aux charmes de la mondialisation. Et la crise n'est pas l'unique raison de l'augmentation de l'envie de [travailler](#) à l'étranger. Le principal mal français réside dans l'échec scolaire qui grossit les rangs de ceux qui arrivent sur le marché du travail sans diplôme et qui n'ont, évidemment, pas les moyens financiers de [choisir](#) l'expatriation. Si la mobilité, y compris internationale, peut être souhaitable, la hausse des velléités de [travailler](#) hors de France sonne comme une alerte et, pour le président de la République, comme un rappel.

En dépit des promesses rien ne change pour la jeunesse. Il reste quatre ans à M. Hollande pour réaliser son ambition et il n'est pas resté inerte. Malgré les contraintes budgétaires, il a confirmé sa priorité à l'éducation nationale, avec 60 000 postes supplémentaires prévus en quatre ans, mais ce choix quantitatif peut-il, à lui seul, [venir](#) à bout de l'échec scolaire ? Le président a lancé des "emplois d'avenir" pour les jeunes en mal d'insertion, et inventé le "contrat de génération", mais les emplois aidés sont une panacée, pas forcément une solution. Un plan européen pour l'[emploi](#) des jeunes a été esquissé et l'apprentissage va être développé.

Mais la fracture générationnelle est toujours là. Le 12 mars à Dijon, M. Hollande en a fait "un risque pour notre cohésion nationale". "Faites confiance aux jeunes, a-t-il lancé, parce que [vous](#) permettez à la confiance dans le pays de [revenir](#)." Il faut aussi que les jeunes retrouvent cette confiance en leur [avenir](#) qui fait tant défaut. Cela ne se fera pas sans réformes tant du système éducatif que du marché du travail. Président, n'oubliez pas votre promesse !

August 16, 2013

81,115

## Democracy in Egypt Can Wait

By CHARLES A. KUPCHAN

WASHINGTON — THE Egyptian military's bloody crackdown on supporters of the [Muslim Brotherhood](#) is yet another sign of the dark side of the Arab awakening. Across the Middle East, glimmerings of democracy are being snuffed out by political turmoil and violence.

That reality requires a sobering course correction in American policy. Rather than viewing the end of autocracy's monopoly as a ripe moment to spread democracy in the region, Washington should downsize its ambition and work with transitional governments to establish the foundations of responsible, even if not democratic, rule.

Ever since the Egyptian military seized power last month, the United States government, backed by much of the country's foreign policy elite, has demanded the restoration of democratic rule. President Obama instructed [Egypt](#)'s generals "to move quickly and responsibly to return full authority back to a democratically elected civilian government." The Republican senators John McCain of Arizona and Lindsey Graham of South Carolina visited Cairo to press the new government to restore democratic rule and have called for cutting off aid if it doesn't.

But while Washington must unequivocally condemn the violence unleashed by the Egyptian military, clamoring for a rapid return to democracy is misguided.

To be sure, the American creed favors the promotion of democracy, and democracies do have a track record of better behavior than autocracies. But the penchant for rushing transitional states to the ballot box often does more harm than good, producing dysfunctional and illiberal regimes. Egypt's recently deposed president, [Mohamed Morsi](#), may have been fairly elected, but he presided over the near collapse of the Egyptian state and ran roughshod over his political opponents.

Rather than cajoling Cairo to hold elections and threatening to suspend aid if it does not, Washington should press the current leadership to adhere to clear standards of responsible governance, including ending the violence and political repression, restoring the basic functions of the state, facilitating economic recovery, countering militant extremists and keeping the peace with Israel. At this fragile moment in Egypt's political awakening, the performance of its government will be a more important determinant of its legitimacy and durability than whether it won an election.

More generally, Washington should back off from its zealous promotion of democracy in Egypt and the broader Middle East for three main reasons.

For starters, even if liberal democracies do tend to provide good governance at home and abroad, rapid transitions to democracy historically have had the opposite effect: disorder at home and instability beyond the countries' borders. In nations that lack experience with constitutional constraints and democratic accountability, electoral victors usually embrace winner-take-all strategies; they shut out the opposition, govern as they see fit and unsettle their neighbors. In one case after another — Bosnia, Russia, Ukraine, Iraq, Egypt — newly democratic governments have demonized opponents and ruled with an iron fist.

Incremental change produces more durable results; liberal democracies must be constructed from the ground up. Constitutional constraints, judicial reform, political parties, economic privatization — these building blocks of democratic societies need time to take root. The West's own experience provides ample evidence. England became a constitutional monarchy after the Glorious Revolution in 1688, but did not mature into a liberal democracy until the 20th century.

Moreover, transitions to democracy in the Middle East will be more perilous than those elsewhere because of factors unique to the region: the power of political Islam and the entrenched nature of sectarian and tribal loyalties.

Islam and democracy are by no means incompatible. However, religion and politics are intimately interwoven throughout the Middle East. Islamic tradition makes no distinction between mosque and state, helping Islamists win elections throughout the region. One result is a debilitating struggle between empowered Islamists and fractured secularists that is playing out in Egypt, Turkey, Tunisia and just about everywhere else.

Absent the Western tradition of separating the sacred from the secular — which came about only after the bloody wars of the Protestant Reformation — pitched battles over the role of Islam in politics will bedevil aspiring Middle East democracies for generations to come.

So, too, will sectarian and tribal politics make successful democratic transitions in the Middle East especially elusive. A sense of national belonging is the twin sister of democracy; nationalism is the social glue that makes consensual politics work. Egypt, like Turkey and Iran, is fortunate to have a strong national identity dating back centuries. But Egypt is nonetheless stumbling as it tries to put down robust democratic roots.

Social cohesion will be even harder to come by in many of the region's other states — like Iraq, Syria and Lebanon — which are contrived nations cobbled together by departing colonial powers. They risk being split asunder by sectarian, ethnic and tribal cleavages.

Finally, Washington's determined promotion of democracy compromises its credibility because doing so is often at odds with its own policies. Its closest allies in the Arab world, the Persian Gulf sheikdoms, are the region's least democratic states. When Hamas won the [Palestinian](#) elections in 2006, America promptly sought to undermine the new government.

These departures from democratic principles are, as they should be, guided by concrete national interests. But as the Arab awakening unfolds, Washington's leverage will further diminish unless its rhetoric catches up with its actions.

The United States should do what it can to shepherd the arrival of liberal democracy in Egypt and other parts of the Middle East. But the best way to do that is to go slow and help the region's states build functioning and responsible governments. Democracy can wait.

[Charles A. Kupchan](#) is a professor of international affairs at Georgetown University, a senior fellow at the Council on Foreign Relations and the author of "No One's World: The West, the Rising Rest, and the Coming Global Turn."

Video:

WSJ 19 August 2013

Euro-Skeptic Party Makes Election Waves in Germany

81,117

## Political Upstart Has Merkel Supporters Worried About Renewal of Coalition

A new party called the Alternative for Germany is a lone voice in the national election campaign challenging Europe's common currency. Anton Troianovski talks to its founder, Bernd Lucke.

AACHEN, Germany—Political hopeful Bernd Lucke has a simple explanation for why his fellow Germans have so far agreed to pay billions of euros to keep Greece and other Southern European countries in the euro zone.

"Eighty percent, if not 90%, of the people have no knowledge of economics whatsoever," said Mr. Lucke, a professor of economics and head of upstart political party Alternative for Germany. "The situation is very dangerous for Germany and the European Union."

Such unvarnished talk has become a hallmark for the party, known as the AfD, which was founded early this year and is making waves as it stands for its first national election in September. The party is adding a wrinkle to Chancellor [Angela Merkel](#)'s election plans by agitating for something virtually no mainstream politician has dared suggest: breaking up the euro zone by forcing financially troubled Southern European countries out.



Getty Images

The popularity of Bernd Lucke's anti-euro message could rob votes from German Chancellor Angela Merkel's coalition partner.

"It would be best if the entire 'Club Med' left the euro," Mr. Lucke told supporters during a recent rally in this ancient Rhineland town, to cheers and snickers.

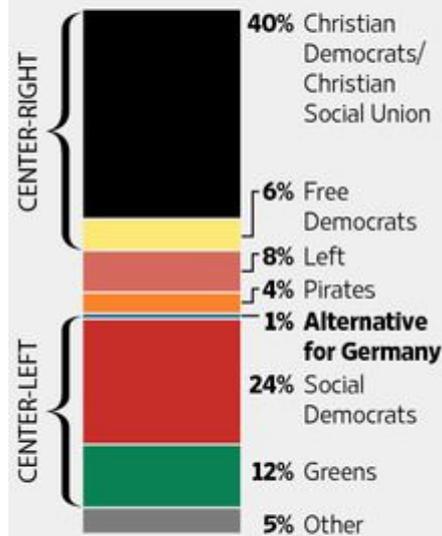
Even though polls suggest the AfD is unlikely to amass the 5% of the total vote needed to enter Germany's parliament, the party has some of Ms. Merkel's supporters worried for her junior coalition partner, the Free Democrats, or FDP.

That is because the FDP itself is polling around the 5% mark and the AfD is competing for many of the same right-leaning voters who would naturally gravitate to the FDP. The concern is that even if the anti-euro party garners just 2% of the vote, it could rob enough support from the FDP to prevent a renewal of Ms. Merkel's coalition.

"If the AfD gains new popularity, then things really could become dangerous for the FDP," said Jürgen Falter, a political scientist at the University of Mainz, Germany.

## Outside the Mainstream

Despite low poll numbers, the anti-euro party could take votes from the ruling coalition's Free Democrats.



Source: Emnid poll of 1,883 eligible voters conducted between Aug. 8 - Aug. 14; margin of error: +/-2 pct. pts.

The Wall Street Journal

Many of those in the Aachen crowd were older, conservative western Germans who are frustrated with Angela Merkel's bailout strategy and believe the chancellor has deceived Germans by underplaying the risks of fighting to keep troubled countries in the euro.

By most accounts, Germany's export-driven economy has benefited more from the euro than that of any other country. As the euro crisis has dragged on, however, worries among Germans have lingered about the risks their country and the European Central Bank have taken on to keep the currency zone from fracturing.

Michael Pittelkow, a 57-year-old advertising salesman and undecided voter who came to the Aachen event intrigued by Mr. Lucke's ideas, cited a recent column in one of Germany's leading newspapers to explain his unease. The column, by commentator Henryk Broder, referred to the coming parliamentary election as "a choice between a bunch of parties of the middle that are competing to promise their voters everything under the sun."

"The course that Germany is on now, to me personally, seems disastrous," Mr. Pittelkow said.

Mr. Broder, in an interview, said he plans to vote for the Alternative for Germany. "I'm not anti-euro," Mr. Broder said. "I just don't want to be told I don't have alternatives."

One poll in April found a quarter of Germans saying they could imagine voting for Mr. Lucke's party. The problem for the group is that the euro crisis has receded from the German headlines this summer, replaced by outrage over U.S. spying programs and debates over renewable energy and state-subsidized child care.

Meanwhile, the 5.4% unemployment rate is the lowest in more than 20 years and Ms. Merkel's approval ratings of more than 60% are among the highest yet for a German chancellor.

Mr. Lucke says he takes heart from poll results showing that many voters simply don't know about his party yet, and promises a campaign to take his message to the masses. Asked by an audience member at the Aachen event what his message would be for voters not versed in the finer points of economics, Mr. Lucke replied: "We're the ones who don't want to keep on sending our money to Greece."

Unlike the leaders of euro-skeptic parties in other European countries, the Alternative's Mr. Lucke isn't a right-wing populist but a macroeconomist with little experience in politics. He argues that heavily indebted countries including Greece, Italy, and Portugal should be kicked out of the euro zone before Germany goes broke trying to save the common currency.

But Germans have largely proved confident in Ms. Merkel's handling of the crisis. Many are resigned to life with the euro even if they miss their former national currency, the deutsche mark. That was evident last month in Aachen. The AfD chose the city for a major campaign rally in part because of its symbolic significance: It lies just 20 miles from Maastricht, the Dutch town where the European treaty that gave birth to the euro was signed in 1992.

Like other Aachen residents, Jörg Schmitz, a 43-year-old employee at a hardware shop, said essentials were more affordable in the time of the deutsche mark. But he hadn't heard of the Alternative for Germany and said the idea of abolishing the euro seemed utterly unrealistic.

Mr. Lucke says debt-burdened European countries, particularly to the south, should be required to leave the euro zone in a gradual way and return to national currencies. The exit would help them regain economic competitiveness by making their goods cheaper relative to today's prices, in turn allowing a return to economic growth and at least a partial paying down of debt, he argues. The economically healthier countries to the north, including France and Germany, could retain their currency union as long as a "no-bailout clause" is strictly enforced, Mr. Lucke says.

Critics have accused the party of catering to nationalist prejudices, a charge that Mr. Lucke dismisses. Many also caution that Mr. Lucke's plans carry severe risks, not the least of which is that German exports to countries leaving the euro would lose the benefits of the common currency keeping them more competitively priced.

"The fact is we [in Germany] are experiencing the euro crisis in a very abstract way," Mr. Falter, the political scientist, said.

## Euro-Umverteiler

19.08.2013 · Der Bund muss weniger Zinsen für seine Schulden zahlen. Aber das macht uns nicht zu Krisengewinnern, wie es manche Jubelmeldungen suggerieren. Das unausgesprochene Ziel der Niedrigzinspolitik ist eine riesige Umverteilung.

Von [Holger Steltzner](#)

Wir basteln uns die Welt, wie sie uns gefällt. Nach diesem Motto kann man sich die Euro-Krise auch schönreden. Deutschland sei der Krisengewinner. So oder so ähnlich lasen sich am Wochenende Jubelmeldungen mit Verweis auf die Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Anfrage der SPD. Von 2010 bis 2014 rechnet das Ministerium mit einem um 41 Milliarden Euro geringeren Zinsaufwand.

So erfreulich das für den Bundesfinanzminister Schäuble ist, so ärgerlich ist das für den Sparer. Denn ihn bestraft die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank mit einer Rendite von null. Im Lauf der Zeit frisst so selbst die (noch) moderate offizielle Inflation erhebliche Teile des Vermögens auf.

Auch wer keine Bundesanleihen im Depot hat, blutet indirekt über seine Lebensversicherung oder den Sparplan. Der entgangene Zins für den Sparer wiegt schwerer als die Erleichterung des Bundes. Das unausgesprochene Ziel ist eine riesige Umverteilung vom Gläubiger zum Schuldner.

Verlierer der finanziellen Repression sind Rentner und Sparer. Gewinner sind Banken und Schuldenstaaten. Aber auch Hausbesitzer und Aktionäre - von denen es bekanntlich in Deutschland am wenigsten gibt.

## Arbeitsmarkt

### Studie nährt Zweifel am grünen Stellenwunder

18.08.2013 · Ist der ökologische Umbau der Wirtschaft wirklich gut für den Arbeitsmarkt? Eine Studie meldet Zweifel an. Während Jobs bei Windanlagenbetreibern entstehen, fallen Stellen in Kohlekraftwerken weg. Und viel hängt an den Subventionen.

Von [Sven Astheimer](#)

81,121

Wenn es um die Pläne zum ökologischen Umbau der deutschen Wirtschaft geht, werben Politiker und Wissenschaftler häufig mit dem Argument, dies schaffe viele neue Arbeitsplätze. Die SPD hielt schon im vergangenen Wahlkampf ein Million neuer Arbeitsplätze innerhalb von zehn Jahren für möglich. Die Ökoexpertin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung hält ein solches Potential noch immer für möglich. Auch Grüne und Linkspartei stellen Hunderttausende grüner Arbeitsplätze in Aussicht. Doch solche Prognosen basieren häufig auf unsicheren Annahmen, und es fehlt an einer zuverlässigen Datenbasis. Deshalb warnt eine neue Studie des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) vor undifferenzierten und vorschnellen Erwartungen an eine „Green Economy“ in Deutschland. „Ich halte die Euphorie, wie sie von interessierter Seite an den Tag gelegt wird, für deutlich überzogen“, lautet das Fazit des Autors Nico Pestel. „Ich glaube nicht, dass Green Jobs auf absehbare Zeit für ein Beschäftigungswunder sorgen werden“, sagte Pestel der F.A.Z.

Pestel hat untersucht, welche Daten über die Entwicklung sogenannter „Grüner Arbeitsplätze“ in Deutschland überhaupt zur Verfügung stehen und ob sich daraus ein nennenswerter Trend für den Arbeitsmarkt ablesen lässt. Seine Ergebnisse sind eher ernüchternd. Eine Untersuchung im Auftrag des Bundesumweltministeriums 2008 ging von rund 2 Millionen Beschäftigten im gesamten Umweltschutz aus. Dies entspreche allerdings nicht einmal 5 Prozent aller Erwerbstätigen. Zwar habe sich die Zahl der Arbeitnehmer im Bau von Anlagen für erneuerbare Energien zwischen 2004 und 2012 auf 380.000 verdoppelt. Dies entspreche jedoch nicht einmal einem Prozent der Erwerbstätigen.

## Methodische Mängel

Zudem hängen laut Pestel rund zwei Drittel dieser Arbeitsplätze von den Subventionen des Ökostroms durch private oder gewerbliche Verbraucher ab. Aus seiner Sicht ist der Anstieg auf mehr als eine halbe Million Stellen innerhalb von rund zwanzig Jahren mit Blick auf die Marktentwicklung äußerst fraglich. Diese Zweifel nähre etwa der jüngste Einbruch der Solarbranche. Auch Umfragen unter Unternehmen der Beraterfirma Roland Berger, die daraus starke Zuwächse der Ökoarbeitsplätze vorhersagen, leiden aus Pestels Sicht unter methodischen Mängeln.

Beim Thema grüne Arbeitsplätze bestehe noch großer Forschungsbedarf, lautet seine Schlussfolgerung. Zum einen werde eine eindeutige, international vergleichbare Definition von „Grüner Beschäftigung“ benötigt. Zudem sei es wichtig, auch die Netto-Bilanz zu betrachten. Es geht nicht nur darum, wie viele Arbeitsplätze neu entstünden. „Wir müssen gleichzeitig untersuchen, wie viele dadurch ersetzt werden oder ganz wegfallen.“ Dazu liegen bislang keine Zahlen vor.

## A Quest to Make Gruff Service in France More Gracious

By [LIZ ALDERMAN](#)

PARIS — On a recent afternoon near the [Place de la Bastille](#), Alberto Riberio, a tourist from Spain, stopped with his family at a quaint cafe and asked a waiter if they could sit down. “Look around!” he recalled the waiter replying abruptly. “You see empty tables, don’t you?”

When the family tried to order food in halting French, the waiter rolled his eyes, Mr. Riberio said. Later, when a wrong dish was served, an argument ensued over whether it would be changed.

“In general, the French can be quite friendly and helpful,” said Mr. Riberio, whose family went on to have a pleasant stay. But the encounter “was a reminder of why they can also have a reputation for being rude,” he said.

In the City of Light, an eternal question is once again spurring debate: Is the stereotype of the brusque Frenchman justified, or do visitors just not understand the French?

The soul-searching is coming from an unlikely place: the Paris tourism board. It is ramping up a charm offensive to burnish the image of France — and Paris in particular — as a kinder place for tourists. Officials have been deluging cafes, hotels, shops and taxi ranks with 20,000 more [pamphlets](#) titled “Do You Speak Touriste?”, a manual on how to make travelers feel more welcome, after 35,000 copies handed out in July ran out.

The British, it advises, want to be called by their first names. The Japanese need to feel reassured. The Spanish mainly want people to be nice. (“I would agree with that,” Mr. Riberio said.) As for Americans, the guide notes, they are glued to their personal devices and want to eat as early as 6 p.m. — a frightful thought to a typical Parisien.

“The goal is to fight against a bad reputation, and improve the quality of the welcome in Paris,” said François Navarro, the communication director for the tourism board, the Comité Régional du Tourisme Paris Île-de-France. With 30 million tourists a year, Paris is one of the most visited cities in the world, he said. “But we can do more.”

How much more remains to be seen. Paul Kappe, an owner of the renowned [Brasserie de l’Isle Saint-Louis](#), perched behind the Cathedral of Notre-Dame, gave a Gallic shrug when he saw the brochure.

“It starts with the assumption that the French are disagreeable,” said Mr. Kappe, a contemplative man who kept a watchful eye on the restaurant’s sunny terrace, full of waiters and patrons crammed behind tiny tables. “Well, that does have the ring of truth,” he said. “But it won’t stop a waiter from being unpleasant.”

He added, “Their mentality is, ‘Don’t bother me when I’m working.’ ”

The campaign holds special importance as France begins to overcome an economic malaise that has deepened a sense of moroseness in the country. This month, the French federation of hotels and restaurants reported a 10 percent fall in tourism this year compared with a year ago.

Perhaps more challenging is the growing competition that Paris faces, not only from rivals like London, New York and Barcelona, but also from upstart tourist destinations in the Asia-Pacific region. Last year, more than 20 percent of the world’s vacationers visited an Asian city; the region earned \$324 billion in international tourism receipts — a full 30 percent of the global total, according to a United Nations World Tourism

Organization report. By contrast, the United States earned \$126 billion from tourism, while France earned \$54 billion, less than China and Spain, the report said.

“There’s a huge economic battle going on between the world’s tourism capitals,” Mr. Navarro said. Just 15 years ago, he said, there were about 60 major destinations; today, there are about 600. “If we don’t improve our service, we will lose money.”

But is the effort really necessary? After all, countless visitors leave the French capital enchanted by their experience, having never lived the legend of snooty service.

“I can’t think of any time when I’ve been treated rudely,” said Paul Sanger, 74, an Atlanta native who said he had visited Paris more than 100 times over five decades. “A lot of Americans think the French are being rude because they can’t understand them. But a lot of it is a cultural thing.”

To many foreigners, Paris is easier to navigate than ever. Today, English has become the new French for an army of young Parisien waiters who switch between the languages with ease, and even pride, when they hear a foreign accent. And many of the 600,000 Parisiens employed in the tourism industry place a premium on politesse.

Still, “snobisme” is hardly a relic of the past, and even the French complain about a perceived lack of civility among some of their big-city brethren. A spate of mocking television ads by the newspaper *Le Parisien* a few years ago, showing Parisiens [cutting in line](#) and leaving poodle droppings [on the sidewalk](#), provoked knowing laughs. And this is by no means the first time the government has encouraged a more polished image: in 1995, a “Bonjour” campaign urged people to be pleasant to tourists, echoing several similar efforts since World War II.

Of course, tourists can be uncouth, too. “A lot of Americans shout, or don’t say hello, and then they say the French treated them rudely,” said Karen Fawcett, the president of [BonjourParis](#), a Web site that dispenses travel and cultural insights. “If you don’t have some cultural sensitivity, you are probably not going to be well received.”

Ms. Fawcett said her main tips for visitors were to be polite, keep their voices down and not assume they will be served immediately. “A simple ‘bonjour’ or a ‘s’il vous plaît’ will go a long way,” she said.

Mr. Kappe at the Brasserie de l’Isle Saint-Louis said waiters appreciated engaging with clients. But he scoffed at a recommendation in the pamphlet that waiters show more warmth by using their first name with Americans. “That’s just not done,” he said.

All of the brasserie’s servers were longtime professionals, dressed impeccably in white shirts and long black aprons. Their smiles were hardly effusive, but they poured wine with an expert turn of the wrist and counseled diners on the “plat du jour.” On the other hand, some deftly ignored patrons clamoring for a bill.

“In the United States,” Mr. Kappe observed, “waiters can be fired at any time and must work for tips, so they have to be nice. In France, you can’t just fire somebody if they’re not doing a good job. If you could, everyone would be friendly.”

## Germany's Schäuble Says Greece Will Need More Aid

### Finance Minister Tells Election Rally That Current Loans Aren't Enough to Stave Off Bankruptcy

BERLIN—German Finance Minister Wolfgang Schäuble said Greece will need a third bailout, in the bluntest admission by a top German official that **the €246 billion (\$328 billion) of international aid loans pledged so far won't be enough to save Greece from bankruptcy.**

"There will have to be another program in Greece," Mr. Schäuble told an election rally of his Christian Democratic Union party near Hamburg, news agencies reported. **In the parlance of the euro-zone debt crisis, a "program" means aid loans conditional on economic overhauls Greece would have to enact.**

A spokesman for the German finance ministry said euro-zone finance ministers agreed last year that Greece would get more financing when its current loan package starts to wind down in 2014.

Mr. Schäuble has previously warned Germany's parliament and media that European taxpayers might have to lend Greece more money. But his language on the campaign trail was less hedged than before, and could embarrass the German government ahead of Germany's national elections on Sept. 22.

Other German officials, including Chancellor [Angela Merkel](#), have been taken pains to avoid making an explicit commitment to more money for Greece, saying there was no need to discuss the matter now, and that Greece's situation would be reviewed later.

Some German politicians have argued that promising more loans would reduce pressure on Greece's government to implement tough economic changes. Critics of German policy around Europe say Berlin wants to avoid a domestically unpopular topic until its election is out of the way.

**Greece's initial bailout plan in 2010, under which €73 billion in loans were disbursed, had to be augmented by another package valued at €173 billion in 2012, after Greece's economy sank into a depression and the country's prospects of funding itself on capital markets receded. Thanks to the collapsing economy, even a restructuring of Greek bonds that cut Athens's debt by more than €100 billion wasn't enough to repair the country's solvency.**

The International Monetary Fund, which is lending to Greece together with the euro zone, has grown increasingly impatient with European governments' unwillingness to face Greece's uncovered financing needs.

The euro zone's loan disbursements to Greece under its current program are set to end in mid 2014, while the IMF will carry on lending to Greece until 2016. The IMF estimates that Greece faces a financing shortfall of €11.1 billion in the next two years.

The IMF has warned Europe that it won't release more money for Greece unless Europe sorts out where Greece's funding will come from after mid-2014. The issue is expected to come to a head this fall, after the German elections.

Extra loans for Greece aren't the biggest headache German leaders face, however. **The thornier problem is that Greece's debt load has ballooned to a level far beyond what most economists and investors think it can repay.** Another loan package—although it would be smaller than the previous one—would merely add to Greek debt.

Greece's public debt is expected to reach 176% of its total economic output this year, far above the 120% level the IMF considers sustainable. Official projections that show Greek debt falling below 120% by 2022 are based on unspecified "further measures" to help the country, as well as economic-growth projections critics say are unrealistic.

The IMF—which insists on its loans being repaid in full—has warned that Europe will have to come up with ways to cut Greece's debt. **Germany has led Europe's resistance to outright debt forgiveness, saying writing down past loans while extending new loans would break German law.**

At Tuesday's campaign rally, Mr. Schäuble reiterated Germany's opposition to a debt write-down. Germany has said it is only prepared to back more modest steps, such as a further reduction of the interest Greece pays on its aid loans. Most analysts say that won't be enough, and that a "haircut" to Europe's Greek loans is unavoidable.

## Energiepolitik in Frankreich

### Zaudern statt handeln

21.08.2013 · Noch immer sind 94 Prozent aller französischen Haushalte Kunden des Energie-Monopolisten EdF. Das ist Energiepolitik im Stil von Hollande: Misstrauisch gegenüber dem Markt, hält er am Status quo fest.

Von [Christian Schubert](#), Paris

81,126



© REUTERS Der staatliche Energielieferant Electricité de France hebt die Strompreise an

Voller Ärger werden die Franzosen bald auf ihre Stromrechnung blicken, denn der staatliche Energielieferant Electricité de France (EdF) hat von der Regierung grünes Licht erhalten, die Strompreise um fünf Prozent anzuheben. Im kommenden Jahr steigt der Preis nochmal um denselben Prozentsatz. Für die von niedrigen Stromkosten verwöhnten Franzosen ist das der größte Preissprung seit mehr als zehn Jahren. Der Preisvorteil gegenüber anderen europäischen Ländern schrumpft.

Preiserhöhungen sind besonders schmerzhaft, wenn Monopolisten diese im Bündnis mit der Regierung durchsetzen. 94 Prozent aller französischen Haushalte sind Kunden von EdF, obwohl schon seit 2004 der Wettbewerb auf dem Strommarkt einziehen sollte. Doch der Monopolist EdF steht wie ein Fels in der Brandung. Das haben wechselnde Regierungen so gewollt. Noch unter Präsident Nicolas Sarkozy erhielt der Konzern Bestandsschutz. Trotz der Forderungen der EU-Kommission nach mehr Wettbewerb wurde der Konzern nicht aufgespalten - anders als etwa die Platzhirsche in Italien oder Belgien. EdF durfte alle seine 58 Nuklearreaktoren behalten und setzte bei der Regierung auch noch einen hohen Preis durch, zu dem die wenigen privaten Konkurrenten EdF Strom abkaufen müssen: 42 Euro je Megawattstunde, deutlich mehr als der aktuelle europäische Großhandelspreis. Die EU-Kommission hat darüber hinaus akzeptiert, dass subventionierte, künstlich niedrige Stromtarife für französische Unternehmen noch bis mindestens 2016 gelten dürfen.

### Fast drei Milliarden Euro Nettogewinn im ersten Halbjahr

Die Franzosen sind nicht zu Unrecht lange Zeit stolz gewesen auf ihre Energiepolitik. Wie auch immer man zu den Risiken der Kernenergie stehen mag, die französische Energiepolitik sorgte für niedrige Stromrechnungen, hohe Versorgungssicherheit und einen geringen Ausstoß von Kohlendioxid. Doch das System hat eine zentrale Schwachstelle: Die freie Preisbildung am Markt war und ist als Steuerungsinstrument für Knappheiten und Überschüsse ausgeschaltet. Anreize zum Energiesparen und zur Steigerung der Effizienz kommen daher zu kurz. Bis heute werden die Strompreise zwischen der Regierung und dem Energieriesen ausgehandelt. Die

Politiker wollen regelmäßig niedrige Preise, um den Wählern zu gefallen. EdF klagt hingegen, seine Kosten seien nicht gedeckt.

Der Investitionsbedarf für höhere Sicherheitsstandards infolge von Fukushima bekräftigt dieses Argument, das nun bei der Regierung Gehör gefunden hat. Allerdings ist Vorsicht angebracht, wenn ein staatlicher Monopolist über hohe Kosten klagt. So schlimm kann es nicht sein, denn EdF erzielte im ersten Halbjahr einen Nettogewinn von fast drei Milliarden Euro und erfreut neben dem Staat als Großaktionär auch private Aktionäre, die 15 Prozent der Aktien halten, regelmäßig mit guten Dividenden.

Preisbildung am Markt spielt auch im europäischen Energiemarkt eine zentrale Rolle, auch wenn manche Regierungen den Strompreis für ökologische Ziele manipulieren. Zum überregulierten Frankreich passt das freie Spiel der Marktkräfte allerdings kaum. So nehmen französische Unternehmen und Versorger nur in geringem Maße am grenzüberschreitenden Stromgroßhandel in Europa teil. Die wenigen EdF-Konkurrenten mussten sich in langfristigen Verträgen zur Abnahme von EdF-Strom verpflichten, EdF agiert mit seinem großen Nuklearpark weitgehend autonom.

## **Der Energiewandel kommt kaum voran**

Frankreich kann aber keine Insel bleiben. Das Land braucht etwa Gaskraftwerke im In- und Ausland, um den schwankenden Spitzenbedarf seiner Verbraucher abzudecken. Die schwerfälligen Kernkraftwerke sind dazu nicht in der Lage, weil sie nicht einfach hoch- und runtergefahren werden können. Auch die erneuerbaren Energien können kein Sicherheitsnetz bilden, weil ihr Anteil an der Stromproduktion zu klein ist und zudem Wind und Sonne schlecht geplant werden können. Doch in Frankreich und anderswo in Europa schalten die Stromproduzenten jetzt Gaskraftwerke ab, denn die Produktion lohnt sich wegen der derzeit niedrigen Großhandelspreise nicht mehr.

Der Strom aus erneuerbaren Energien - vor allem aus Deutschland - drückt zusammen mit den krisenbedingten Nachfrageausfällen die Preise. Gleichzeitig setzen die Stromerzeuger immer mehr Kohle aus den Vereinigten Staaten ein, denn diese kommt infolge des amerikanischen Schiefergas-Booms billig auf den europäischen Markt. Der vermeintliche ökologische Vorreiter Europa stößt dadurch immer mehr Kohlendioxid aus.

Weitere Artikel

- [Frühjahrserholung nach langer Rezession](#)
- [Frankreich: Wirtschaftsleistung kann 2013 auch schrumpfen](#)
- [Greenpeace-Aktivisten dringen in französische Atomanlage ein](#)
- [Hollande nimmt die Herabstufung Frankreichs gelassen](#)
- [Energieversorger beklagen fehlende Perspektiven in Europa](#)
- [Teurer Ökostrom: Energie und Armut](#)

Auch Frankreich bemüht sich um mehr Ökostrom, doch lange nicht so intensiv wie Deutschland. Der Wunsch der französischen Regierung, den Nuklearanteil an der Stromproduktion von 75 auf 50 Prozent zu senken, ist politisch verständlich. Doch aufgrund des Widerstands von EdF und der Gewerkschaften kommt der Energiewandel kaum voran. Das alte Kernkraftwerk Fessenheim wird jedenfalls nicht so schnell geschlossen. So steht die französische Energiepolitik für den Regierungsstil von Staatspräsident Hollande: Misstrauisch gegenüber dem Markt, klammert er sich an den Status quo.

## Schuldenkrise

### Tragödie in Griechenland

21.08.2013 · Griechenland sei kein Fass ohne Boden, hat Wolfgang Schäuble immer versichert. Nun spricht er vom dritten Hilfspaket. Die Tragödie steuert auf ein unschönes Ende zu.

Von [Philip Plickert](#)

81,128

Über das Ausmaß des griechischen Debakels haben die „Rettungskräfte“ sich und das Publikum seit Mai 2010 schon oft getäuscht. Griechenland sei kein Fass ohne Boden, versicherte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. [Inzwischen gibt er zu, dass auch das zweite Hilfspaket nicht ausreicht.](#) Mehr als 300 Milliarden Euro Schulden lasten auf dem Land. Fast neun Zehntel davon halten inzwischen öffentliche Hände, mithin liegt das Risiko bei den Steuerzahlern. Dieses Jahr wird die Schuldenquote voraussichtlich auf 175 Prozent steigen. Selbst geübten Schönfärbern fällt es schwer, da noch von Schuldentragfähigkeit zu sprechen.

Jetzt zermartern sich die Euroretter wieder das Hirn über neue Hilfen. Aber jede Option hat Haken. Aus EU-Töpfen könnten höchstens ein paar hundert Millionen umgelenkt werden, dieses Volumen reichte in keinem Fall aus. Außerdem sind direkte Transfers beim Wähler unbeliebt. Bislang hat die Regierung stets die Illusion aufrecht erhalten, dass nur Kredite und Bürgschaften gegeben würden. Die zweite Option, ein neues Programm mit noch mehr Krediten, hilft Athen nicht, denn damit stiege die Schuldenquote weiter. Der Internationale Währungsfonds (IWF) müsste die Notbremse ziehen, weil die mit idealisierten Wachstumsannahmen herbeigerechnete Schuldentragfähigkeit noch unrealistischer würde.

Die dritte, von Schäuble wohl bevorzugte Option ist daher, an den Rädchen der Kreditpakete zu drehen: Laufzeiten zu verlängern und Zinsen zu senken. Aber die Zinsen sind ohnehin schon gering. Derzeit zahlt Griechenland laut IWF durchschnittlich nur 2,3 Prozent. Auf die bilateralen Kredite wurden die Zinsen schon um einen Prozentpunkt ermäßigt, die Laufzeit bis 2041 gestreckt. Was soll noch kommen? Eine Verlängerung zum Sankt-Nimmerleins-Tag ist nichts anderes als ein verschleierter Schuldenerlass.

Statt weiterer Konkursverschleppung wäre ein offener Schuldenschnitt die angemessene, ehrliche Antwort. Er brächte die Retter aber auch in eine unangenehme Situation. Zum einen müsste Deutschland wohl 20 Milliarden Euro abschreiben, Frankreich fast ebenso viel. Zum anderen würden Iren und Portugiesen fragen, warum sie weiter Schuldendienst leisten, während die Griechen zum zweiten Mal einen Erlass bekommen. Die Eurorettung erinnert immer mehr an eine Tragödie: Was man auch macht, es steuert auf ein sehr unschönes Ende zu.

VIDEO France 24 (12') : <http://www.france24.com/fr/20130521-lentretien-elizabeth-schemla-france-islam-radicalisation>

## **Élisabeth Schemla, auteur de "Islam, l'épreuve française"**

81,129

Élisabeth Schemla, journaliste et auteur de "Islam, l'épreuve française", est reçue par Sylvain Attal pour discuter de la radicalisation de l'islam en France. Dans son livre, elle tente de comprendre comment la France en est arrivée là, et quelles peuvent être les solutions pour limiter la montée de l'extrémisme.

**Le Figaro 16 mai 2013** <http://www.lefigaro.fr/actualite-france/2013/05/16/01016-20130516ARTFIG00587-islam-de-france-les-integristes-ont-noyaute-les-mosquees.php>

VIDEO 26' : <http://www.youtube.com/watch?v=RrnnuZg0fuc>

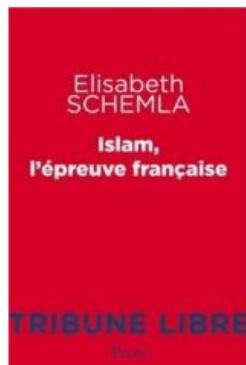
## **Grandes Gueules de RMC - Elisabeth Schemla : Islam, l'épreuve française**

<http://www.youtube.com/watch?v=L8tb9vNL0g4>

Video BFM TV : (12') Etat Des Lieux sur La Place De L'islam Aujourd'hui En France

## Islam, l'épreuve française par Elisabeth Schemla

10 mai 2013 | Par [Jean-Paul Baquiast](#)



Certains des (trop rares) commentateurs qui présentent le livre d'Elisabeth Schemla rendent hommage au courage de l'auteur. Est-il donc devenu si courageux, autrement dit si risqué, en France, aujourd'hui, d'écrire que la République doit lutter contre les emprises d'une religion en pleine volonté de conquête? Est-ce encourager les guerres ethniques de rappeler que cette religion est financée par les Etats les plus conservateurs et arriérés du monde (Arabie saoudite, Qatar), que ses valeurs (pour ne pas dire ses mots d'ordre), instaurer la charia, lutter contre l'émancipation des femmes, promouvoir le djihad, sont évidemment incompatibles avec celles de la civilisation européenne?

Pour notre part, nous ne pouvons que soutenir les thèses du livre et encourager sa lecture. Mais qu'en sera-t-il, dira-t-on, des positions que les non-musulmans français, c'est-à-dire la grande majorité de nos concitoyens, devraient tenir vis-à-vis des **quelques 8 millions de français se revendiquant musulmans**. Le livre de Elisabeth Schemla ne va-t-il pas les « stigmatiser », selon l'expression aujourd'hui si répandue qui interdit pratiquement tout regard, fut-il à volonté scientifique, sur cette religion et sa pénétration en France?

La réponse donnée par nos institutions (plus avancées en ce sens que celles en place dans d'autres pays européens), est celle de la laïcité. Si chacun est évidemment libre de croire ce qu'il veut, il ne doit pas être autorisé à afficher ou pratiquer ses croyances d'une façon s'opposant à celles des autres. Ceci non seulement dans l'espace public mais dans la sphère privée. Ainsi, même dans les relations privées entre sexes, notre société doit encourager les efforts d'émancipation des femmes qui voudraient échapper à la domination des hommes, domination totalement contradictoires avec les valeurs – encore malheureusement plus théoriques que pratiques, notamment dans le travail - que notre société s'efforce de promouvoir. La plupart des musulmans français le reconnaissent et n'en font pas un prétexte d'opposition avec leurs concitoyens.

Mais, dit Elisabeth Schemla, quelle attitude la République doit-elle adopter à l'égard des milliers d'imams, souvent importés et financés par les Etats wahabites ou salafistes, qui prêchent le contraire dans les mosquées françaises, transformant progressivement une fraction de ce que l'on a nommé la « génération islam » en pépinières de militants inassimilables, sinon de candidats au djihad?

Elisabeth Schemla propose que, par amendement à la loi de 1905, la République puisse financer le recrutement et la formation d'imams « neutres ». Nous pensons que cette solution serait irréaliste. Outre que des financements publics ne seraient pas une garantie à la neutralité des imams bénéficiaires, la source des financements arabes du Golfe, payés par des réserves inépuisables de pétro-dollars, ne serait pas tarie pour autant. Mieux vaut consacrer les ressources budgétaires à l'Education Nationale.

La seule solution, amorcée avec timidité par le ministère de l'Intérieur français, relève de la lutte contre les troubles à l'ordre public. Il faut détecter et expulser tous ceux qui se livrent, au nom de leur religion, et notamment dans les mosquées ou dans les cercles gravitant autour de celles-ci, à des comportements ou des propos jugés incompatibles non seulement avec notre droit mais aussi avec nos valeurs sociétales. Sinon, ce sera la prolifération. La Grande Bretagne et l'Allemagne ont fini par s'en rendre compte.

## **Choc. Elisabeth Schemla dénonce la montée de l'islam radical. A tort?**

"S i toute religion a sa part d'intégrisme, c'est aujourd'hui dans l'islam que cette part suscite la crainte." Cette phrase n'est pas extraite d'un brûlot islamophobe, mais d'un discours du ministre de l'Intérieur lors de l'inauguration de la mosquée de Strasbourg, le 27 septembre 2012. Le constat que dresse [Manuel Valls](#), les études d'opinion le vérifient vague après vague. Après les tueries de Mohamed Merah, l'attentat de Boston ne va pas améliorer l'image de la religion de [Mahomet](#). L'islam fait incontestablement peur à une majorité de Français. Cette crainte est-elle justifiée? Le livre d'Elisabeth Schemla répond oui, sans hésiter. La journaliste y raconte comment elle a observé depuis vingt-cinq ans "la conquête progressive et patiente de la [France](#) par l'islam radical". En 1989, elle avait couvert pour Le Nouvel Observateur la première affaire du foulard. L'exclusion de trois élèves de Creil qui refusaient d'enlever leur voile en classe avait divisé le pays. C'était l'époque où le ministre de l'Education nationale Lionel Jospin pouvait répondre à la journaliste, effarée : "Et qu'est-ce que vous voulez que cela me fasse que la France s'islamise ?" Inimaginable aujourd'hui... Mais , vingt-cinq ans après la "bombe" du foulard, rien n'est réglé. Même défis au modèle laïque français, même tentation du renoncement devant la poussée intégriste. Qui est responsable ? Comment en est-on arrivé là ? Est-il encore temps de détourner les Français musulmans de cette influence ? Tel est le sujet de ce livre dérangeant.

### **Extraits**

#### **Pourquoi les Français ont peur**

"L'idéologie dominante prétend que cette inquiétude plus ou moins sourde [des Français vis-à-vis de l'islam] est infondée ou artificielle, le symptôme de la dépression collective, voire d'une grave paranoïa, ou la marque d'une obsession raciste. Bref, elle serait l'apanage de malades ou de salauds, quand ce n'est pas les deux à la fois. Certains le sont. Mais fourrer tout le monde dans le même sac, c'est étouffer sciemment un souci national. (...) Il est irresponsable de tromper le peuple sur l'inadaptation actuelle de l'islam à la laïcité, de tourner le dos à des dizaines de millions de Français. De faire jouer en eux tous les ressorts de la honte et de la culpabilité, de les injurier ou de les clouer au pilori quand ils tentent d'ouvrir la bouche pour évoquer leur désarroi, lorsqu'ils cherchent simplement à alerter contre les assauts dont ils se sentent l'objet. (...).

Partout les attentats portent la signature des islamistes avec toujours les mêmes images de décombres, de sang et les milliers de victimes innocentes, sans parler du 11 Septembre, traumatisme déterminant. En France même, on a oublié les 80 actes terroristes perpétrés entre 1979 et 1987 par Action directe, groupuscule anarcho-communiste, et les attentats particulièrement meurtriers commandités par Carlos de 1974 à 1983. Pourquoi ? Parce que, depuis vingt-cinq ans - une génération -, cette violence [terroriste] a été l'oeuvre exclusive de musulmans. (...).

Et puis, il y a eu la révolution arabe en 2011. Son influence, quoique souterraine, compte beaucoup dans l'état d'esprit national. Les Français, dont 1789 fait partie du patrimoine génétique, ne se sont pas seulement réjouis de voir tomber des dictateurs ou des présidents autoritaires sous la houle irrésistible de peuples qui se libéraient. (...) Ils ont donc cru que cette révolution serait l'avènement d'un nouveau monde libre, à leur porte, autour de la Méditerranée. Ils l'ont d'autant plus cru que de vrais démocrates, hommes et femmes, participaient, fous d'espoir, à ces mouvements. Et que de désespérants "experts" en erreurs leur ont vendu, de plateau télé en studio radio, un conte de fées qui cachait un cauchemar. Tunisie, Libye, Egypte, Syrie, on connaît la suite. Prise de pouvoir ou montée en puissance des Frères musulmans, poussée des salafistes, charia par-ci, charia par-là, de l'Atlantique au golfe d'Aden. Rien d'étonnant dès lors que l'islam ait une image absolument désastreuse auprès des Français.

Ils lui reprochent fortement de ne pas être porteur de tout ce à quoi ils sont, eux, viscéralement attachés après des siècles d'enfantement. Démocratie, protection de la femme, justice, liberté et tolérance en particulier. (...).

La revendication halal choque, elle aussi. Quand la mairie du Havre donne l'ordre de jeter à la poubelle plus de 8 000 crèmes au chocolat destinées aux cantines parce qu'elles contiennent de la gélatine de porc, les Français ne peuvent s'empêcher de penser que quelque chose est en train de dérailler. (...).

Mais cette crainte sourde qui les habite ne les aveugle pas. Ils savent faire le tri. Une bonne preuve nous en est fournie par le top 50 de leurs personnalités préférées [dans Le Journal du dimanche]. (...) Il y a vingt-cinq ans, précisément quand commençait à poindre cette préoccupation de l'islam, l'abbé Pierre et le commandant Jacques-Yves Cousteau se disputaient la première place, et pour longtemps. (...) Avant de s'effacer devant Zinedine Zidane, le Franco-Algérien, et David Douillet. Puis Yannick Noah, métis adulé, qui a trôné jusqu'à cette année. Gad Elmaleh, Français juif du Maroc, le précède désormais ; Jamel Debbouze, l'Arabe franco-marocain, le talonne. Et, au sommet, Omar Sy. Plus black que black, un Peul magnifique, joie et drôlerie, un rire qui dévore la vie. Et musulman... (...) "Je suis pratiquant mais je n'aime pas trop en parler, dit-il. Je n'ai pas envie d'être récupéré par les politiques ou les religieux. Je ne me cache pas, je n'ai pas honte. (...) Je suis comme ça, je suis tout ça. Sans militantisme. (...) Je suis libre et (...) je suis toujours gêné, en tant que croyant, quand les gens font de la propagande." (...) Les Français adorent son histoire. Ils plébiscitent la success story, un homme talentueux et discret. Tout simplement : voilà l'idée qu'ils se font du modèle républicain.

Au fond, leur grande trouille vient de ce qu'ils n'ont pas de réponse à la question suivante : lequel, de Merah, de Médine [un rappeur radical du Havre] ou de Sy, préfigure les rapports que l'ensemble des Français adeptes de l'islam, religion prosélyte à vocation communautaire mondialiste, entretiendront avec la République laïque ? (...) Que l'étranger musulman devienne un compatriote, de plus en criant gare avec une ardeur grandissante, c'est une révolution culturelle. En l'occurrence, culturelle aussi. Quelle angoisse à la perspective que ces Français puissent importer, surtout vouloir imposer à la "douce France" l'ensemble de ces moeurs, de ces modes de vie, de ces structures politico-religieuses qui font tant de désastres ailleurs ! La réislamisation ou l'islamisation se font toujours par le bas et répondent à un scénario immuable : les femmes, les enfants, les mosquées, les associations et les médias. Les Français redoutent qu'il soit à l'oeuvre." (...).

### **Des prêcheurs venus d'ailleurs**

"On parle toujours de l'islam en général. De fait, cela n'a guère de sens. Nous avons tellement perdu de vue la religion que nous en oublions l'élémentaire : elle vaut ce que valent les ministres du culte. Jésus n'est pas tout à fait de la même espèce que Torquemada, ni Jean XXIII que Borgia ! L'islam n'échappe pas à la règle, il vaut ce que valent ses imams. (...) L'affaire aujourd'hui n'est pas tant de savoir s'il faut distinguer islam et islamisme, piège dans lequel nous nous enfermons tous. Cette vision dictée par une peur sourde et néfaste des musulmans repose sur l'idée saugrenue qu'il y aurait un bon islam et un mauvais islam. Comme le christianisme et le judaïsme, l'islam est ce que son clergé et ses fidèles en font. La question est donc plutôt la suivante - hélas, elle est rarement posée, trop réaliste sans doute, trop lourde de conséquences : les 2 052 imams exerçant en France enseignent-ils la lettre de leur religion, un islam cherchant toujours à établir coûte que coûte une société conforme à celle de l'époque et des préceptes de Mahomet ? Ou bien en enseignent-ils l'esprit, un islam inscrit dans un environnement culturel et civilisationnel, celui de la société française du XXI<sup>e</sup> siècle ? Pour l'instant, la réponse penche nettement du côté de la première option, avec tous les degrés possibles.

C'est une tromperie inacceptable de laisser croire que seuls les radicaux salafistes ou turcs sont dans ce cas. Très rares sont les responsables du culte musulman qui font l'effort de prendre en compte le contexte français. Ce n'est pas près de s'arranger. D'abord, presque tous les imams qui pratiquent en France sont étrangers. Sur 2 052, seulement entre 400 et 440 - soit 1 sur 5 - sont français. Ils parlent donc mal notre langue et ont souvent les plus grandes difficultés à faire un prêche en français. (...) Les prêcheurs ignorent d'ailleurs à peu près tout de la société française (...), de ses institutions et de son fonctionnement général, hormis celui de la Sécurité sociale. Notre modèle est incompréhensible pour eux. (...).

Tous ces prêcheurs ne cherchent nullement à combler leurs lacunes. A ce titre déjà, ils constituent un énorme obstacle à l'apaisement entre l'islam et la laïcité. Au lieu d'être les facilitateurs d'une harmonie, ils fabriquent plutôt un surplus de dissonance. Car ils importent aussi leur propre expérience de l'islam. Ils sont d'où ils sont nés. (...) Ils ont évolué dans des sociétés à majorité, si ce n'est entièrement, musulmane, où l'islam est religion d'Etat et la charia appliquée avec plus ou moins de rigueur. (...) Il est logique que, prenant en charge une salle de prière et des fidèles qui sont originaires du même endroit, l'imam cherche à perpétuer un monde clos et

paranoïaque, plus encore s'ils sont tous sur la défensive, la société française manifestant une incontestable hostilité."

"Islam, l'épreuve française", d'Elisabeth Schemla (Plon, 272 p., 14,99 E)

## Eurokrise

### Schäuble streitet sich mit Wissenschafts-Berater

23.08.2013 · Kai Konrad ist Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium. Kürzlich hatte er sich kritisch zur Eurorettung geäußert. Prompt fand er sich in einer Pressemitteilung der AfD wieder - und liegt nun mit Wolfgang Schäuble über Kreuz.

Von [Philip Plickert](#)

81,134



© picture alliance / dpa Kai Konrad

Unversehens sieht sich Kai Konrad in eine brisante politische Auseinandersetzung hineingezogen. Die hatte der renommierte Finanzwissenschaftler so gar nicht beabsichtigt. Aber Konrads Worte haben doch Gewicht, immerhin ist er der Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium. Vor ein paar Tagen hatte er ein Interview mit ein paar sehr kritischen Äußerungen zur Eurorettungspolitik gegeben. Schon seit längerem hält Konrad die Währungsunion in ihrer jetzigen Form auf Dauer für nicht haltbar. „Wenn man die Währungsunion aufbrechen will, sollte man dies an der Nordgrenze tun“, sagte Konrad der Zeitung „Die Welt“.

Außerdem verwarft er sich gegen die aus der Politik oft zu hörende Behauptung, wenn der Euro auseinanderbräche, sei dies eine Katastrophe für Europa. „Der Euro ist nicht Europa. Europa sollten wir retten, nicht den Euro“, sagte der 52 Jahre alte Ökonom, der in München Direktor des Max-Planck-Instituts für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen ist. Bei einer Euro-Auflösung würde Deutschland aufwerten, das sei richtig, aber die Industrie könne das verkraften und am Ende sogar noch wettbewerbsfähiger werden.

### Die AfD verschickte eine Pressemitteilung

In Berlin und besonders im Bundesfinanzministerium hat das Interview keine helle Freude ausgelöst - zumal aus Konrad in der Zeitung „Schäubles Chefberater“ wurde. Die Eurokritiker von der Partei Alternative für Deutschland (AfD) waren hingegen begeistert und verschickten sogleich eine Pressemitteilung. Konrad ist unglücklich darüber, dass eine politische Zuspitzung und Konfrontation mit dem Minister herbeigeredet werde. Es habe keine Reaktion aus Berlin gegeben. Schließlich ist der Beirat unabhängig, die Wissenschaftler dürfen ihre Meinung - auch scharfe Kritik an der Regierung - sagen. Am Freitag indes meldete sich Schäuble doch mit einer indirekten Rüge zu Wort. „Die Aussagen von Kai Konrad, den ich schätze, waren teilweise auch beim besten Willen nicht nachvollziehbar“, sagte Schäuble im „Handelsblatt“. Die Kosten eines Ausstiegs Deutschlands aus der Währungsunion seien „gar nicht abzuschätzen“. Konrads Vorschlag sei „ein Granatenfehler“.

Wer wirklich die Granatenfehler in der Eurorettungspolitik macht, da ist sich Konrad nicht sicher. Doch er will kein Öl ins Feuer gießen und nicht vor der Wahl offen mit dem Minister streiten, deshalb schweigt er nun. Der Ökonom ist ein dünnhäutiger, sanftmütiger Wissenschaftstyp, keiner der sich in der politischen Auseinandersetzung nach vorne drängt. Aber als Ökonom ist er doch davon überzeugt, dass die „Eurorettung“ ein gefährliches Gebräu an Risiken für Deutschland bedeute. Allerdings will er nicht parteiisch wirken, nicht

gegen die Regierung schießen. Denn mit den im Bundestag vertretenen Oppositionsparteien ginge es wohl noch schneller in Richtung Schuldenvergemeinschaftung und Zentralismus in Europa, fürchtet er.

Im wissenschaftlichen Beirat „beim“ Bundesfinanzministerium (auf dieser sprachlichen Feinheit legt Schäuble Wert) ist Konrad seit 14 Jahren Mitglied, seit 2011 ist er Vorsitzender. Manchmal kämpfen die Wissenschaftler gegen den Eindruck (den jetzt auch Schäuble erweckt), dass sie weltfremde Elfenbeinturm- oder Grundlagenforschung betreiben. Konrad forscht vor allem zu den Themen Steuerwettbewerb und Steueroasen. Außerdem macht er Experimente zur Frage der Steuerehrlichkeit. Das sind dann Themen, die den Minister brennend interessieren.

Schäuble-Berater

## "Deutschland kann die Euro-Zone nicht retten"

Kai A. Konrad, Chefberater des Finanzministers, erwartet das Kollabieren der Euro-Zone. Er schlägt einen Ausstieg Deutschlands aus der Währungsunion vor – Europa müsse gerettet werden, nicht der Euro. Von Martin Greive



Foto: AFP Protest gegen die deutsche Euro-Politik in Athen

*Der Max-Planck-Ökonom und wissenschaftliche Chefberater des Bundesfinanzministeriums, Kai A. Konrad, fürchtet, dass sich das Gefälle in der wirtschaftlichen Dynamik innerhalb Europas erheblich verstärkt. Im Krisenfall solle Deutschland aussteigen. Die Furcht vor einer Katastrophe für die deutsche Wirtschaft hält Konrad für übertrieben. Im Gegenteil, hiesige Unternehmen könnten gestärkt daraus hervorgehen.*

**Die Welt:** Herr Konrad, die Bundesregierung hat alle wichtigen Entscheidungen zur [Euro-Krise](http://www.welt.de/themen/euro-krise) (Link: <http://www.welt.de/themen/euro-krise>) auf die Zeit nach den Bundestagswahlen verschoben. Werden die Wähler gerade hinters Licht geführt?

**Kai A. Konrad:** Ich glaube eher an ein Weiter-so nach der Wahl. Die Politik versucht seit Ausbruch der Schuldenkrise Einschnitte aufzuschieben und alle Probleme einfach in die Zukunft zu verlagern.

**Die Welt:** Angesichts des hohen Schuldenstandes halten fast alle Ökonomen einen Schuldenschnitt für unausweichlich.

**Konrad:** Die Griechen haben eigentlich genug Vermögen, um selber für ihre Schulden geradezustehen. Aber an das Vermögen kann oder will man nicht heran. [Ein erneuter Schuldenschnitt ist deshalb sicher eine Option.](http://www.welt.de/118900219) (Link: <http://www.welt.de/118900219>)

**Die Welt:** Anfang 2014 wird Griechenland nach Einschätzung der Bundesbank ein drittes Hilfspaket benötigen. Wird das Land damit endgültig zu einem Fass ohne Boden?

**Konrad:** Das ist Griechenland bereits, weil niemand je einen Boden eingezogen hat. Die Schuldenquote steigt, auch weil die Wirtschaftsleistung dahinschmilzt. Und trotzdem macht die Troika aus EU, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds die immer gleichen realitätsfernen Wachstumsprognosen für das Land.

**Die Welt:** Sollte Griechenland zumindest temporär aus dem Euro aussteigen?

**Konrad:** Nein. Die dann wegen der Währungsabwertung höheren Auslandsverbindlichkeiten würden das Land erdrücken. Wenn man die Währungsunion aufbrechen will, sollte man dies an der Nordgrenze tun. Wenn, dann muss Deutschland aus dem Euro raus.

**Die Welt:** Deutschland soll zum dritten Mal Europa in die Luft sprengen? Das wird keine Bundesregierung je tun.

**Konrad:** Der Euro ist nicht Europa. Europa sollten wir retten, nicht den Euro! Deutschland kann zwar aus politischen Gründen aus dem Euro nicht selbst aussteigen. Die anderen Länder könnten Deutschland aber dazu drängen. Dazu kann es kommen. Die wirtschaftlichen Zustände werden in einigen Ländern unerträglich. Dazu treten politische Unruhen. Und wenn Deutschland und ein paar andere starke Länder die Währungsunion verlassen, wird der Euro abwerten und die südeuropäischen Länder kämen wirtschaftlich wieder auf die Beine.

**Die Welt:** Der Preis dafür ist der Ruin der deutschen Exportwirtschaft.

**Konrad:** Sie könnte sogar gestärkt daraus hervorgehen. Sie hat die regelmäßigen Aufwertungen der D-Mark in früheren Jahrzehnten immer wieder gemeistert und wurde so fit für den Wettbewerb. Heute hat sie es da besser. Aber die Fähigkeit, auf Herausforderungen zu reagieren, geht dabei verloren. Und das ist gefährlich.

**Die Welt:** Trotzdem müsste die deutsche Notenbank die Notenpresse anwerfen, um dem Aufwertungsdruck der D-Mark entgegenzuwirken.

**Konrad:** Ja, die Bundesbank müsste große Summen in Fremdwährungen aufkaufen, um die D-Mark-Aufwertung in Grenzen zu halten.

**Die Welt:** Womit Deutschland in eine große Abhängigkeit geraten könnte – wie China heute, das auf riesigen Dollar-Reserven hockt.

**Konrad:** Die Chancen überwiegen. Die Geldschöpfungsgewinne wären gewaltig. Die Währungsreserven könnte man unkonventionell investieren. Zum Beispiel wie ein staatlicher Investitionsfonds Unternehmen, Rohstofflager und Immobilien im Ausland kaufen. Außerdem: Die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung würde steigen, Reisen, Benzin und viele andere Güter würden billiger.

**Die Welt:** Fürchten Sie keinen Währungskrieg, wenn Deutschland mit der Notenpresse auf Beutezug geht?

**Konrad:** Nein, im Gegenteil. Deutschland würde ja nur eine Aufwertung zulassen, die richtig wäre und die innerhalb des Euro nicht möglich ist.

**Die Welt:** Zurück in die Gegenwart: Neben Griechenland werden wohl auch Portugal und Zypern, vielleicht auch Irland bald weitere Rettungspakete benötigen. Kann Deutschland die drohenden Belastungen schultern?

**Konrad:** Das Ausland stilisiert Deutschland zum zögerlichen Hegemon. Das ist eine Fehleinschätzung. In der jüngst veröffentlichten Vermögensstatistik in Europa hat Deutschland weit unterdurchschnittlich abgeschnitten. Die Politik und die Medien haben diese Ergebnisse heruntergespielt. Wir müssen aber akzeptieren: Deutschland ist klein im Verhältnis zur EU. Und Deutschland ist relativ zu seinen Nachbarn in den vergangenen 15 Jahren deutlich ärmer geworden.

**Die Welt:** Also kann Deutschland die Belastungen nicht schultern?

**Konrad:** Deutschland kann die Euro-Zone nicht retten. Wer das glaubt, verweigert sich der Realität. Die EZB kann den augenblicklichen Zustand erhalten, und zwar mit weit geöffnetem Geldhahn und indem sie sich in die Fiskalpolitik einmischt. Aber was steht am Ende? Das Gefälle in der wirtschaftlichen Dynamik innerhalb Europas dürfte sich erheblich verstärken.

**Die Welt:** Was würde das konkret bedeuten?

**Konrad:** Deutschland wird in den nächsten Jahren weiter von der Krise profitieren und einen Zuzug von Fachkräften erleben. So entstehen auf der einen Seite leistungsfähige Zentren in Europa und auf der anderen Seite ganze Gebiete voller Rentner und Transferempfänger. Europa gerät so in eine Mezzogiorno-Situation. Was das bedeutet, kann man seit Jahrzehnten in Italien beobachten. Dort muss der reiche Norden den armen

Süden mit großen Sozialtransfers unterstützen. Gern tut man das nicht einmal innerhalb Italiens. Angesichts dieser Spannungen droht dem Euro das Aus.

**Die Welt:** Wann wird es so weit sein?

**Konrad:** Ein paar Jahre haben wir wohl noch. Ich habe 2010 zu Beginn der Krise gedacht, jetzt ist es schnell vorbei. Aber der Euro hat bis heute überlebt. So ein Prozess kann sich offenbar ganz schön strecken.

**Die Welt:** Die Notenbank hat mit ihrer Ankündigung, zur Rettung des Euro notfalls unbegrenzt Staatsanleihen aufzukaufen, für Ruhe an den Finanzmärkten gesorgt. Im Herbst entscheidet nun das Bundesverfassungsgericht, ob es dem Aufkaufprogramm der EZB Grenzen setzt. Was passiert, wenn das Gericht das tut?

**Konrad:** Erst einmal nichts. Das deutsche Verfassungsgericht kann der EZB nichts vorschreiben – das OMT-Programm bliebe voll intakt. Vielleicht könnte das Gericht der Bundesbank den Kauf von Staatsschuldtiteln verbieten. Dann kann aber die französische Notenbank einspringen und mehr Staatsanleihen kaufen. Deutschland würde dafür trotzdem entsprechend seiner EZB-Anteile genauso mit gut 27 Prozent haften müssen. Allerdings nur, solange der Währungsraum hält.

**Die Welt:** Was würde bei einem Zusammenbruch passieren?

**Konrad:** Dann steht jede Notenbank für das ein, was in ihren eigenen Büchern steht. Die von der EZB verordneten Staatsschuldtitelkäufe der Bundesbank wirken daher wie ein politisches Pfand: Hat die Bundesbank viele Schuldtitel gekauft, wird ein Auseinanderbrechen der Euro-Zone für Deutschland teurer. Entsprechend kann man Deutschland einfacher zu möglichen Hilfsprogrammen überreden. Sollte das Gericht der Bundesbank den Kauf von Staatsschuldtiteln untersagen, zahlt sich das im Fall des Euro-Zusammenbruchs aus, und es verringert auch den Druck, der auf Deutschland ausgeübt werden kann.

**Die Welt:** Ist eine Währungsunion ohne politische Union überhaupt funktionsfähig? Oder würde der Versuch, einen europäischen Superstaat zu errichten, zum Ende Europas führen?

**Konrad:** Eine Währungsunion ohne politische Union kann funktionieren, aber nur wenn Länder mit überschuldeten Staatshaushalten wirklich in die Umschuldung müssen und wenn die Länder eine viel striktere Haushaltsdisziplin einhalten als Staaten ohne Währungsunion. Ich denke da an Staatsschuldenquoten in der Gegend von zehn Prozent der Wirtschaftskraft. Die politische Wirklichkeit sieht ja bekanntlich anders aus. Die andere Alternative ist eine echte politische Union in einem sehr starken und demokratisch legitimierten Zentralstaat in Europa. Aber das ist eine Wunschvorstellung, die mit den politischen Realitäten in Europa nichts zu tun hat.

## Economic history

### What was mercantilism?

Aug 23rd 2013, 8:48 by C.W. | LONDON

81,139

*It is often said that a better understanding of economic history would have helped us to avoid the worst of the recent crisis. Over the next few weeks Free exchange will consider milestones in economic history, showing how they contributed to the development of economic thought.*

MERCANTILISM is one of the great whipping boys in the history of economics. The school, which dominated European thought between the 16th and 18th centuries, is now considered no more than a historical artefact—and no self-respecting economist would describe themselves as mercantilist. The dispatching of mercantilist doctrine is one of the foundation stones of modern economics. Yet its defeat has been less total than an introductory economics course might suggest.

At the heart of mercantilism is the view that maximising net exports is the best route to national prosperity. Boiled to its essence mercantilism is “bullionism”: the idea that the only true measure of a country’s wealth and success was the amount of gold that it had. If one country had more gold than another, it was necessarily better off. This idea had important consequences for economic policy. The best way of ensuring a country’s prosperity was to make few imports and many exports, thereby generating a net inflow of foreign exchange and maximising the country’s gold stocks.

Such ideas were attractive to some governments. Accumulating gold was thought to be necessary for a strong, powerful state. Countries such as Britain implemented policies which were designed to protect its traders and maximise income. The Navigation Acts, which severely restricted the ability of other nations to trade between England and its colonies, were one such example.

And there are some amusing (and possibly apocryphal) stories of bullionism in action. During the Napoleonic Wars, the warring governments made few attempts to prevent their foes from importing food (and thereby starving them). But they did try to make it difficult for their opponent to export goods. Fewer exports would supposedly result in economic chaos as gold supplies dwindled. Ensuring an absence of gold, rather than an absence of grub, was perceived to be the most devastating way to grind down the enemy.

But there is an important distinction between mercantilist practice and mercantilist thought. The opinions of thinkers were often mangled when they were translated into policies. And a [paper](#) by William Grampp, published in 1952, offers a subtler account of mercantilism.

Mr Grampp concedes that mercantilists were keen on foreign trade. One often reads in mercantilist tomes that foreign trade would be more beneficial than would domestic trade. And some of the early mercantilists, like John Hales, were enchanted by the idea of an overflowing treasure chest.

But Mr Grampp argues that, on the whole, we should stop confusing mercantilism and bullionism. Few mercantilists were slaves to the balance of payments. In fact, they were alarmed by the idea of hoarding gold and silver. This is because many mercantilist thinkers were most concerned with maximising employment. Nicholas Barbon—who pioneered the fire insurance industry after the Great Fire of London in 1666—wanted money to be invested, not hoarded. As William Petty—arguably the first “proper” economist—argued, investment would help to improve labour productivity and increase employment. And almost all mercantilists considered ways of bringing more people into the labour force.

Mr Grampp even suggests that Keynesian economics “has an affinity to mercantilist doctrine”, given their shared concern with full employment. Keynes, in a short note to his “General Theory”, approvingly quotes mercantilists, noting that an ample supply of precious metals could be key in maintaining control over domestic interest rates, and therefore to ensuring adequate resource utilisation. In some sense the Keynesian theory of underconsumption—that is, inadequate consumer demand—as a cause of recessions was presaged by

mercantilist contributions. In 1598 Barthélemy de Laffemas, a French thinker, denounced those who opposed the use of expensive silks. He argued that purchasers of luxury goods created a livelihood for the poor, whereas the miser who saved his money “caused them to die in distress”.

Mercantilism is thought to have begun its intellectual eclipse with the publication of Adam Smith’s “Wealth of Nations” in 1776. A simple interpretation of the economic history suggests that Smith’s ruthless advocacy for free markets was squarely opposed to regulation-heavy mercantilist doctrine. But according to research by Lars Magnusson of Uppsala University, Smith’s contribution did not represent such a sharp break. The father of economics was certainly concerned with the effects of some mercantilist policies. He saw the damage that overweening government intervention could do. Smith argued that the East India Company, a quasi-governmental organisation that managed parts of India at the time, was responsible for creating the huge famine in Bengal in 1770. And he hated monopolies, arguing that greedy barons could earn “wages or profit, greatly above their natural rate”. Smith also grumbled that legislators could use mercantilist logic to justify stifling regulation.

But Smith points out circumstances in which government interference is necessary. He was in favour of the Navigation Acts. And in Smith’s lesser-known “Lectures on Jurisprudence”, he outlines other cases where government intervention in trade is useful. Smith was not opposed to regulation per se, but rather instances where individuals and governments could abuse their position of power for personal gain.

Nicholas Phillipson, who recently wrote a biography of Smith, argues that the notion of “free markets” was alien to the father of economics. Smith made it clear that governments would always play a part in making markets—and could not conceive of a market where the government did not play a crucial role. And in this sense, his contribution does not represent such a sharp break from mercantilist thought. The question was not whether, but how much, of a role the state would play.

Though most of the world's rich countries remain committed to free trade today, mercantilist themes are often found in economic policy debates. China and Germany are often envied for their trade surpluses or seen as economic models, and China especially has very deliberately subsidised exports. President Barack Obama has made a doubling of American exports a major policy goal, as part of his plan to help America “win the future”. This zero-sum way of looking at the global economy is less rooted in the national greatness side of mercantilism than in the focus on full employment, at a time when many rich economies are suffering from insufficient demand and high rates of joblessness; it is thoroughly Keynesian, in other words. Early in the recovery some economists gave a veneer of intellectual credibility to this perspective. Paul Krugman, for instance, [wrote](#) of America's 2010 trade agreement with South Korea:

There is a case for freer trade — it may make the world economy more efficient. But it does nothing to increase demand.

And there’s even an argument to the effect that increased trade reduces US employment in the current context; if the jobs we gain are higher value-added per worker, while those we lose are lower value-added, and spending stays the same, that means the same GDP but fewer jobs.

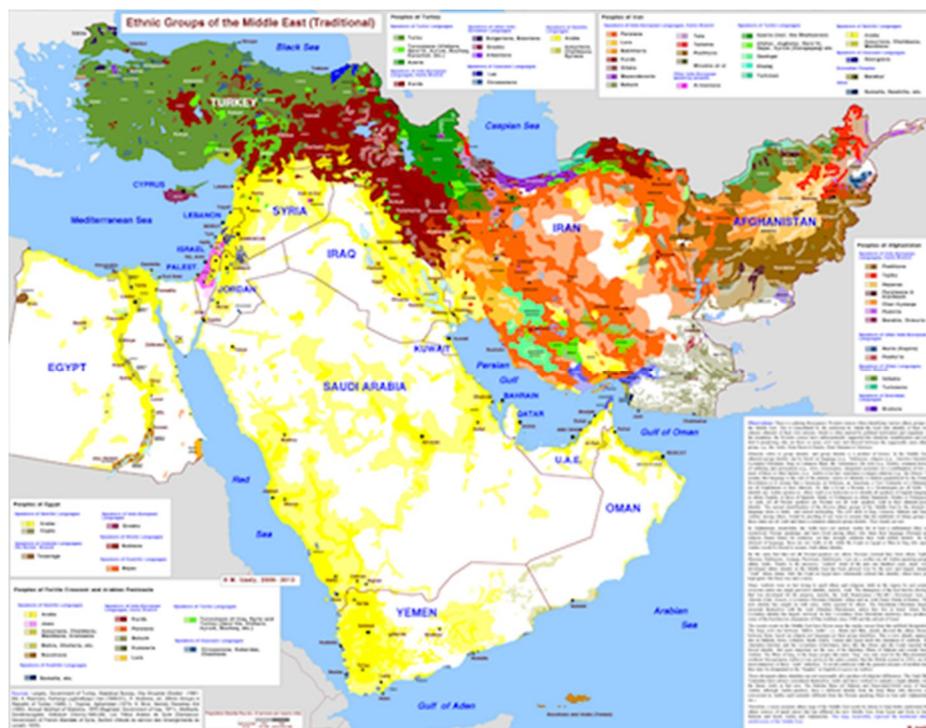
If you want a trade policy that helps employment, it has to be a policy that induces other countries to run bigger deficits or smaller surpluses. A countervailing duty on Chinese exports would be job-creating; a deal with South Korea, not.

But importantly, the case for bullionism as a demand stimulus evaporated with a role for bullion in monetary policy. The introduction of fiat money meant that balance-of-payment goals were unnecessary to maintaining a particular monetary policy stance, since central banks no longer needed an adequate hoard of gold to pump money into the economy. The mercantilist temptation is a strong one, however, especially when growth in the economic pie slows or stops altogether. More than two centuries after Smith's landmark work, economics's foundational debate continues to resonate.

## The Arab Spring has failed because constitutional democracy needs nation-states

By [Daniel Hannan](#) [Politics](#) Last updated: August 23rd, 2013

81,141



An ethnographic map of the Middle East

From Saturday's Daily Telegraph:

Car bombs blasted through another Arab city yesterday, killing 27 people and injuring more than 350. This time, it was Tripoli's turn. Not the Libyan capital, but the ancient Phoenician settlement in northern Lebanon – though, with the violence so widespread, it's hard to keep up. The past week has seen car bombs in Amara, Baghdad, [Beirut](#), Cairo, Damascus, Iskanadariyah and Nasiriyah, to say nothing of the gas attacks in the Syrian capital, the grisly murder of Egyptian police officers in Sinai or the [seizure](#) of Libya's eastern oil fields by rebel groups.

No one talks of an Arab Spring any more. Shakespeare, as I never tire of pointing out, has apt words for every human situation:

*The spring, the summer,  
The childing autumn, angry winter, change  
Their wonted liveries, and the mazed world,  
By their increase, now knows not which is which:  
And this same progeny of evils comes  
From our debate, from our dissension*

What is happening to the region, so recently optimistic? Some worldly types will tell you that there is no such thing as a successful Muslim democracy, but this is demonstrably untrue. Full-scale liberal democracy is rare outside Europe and the Anglosphere but, by global standards, Islamic countries do well enough. To pluck examples from opposite ends of the ummah, Albania and Malaysia have both held free elections in recent months without anyone being exiled or shot.

No, there a more local explanation, its roots stretching back a century. A couple of months ago, the London Review of Books carried a penetrating article on the Syrian insurrection by the veteran correspondent Patrick Cockburn entitled '[Is it the end of Sykes-Picot?](#)' The 1916 Sykes-Picot Agreement was an accord between the British and French governments (with a minor role for their Tsarist Russian ally) on how to dismember the Ottoman Empire against which they were then at war. It is forgotten in the countries that authored it, but keenly remembered in those it created.

Sykes and Picot – representing, respectively, the British and French governments – carved up the eastern part of the Ottoman lands more or less arbitrarily. Ever wondered why the borders of Jordan, Iraq and Syria are made up of so many straight lines? When the Foreign Secretary, Lord Balfour, asked him how he planned to demarcate the French and British zones, Sykes ‘sliced his finger across the map that lay before them on the table. “I should like to draw a line from the “e” in Acre to the last “k” in Kirkuk,” he said.’

The resulting states were wholly synthetic, lacking ethnic or religious identity. Iraq exists in its present form largely because, in order to yoke the oil-rich Ottoman provinces of Mosul and Basra together, the British Government had to include Baghdad. Along with Jordan, it was placed under an imported monarch, a son of the Sharif of Mecca.

The Sykes-Picot accord created governments where there were no nations. People were capriciously sundered from their co-religionists, and demographic maps resembled fruit salads (see image above). Lebanon, where no single group constituted a majority, has suffered a series of sectarian wars ever since. In Syria and Iraq, minority groups exercised dictatorial rule over the majorities. Even Egypt, the country with the longest period of continuous identity within something approximating its present borders, was keen to amalgamate with neighbours – an aspiration recalled in the red-white-and-black flags common to several of them.

Freedom under the rule of law is almost unknown outside nation-states. The Ottoman Empire, like its Habsburg and Romanov neighbours, had held together because it had no pretensions to democracy. But constitutional liberty requires a measure of patriotism, meaning a readiness to accept your countrymen’s disagreeable decisions, to abide by election results when you lose, to pay taxes to support strangers.

To put it another way, democracy functions best within units where people feel that they have enough in common with one another to accept government from each other’s hands. Take the *demos* out of democracy, and you are left with the *kratos*: the power of a state that must compel what it cannot ask in the name of civil loyalty.

In the absence of nation-states, cross-border affinities magnify, which is why the Syrian conflict risks becoming a regional Sunni-Shia war.

‘If the Syrian opposition is victorious,’ said Iraq’s prime minister earlier this year, ‘there will be a civil war in Lebanon, divisions in Jordan, and a sectarian war in Iraq.’ It has already begun: the blasts outside the Sunni mosques in Tripoli yesterday – following blasts in a Shia area of Beirut earlier thisweek – were the grim starting gun.

If sectarian loyalties are strong, loyalties *within* states are conversely weak. Neither side in Egypt evinces the slightest understanding of compromise, let alone of power-sharing. Political rivals are treated as enemies, not as co-citizens. The junta is rounding up members of the Muslim Brotherhood under martial law. Several opposition activists have died in custody, and there are credible reports that their children are being targeted. It’s a similar story in Iraq and Syria. ‘Here’s the smell of the blood still; all the perfumes of Arabia will not sweeten this little hand.’

Of all the post-Ottoman states, only Turkey made a success of democracy. The founders of the republic set out to purge the ramshackle excrescences of supra-nationalism, abolishing the Caliphate and replacing Persian and Arabic-derived words in their language with Turkish neologisms, adapted by lexicographers from the speech of the Turkic nomads of Central Asia. A brutal war with Greece led to population exchanges and the birth, for the first time, of a consciously Turkish national entity.

There was a downside: minorities felt excluded, and there was sporadic unrest in Kurdish areas – though the present Turkish government has, to its credit, done much to soothe that dispute. Still, the point holds: Turkey, being a nation-state, was able to sustain a meaningful, if sometimes flawed, rule of law.

How can more heterogeneous places replicate Turkey's success? Border adjustments could help, though the population of the Middle East is too intermingled to make ethnographic frontiers feasible everywhere. But devolution can make a difference. Internal self-rule has brought Iraqi Kurds a measure of happiness and prosperity previously unknown. Syria's Kurds have taken advantage of the fighting to establish a similar autonomy, though their leaders insist they have no desire to secede. Perhaps cantonalism – self-governing units for Maronites, Druze, Alawites, Syriacs and so on – might facilitate an eventual transition to democratic pluralism.

Sadly, we are nowhere near such an outcome, and it is hard to see anything that the West might do to help. If a decade of occupation and hundreds of thousands of soldiers failed to pacify Iraq, how can we realistically hope to stabilise Syria or Egypt?

The days when we could draw lines on maps are gone. Events are beyond our control – though this doesn't mean we should make unforced errors, as when we held back from immediately condemning the coup in Egypt. I wish I had a solution, but the prospects of the region are so dark that, as usual, it takes our national poet to do them justice:

*Peace shall go sleep with Turks and infidels,  
And in this seat of peace tumultuous wars  
Shall kin with kin and kind with kind confound;  
Disorder, horror, fear and mutiny  
Shall here inhabit, and this land be call'd  
The field of Golgotha and dead men's skulls.*

## Bevormundung

### EU wird zur Sowjetunion mit menschlichem Antlitz

**Aus der europäischen Idee ist eine totalitäre Ideologie mit einem gefährlichen Hang zur umfassenden Bevormundung von allem und jedem geworden. Es gibt viele Gründe, besorgt und pessimistisch zu sein.**  
Von Henryk M. Broder

Es liegt was in der Luft. Der Wind raschelt in den Baumkronen, die Frettchen verziehen sich in ihre Bettchen und die Menschen schauen besorgt zum Himmel, obwohl die Meteorologen für die kommenden Tage Entwarnung gegeben haben. Es ist die Ruhe vor dem Sturm. Der Wahlkampf kommt langsam in die Gänge, es geht um soziale Gerechtigkeit, Umfairteilung, Lebensmittelkontrollen, Kita-Plätze für alle Kinder, den Schutz der Privatsphäre vor dem elektronischen Datenklau.

Ein Thema freilich kommt kaum zu Sprache: Europa. Es wird weitgehend beschwiegen, obwohl die letzte Euro-Krise gerade ein paar Wochen alt ist und sich die Zeichen mehren, dass demnächst ein neues, Milliarden schweres "Hilfspaket" für Griechenland geschnürt werden muss. Das freilich, ebenso wie die vorausgegangenen Hilfspakete, nicht den Not leidenden Griechen zugute kommen wird, sondern den Banken, die den Griechen Kredite gegeben haben und in eine Schieflage geraten sind.

Bis auf die "[Alternative für Deutschland](http://www.welt.de/themen/alternative-fuer-deutschland/)" (Link: <http://www.welt.de/themen/alternative-fuer-deutschland/>) machen alle Parteien einen Bogen um "Europa", obwohl sich alle in ihren Programmen zu "Europa" bekennen - zur europäischen Integration mit dem Ziel, eines Tages die "Vereinigten Staaten von Europa" ausrufen zu können, als politischen Gegenpol und ökonomisches Gegengewicht zu den "Vereinigten Staaten von Amerika".

## Stillhalteabkommen zwischen den Parteien

Der Slogan "Mehr Europa wagen" war vor einem Jahr noch in aller Munde. Warum also hören wir derzeit nichts von den grandiosen Zukunftsplänen, die unser Leben von Grund auf verändern sollen? Warum besucht die Kanzlerin ein ehemaliges Konzentrationslager, um dort über die Schrecken der Vergangenheit zu sprechen? Und warum lesen führende Sozialdemokraten – Gabriel, Steinbrück, Steinmeier – bei einem Straßenfest Kindern die Geschichte von den Bremer Stadtmusikanten vor? Weil sie von dem Satz "Etwas Besseres als den Tod findest du überall" so angetan sind, als wäre es ihre eigene Perspektive für die Zeit nach den kommenden Wahlen?

Ich glaube nicht an Verschwörungstheorien, nicht einmal an Verabredungen im politischen Geschäft, wo jeder sich selbst der Nächste ist. Aber in diesem Fall könnte man tatsächlich vermuten, es gäbe so etwas wie ein Stillhalteabkommen zwischen den Parteien: Sagst du nichts, sage ich auch nichts. Denn wer zuerst etwas sagt oder sich bewegt, setzt eine Lawine in Bewegung.

Schließlich hat die [Kanzlerin](http://www.welt.de/13590387) (Link: <http://www.welt.de/13590387>) in den vergangenen Monaten immer wieder erklärt: "Scheitert der Euro, dann scheitert Europa!" War es nur eine taktische Drohgebärde, um ihre Politik der Alternativlosigkeit durchzusetzen, oder hängt das Überleben Europas tatsächlich vom Fortbestand des Euro ab? Immerhin hat es Europa schon gegeben, bevor der Euro 2002 eingeführt wurde. Sollte der Euro eines Tages wieder abgeschafft werden, denn nichts währt ewig, wird es Europa weiter geben, wenn auch in einer anderen Form als von den Brüsseler Eurokraten anvisiert.

## Einflussloses EU-Parlament

Mir ist klar, dass ich mich mit solchen Sätzen bereits als "Europakritiker", "Europaskeptiker", wenn nicht gar als "Europagegner" geoutet habe. Der Glaube an Europa ist zu einer Art weltlicher Religion geworden, deren erstes Gebot lautet: "Du sollst alles hinnehmen, was in Brüssel verkündet wird!" Wer es nicht tut, der gilt als Häretiker. Er wird nicht, wie zur Zeit der Inquisition, den Flammen übergeben, sondern schlimmstenfalls zu "hart aber fair" eingeladen, wo ihm klar gemacht wird, sollte Europa den Bach runter gehen, dann seien daran die Kritiker schuld, die Europa kaputtgeschrieben hätten.

So funktionieren alle totalitären Systeme. Sie treten mit dem Vorsatz an, die Menschen zu beglücken; und wenn diese eine andere Vorstellung von Glück haben als diejenigen, die ihnen zum Glück verhelfen wollen, dann muss nachgeholfen werden, bis auch der letzte Skeptiker begreift, dass er besser mit als gegen den Strom schwimmen sollte.

Die EU ist auf dem besten Wege, zu einer Sowjetunion mit menschlichem Antlitz zu werden. Natürlich ohne Arbeitslager, ohne Folter und ohne Mangel an Konsumgütern. Allerdings mit einer "Gewaltenteilung", die den Begriff verspottet. Das EU-Parlament hat weitgehend eine dekorative Funktion, es verabschiedet vor allem Resolutionen. Die Macht liegt bei der Kommission, die als Legislative und Exekutive agiert, ein Novum in der Geschichte "demokratischer" Institutionen, die sich gegenseitig überwachen und kontrollieren sollten.

## **Brüsseler Regulierungswahn**

28 Volkskommissare, deren Kompetenzen nicht klar definiert sind, die sich zum Teil überschneiden und zum Teil widersprechen – der eine Kommissar fördert den Tabakanbau, der andere finanziert Aufklärungskampagnen über die Gefahren des Tabakkonsums – sind damit beschäftigt, das Leben von 500 Millionen Europäern zu reglementieren. Von Lappland bis Kalabrien, von den Masuren bis zur Algarve sollen die Menschen die gleichen Glühbirnen benutzen. Sie sollen, unabhängig von der Lage im jeweiligen Land, Strom und Wasser sparen, ihre Autos in gleichen Zeitabständen zum TÜV bringen und vor dem Einkaufen die "EU-Leitlinien für die Etikettierung" von Produkten auswendig lernen.

Der Regulierungswahn der Eurokraten dient nicht der Verbesserung der Lebensqualität; er hält nur einen Apparat in Schwung, der sich zu einem Staat über den Staaten entwickelt hat: 28 Volkskommissare, 754 Abgeordnete und fast 50.000 Beamte und Angestellte, die sich ständig etwas Neues einfallen lassen, um ihre Existenz zu rechtfertigen, zum Beispiel eine Regelung, wonach für zuckerfreien Kaugummi, der zur "Erhaltung der Zahnmineralisierung" beiträgt, nur mit dem Zusatz geworben werden darf, "dass sich die positive Wirkung bei mindestens 20-minütigem Kauen nach dem Essen oder Trinken einstellt".

Während also die Lebensbedingungen in Europa homogenisiert werden sollen, wollen die Europäer lieber diversifizieren. Die Eurokraten rühren einen Eintopf an, derweil Europa sich in einen Fleckenteppich verwandelt. Sogar kleine Ethnien, wie die Kosovaren, die Mazedonier und die Montenegriner, streben die Unabhängigkeit an. Haben im Jahre 1988, also kurz vor der Zeitenwende, 33 Nationen bzw. Landesverbände an der Qualifikation zur Fußball-Europameisterschaft teilgenommen, so waren es 2012 bereits 53, darunter solche Exoten wie Moldawien und die Faröer.

Und es gibt nichts, das dagegen sprechen würde. Der Versuch, Unterschiede einzuebnen, führt zwangsläufig zum Gegenteil. Es gibt keine europäische Nation, keine europäische Identität und kein europäisches Narrativ. Keine europäische Außenpolitik und kein Europa-Gefühl, das zu mehr taugt, als sich von den USA abzugrenzen. Europa ist bestenfalls eine [Freihandelszone](http://www.welt.de/117914587) (Link: <http://www.welt.de/117914587>), ein Binnenmarkt mit offenen Grenzen. Das sollte genug sein.

*Henryk M. Broders neues Buch "Die letzten Tage Europas" ist ab dem 26. August 2013 im Buchhandel erhältlich. Sonntag lesen Sie auf [welt.de](http://www.welt.de), wie Henryk Broder Europa für sich entdeckte.*

## Studentenfilm

### Mercedes-Werbespot mit Hitler verärgert Daimler

Keinen Spaß versteht man bei Daimler, wenn es um die eigenen Nobelkarossen und Hitler geht. Studenten der Filmakademie Baden-Württemberg haben mit einem provokanten Video Unmut ausgelöst.

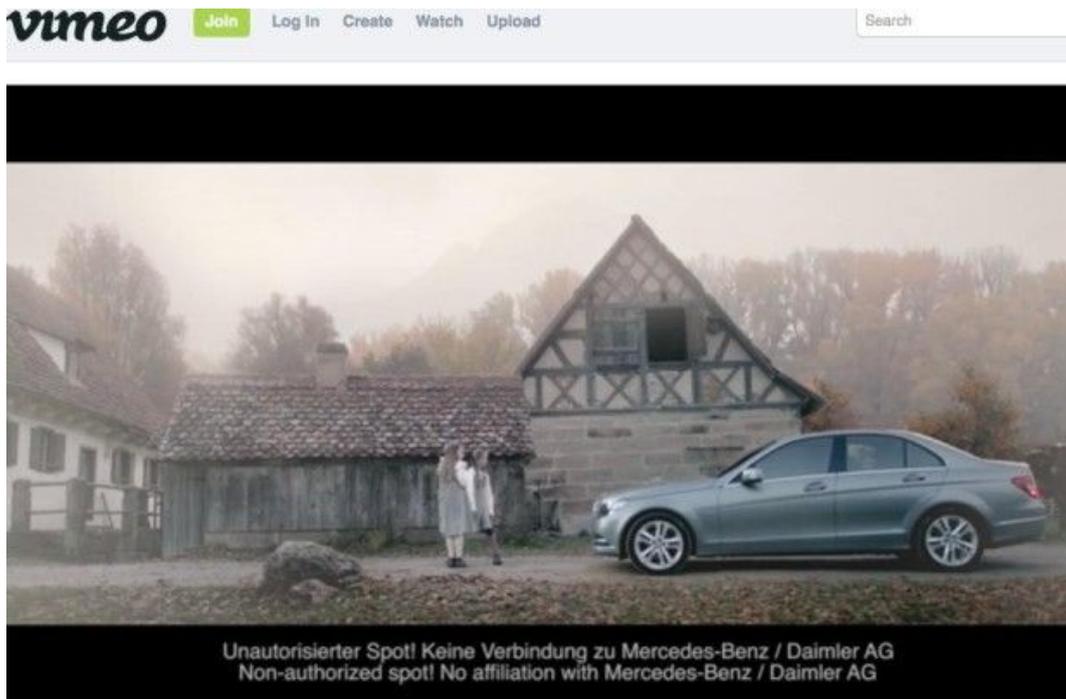


Foto: Vimeo Screenshot eines Videos Daimler Hitler Studenten Filmakademie

Studenten der Filmakademie Baden-Württemberg haben einen [bitterbösen Werbespot](http://dpaq.de/YReOT) (Link: <http://dpaq.de/YReOT>) mit einem Mercedes gedreht – und damit den Unmut des Autobauers auf sich gezogen.

In dem Video erkennt das Auto dank seines Fahrerassistenzsystems Gefahren, schon "bevor sie entstehen". Gezeigt wird, wie der Mercedes automatisch vor zwei spielenden jungen Mädchen bremsst. Sie bleiben unversehrt. Anschließend fährt der Wagen auf einen Jungen zu, den jungen Adolf Hitler – und tötet ihn kurzerhand.

Die Macher mussten auf Wunsch des Autobauers aus Stuttgart nach eigenen Angaben nachträglich Hinweise einfügen, dass [Daimler](http://www.welt.de/boerse/aktien/Daimler-AG-DE0007100000.html) (Link: <http://www.welt.de/boerse/aktien/Daimler-AG-DE0007100000.html>) mit dem Spot nichts zutun hat. Daimler war zunächst nicht für eine Stellungnahme zu erreichen. Pikanter Nebenaspekt: Der umstrittene Werbespot ist für den Deutschen Nachwuchspreis First Steps nominiert, den Mercedes-Benz unterstützt.

## Zweispältige Reaktionen im Netz

Im Netz löste der Videoclip zwiespältige Reaktionen aus: Nutzer der [Videoplattform Vimeo](http://vimeo.com/72718945) (Link: <http://vimeo.com/72718945>), auf der die Parodie auf einen Werbefilm zu sehen ist, bezeichnen ihn als "nicht witzig" und sprechen von "deutlicher Kaltschnäuzigkeit". Andere wiederum loben den Film als "geniales Stück" oder schlichtweg "großartig".

## Nach der Finanzkrise

### Brauchen wir ein neues Geldsystem?

17.08.2013 · Es ist viel zu viel Geld im Umlauf. Weil die Banken es aus dem Nichts schöpfen. Und die Staaten nicht genug davon kriegen können. Höchste Zeit, grundsätzlich neu zu denken.

Von [Christian Siedenbiedel](#)

81,147



© Getty Images/Tetra images RF

Die Ängste sind etwas diffus - aber sie sind verbreitet. Was ist, wenn auf die Bankenkrise und die Staatsschuldenkrise eine dritte große Krise folgt: die Krise des Geldes? Wenn die Menschen nach dem Vertrauen in die Banken und die unbegrenzte Kreditwürdigkeit der Staaten nun den Glauben an das Geldsystem selbst verlieren? Thomas Mayer, der frühere Chefvolkswirt der Deutschen Bank, hatte das zum Jahresbeginn in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung zumindest als Möglichkeit in den Raum gestellt. Und gleich eine ganze Reihe von Büchern, die in diesem Jahr erschienen sind, warnen vor dem „Ende des Scheins“ und mahnen, unser Geldsystem müsse dringend reformiert werden.

Wo ist dabei das Problem? Wo lauern möglicherweise Gefahren, die man im Moment noch nicht so spürt? Wie das Bankgeschäft, so basiert auch das Geld auf dem Vertrauen der Menschen. Wenn zu viel Geld geschaffen wird, kann das Vertrauen schwinden. Im Augenblick ist das zwar noch nicht der Fall. Aber Kritiker warnen, man solle es nicht darauf ankommen lassen - und lieber über eine Reform oder zumindest Ergänzung des Geldsystems nachdenken.

Zwei gegensätzliche Ängste spielen in dieser Debatte eine Rolle: Die eine ist, dass den Notenbanken die Steuerung und Kontrolle über das Geld entgleiten könnte. Dass sie also zu wenig Einfluss auf die Geldmenge haben. Die andere, gegenteilige ist, dass gerade die Macht der Notenbanken zur Gefahr werden kann - wenn sie für politische Zwecke missbraucht wird.

## Geld sind heutzutage nicht nur Scheine und Münzen

Um tiefer in die Diskussion einzusteigen, muss man sich zunächst einmal mit einer ganz grundlegenden Frage beschäftigen, die nicht so trivial ist, wie sie scheint: Wie kommt das Geld überhaupt in die Welt? Wie geschieht die Geldschöpfung im gegenwärtigen System? Es ist nämlich nicht so, dass ausschließlich die Notenbanken das Geld in die Welt bringen. Für Laien ist die Vorstellung oft verblüffend, dass auch Geschäftsbanken Geld schöpfen können. Zumindest nach der vorherrschenden Auffassung der Geldtheorie ist dies jedoch möglich - und passiert auch im Prozess der Kreditgewährung.

Es sind die Banken, die einen Großteil unseres Geldes schaffen. Und zwar große Geschäftsbanken wie die Deutsche Bank und die Commerzbank genauso wie kleine Volksbanken und Sparkassen. Und das funktioniert so: Zwar können die Banken weder Geldscheine drucken noch Münzen prägen. Das dürfen im Euroraum nur die Europäische Zentralbank und die nationalen Notenbanken.

Die Geldschöpfung der Banken ist aber von anderer Natur als die der Notenbanken. Geld, das sind heutzutage schließlich nicht nur Scheine und Münzen. Auch was irgendwo auf Konten schlummert, ist echtes Geld. Wenn Zahlen von einem Konto auf ein anderes wandern, fließt Geld. Man kann dafür Dinge kaufen und es sich auszahlen lassen.

Dieser elektronische Teil des Geldes ist mittlerweile sogar der größere Teil: In Europa gibt es eine sogenannte zahlungsfähige Geldmenge (Fachleute nennen sie „M1“) von etwa 5,2 Billionen Euro. Darin enthalten sind 879 Milliarden Euro Bargeld in Scheinen und Münzen. Der unvorstellbar große Rest ist nur auf Konten existent, die „Sichteinlagen“. Dieses Geld wird überwiegend von den Banken geschaffen.

## Geld entsteht, wenn eine Bank einem Kunden einen Kredit gewährt

Das passiert, indem sie Kredite vergeben. Unser Geld ist heute überwiegend Kreditgeld. Das meiste entsteht nicht mehr durch die Bearbeitung von Edelmetallen wie noch in früheren Jahrhunderten. Aristoteles und Platon philosophierten zu ihrer Zeit noch darüber, ob der Wert des Geldes durch den Metallwert der Münzen („physis“) entstehe oder durch den Nennwert, den der Staat qua Erlass festlegt („nomos“). Heute entsteht Geld durch Verschuldung. Was ist auch Papiergeld anderes als eine Art Schuldschein der ausgebenden Stelle, der von dem Vertrauen lebt, dass er jederzeit weiterzugeben ist? Bei dem Geld, das die Banken schaffen, dem sogenannten „Buchgeld“ oder „Giralgeld“, ist es nicht viel anders.

Dieses Geld entsteht, wenn eine Bank einem Kunden einen Kredit gewährt und den Betrag auf dessen Konto gutschreibt. Der Kunde kann den Betrag wie Geld weiterverwenden. Eigentlich handelt es sich zwar technisch nur um eine Forderung, die auf Bargeld lautet. Er kann den Betrag aber an andere überweisen, ihn mit der EC-Karte zum Shoppen nutzen oder am Automaten bar abheben. „Aus der Sicht des Einlegers sind Sichteinlagen ‚wie Geld‘“, sagt der Ökonom Martin Hellwig. „Aus Sicht der Banken sind sie Schuldtitel.“ Um einem Kunden einen Kredit zu gewähren, braucht die Bank noch nicht einmal die Spareinlage eines anderen Kunden aus ihrem Tresor zu holen.

Allerdings: Die Bank muss im Gegenzug für die Einlage, die sie dem Kunden gutschreibt, Geld bei der Zentralbank deponieren: die Mindestreserve. Sie ist viel kleiner als Einlage und Kredit. Lange Zeit betrug der Mindestreservesatz zwei Prozent. Anfang 2012 wurde er auf ein Prozent gesenkt. Eine Bank, die einem Kunden einen Kredit über 10.000 Euro gewähren und als Einlage gutschreiben will, braucht also 100 Euro Mindestreserve.

Wenn das geborgte Geld früher oder später als Einlage bei einer anderen Bank landet, kann diese noch mehr Kredit vergeben: Das Bankensystem als Ganzes schafft so ein Vielfaches von dem Geld, das am Anfang stand. Ökonomen nennen das „multiple Geldschöpfung“.



Reicher wird die Bank durch die Geldschöpfung allerdings nicht automatisch: In der Bilanz steht der Sichtverbindlichkeit gegen den Kreditnehmer eine Forderung auf Rückzahlung des Kredits in gleicher Höhe gegenüber. Reicher wird die Bank erst, wenn sie für den Kredit später Zinsen bekommt und er nicht ausfällt. Das Geldsystem, bei dem die Banken einen Teil ihrer Einlagen als Mindest- und Barreserven halten müssen, nennt man „fraktionales“ (unvollständiges) Reservesystem. An diesem System nun entzündet sich die Kritik der Mahner.

Dabei spielen die Erfahrungen aus der Finanzkrise eine Rolle. War es nicht die übermäßige Verschuldung der Privaten, der amerikanischen Hausbesitzer, vor allem aber der Banken, die uns in die Finanzkrise geführt hat? Wie stabil kann da ein Geldsystem sein, das auf einer Geldschöpfung der Banken durch Kredite beruht? Und ihnen somit einen Einfluss auf die Geldmenge gewährt?

Seit der Krise erlebt daher die Idee des sogenannten Vollgeldes eine Renaissance. Der Kern der Idee: Um das Finanzsystem stabil und sicher zu machen, soll der Staat den Banken verbieten, im Zuge ihrer Kreditvergabe neues Geld in Umlauf zu bringen. Dazu könnte der Staat die Banken zwingen, für alle kurzfristigen Einlagen eine Mindestreserve von 100 Prozent zu halten - oder überhaupt nur der Zentralbank erlauben, Geld zu schöpfen und weiterzugeben.

In der Schweiz will der Verein „Monetäre Modernisierung“ um den Ökonomen [Hans Christoph Binswanger](#), den Doktorvater des früheren Deutsche-Bank-Chefs Josef Ackermann, eine Volksabstimmung über die Einführung eines solchen Modells durchsetzen. Und in Deutschland fordert eine Initiative namens „Monetative“ um den Wirtschaftssoziologen Joseph Huber von der Universität Halle ebenfalls: „Alles Geld soll ausschließlich von einer unabhängigen öffentlichen Stelle geschöpft werden - der Zentralbank.“ Es sei wichtig, die „Geldmengenkontrolle wiederzuerlangen“, meint Huber: „Sonst produzieren die Banken so lange Geld, bis das System zusammenbricht.“

## **Sollte die Zentralbank mehr oder weniger Macht und Kontrolle über die Geldschöpfung haben?**

Die Auswirkungen einer solchen Umstellung des Geldsystems wären zweifellos gravierend. Auf der einen Seite ist nicht zu leugnen, dass für Bankkunden die Einlagen sicherer würden, wenn die Bank sie zu 100 Prozent bei der Zentralbank deponieren müsste. Selbst der Fall, dass alle Kunden einer Bank gleichzeitig ihre Girokonten plündern wollten, verlöre seinen Schrecken. Es ist auch nicht zu bestreiten, dass die Notenbank mehr Einfluss auf die Geldmenge hätte. „Wenn niemand anders als die Notenbank Geld schöpfen darf, kann sie die Geldmenge eins zu eins kontrollieren“, sagt Helge Peukert, Finanzwissenschaftler an der Universität Erfurt.

Die Befürworter des Vollgeldes führen als einen wichtigen Vorteil an, dass man die störenden Zyklen, in denen Geld geschöpft werde, dadurch stärker ausgleichen könnte. Das hätte auch Auswirkungen auf die Konjunkturzyklen insgesamt. Man könnte vermeiden, dass die Banken in guten Zeiten übertrieben viel Geld schöpfen, weil sie bei der Kreditvergabe sehr optimistisch sind, und in schlechten Zeiten zu wenig, weil sie zu ängstlich sind. Die Vollgeld-Befürworter meinen, so könne man spekulative Blasen vermeiden - eine Ursache von Finanzkrisen.

Allerdings muss man auch sagen, was der Preis dafür ist. „Bei 100 Prozent Mindestreserve stellt sich die Frage, warum Banken überhaupt noch Sichteinlagen annehmen sollten“, sagt der Frankfurter Wirtschaftsprofessor Volker Wieland. Was sollten sie daran verdienen, wenn sie die kompletten kurzfristigen Einlagen als Reserve bei der Notenbank abliefern müssen? Eine Idee ist, dass die Bankkunden dann eine Gebühr dafür entrichten könnten, dass sie ihr Geld bei der Bank abliefern dürfen, wie bei einem Schließfach. Aber ob die Bankkunden das mitmachen würden?

Ganz grundsätzlich stellt sich die Frage, ob es überhaupt eine gute Lösung ist, der Zentralbank auf diese Weise mehr Macht und Kontrolle über die Geldschöpfung zu geben. So verbreitet schließlich seit der Finanzkrise das Misstrauen gegenüber den privaten Banken ist, so verbreitet sind auch Sorgen, die Notenbanken könnten zu viel Geld in Umlauf bringen.

Es gibt deshalb auch Reformvorschläge für unser Geldsystem, die die Macht der Notenbank begrenzen wollen. Den Extremvorschlag hatte einst Friedrich August von Hayek gemacht: Der österreichische Ökonom forderte, bei der Geldschöpfung ganz auf den Markt zu setzen. Private Banken sollten in Konkurrenz zueinander privates Geld schaffen, dessen Wert sie an einen Warenkorb mit Rohstoffen binden sollten. Wenn die Leute sich aussuchen könnten, welches Geld sie verwenden, würde sich im Wettbewerb die Nachfrage sicherlich den wertstabilsten Währungen zuwenden.

## **Die Rückkehr zu einem System der Golddeckung des Geldes scheint illusorisch**

Nun stehen im Augenblick die Banken nicht hoch im Kurs. Und Vorschläge, ihnen noch mehr Macht in der Geldschöpfung zu geben, dürften deshalb auf wenig Zustimmung stoßen. Reformvorschläge, die heute die Macht der Notenbanken begrenzen wollen, konzentrieren sich daher meistens darauf, den Notenbanken strengere Regeln für die Geldschöpfung vorzugeben. Die Idee dahinter: Es kann ein Problem sein, wenn die Notenbanken zu frei sind, Geld zu schaffen. Sie könnten es übertreiben. Politiker nehmen vielleicht Einfluss und wollen ihre politischen Projekte durch die Schöpfung von zusätzlichem Geld finanzieren.

Der spanische Ökonom [Jesús Huerta de Soto](#) von der Universität in Madrid beispielsweise, wie Hayek ein Vertreter der Österreichischen Schule, die eine liberale Wirtschaftspolitik propagiert, hat vorgeschlagen, den Wert des Geldes wieder ans Gold zu binden. Er hält es wie die Anhänger des Vollgeldes für richtig, wenn die Banken gezwungen werden, für ihre Einlagen 100 Prozent Mindestreserve zu halten. Daneben solle aber der Wert des Geldes wieder ans Gold gebunden werden, damit die Politiker keinen Zugriff mehr auf die Notenpresse der Zentralbank haben und ihre vermeintlichen Wohltaten nicht mehr über Inflation finanzieren können. Auch der frühere Präsident der Weltbank Robert Zoellick hat vorgeschlagen, wieder eine modifizierte Form der Goldbindung einzuführen.

In der Bevölkerung würde es sicher besonders begrüßt werden, wenn nicht nur der Wert des Geldes wieder ans Gold gebunden würde, wie das im Währungssystem von Bretton Woods bis Anfang der siebziger Jahre für den Dollar der Fall war, sondern wenn es eine Golddeckung des Geldes bei der Notenbank wie vor dem Ersten Weltkrieg gäbe und man Geldscheine gegen Gold eintauschen könnte. Als im vorigen Jahr in Deutschland darüber diskutiert wurde, wie sicher das im Ausland gelagerte Gold der Bundesbank ist, gab es ein erhebliches öffentliches Interesse an der Debatte. Und das, obwohl es in unserem Geldsystem gar nicht möglich ist, Geldscheine gegen Gold bei der Notenbank einzutauschen.

## **Zweifel am Sinn der Goldbindung**

Es wäre sicher nicht unmöglich, das wiedereinzuführen. Die meisten Ökonomen haben allerdings große Zweifel, ob es sinnvoll wäre. Wenn man eine direkte Eintauschmöglichkeit schaffen wollte, benötigte man unglaublich große Mengen von Gold, eine viel geringere Geldmenge - oder völlig andere Goldpreise als heute. Schon im Kaiserreich war das umlaufende Papiergeld nicht mehr vollständig durch Gold gedeckt, sondern nur zu einem Drittel. Die Rückkehr zu so einem System scheint illusorisch.

Einfacher wäre es sicherlich, den Wert des Geldes an den Goldpreis zu koppeln. In Amerika ließen die Republikaner um Mitt Romney eine Kommission einrichten, die das prüfen sollte. Auch Ronald Reagan hatte mal einen Vorstoß in diese Richtung unternommen - man kam aber zu dem Ergebnis, das bringe keine Vorteile. Wenn man das machte, benötigte man wohl ein Weltfinanzsystem mit festen Wechselkursen. Eine solche Bindung verhindert, dass Politiker und Notenbanken in einem einzelnen Land bewusst Inflation herbeiführen können ("goldene Fessel").

Dafür wird die Notenbank machtlos, wenn Inflation aus einem anderen Land herüberschwappt. Außerdem hat sie in Krisenzeiten kaum Möglichkeiten, den Banken ihres Landes mit zusätzlichem Geld unter die Arme zu greifen - das wirkte in den dreißiger Jahren krisenverschärfend. „Ich hätte nicht erleben wollen, wie die Zeit nach Lehman verlaufen wäre, wenn wir eine Goldbindung gehabt hätten“, sagt Peter Spahn, Wirtschaftsprofessor an der Universität Stuttgart-Hohenheim. Die physische Begrenztheit der Geldschöpfung kann in bestimmten Zeiten ein Segen sein - in anderen aber ein Fluch.

# Bitcoins, das Geld aus dem Internet

Ein bisschen ähnlich wie ein Geldsystem mit Goldbindung funktioniert das Internetgeld. Bitcoins sind eine Art Recheneinheit, die man bei bestimmten Unternehmen im Internet zum Zahlen verwenden kann. [Die Bundesregierung hat sie jetzt gerade offiziell als „privates Geld“ anerkannt.](#)

Der Witz dabei ist: Die Währung wird nicht von einer zentralen Stelle geschöpft, einer Art Notenbank, sondern ihre Entstehung ist an die Lösung bestimmter Computerrätsel ohne weiteren Nutzen geknüpft, die sich nur mit großen Rechenkapazitäten bewältigen lassen.

## Ein Unbehagen mit dem aktuellen Geldsystem bleibt

Das Ganze ist so konstruiert, dass die Menge an Bitcoins sich nur langsam ausweitet und es eine absolute Obergrenze gibt. Wer die Bitcoins schöpft („mining“ nennen das die Internetleute, also „fördern“ wie Gold im Bergbau), kann den Gewinn daraus vereinnahmen, die „Seigniorage“. Für den Gebrauch der Bitcoins jedoch ist nur entscheidend, dass sie knapp sind, also nicht beliebig vermehrbar, dass man sie zu einem Kurs gegen Euro, Dollar oder Yen erwerben kann, der von Angebot und Nachfrage abhängt, und dass es Stellen gibt, die sie wie Geld akzeptieren.

Allerdings: An den Bitcoins lassen sich Probleme beobachten, wie es sie bei ähnlich konstruierten Geldsystemen auch außerhalb des Internets gibt. Das eine ist die Anonymität. Weil man Bitcoins weitgehend namenlos verwenden kann, ergaben sich ähnliche Phänomene wie beim Bargeld: Sie wurden für allerhand illegale Geschäfte eingesetzt. Auch Bargeld wird schließlich von vielen Ganoven lieber genommen als eine Überweisung, weil sich sein Weg schwerer nachvollziehen lässt.

Außerdem schwankt der Wert der Bitcoins extrem durch Spekulation: am 10. April 2013 etwa zwischen einem Hoch von 263 Dollar und einem Tief von 135 Dollar. Das erinnert ein wenig an die Schlusszeit der Goldbindung des Dollar: Damals wetteten Spekulanten darauf, dass Amerika die Zusage eines festen Kurses zwischen Dollar und Gold auf Dauer nicht würde einhalten können, was extreme Schwierigkeiten bereitete und am Ende zur Auflösung der Goldbindung beitrug. Auch bei den Bitcoins wird gewettet, ob sie eines Tages sehr knapp werden, weil die Schöpfungsmöglichkeit auf maximal 21 Millionen Einheiten begrenzt ist, oder ob das ganze System im Orkus der Geschichte verschwindet.

Immerhin können auch unorthodoxe, auf Anhieb etwas verrückt klingende Geldsysteme in bestimmten Situationen von Vorteil sein. Ein Beleg ist das sogenannte Wörgler Schwundgeld, auf das sich heute wieder viele Kritiker unseres Geldsystems berufen. Die Stadt Wörgl in der Nähe von Kufstein machte in der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre ein Experiment. Sie führte eine regionale Währung ein, die von ihrer Konstruktion her an Wert verlor. Damit wollte der Bürgermeister die Wirtschaft ankurbeln. Wörgl hatte unter der Krise stark gelitten, die Fabriken waren kaum ausgelastet, und die Arbeitslosenzahl stieg. Als ein zentrales Problem wurde ausgemacht, dass die Leute ihr Geld horteten, statt es auszugeben. Die Stadt gab daraufhin Notgeld aus, das automatisch seinen Wert verlor, wenn man nicht monatlich eine Marke im Wert von einem Prozent des Nennwertes kaufte und aufklebte.

Das Ganze funktionierte offenbar, so ist zumindest überliefert. Die Wirtschaft wurde angekurbelt, und die Arbeitslosigkeit ging etwas zurück. Das Experiment wurde aber von der Oesterreichischen Nationalbank beendet, die für sich das Monopol auf die Ausgabe von Geld beanspruchte.

Eine ganze Bewegung von Kritikern unseres Geldsystems, die Anhänger des Freigelds, fordert, es Wörgl nachzumachen. Regionale Experimente in diese Richtung gibt es, das bekannteste ist der „Chiemgauer“ (siehe Kasten). Der Mainstream der Geldexperten ist allerdings skeptisch, ob solches Schwundgeld heute eine gute Idee wäre. „In Wörgl gab es Deflation, also sinkende Preise“, sagt Wirtschaftsprofessor Spahn. „Wir haben heute eine leichte Inflation, das Geld verliert ohnehin an Wert - das muss man nicht künstlich erzeugen.“

Fazit: Ein Unbehagen am aktuellen Geldsystem bleibt - aber zurzeit gibt es keine Alternative mit Aussichten auf Erfolg. Auch wenn unter den Anhängern der alternativen Geldsysteme eine ganze Reihe ernst zu

nehmender Ökonomen zu finden ist: Ein wenig haftet vielen von ihnen etwas Sektiererisches an. Den ökonomischen Mainstream haben sie nicht überzeugen können. Aber heißt das etwas? Waren nicht oft die Sektierer einer Ära die Propheten der späteren Zeit?

Quelle: F.A.S.

## Mayers Weltwirtschaft

### Italienische Nächte

24.08.2013 · Wenn Deutsche und Italiener über den Euro streiten, dann hilft der Rotwein

Von Thomas Mayer

81,153



© Thilo Rothacker

Thomas Mayer ist Senior Fellow am Center for Financial Studies der Universität Frankfurt und Berater der Deutschen Bank.

Die Villa Vignoni über dem Comer See ist eine der weniger bekannten Perlen im Immobilienportfolio des deutschen Staates. Im neunzehnten Jahrhundert von einem deutsch-italienischen Geschäftsmann und Bankier als Sommerresidenz erbaut, wurde sie in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts vom letzten Glied der Familie dem deutschen Staat als Stätte deutsch-italienischer Begegnungen vermacht. Der Stifter wusste: Wenn in der Nacht die Lichter vom Ufer des Sees in die Höhe funkeln und der Rotwein in den Gläsern schimmert, lassen sich die Tiefen der italienischen und deutschen Seelen am besten ausloten.

## Räumt euer Haus auf!

„Wenn wir den Euro als unsere gemeinsame Währung erhalten wollen, müsst ihr endlich euer Haus aufräumen“, fordert die deutsche Seite. „Was ihr braucht, ist eine ‚Agenda 2020‘. Der Arbeitsmarkt muss flexibilisiert werden, eure Regulierungen müssen durchforstet werden - da seid ihr laut Weltbank kaum besser als manches Entwicklungsland -, und vor allem müsst ihr endlich mal eure Politik besser organisieren.“ „Da ist ja schon etwas dran“, gibt die italienische Seite zu. „Und wir bemühen uns ja auch, die Probleme anzugehen. Aber was macht ihr? Nichts. Ihr seid auf eure Wettbewerbsfähigkeit stolz und rühmt euch, Exportweltmeister zu sein. Dabei drohen eure Leistungsbilanzüberschüsse die Europäische Währungsunion zu zerstören. Wenn ihr uns keine Chance gebt, selbst zu exportieren, können wir uns eure Importe nicht leisten. Kaufen wir sie dennoch auf Pump, braucht ihr euch nicht zu wundern, wenn wir am Ende zahlungsunfähig sind und ihr euer Geld nicht wiederseht. Seid also ein bisschen lockerer, gönnt euch höhere Löhne, ein bisschen mehr Freizeit, und konsumiert mehr.“

## Damit gewinnt man keine Wahl!

Davon will die deutsche Seite nichts wissen. „Die Löhne dürfen nicht stärker steigen als die Produktivität, wenn das Geld stabil bleiben soll. Wir sind ja bereit, unsere Löhne mit der Produktivität steigen zu lassen. Ihr aber müsst nun das Lohnwachstum unter dem Produktivitätswachstum halten, damit ihr wieder gegenüber uns aufholen könnt. Seit Beginn der Währungsunion habt ihr das Gegenteil zugelassen.“ „Unser Produktivitätswachstum ist so gering, dass wir schon Lohnkürzungen bräuchten, um gegenüber euch wieder wettbewerbsfähig zu werden. Lohnkürzungen sind aber politisch nicht durchsetzbar.“ „Dann erhöht die Produktivität, indem ihr eure Wirtschaft reformiert!“ Die italienische Seite holt tief Luft. „So einfach ist das nicht. Erstens braucht dies Zeit, die wir jetzt nicht mehr haben. Zweitens sehen unsere Wähler nicht ein, dass durch ‚Strukturreformen‘ das Wachstum gesteigert werden kann. Was ihr Rigiditäten nennt sind über viele Jahre gewachsene Strukturen, die man nicht einfach wegfegen kann. Hinter jeder Regulierung steht eine Interessengruppe, die durch Abschaffung der Regulierung verliert. Der Verlust ist konkret und wird sofort gespürt, der Gewinn an Wachstum kommt viel später. Damit kann man bei uns keine Wahl gewinnen, was Mario Monti bewiesen hat.“

Die deutsche Seite wagt einen neuen Versuch: „Aber Monti wurde doch wegen seinen Steuererhöhungen abgewählt.“ „Nicht nur, aber auch. Das kommt ja noch dazu. Der Italiener misstraut grundsätzlich dem Staat. Deshalb zahlt er ihm nur widerwillig Steuern. Aber er ist durchaus bereit, dem Staat Geld zu leihen.“ „Aber das erhöht doch die Staatsverschuldung ins Gigantische!“ „Na und, solange wir diese selbst finanzieren und keine Schulden im Ausland machen? Ihr zahlt dem Staat brav eure Steuern, wir leihen ihm lieber das Geld.“ „Wenn ihr eine eigene Währung hättet, würde das ja vielleicht noch gehen, obwohl ihr damit eure Kinder belastet. Aber in der Währungsunion bedroht eure Staatsverschuldung die Stabilität unseres gemeinsamen Geldes. Wenn sich der Staat auf dem Markt nicht mehr refinanzieren kann, muss die EZB einspringen.“ „Was ist daran so schlimm? Die Fed, die Bank von Japan oder die Bank von England kaufen alle Staatsanleihen. Sie helfen dem Staat, sich günstig zu finanzieren, sorgen für niedrige Zinsen und schwächen den Wechselkurs, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Warum sollte die EZB das nicht für uns auch tun?“ „Aber dann würde die Geldpolitik für uns zu locker. Löhne und Preise steigen.“ „Na und. Das wäre doch nur zu wünschen.“ Als das Gespräch an seinem Ausgangspunkt ist, entsteht eine Pause. „Warum haben wir mit den Briten diese Diskussionen nicht?“, fragt die eine Seite. „Weil die mit ihrer eigenen Währung nach ihrer Fassung selig werden können“, erwidert die andere.

August 24, 2013

## A Proud Nation Ponders How to Halt Its Slow Decline

By [STEVEN ERLANGER](#)

81,155



Lionel Bonaventure/Agence France-Presse — Getty Images

A Goodyear worker faced riot police officers near Paris in March, reflecting tensions at two of the company's tire factories. Structural changes to the French economy do not come easily.

PARIS — For decades, Europeans have agonized over the power and role of Germany — the so-called German question — given its importance to European stability and prosperity.

Today, however, Europe is talking about “the French question”: can the Socialist government of President François Hollande pull France out of its slow decline and prevent it from slipping permanently into Europe's second tier?

At stake is whether a social democratic system that for decades prided itself on being the model for providing a stable and high standard of living for its citizens can survive the combination of globalization, an aging population and the acute fiscal shocks of recent years.

Those close to Mr. Hollande say that he is largely aware of what must be done to cut government spending and reduce regulations weighing down the economy, and is carefully gauging the political winds. But what appears to be missing is the will; France's friends, Germany in particular, fear that Mr. Hollande may simply lack the political courage to confront his allies and make the necessary decisions.

Changing any country is difficult. But the challenge in France seems especially hard, in part because of the nation's amour-propre and self-image as a European leader and global power, and in part because French life is so comfortable for many and the day of reckoning still seems far enough away, especially to the country's small but powerful unions.

The turning of the business cycle could actually be a further impediment in that sense, because as the European economy slowly mends, the French temptation will be to hope that modest economic growth will again mask, like a tranquilizer, the underlying problems.

The French are justifiably proud of their social model. Health care and pensions are good, many French retire at 60 or younger, five or six weeks of vacation every summer is the norm, and workers with full-time jobs have a 35-hour week and significant protections against layoffs and firings.

But in a more competitive world economy, the question is not whether the French social model is a good one, but whether the French can continue to afford it. Based on current trends, the answer is clearly no, not without significant structural changes — in pensions, in taxes, in social benefits, in work rules and in expectations.

But Mr. Hollande's Socialist Party and the harder French left have not seemed to grasp the famous insight of the prince in Giuseppe Tomasi di Lampedusa's renowned novel of social upheaval, "The Leopard," that "everything needs to change, so everything can stay the same." Sometimes, talking to French politicians and workers, one has the feeling that they all consider themselves communards and revolutionaries, fighters on the left — but at the same time, like the far right, they wish to lock into place the comfort of the known.

In May 1968, students at the University of Paris in Nanterre began what they thought was a revolution. French students in neckties and bobby socks threw cobblestones at the police and demanded that the sclerotic postwar system must change.

Today, at Nanterre, students worried about finding jobs and losing state benefits are demanding that nothing change at all. For Raphaël Glucksmann, who led his own first strike in high school in 1995, members of his generation have nostalgia for their rebellious fathers but no stomach for a fight in hard economic times.

"The young people march now to reject all reforms," he said. "We see no alternatives. We're a generation without bearings."

The Socialists have become a conservative party, desperately trying to preserve the victories of the last century. Many in the party, like the anti-globalization campaigner [Arnaud Montebourg](#), now the minister in charge of industrial renewal — let alone those further to the left — seem to believe that France would be fine if only the rest of the world would just disappear, or at least work a little less hard.

There is nonetheless an underlying understanding that there will be little lasting gain without structural changes to the state-heavy French economy. The warning signs are everywhere: French unemployment and youth unemployment are at record levels; growth is slow compared with Germany, Britain, the United States or Asia; government spending represents nearly 57 percent of gross domestic product, the highest in the euro zone, and is 11 percentage points higher than Germany. The government employs 90 civil servants per 1,000 residents, compared with 50 in Germany.

Hourly wage costs are high and social spending represents 32 percent of G.D.P., highest among the industrialized countries; real wage increases outpace productivity growth; national debt is more than 90 percent of G.D.P.

About 82 percent of the new jobs created last year were temporary contracts, up from 70 percent only five years ago, not the kind of full-time work that opens the door to the French middle class. That keeps nearly an entire generation living precariously, no matter how hard people study or work.

Last year, France was ranked 28th out of the 60 most competitive economies in the world, according to the [International Institute for Management Development](#) in Lausanne, Switzerland. The United States was first. Even China, at 21, and Japan, at 24, outranked France. In the World Bank's ranking of "ease of doing business," [France ranks 34th](#), compared with 7th for Britain and 20th for Germany.

In Amiens, in the north of France, [Goodyear owns two tire factories](#). The work force at one has grudgingly accepted a change in work schedules, preserving its factory. The workers at the other have refused, and Goodyear is trying (not so easy in France) to shut it down, throwing more people out of work. Claude Dimoff, a former union leader at the more flexible plant, said: "I'm part of a generation that experienced the common program of the left. We had visions for the future, and different values, but all this is forgotten. The left has completely deviated from its promises."

The country retains plenty of strengths. France is the world's fifth-largest economy, with strong traditions in management, science and innovation. The gap between rich and poor is narrower in France than in most Western countries, although it is growing.

When the French work, they work hard; labor productivity, perhaps the single most important indicator of an economy's potential, is still relatively high, if dropping. But with long holidays and the 35-hour week, the French work fewer hours than most competitors, putting an extra strain on corporations and the economy.

Large French companies compete globally; there are more French companies in the Fortune 500 than any other European country. But the bulk of their employees are abroad, and there are few of the midsize companies that are the backbone of Germany. Ninety percent of French companies have 10 or fewer employees and fear expansion because of extra tax burdens and strict labor regulations.

Even in France's justly famous agricultural sector, the shrinking number of farmers has not been matched by a similar reduction in bureaucrats. Jacques Galaup, a farmer near Gaillac in the southwest, spoke with disdain of the number of hours he had to spend on paperwork — and estimated that there was probably one functionary now for every farmer.

Mr. Galaup showed off his records on the fewer than 30 cows that he raises. The files are thick and all done by hand; computers have barely made it to most levels of government.

In poll after poll, the French insist that they want renovation and modernization, so long as it does not touch them. That is always the political challenge, and Mr. Hollande's conservative predecessor, Nicolas Sarkozy, is considered to have failed in his promise to make serious structural changes.

While complaining constantly, for example, about the horrors of the 35-hour workweek, Mr. Sarkozy never dumped it, but simply played with the tax consequences of overtime, a change that Mr. Hollande immediately revoked. One of Mr. Sarkozy's advisers, Alain Minc, who tried to get him interested in Germany's social market revisions, once admitted that Mr. Sarkozy was simply afraid to confront the unions and the social uproar that real change would provoke.

There is a broad consensus that real social and structural renovation can be carried out only by the left. But that can happen only if Mr. Hollande, who has a legislative majority, is willing to confront his own party in the name of the future, as the former German chancellor Gerhard Schröder did a decade ago with a series of legal modifications that now get much of the credit for Germany's revival.

Mr. Hollande says he believes in "dialogue with social partners," which has so far produced relative peace but little substantive change. With centrist union agreement, he has slightly loosened the labor market, making flex time easier and taxing short-term contracts more steeply. And in 2014 he is moving about \$27 billion of social costs from corporations to the regressive value-added tax.

But what can seem bold in local terms tends to yield minor results, and these modest efforts have taken place at the height of Mr. Hollande's power, which is inevitably declining.

In his book "The Resistance: The French Fight Against the Nazis," Matthew Cobb quotes a man named Boris Vildé, executed by the Nazis. His last words were: "I love France. I love this beautiful country. Yes, I know it can be small-minded, selfish, politically rotten and a victim of its old glory, but with all these faults it remains enormously human and will not sacrifice its stature."

But by refusing to grapple with its underlying faults, many here say, that is exactly what it is doing.

**THE WALL STREET JOURNAL.**

WSJ.com

- REVIEW & OUTLOOK EUROPE
- Updated August 22, 2013, 11:19 p.m. ET

81,158

## French for 'Customer Service'

### Newsflash from Paris tourism officials: Foreigners enjoy prompt, friendly professionalism.

You've heard the one about the Parisian waiter: A man orders soup in a bistro. Eventually the waiter brings it over, his thumb in the bowl.

"Waiter!" cries the man. "Your thumb is in my soup!"

"Don't worry *monsieur*," the waiter replies. "It's not that hot."

French tourism officials have heard it too. Amid slumping visitor revenues and rising competition from abroad, the Paris Chamber of Commerce and Regional Tourism Committee have teamed up to coax the city's service industry to demonstrate greater professionalism.

The "Do You Speak Touriste?" campaign launched in June, with 35,000 pamphlets going out to waiters, hoteliers, taxi drivers, boutique clerks and anyone else who's helped Paris earn its reputation for slow, surly service. This month, the publishers said they were printing another 20,000 copies in response to high demand.

The pamphlets and accompanying website contain useful pleasantries with which to address tourists from various countries, as well as tips on how to better deal with foreigners: Brits respond well to smiling, Germans and Japanese like cleanliness, Americans and Chinese want prompt service, and almost everyone appreciates being addressed in a language they understand. This, according to an official at the tourism committee, is based on more than a year of surveys and statistical studies.



AFP/Getty Images

In the age of Google Translate and Yelp reviews, it's hard to imagine that a motivated Parisian waiter, concierge, cabbie or shopgirl would need a city program to tell *konnichiwa* from *buongiorno*. The real trouble is that the French service sector, like the rest of the economy, faces a raft of distorting regulations and perverse incentives that get in the way of pleasing customers—wherever they're from.

Consider the Parisian waiter. If the soup is lukewarm, it may be because the bistro is chronically understaffed thanks to French work restrictions and payroll taxes that tack 30% or more onto the gross cost of each waiter, busboy, cook and dishwasher.

Our waiter may be left covering the floor by himself but has no incentive to hustle for extra cash: iron-clad minimum-wage rules guarantee he'll make at least €9.43 per hour—not including the value of his paid vacations, health insurance, pension and so on. Those extras are covered in the 15% "service" charge that's automatically included in the price of cold, thumb-stirred soup.

The same goes for sales clerks, who work largely on salaries rather than commissions. If Oprah finds those clerks in Paris to be less than enthusiastic next time she wants to shop after closing time, the most likely explanation is that they have no economic incentive to keep the store open for her. That may not suit boutique *owners* too well, but tough: French labor laws usually make it cheaper to stick lazy employees in the backroom than to attempt to fire them.

Parisian taxi drivers, meanwhile, operate an effective monopoly system, even more tightly guarded than in most large cities. Paris's capped number of taxi licenses currently trade for around €200,000 apiece and unlicensed cabs—also known as competition—are illegal.

Tourist officials stress that this summer's campaign is merely an effort to do "even better." Tourism still accounts for 6.5% of French GDP, and Paris, trading on its past glories, will remain a top holiday destination. Most visitors have long included snooty service in the real price of seeing the Louvre. If French officials want to inject new dynamism into the service economy, they will need more than a glorified phrasebook.

## Is Europe still in crisis?

**"Eurogeddon" was the buzzword on everyone's lips in 2011. But is a euro recovery real or imagined?**



Fiery: protests in Greece at austerity induced by eurozone members such as

Germany Photo: Reuters

By [Jeremy Warner](#) 8:00PM BST 24 Aug 2013

81,160

Rewind to two years ago, and it seemed to be all over for the beleaguered euro. Spreads were off the scale, the banking system looked close to collapse, and words such as “eurogeddon” were part of the everyday lexicon. The single currency’s obituaries were being widely prepared, while here in the UK they had already been written.

Originally in a state of denial, even the politicians had by November 2011 apparently accepted the inevitable. Confronted by the announcement of a Greek plebiscite on the terms of the latest bail-out, an exasperated Nicolas Sarkozy, then President of France, broke the final taboo and publicly acknowledged that some countries would be unable to make the cut.

This admission set in train a mass panic in financial markets as the full implications of a break-up began to sink in. If Greece had to leave, then other, bigger distressed economies such as Spain or even Italy might be forced out, too, triggering complete meltdown in Europe’s banking system. The economic abyss seemed to beckon.

Now fast-forward to today, and much of Europe’s economy is engulfed by a depression of unprecedented intensity, the euro still exists in its original form, and talk of a break-up has receded to the point of virtual invisibility. Not a single member has been forced out. In fact, the currency has even gained a new member – Estonia – and there seems to be a long queue of others apparently keen to sign up. What’s more, there are even signs of economic revival. In the second quarter of this year, eurozone GDP rose by 0.3pc, or an annualised rate of 1.2pc. Business surveys last week suggested that this upturn has continued into the third quarter. So can we finally bid farewell to Europe’s most serious crisis since the Second World War?

Would that it were so. For the next flashpoint, look again to Greece, site of the original infection. With the German general election looming next month, there’s been a determined, though not entirely successful, attempt among eurozone leaders to pretend that the Greek problem has been solved, and that it’s all onwards and upwards from here on in. Unfortunately, it is only a matter of months before it rears its head again.

This article attempts to answer four questions: how the euro has managed to survive thus far; whether the European economy genuinely is on the road to recovery; what still needs to be done to ensure a sustainable and successful monetary union, and how likely it is that these things will be done. None of the answers gives much cause for optimism.

The first question is perhaps most interesting, for the euro’s resilience seems to defy Margaret Thatcher’s dictum that when politics and economics collide, it’s always the economics that will win.

The most important thing to recognise about the euro is that it is primarily a political project, not an economic one. If economics had ruled, then it would never have been attempted in the first place, or not on the ambitious scale embarked upon. Even among supporters of the single currency, there is now widespread recognition that the euro in its current form was at best premature; Europe wasn’t ready for monetary union, and as a collection

of still proud sovereign nations with very different cultures, legal systems and more, perhaps it never will be. Many of the countries that joined at the turn of the century were nowhere near fit for the euro's disciplines, with inflexible labour markets, bloated welfare systems and endemic levels of corruption. That these economies could happily co-exist with a highly competitive German core was always something of a case of wishful thinking.

Yet outside Britain, Sweden and Denmark, everyone appeared desperate to join – it seemed against the spirit of “ever-closer union” to deny them. It was also widely believed that the euro would act as a galvanising force, compelling necessary reform and disciplines.

As a result, the rules were widely manipulated to allow all-comers to join. Reluctantly, Germany went along with the pretence, even though it was more aware than any of the dangers.

Nevertheless, the euro chugged along happily enough for the first five or six years. The launch was a triumph of German efficiency and planning, and for some formerly highly unstable economies, such as Spain and Italy, the new currency seemed to be an overwhelming positive.

From the start, however, the straitjacket of monetary union was incubating serious problems, imbalances, and in some countries, potentially destabilising credit booms. Far from providing once-wayward economies with the necessary disciplines to succeed, the euro did the reverse, by removing the constraints markets normally impose. Eventually, the single currency became like a pressure cooker ready to explode. With no means of adjustment through the natural market remedy of free-floating exchange rates, major trade and capital imbalances established themselves. Low interest rates led to construction and consumer booms in the eurozone periphery, adding to wage inflation and making deficit nations ever less competitive against the German core. These deficits were financed by a matching savings glut in surplus nations.

The banking crisis cut these flows off, further weakening the banks in deficit nations and creating a parallel sovereign debt crisis. Europe seemed to be in meltdown.

Yet though much criticised for a slow and inadequate response, the reality is that Europe has moved with a quite surprising degree of resolve and effectiveness to patch up the project. No one would pretend that the raft of institutions and initiatives put in place to keep the show on the road does any more than paper over the cracks, but given the obvious difficulties of achieving consensus between 17 member states with very different priorities and interests, progress has been remarkable.

A bail-out fund was quite quickly established and applied to countries denied market access. In the teeth of fierce opposition from the German Bundesbank, the European Central Bank has also begun to operate like a proper central bank should, by offering unlimited liquidity to the banking system and promising to do the same in sovereign bond markets should governments need it. Together, these measures have succeeded in calming the storm.

But although these actions have undoubtedly bought time, they have not addressed underlying problems of solvency, competitiveness and imbalances in trade. Furthermore, the austerity programmes imposed on eurozone nations in an effort to halt the rise in sovereign indebtedness has deepened the economic malaise, causing unemployment in deficit countries to reach socially intolerable levels.

Yes, some sort of a recovery seems to be establishing itself – albeit one focused mainly on the already relatively robust German core. In the depression-engulfed periphery, it is more a case of the rate of contraction merely slowing.

In Spain, where unemployment is at a scarcely believable 27pc; in Greece, where more than half of the nation's youth is unemployed; and in Ireland, where property prices have crashed, there is little to cheer about.

What cannot be denied, however, is that none of this seems to have shaken political, or even popular, faith in the euro. Here in Britain, we find it impossible to understand why any nation should wish to inflict such punishment on itself. But to many Europeans, the euro is about so much more than a mere monetary

mechanism. However malfunctioning it might be, it also seems to represent liberation from past tyrannies, modernity, relevance, and that most precious thing of all, European cohesion and solidarity after centuries of warring destruction.

It has become something of a cliché to call the euro a religion, but few other words better describe its blind disregard for economic realities. People want to believe. There is another reason, too, why it has held together – fear of the consequences of leaving.

Even the deprivations of depression, loss of fiscal sovereignty, and in some cases the removal of democratically elected governments, seem preferable to the economic chaos that would undoubtedly await any exiting country. More solvent members are equally wary of the crippling losses any exit might impose on their own banking systems. There is a sense in which countries would not be allowed to exit even if they wanted to.

In any case, the patient has been prevented from dying on the operating table, but only to relapse into a state of chronic, long-term illness. Current account deficits have been closed – even Greece is now back in surplus – but only via the brutality of stifling internal demand, causing unemployment to rocket. This in turn has further increased the real burden of public and private indebtedness. If shrinking the economy counts as improved competitiveness – which is what Olli Rehn, Europe's economic commissioner, implies when he says that policy is working – then things really have reached a pretty pass.

With economic contraction doubling up the task, and pain, of deficit reduction, there has of late been some paring back of the austerity agenda.

Most countries have been given more time to reach deficit reduction targets. But since they weren't going to meet them anyway, this only recognises a practical reality, rather than amounting to a significant change of heart or policy.

Europe still has no convincing answer to destructive levels of unemployment. Nor does it offer debt-encumbered peripheral economies a plausible path back to growth.

Some hedge fund managers believe that once safely re-elected, Angela Merkel, the German chancellor, will finally feel safe enough to provide the kind of leadership necessary to bring about a sustainable monetary union. Such measures must include fairly rapid movement towards a fully-functioning banking union, with a single bail-out mechanism, common deposit insurance and a unified resolution regime.

Some form of sovereign debt mutualisation is also required to stabilise markets and bring about the requisite degree of burden-sharing between creditor and debtor nations. None of these things would be possible without the political institutions to give them democratic legitimacy. Yet there is nothing in the German chancellor's rhetoric or policy record to think any of them remotely likely.

A cautious politician by nature, there is no evidence that Merkel might be considering such a revolutionary series of changes, even if she thought them appropriate, and there is even less evidence of that. For her, the euro is Germany's new Deutschemark. A certain amount of accommodation and compromise is regarded as necessary, but there are red lines beyond which she will not tread.

But hasn't her position throughout this crisis been characterised by retreat? This is true enough. On a number of occasions she has dug in her heels, only eventually to be pushed into more concessions.

Another such denouement is threatened soon after she is re-elected, with the epicentre of the crisis returning to its old stamping ground, Greece. Athens needs both more money on top of existing programmes and a further restructuring to stand any chance of reaching debt sustainability. Throughout the election campaign, Ms Merkel's Christian Democrats have studiously tried to avoid all discussion of this politically toxic issue. When it could be avoided no longer, her finance minister, Wolfgang Schäuble, mentioned it only to insist that although another programme for Greece was inevitable, there could be no question of further debt forgiveness.

This is not what the International Monetary Fund, or indeed Germany's own Bundesbank, believes. A recently leaked Bundesbank report on the issue observed that not only would there have to be further restructuring, but since virtually all Greek sovereign debt was now owned by eurozone bail-out funds and the European Central Bank, the next write-off would obviously have to involve previously immune official creditors.

The Greek bail-out would thereby transition from the present charade of lent money, which will at some stage be repaid, to an outright fiscal transfer. This would be a breach not just of European treaties, but more significantly, the German constitution.

On several levels, then, the belief that the eurozone crisis has gone away, or even that Europe is on the mend, is just more wishful thinking.

## Wortmonster

# Wahlprogramme der Parteien sind unverständlich

Die Programme der Parteien sind nur schwer zu verstehen, zeigt eine wissenschaftliche Studie. Vor allem bei Wirtschaftsthemen strotzen sie vor Wortungetümen und Schachtelsätzen. Das hat Methode.

Von Olaf Gersemann



Foto: Die Welt Die Titelseiten der Wahlprogramme von SPD, CDU, FDP, Grünen, Linken und den Piraten

"Gemeinsam erfolgreich", "Mehr für Familien", "Starke Wirtschaft": An Schlichtheit sind die Slogans auf den aktuellen Wahlplakaten der CDU kaum zu überbieten. Dafür aber hat es das Wahlprogramm in sich, das die Union für [die Bundestagswahl am 22. September](http://www.welt.de/politik/wahl/bundestagswahl/) (Link: <http://www.welt.de/politik/wahl/bundestagswahl/>) aufgeschrieben hat. Auf 128 Seiten tummeln sich Fremdwörter, Fachbegriffe, Anglizismen. Zu "Smart Homes" haben CDU/CSU ebenso etwas zu sagen wie zur "Sharing Economy". Manche Sätze sind allenfalls bei mehrmaligem Lesen verständlich, in der Spitze sind sie mehr als 40 Wörter lang.

Besonders gern reiht die Union in ihrem Wahlprogramm Substantive aneinander. So entstehen Wortmonster wie "Kriegsfolgenschicksal". Nach Mitgefühl klingt das nicht wirklich. Und der Begriff ist auch nicht im Duden aufzufinden – genauso wenig wie anderer Unionsprech, beispielsweise "Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung", "Infrastrukturungleichgewichte" oder "Konfliktlösungsmöglichkeiten".

Immerhin jedoch ahnt man da noch, was gemeint ist. Aber was, bitte, sind die "entwicklungsbeeinträchtigenden" Angebote im Internet, von denen die Union schreibt? Da muss man schon raten. Und der Verdacht liegt nahe, dass genau dies beabsichtigt ist.

## CDU/CSU noch mit dem verständlichsten Programm

Das wirklich Verstörende aber ist: CDU/CSU ragen heraus – und zwar als positives Beispiel. Eine noch unveröffentlichte Studie der Universität Hohenheim attestiert der Union nämlich, das verständlichste Programm vorgelegt zu haben, oder genauer: das am wenigsten unverständliche. Das Institut für Kommunikationswissenschaft der Uni hat gemeinsam mit der Ulmer Beratungsfirma H&H Communication Lab die Sprache untersucht, die sich in den Programmen der sechs wichtigsten Parteien zur [Bundestagswahl 2013](http://www.welt.de/politik/wahl/bundestagswahl/) (Link: <http://www.welt.de/politik/wahl/bundestagswahl/>) findet.

Zugrunde gelegt hat sie dabei den bereits zuvor entwickelten "Hohenheimer Verständlichkeitsindex", der die Länge von Wörtern und Sätzen und eine Reihe von weiteren Kriterien berücksichtigt. Die Ergebnisse der Studie, die der "Welt am Sonntag" vorliegt, fasst Lehrstuhlinhaber Professor Frank Brettschneider nüchtern zusammen: "Die Parteien verschenken große Kommunikationschancen. Kein einziges Programm ist richtig verständlich."

Mit einem Wert von 9,9 auf einer Skala von 0 (sehr unverständlich) bis 20 (sehr verständlich) liegt die Union der Studie zufolge scheinbar gar nicht so weit hinter Wirtschaftsartikeln in überregionalen Tageszeitungen wie der "Welt". Die nämlich kommen erfahrungsgemäß im Durchschnitt auf Werte von elf bis zwölf. Allerdings können die Verfasser von Wahlprogrammen, anders als die Macher von Tageszeitungen, nicht darauf verweisen, sich vor allem an Gewohnheitsleser zu wenden.

### **Die Linkspartei hat sich verbessert**

Und die Wahlprogramme der anderen größeren Parteien fallen ohnehin noch hinter das der Union zurück. "Insgesamt hat sich die Verständlichkeit der Programme seit 2009 verschlechtert", sagt Brettschneider. Bei der FDP, bei den Grünen und ganz besonders bei der SPD ist der Kauderwelsch auf dem Vormarsch, die Indexwerte dieser Parteien sind allesamt gesunken.

Die Linke wiederum ist, wie die Union, gegenüber der vorigen Bundestagswahl etwas verständlicher geworden – allerdings von sehr niedrigem Niveau aus. Mindestens ein Satz im Linken-Programm hat mehr als 70 Wörter. Was irgendwie auch beruhigend ist: Eine Partei, die wirklich Revolution will, weiß sich kürzer zu fassen.

Jedenfalls ist die Lektüre der Wahlprogramme eine Tortur. Wenn etwas viel Platz braucht, dann ist wie selbstverständlich von "Flächeninanspruchnahme" (FDP) die Rede. Und es gibt auch den "Hochspannungsgleichstromübertrag" (SPD), das "Rebflächenmanagementsystem" (FDP) oder die "Aufstandsbekämpfungsstrategien" (Die Linke).

Vor allem bei den Grünen kommt hinzu, dass der Kampf um die Gleichberechtigung von Mann und Frau auch mit sprachlichen Mitteln ausgetragen wird. Darüber, dass die deutsche Energiewende mithilfe von "BürgerInnenenergie" in "BürgerInnenhand" liegen soll, mag man noch unfallfrei hinweglesen – aber spätestens bei "BürgerInnengemeinschaftsanlagen" wird es dann beschwerlich.

### **Piratenpartei mit unverständlichstem Wahlprogramm**

Die AfD haben die Hohenheimer nicht untersucht – deren Programm umfasst gerade einmal vier Seiten und ist daher gegenüber den anderen Machwerken, die alle mit nicht unter 100 Seiten auskommen, nicht satisfaktionsfähig. Dafür ist ein anderer Neuling dabei: die Piratenpartei. Zum Einstand gibt es für die Piraten von den Hohenheimern den Indexwert von 5,8.

Ein derart schlechtes Niveau hat seit 1994 keine Partei mehr erreicht. Die Verständlichkeit des Piratenprogramms ist nicht sehr viel höher als die einer durchschnittlichen Doktorarbeit im Fach Politikwissenschaft (4,3). Wer nichts ahnend im Piratenprogramm blättert, wird malträtiert mit Begriffen wie "Datenverarbeitungseinwilligungsklauseln", "Mindestbelastungsgrenzwerten" und "Privacy-by-Design".

Nun können die Parteien argumentieren, dass sie sich doch neuerdings redlich Mühe geben: Das Programm der Linken etwa ist sogar auf Kurdisch oder Russisch erhältlich. Und alle sechs untersuchten Parteien haben auch Audio-Fassungen ihrer Programme im Angebot und solche in "leichter Sprache". Allein: Die Grundlage etwaiger Koalitionsverhandlungen sind die Ursprungsfassungen: "Nur das Original-Wahlprogramm ist wirklich gültig", [heißt es warnend auf der Internetseite cdu.de](http://www.cdu.de/regierungsprogramm) (Link: <http://www.cdu.de/regierungsprogramm>) .

### **Programm in Leichter Sprache**

Was wohl auch besser so ist – das jedenfalls legt ein Blick in das "Regierungsprogramm in Leichter Sprache" der Union nahe. Diese Version ist acht Seiten lang und erhält vom Brettschneider-Team einen Indexwert von 20, die Bestnote also.

Das aber liest sich dann, bindestrichgesättigt, so: "Der Mindest-Lohn muss fest-gelegt werden." Oder so: "Die Preise in Europa sollen gleich bleiben. Zum Beispiel für Brot. Oder für Benzin. Und nicht immer anders werden. Dann sind die Preise sicher. Das schwierige Wort für sicher ist stabil." Spätestens an dieser Stelle dürfte der geneigte Leser etwas instabil werden.

Ohnehin ist es so, dass die Parteien zwar die Leidensbereitschaft der Leser überschätzen – zugleich aber das Interesse an politischen Inhalten unterschätzen. "Die Vorstellung, Wahlprogramme müssten kurz und knapp sein, damit sie überhaupt gelesen werden, ist falsch", sagt Kommunikationsexperte Brettschneider. Viele Wähler, so der Forscher, lesen zumindest einzelne Passagen: "Schon deshalb sollten auch die Langfassungen verständlich sein."

### **Außenpolitik nimmt breiten Raum ein**

Sind sie nur eben nicht. Besonders mangelhaft ist die Verständlichkeit ausgerechnet im Bereich Außenpolitik, zu der die Hohenheimer Forscher auch die Euro- und Europapolitik zählen: "Das ist der Bereich, den die Parteien besonders gut erklären sollten – weil er besonders kompliziert ist und besonders wichtig", sagt Frank Brettschneider.

Die Außenpolitik einschließlich Euro- und Europapolitik ist denn auch bei der Union, bei FDP und Grünen das Thema, das am meisten Platz einnimmt. Bei der SPD und der Linkspartei kommt die Außenpolitik auf Platz zwei hinter der Sozialpolitik, nur bei den Piraten rangiert sie erst an dritter Stelle, hinter Justiz- und Rechts- sowie Sozialpolitik. Die Union tut sich in ihrem Programm bei diesem Thema sprachlich so schwer wie bei praktisch keinem anderen. Doch mit einem Indexwert von 8,6 liegt sie immer noch vor der SPD (7,1) oder den Grünen (6,5).

Können es die Parteien nicht besser? Oder wollen sie nicht? Die richtige Antwort ist wohl: ein bisschen von beidem. Einleitung und Schlussteil der Wahlprogramme werden gewöhnlich von Kommunikationsprofis geschrieben. Folgerichtig erzielt etwa die Einleitung der FDP im Hohenheimer Ranking einen Wert von 19,1. Bei den Liberalen und auch SPD und Grünen ist die Einleitung noch einfacher zu verstehen als Politikartikel in "Bild", die im Durchschnitt auf einen Indexwert von 16,8 kommen.

### **Wichtige Kapitel schreiben Experten**

Die eigentlichen inhaltlichen Kapitel dagegen werden von Leuten geschrieben, die Experten sind für das jeweilige Themenfeld – und hier schlägt, wie Frank Brettschneider sich ausdrückt, "der Fluch des Wissens" voll zu.

Die Fachleute der Freidemokraten zum Beispiel haben offenkundig ganz vergessen, dass die "Eingriffsausgleichsregelung" zwar unter Landbesitzern und Naturschützern ein geläufiger Begriff ist. Aber eben nur dort. Für alle anderen sollte der Anspruch, von solchen dreifachen Substantiven mit zweifachem Genitiv verschont zu werden, mindestens grundrechtsähnlichen Status haben.

Doch den Parteien einfach nur Unfähigkeit zu attestieren, wäre zu viel des Großmuts. Man darf davon ausgehen: Nicht nur zu Wahrheit und Aufrichtigkeit haben die Parteien ein bestenfalls zwiespältiges Verhältnis – sondern auch zur Klarheit. "Da ist auch taktische Unverständlichkeit im Spiel", sagt Studienautor Brettschneider. "Die Parteien wollen manchmal gar nicht richtig verstanden werden: Die Wähler sollen nicht merken, was die Parteien bei einzelnen Themenfeldern im Schilde führen."

Völlig neu ist dieses Phänomen keineswegs. Gerade wenn es richtig wichtig wird, greifen Politiker zuweilen gezielt zu verquastem Deutsch. Frank Brettschneider fallen als Erstes die rot-grünen Arbeitsmarkt-reformen ein: "Man muss sich nur die Rede anhören, mit der Gerhard Schröder 2003 im Bundestag die Agenda 2010 angekündigt hat. Lange Sätze, viele Verschachtelungen, viele Fachbegriffe – als wollte der damalige Kanzler das Signal geben: „Bitte nicht in der Tagesschau senden!“"

## En France, les hausses d'impôt ont atteint un seuil fatidique, estime Olli Rehn

Le Monde.fr avec Reuters | 24.08.2013 à 23h59 • Mis à jour le 25.08.2013 à 11h45

81,167



La France, où la hausse des prélèvements obligatoires aurait atteint un "seuil fatidique", doit cesser d'augmenter les impôts, affirme Olli Rehn dans un entretien au *Journal du dimanche*. Pour le vice-président (affaires économiques et monétaires et euro) de la Commission européenne, "lever de nouvelles taxes aurait pour effet de casser la croissance et de peser sur l'emploi", alors que déjà le "ras-le-bol" fiscal des contribuables et des entreprises inquiète certains responsables socialistes, qui en ont fait un des thèmes de l'université d'été du PS, à La Rochelle.

Pour M. Rehn, "la discipline budgétaire doit passer par une baisse des dépenses publiques et non par de nouveaux impôts". Le gouvernement "doit à tout prix éviter de faire peser un fardeau supplémentaire sur le travail. La fiscalité de l'épargne et l'impôt sur les sociétés ont aussi atteint des seuils trop élevés".

### UNE TAXE ÉCOLOGIQUE, "À LA RIGUEUR"

Si la France décide toutefois de continuer sa politique de hausse fiscale, elle doit privilégier "des impôts intelligents", concède M. Rehn, comme, "à la rigueur", une fiscalité écologique. Le ministre de l'écologie, Philippe Martin, a évoqué jeudi la création d'une "contribution climat énergie", sans en préciser le montant ni le rythme. Une annonce qui a relancé le débat sur les prélèvements.

Dans un rapport sur l'économie française, le Fonds monétaire international recommandait à la France d'agir uniquement sur le levier des dépenses et de ne plus augmenter les taxes pour réduire son déficit public, jugeant que la pression fiscale avait atteint un "niveau excessif" et qu'elle pesait sur la confiance des ménages et des entreprises.

Olli Rehn estime pour sa part que la France "ne va pas assez loin et assez vite dans la mise en œuvre" des réformes structurelles et l'appelle à "faire preuve de plus d'audace dans la réforme en cours de son système de retraite et [à] maintenir le cap sur la réduction de ses déficits structurels". "Il y va de son avenir et de sa crédibilité budgétaire", dit-il.

## Henne-Ei-Problem

23.08.2013 · Die Windräder drehen sich, doch sie liefern keinen Strom. Mit 22.000 Liter Diesel im Monat müssen Generatoren gefüttert werden, damit sie nicht zu korrodieren beginnen oder überhitzen.

Von [Georg Küffner](#)

Die Windräder drehen sich, doch sie liefern keinen Strom - im Gegenteil. Mit 22.000 Liter Diesel im Monat müssen Generatoren gefüttert werden, um die 30 Windmühlen des Windparks Riffgat vor Borkum sporadisch zu bewegen, damit sie nicht zu korrodieren beginnen oder überhitzen. Der Grund für dieses Desaster sind Verzögerungen beim Bau des Seekabels für den Abtransport des Windstroms. Wegen großer Mengen an Munitions- und Militärschrott im Bereich des Trassenverlaufs ließ es sich nicht schnell genug verbuddeln.

Wer dafür verantwortlich ist, dass der seit langem bekannte Schrott nicht rechtzeitig aus dem Weg geräumt wurde, wird man klären müssen. Fest steht jedoch, dass das Gefeixe um den zögerlichen Ausbau der Offshore-Windkraft lauter wird. Ob es je verstummen wird, ist fraglich, zeichnet sich doch ab, dass der weitere Ausbau unter der Henne-Ei-Problematik leiden wird. Um die den Strandspaziergängern nicht zumutbaren und damit weit vor der Küste aufgestellten Windräder ans Netz anzuschließen, bedarf es sogenannter Offshore-Steckdosen: Müssen erst sie oder erst die Windräder her? Idealerweise sicher beide gleichzeitig. Doch davon ist man weit entfernt. Momentan zeichnet sich ab, dass man bald mehr Steckdosenkapazität als Windräder haben wird. Steckdosen, die im Jahr mit Betriebs- und Kapitalkosten uns Stromkunden rund eine Milliarde Euro kosten werden. Unabhängig davon, wie viele Windräder angeschlossen sind.

## Eurokrise

### Schäuble streitet sich mit Wissenschafts-Berater

23.08.2013 · Kai Konrad ist Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium. Kürzlich hatte er sich kritisch zur Eurorettung geäußert. Prompt fand er sich in einer Pressemitteilung der AfD wieder - und liegt nun mit Wolfgang Schäuble über Kreuz.

Von [Philip Plickert](#)

81,169

Unversehens sieht sich Kai Konrad in eine brisante politische Auseinandersetzung hineingezogen. Die hatte der renommierte Finanzwissenschaftler so gar nicht beabsichtigt. Aber Konrads Worte haben doch Gewicht, immerhin ist er der Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium. Vor ein paar Tagen hatte er ein Interview mit ein paar sehr kritischen Äußerungen zur Eurorettungspolitik gegeben. Schon seit längerem hält Konrad die Währungsunion in ihrer jetzigen Form auf Dauer für nicht haltbar. „Wenn man die Währungsunion aufbrechen will, sollte man dies an der Nordgrenze tun“, sagte Konrad der Zeitung „Die Welt“.

Außerdem verwahrt er sich gegen die aus der Politik oft zu hörende Behauptung, wenn der Euro auseinanderbreche, sei dies eine Katastrophe für Europa. „Der Euro ist nicht Europa. Europa sollten wir retten, nicht den Euro“, sagte der 52 Jahre alte Ökonom, der in München Direktor des Max-Planck-Instituts für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen ist. Bei einer Euro-Auflösung würde Deutschland aufwerten, das sei richtig, aber die Industrie könne das verkraften und am Ende sogar noch wettbewerbsfähiger werden.

## Die AfD verschickte eine Pressemitteilung

In Berlin und besonders im Bundesfinanzministerium hat das Interview keine helle Freude ausgelöst - zumal aus Konrad in der Zeitung „Schäubles Chefberater“ wurde. Die Eurokritiker von der Partei Alternative für Deutschland (AfD) waren hingegen begeistert und verschickten sogleich eine Pressemitteilung. Konrad ist unglücklich darüber, dass eine politische Zuspitzung und Konfrontation mit dem Minister herbeigeredet werde. Es habe keine Reaktion aus Berlin gegeben. Schließlich ist der Beirat unabhängig, die Wissenschaftler dürfen ihre Meinung - auch scharfe Kritik an der Regierung - sagen. Am Freitag indes meldete sich Schäuble doch mit einer indirekten Rüge zu Wort. „Die Aussagen von Kai Konrad, den ich schätze, waren teilweise auch beim besten Willen nicht nachvollziehbar“, sagte Schäuble im „Handelsblatt“. Die Kosten eines Ausstiegs Deutschlands aus der Währungsunion seien „gar nicht abzuschätzen“. Konrads Vorschlag sei „ein Granatenfehler“.

Wer wirklich die Granatenfehler in der Eurorettungspolitik macht, da ist sich Konrad nicht sicher. Doch er will kein Öl ins Feuer gießen und nicht vor der Wahl offen mit dem Minister streiten, deshalb schweigt er nun. Der Ökonom ist ein dünnhäutiger, sanftmütiger Wissenschaftstyp, keiner der sich in der politischen Auseinandersetzung nach vorne drängt. Aber als Ökonom ist er doch davon überzeugt, dass die „Eurorettung“ ein gefährliches Gebräu an Risiken für Deutschland bedeute. Allerdings will er nicht parteiisch wirken, nicht gegen die Regierung schießen. Denn mit den im Bundestag vertretenen Oppositionsparteien ginge es wohl noch schneller in Richtung Schuldenvergemeinschaftung und Zentralismus in Europa, fürchtet er.

Im wissenschaftlichen Beirat „beim“ Bundesfinanzministerium (auf dieser sprachlichen Feinheit legt Schäuble wert) ist Konrad seit 14 Jahren Mitglied, seit 2011 ist er Vorsitzender. Manchmal kämpfen die Wissenschaftler gegen den Eindruck (den jetzt auch Schäuble erweckt), dass sie weltfremde Elfenbeinturm- oder Grundlagenforschung betrieben. Konrad forscht vor allem zu den Themen Steuerwettbewerb und Steueroasen. Außerdem macht er Experimente zur Frage der Steuerehrlichkeit. Das sind dann Themen, die den Minister brennend interessieren.

## Syrie : le crime de trop appelle une riposte

81,170

Editorial LE MONDE | 26.08.2013 à 11h10 • Mis à jour le 26.08.2013 à 12h26 | Par [Natalie Nougayrède](#)

L'**emploi** d'armes chimiques à grande échelle par le régime syrien, le 21 août, dans un faubourg de Damas, ne fait guère de doute. Les déclarations successives venues de Paris, de Londres et de Washington convergent : c'est le constat unanime d'une utilisation d'armes de destruction massive au cœur de la guerre civile syrienne. Les cyniques ou pseudo-réalistes considérant que l'on n'en était plus à une atrocité près dans ce conflit auraient tort de **minimiser** la signification de ce tournant.

Certes, le régime de Bachar Al- Assad avait déjà tiré des missiles Scud contre sa propre **population**. Certes, le conflit avait déjà dépassé les 100 000 morts. Certes, les rangs de la rébellion **armée** ont été en partie investis par des groupes d'obédience djihadiste. Le long pourrissement du dossier syrien aura conduit à cela. Deux années de conflit qui ont laissé inopérants tous les efforts diplomatiques. Un bain de sang dont les images et les récits venaient à intervalle régulier **choquer** les consciences, mais dont le tableau général avait fini par accréditer l'idée que mieux valait ne pas trop s'en mêler...

Or, ce qui vient de **survenir** en **Syrie** dépasse largement le seul cadre de ce conflit, et même le périmètre du Moyen-Orient. Car l'emploi d'armes de destruction massive signifie qu'un tabou est brisé. La crédibilité des pays occidentaux, qui avaient parlé à des degrés divers de "ligne rouge", est en jeu. Pas seulement. C'est toute la perspective d'un XXI<sup>e</sup> siècle doté d'un minimum d'organisation internationale qui est aujourd'hui testée.

### UN FIL ROUGE ENTRE LES HORREURS

L'attaque chimique survenue à La Ghouta constitue le premier emploi d'ampleur de telles substances depuis la signature en 1993 de la convention d'interdiction des armes chimiques. Ce texte était une réaction au massacre d'Halabja : le meurtre par le gaz de milliers de villageois au Kurdistan irakien, en 1988. L'horreur chimique de la première guerre mondiale avait conduit, en 1925, au protocole de Genève interdisant l'usage du gaz moutarde sur les champs de bataille. L'emploi des gaz toxiques létaux utilisés en temps de guerre tisse un fil rouge entre les horreurs du XX<sup>e</sup> siècle et celles que l'on ne peut que **redouter** pour le siècle actuel.

Ne pas réagir avec fermeté à l'événement chimique syrien serait **ouvrir** la voie à l'ensauvagement de notre ère à l'échelle mondiale. Nul ne pourrait alors prévoir quels fanatismes ou quelles tyrannies, demain, recourraient à leur tour à des armes de destruction massive, pensant qu'ils ne s'exposeraient, en retour, qu'à des paroles de dénonciation.

L'affaire syrienne était depuis longtemps déjà un scandale humanitaire où l'impuissance de la communauté internationale réduisait à néant la notion de "responsabilité de protéger" les civils. Le crime chimique d'ampleur change la donne, faisant de ce dossier un enjeu de sécurité collective au sens large.

On peut **critiquer** le fait que la mort de centaines de Syriens tués à l'arme chimique "*pèse*" plus, au plan **international**, que celle de 100 000 Syriens victimes d'armes conventionnelles. Et pourtant le massacre de La Ghouta s'apparente à un "*Srebrenica syrien*".

Lire les réactions [Syrie : une "réponse proportionnée" est imminente, selon Fabius](#)

### LA QUESTION DE LA LÉGALITÉ INTERNATIONALE

Les signes de préparatifs d'action militaire des Etats-Unis en Syrie se multiplient, sans que l'on sache quelle option le président Obama retiendra. Ordonnera-t-il des tirs de missiles de croisière Tomahawk à **partir** de navires américains croisant en Méditerranée ? On peut se **demander** à quel point le positionnement des alliés des Etats-Unis, en particulier de la France, qui a parlé de la nécessité d'une "*réaction de force*", pèsera dans ce choix.

La France, sous François Mitterrand, rappelons-le, avait joué un rôle important dans la négociation de la convention de 1993, et elle est historiquement le pays dépositaire du protocole de Genève de 1925. [François Hollande](#), qui doit [prononcer](#) cette semaine un discours de [politique](#) étrangère, avait déclaré, voici un an, qu'un emploi d'armes chimiques serait *"une cause légitime d'intervention directe"*.

En juin, la France est devenue le premier pays à déclarer sa *"certitude"* que des armes chimiques avaient été utilisées en Syrie. Elle venait de procéder à une analyse d'échantillons, dont certains avaient été rapportés de Syrie par des journalistes du *Monde*. Cette révélation, suivie de déclarations similaires faites par Londres et Washington, n'avait entraîné aucune conséquence, ni diplomatique ni militaire – si ce n'est la décision d'[envoyer](#) en Syrie une mission d'établissement des faits des Nations unies, dotée d'un mandat faible.

Si, comme François Hollande l'a indiqué lors d'un entretien téléphonique avec [Barack Obama](#), dimanche 25 août, *"une réponse commune"* doit être apportée à l'*"agression sans précédent"* que constitue l'attaque chimique du 21 août, il faudra [clarifier](#) le degré d'implication qu'aurait la France dans un scénario militaire.

La question de la légalité internationale d'une telle action agite à raison les chancelleries occidentales. Pour en [passer](#) par une résolution de l'ONU, il faudrait [trouver](#) un accord avec la [Russie](#) sur la base de ses propres dénonciations, répétées, de tout emploi d'armes chimiques. La [diplomatie](#) russe ne peut, en principe, [rester](#) impavide face à l'entrée en jeu d'armes de destruction massive ou leur prolifération.

Mais encore faudrait-il s'[entendre](#) sur la désignation du coupable, alors que Moscou a aussitôt accusé les rebelles syriens... En cas de blocage, faudra-t-il [contourner](#) le Conseil de sécurité? Le précédent de l'intervention occidentale de 1999 au [Kosovo](#), conduite sans mandat explicite de l'ONU, peut être invoqué. A défaut de légalité stricte, cette campagne aérienne trouvait sa légitimité dans les multiples mises en garde adressées à Slobodan Milosevic. Une des hantises de Barack Obama est assurément de [reproduire](#) le scénario de l'[Irak](#) en 2003: une action [armée](#) américaine privée de tout fondement en droit.

## LE RENVERSEMENT DU RÉGIME : ÉPOUVANTAIL ABSOLU POUR LA RUSSIE

La grande différence – et cet argument pourrait être invoqué auprès des Russes – est qu'une réplique armée au crime chimique en Syrie constituerait un message fort pour tous ceux que pareille atrocité risquerait d'[inspirer](#) à l'[avenir](#). En somme, les Occidentaux seraient obligés d'[apporter](#) l'assurance qu'il ne s'agit pas d'un prélude à un renversement de régime par une intervention militaire extérieure, épouvantail absolu pour la Russie depuis la guerre de [Libye](#).

Une partie d'échecs semble engagée, portant sur le travail des inspecteurs de l'ONU en Syrie, qui ont subitement été autorisés par Damas à se [rendre](#) à La Ghouta. Nul doute que cette décision syrienne a été conseillée par Moscou, qui entend [gagner](#) du temps. Et que, sur le terrain, le régime syrien s'est employé à détruire, depuis le 21 août, des éléments de preuve.

Ne rien [faire](#) reviendrait à [donner](#) un blanc-seing aux crimes contre l'humanité et à [ruiner](#) l'édifice de normes internationales élevé en rempart contre l'emploi d'armes de destruction massive. Le signal envoyé indirectement à l'[Iran](#) et à la [Corée du Nord](#) serait un message de laisser-faire.

Agir de manière précise, ponctuelle et ciblée ne reviendrait pas à se précipiter dans un aventurisme militaire occidental. Mais à condition de bien [anticiper](#) la suite. L'heure de vérité sonnerait alors pour la diplomatie russe, qui pourrait difficilement se [permettre](#) de répliquer contre des navires américains. Ce serait [marquer](#), par l'action, une limite indépassable à la violation des principes les plus intangibles sur lesquels se fondent la communauté des nations et la sécurité internationale. Ce crime de trop appelle une réponse claire et déterminée.

August 26, 2013

## Responding to Syrian Atrocities

By [THE EDITORIAL BOARD](#)

81,172

There is little doubt now that President Obama is planning some kind of military response to what the administration says without equivocation was a chemical weapons attack by the Syrian government that killed hundreds of civilians. On Monday, Secretary of State John Kerry began forcefully making the case for action.

Speaking at the State Department, Mr. Kerry said the attack “defies any code of morality” and should “shock the conscience of the world.” He said this “indiscriminate slaughter of civilians, the killing of women and children and innocent bystanders” was a “moral obscenity,” “inexcusable,” and “undeniable,” despite efforts by President Bashar al-Assad and his enablers in Russia to blame rebel forces.

“Make no mistake,” Mr. Kerry added, “President Obama believes there must be accountability for those who would use the world’s most heinous weapons against the world’s most vulnerable people.” Administration officials said Mr. Obama had still not made a firm decision on how to react, but it would be highly unlikely — if not irresponsible — for him to authorize Mr. Kerry to speak in such sweeping terms and then do nothing.

Mr. Obama put his credibility on the line when he declared last August that Mr. Assad’s use of chemical weapons would constitute a “red line” that would compel an American response. After the first attacks, earlier this year, killed between 100 and 150 people, the administration promised weapons for the rebels but delayed in delivering them.

This time the use of chemicals was more brazen and the casualties were much greater, suggesting that Mr. Assad did not take Mr. Obama seriously. Presidents should not make a habit of drawing red lines in public, but if they do, they had best follow through. Many countries (including Iran, which Mr. Obama has often said won’t be permitted to have a nuclear weapon) will be watching.

Using chemical arms is considered a war crime and banned under international treaties, including the Chemical Weapons Convention, the Geneva Protocol and the Rome Statute of the International Criminal Court. Even so, if he decides to use military force, Mr. Obama will have to show that he has exhausted diplomatic options and present a defensible legal justification, and that is not a simple matter. Ideally, the United States would muster a United Nations Security Council resolution to authorize military action. But Russia and China, which have veto power, have long protected Mr. Assad from punishment there and show no inclination to change. It is hard to believe that they would defend his use of chemical weapons, but there is no guarantee that they would not.

Mr. Obama may instead bypass the U.N. and, as in the case of the 1999 NATO air war in Kosovo, assemble an ad hoc international coalition to support military action that would provide legitimacy, if not strict legal justification, for intervening to protect Syrian civilians. American officials are discussing the possibility that states like Turkey and Jordan may make a collective self-defense argument because they could be victims of Syrian chemical weapons.

If Mr. Obama does forgo the U.N., he will need strong endorsements from the Arab League and the European Union, and more countries than just Turkey, Britain and France should join the effort. And if he does proceed with military action, it should be carefully targeted at Syrian air assets and military units involved in chemical weapons use. This, too, will not be easy, but the aim is to punish Mr. Assad for slaughtering his people with chemical arms, not to be drawn into another civil war.

A political agreement is still the best solution to this deadly conflict, and every effort must be made to find one. President Obama has resisted demands that he intervene militarily and in force. Though Mr. Assad’s use of chemical weapons surely requires a response of some kind, the arguments against deep American involvement remain as compelling as ever.

## Japan's 2014 Debt Interest Costs Rise 14% To Record \$257 Billion, Same As Singapore GDP

Submitted by [Tyler Durden](#) on 08/27/2013 08:03 -0400

81,173

While the world is gripped in yet another great distraction over the great "will he, won't he" start World War III debate, things that are unsustainable remain unsustainable. Such as Japan's debt, and specifically the amount of cash interest that the nation with the 230% debt/GDP (and rising interest rates) will have to pay to service its gargantuan balance sheet. According to a document seen by Reuters, Japan expects to spend a record \$257 billion to service its debt during the next fiscal year. The amount to be allocated for debt-servicing for the year that will begin on April 1 is nearly as large as the gross domestic product of Singapore, which the World Bank put at \$275 billion at the end of 2012. **More disturbing, this is a 14% increase in the debt interest cost in just one year.** And yes, it is unsustainable absent an epic inflationary episode to "inflate away the debt", something that Abenomics has so far failed in achieving despite some hopeful early glimmers in crushing the Yen.

From [Reuters](#):

Japan's Ministry of Finance (MOF), charged with drafting the state budget and issuing government bonds, will request 25.3 trillion yen (\$257 billion) in debt-servicing costs under the budget, the document showed on Tuesday.

That will be up 13.7 percent from the amount set aside for the current fiscal year, reflecting the ministry's plan to guard against any future rise in long-term interest rates.

And here we have a problem:

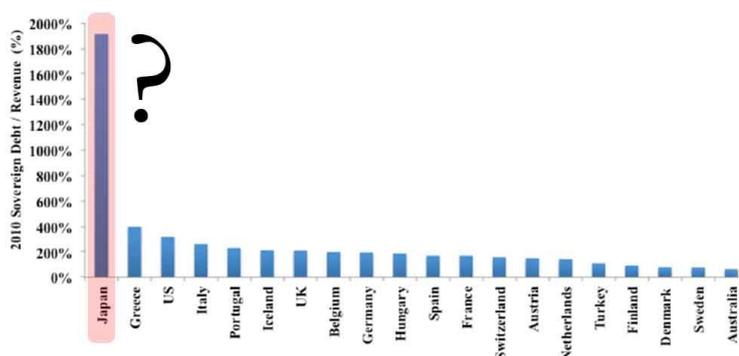
The increased debt-servicing cost may heighten pressure on Prime Minister Shinzo Abe to proceed with a scheduled two-stage sales tax hike from next year, which is seen as a necessary first step in fixing Japan's tattered finances.

But with Abe having made ending 15 years of deflation and revitalization of Japan's economy among his top policy priorities, some of his advisers and members of his ruling Liberal Democratic Party want to delay or water down the tax hikes, worried they could hurt a budding economic recovery.

In other words, just like the Fed, the BOJ is faced with a simple dilemma: 1) pretend there is a "long-run" and do the right thing, i.e., boost revenue generation, which however will reduce the amount of monetizable securities available for Kuroda purchase, or 2) admit it's all over for the irradiated nation, end any pretense that there is a happy ending to the island's current predicament, forget about this and any other tax hikes, and monetize to oblivion.

We are confident Japan will ultimately pick option #2.

Why? We will leave readers with our favorite Japan "WTF" chart, first [posted here in May of 2012](#).



**80,5 Millionen Einwohner**

## **Deutschland wächst dank Zuwanderern**

**Das hat es seit Mitte der neunziger Jahre nicht mehr gegeben: Die Bevölkerung in Deutschland ist 2012 um fast 200.000 Einwohner gewachsen. Grund für das Plus ist die starke Zuwanderung vor allem aus Osteuropa und den südlichen Euro-Krisenländern.**

Wiesbaden - Die Zahl der Einwohner Deutschlands ist im vergangenen Jahr so stark gestiegen wie seit zwanzig Jahren nicht mehr. Die [Bevölkerung](#) wuchs um 196.000 Personen, teilte das Statistische Bundesamt am Dienstag mit. Das sei ein Zuwachs um 0,2 Prozent. Einen ähnlich hohen Zuwachs hatte es zuletzt 1996 mit 195.000 Personen gegeben. 2011 lag der Anstieg noch bei 92.000 Personen.

Da es zugleich weniger Geburten als Todesfälle gab, war vor allem der Zuzug aus dem Ausland für den Anstieg verantwortlich. 2012 kamen rund 370.000 Menschen mehr nach [Deutschland](#) als ins Ausland fortzogen.

Die Herkunftsländer der Zugezogenen teilen sich wie folgt auf:

- Die meisten Zuwanderer stammen aus den osteuropäischen EU-Ländern **Polen, Rumänien, Bulgarien** und **Ungarn**.
- Danach folgen die Euro-Krisenstaaten **Italien, Spanien** und **Griechenland**.

Die Bevölkerungszahlen entwickelten sich je Region sehr unterschiedlich:

- In neun Bundesländern verzeichnete das Statistische Bundesamt ein Plus, das stärkste davon in den wirtschaftlichen Boomregionen **Bayern** (plus 76.000 Menschen) und **Baden-Württemberg** (plus 57.000 Menschen). Danach folgt Berlin mit einem Zuwachs von 49.000 Menschen.
- In den neuen Bundesländern und im **Saarland** sank die Einwohnerzahl dagegen. Besonders hoch fiel der Rückgang in **Sachsen-Anhalt** mit minus 17.000 Menschen und in **Thüringen** mit minus 11.000 Menschen aus.

In den Zahlen des Statistischen Bundesamts sind die im Mai veröffentlichten Ergebnisse des [Zensus](#) berücksichtigt. Sie waren im Mai vorgelegt worden und hatten ergeben, dass in Deutschland rund 1,5 Millionen Menschen weniger leben als bisher angenommen.

Allerdings halten Juristen den Zensus für gesetzeswidrig. [Datenrecherchen von SPIEGEL ONLINE haben gezeigt](#), dass die Stichprobe, aus der die neuen Einwohnerzahlen hochgerechnet wurden, wesentlich ungenauer als erlaubt war. Nun droht eine Klagewelle.

*heb/AFP/Reuters*

## "La France est le pays le plus généreux du monde avec ses retraités" 81,175

LE MONDE | 28.08.2013 à 09h31 • Mis à jour le 29.08.2013 à 08h31 | Propos recueillis par [Pascale Krémer](#)

**Henri Sterdyniak, économiste à l'OFCE, explique comment la collectivité a été, depuis 1945, très prodigue avec les retraités, bien moins avec les jeunes.**

**Les retraités, aux revenus assurés, sont de plus en plus souvent présentés comme privilégiés dans une société en crise. Est-ce justifié ?**

Globalement, les retraités ont, en France, un niveau de vie équivalent à celui de l'ensemble de la [population](#). Si on les compare aux seuls actifs (en [emploi](#) ou chômeurs), on note un petit décalage de niveau de vie de 9 % en défaveur des retraités. Chez ces derniers, le niveau de vie médian (qui sépare les 50 % les plus riches des 50 % les plus pauvres) est ainsi de 1 590 euros par mois, quand il atteint 1 735 euros chez les actifs.

Lire notre décryptage [Retraites : le choix d'une grande réforme globale encore repoussé](#)

La notion de "niveau de vie" intègre les revenus du patrimoine, qui sont plus importants chez les retraités que chez les actifs. Mais contrairement aux [idées](#) reçues, ces revenus ne sont pas considérables, à part pour une petite frange de personnes âgées. Cependant, les retraités sont plus souvent propriétaires de leur [logement](#). Or si l'on tient compte du "loyer imputé", du bénéfice apporté par ce loyer qu'ils n'ont plus à [payer](#), l'écart de niveau de vie entre retraités et actifs se réduit à 6 points.

**Ce faible écart est-il une spécificité française ?**

Oui. La France est le pays le plus généreux du monde avec ses retraités, exception faite du [Luxembourg](#), qui est un cas très particulier. C'est une statistique dont on se glorifie peu. Cela pourrait [amener](#) certains à [penser](#) qu'il y a une marge de manoeuvre à la baisse des retraites... Dans les pays comparables, le niveau de vie des plus de 65 ans est nettement plus faible que celui de l'ensemble de la population. L'écart est de 7 % en [Autriche](#), de 8 % en [Italie](#), de 10 % en [Allemagne](#), de 13 % aux [Pays-Bas](#), de 17 % en [Espagne](#). Il dépasse les 20 % en Grande-[Bretagne](#), [Suède](#), [Belgique](#) et au [Danemark](#) (28 %).

Lire les explications sur cette réforme : ["Retraites : hausse des cotisations et allongement à 43 années en 2035"](#)

Les Français sont moins incités que leurs voisins européens à [travailler](#) longtemps puisque notre système a atteint son objectif : [assurer](#) la parité entre niveaux de vie d'avant et d'après cessation d'activité. Un objectif implicite, mais qui apparaissait bien dans la fonction publique, par exemple : quand des avantages étaient accordés dans un corps, les retraités en bénéficiaient aussi.

**Cette situation est-elle le fruit d'une évolution historique ?**

Quand la Sécurité sociale a été créée en 1945, le régime général de retraite était peu prodigue. La retraite représentait 40 % du salaire à 65 ans ; on est passé à 50 % en 1972. Se sont développés, dans la plupart des [entreprises](#), des régimes complémentaires pour les cadres (Agirc), puis pour tous (Arrco), pour [parvenir](#) à un taux de remplacement du salaire de 70 %, susceptible de [maintenir](#) le niveau de vie des retraités (qui n'ont plus d'enfants à charge). De 1969 jusqu'au milieu des années 1970 (lois Boulin), le régime s'est étendu aux non-salariés ; les régimes complémentaires sont devenus obligatoires ; le taux de remplacement a augmenté pour tous et le minimum vieillesse (créé en 1956) a été fortement revalorisé.

Jusqu'à cette époque, certains retraités vivaient des situations très difficiles. D'anciens agriculteurs ou commerçants, dont les régimes de retraite étaient peu généreux parce que ces professions comptaient sur la vente de leur exploitation ou de leur commerce, se retrouvaient dans la misère lorsqu'ils ne trouvaient pas de

reprenneur. Il y a donc eu, durant toutes ces années, un effort important de la collectivité nationale et aussi l'effet des négociations dans les entreprises. A [partir](#) de 1975, les retraités ont un niveau de vie satisfaisant. Jusqu'en 1983, le système est de plus en plus généreux pour les personnes âgées ; les cotisations salariales et patronales ne cessent d'[augmenter](#) à leur profit.

Lire les réactions politiques et syndicales [Retraites : "Personne ne peut garantir que cette réforme sera la der des ders"](#)

### **Les années 1980 marquent un basculement ?**

Les réformes favorables aux retraités cessent. A [partir](#) de 1983, les retraites ne sont plus indexées sur les salaires mais sur les prix, qui augmentent moins vite. La réforme Balladur (1993) et celles des régimes complémentaires diminuent le niveau des retraites. Pourtant, celui-ci continue de s'élever. Les nouveaux retraités perçoivent davantage que ceux qui décèdent, puisqu'ils ont cotisé plus longtemps aux régimes complémentaires, puisque les femmes ont effectué des [carrières](#) plus complètes, puisque les ex-cadres sont plus nombreux...

La situation est donc paradoxale : chaque retraité n'a plus de hausse de [pouvoir](#) d'achat mais le montant moyen des retraites augmente de 1 % l'an (en [pouvoir](#) d'achat) avec ces arrivants aux retraites plus importantes. En revanche, si l'on se place d'un point de vue individuel, un retraité qui n'a pas eu de revalorisation depuis 25 ans, et dont le [pouvoir](#) d'achat décline, peut légitimement [ressentir](#) une injustice s'il est davantage taxé. Une décision collectivement juste sera perçue comme injuste individuellement. Donc la décision est politiquement très difficile.

### **Faire [contribuer](#) les retraités à l'effort sur les retraites est-il juste, selon [vous](#) ?**

La comparaison internationale reste flatteuse. Les retraités ne se paupérisent pas. Leur taux de pauvreté est de 10 %, contre 13,7 % chez les actifs, 19,6 % chez les jeunes. Un choix collectif a clairement été fait en faveur des personnes âgées. C'est une particularité de notre système de Sécurité sociale. Nous avons socialisé la vieillesse, pas la jeunesse. Le minimum vieillesse est de 787 euros ; le RSA, de 483 euros. Pour les jeunes, ce sont les parents qui doivent [payer](#) – les allocations familiales sont d'un montant ridicule. Les retraités ne sont pas davantage "privilegiés" que le reste des Français, mais notre système par répartition leur assure, même en temps de crise, le même niveau de vie que celui des actifs. Cela rend légitime que leur soit demandé le même effort, ni plus ni moins. Si les cotisations salariées augmentent, il est normal de [faire](#) aussi [contribuer](#) les retraités.

August 28, 2013

81,177

## **Between Paranoia and Naïveté**

*By JOCHEN BITTNER*

THE [National Security Agency](#) scandal has given us Germans a nostalgic summer. How self-assured we have been, especially we journalists, in lambasting the alleged surveillance of our e-mail and phone calls by American spooks. It reminds us how far we've come from our various totalitarian pasts — a point of pride as much as humility.

Throughout the debate, though, I have had a slight feeling of complacency. I don't deny the dangers in storing huge amounts of data. But we Germans are getting upset for the wrong reasons.

The German concern for data protection stems from the early 1980s, when the Federal Constitutional Court ruled that every citizen had the right to know who kept what data on him, particularly the state. As a result, data storage as such — regardless of whether anybody actually reads it — is considered an infringement on civil liberties. Since then we have not really updated our understanding of privacy, despite the advent of the Internet, fiber-optic cables and smartphones.

Among other things, such obsolescence leaves us unable to communicate our concerns with the United States. If we could find more contemporary explanations for our angst, we would probably find it easier to convince our American friends that it is important to agree on international standards on data protection. Somewhere between German paranoia and American naïveté lies the proper degree of concern. But where?

Put briefly, the traditional German paranoia about personal data goes like this: America and [Germany](#) may be democracies, but states can change. The intelligence agencies might one day use their knowledge to identify and intimidate citizens. We remember the Gestapo. We remember the Stasi.

The American position, in contrast, holds that while it's not nice that the N.S.A. taps the world's communications, the real dangers to liberty today derive from terrorists. What if the intelligence agencies fail again in connecting the dots? Remember 9/11?

Both sides have a flawed view of history. Germans tend to forget that, for more than 60 years, our government has not misused citizens' data — at least not on a scale that could in any way invoke memories of a totalitarian past. And even if, against all probability, Germany experiences another dictatorship, the government's knowing about your Facebook friends will be the least of your problems.

German angst also ignores the fact that the world has moved on: most people no longer feel uncomfortable sharing personal, even private information. In 1983 the West German defense secretary sacked Günter Kiessling, the deputy supreme NATO commander for Europe, because of rumors that Mr. Kiessling was gay; at the time, this was considered a possibility for blackmail. Today, Germany has a gay foreign minister.

We have been through what Germans call a Wertewandel: a change in values. The more liberal a society, the more comfortable citizens feel in handling their data. And as more data are shared, the more the individual enjoys the relative protection a fish enjoys in a school.

Data collection by American governments appears driven by another kind of misguided angst. "Why can't we collect all the signals, all the time?" asked Gen. Keith B. Alexander, the director of the N.S.A., in 2008. That's astonishing to German ears. Not only Barack Obama, but all future presidents, should feel highly uncomfortable about a security apparatus that aspires to omniscience.

Imagine the next Edward J. Snowden strives not for a global debate on privacy, but simply for money. How many rubles, how many renminbis would certain governments or companies pay for just a snapshot of the N.S.A.'s hard drives?

And if data can be stored, it can also be altered. Imagine someone taps the N.S.A. computers, alters certain information and diverts it back into the data stream. What would be the impact of such a breach on, say, [high-frequency trading](#)?

Finally, we know from the natural sciences that complex systems are often smarter than their individual elements. No ant knows how an anthill works, but all ants profit from the hill. The same is true for the Internet. It is an emergent system that functions so well because it works equally for everybody. No single user is able to control the whole. If this changes, the Internet might cease to offer the greatest benefit for the greatest number but might be directed to bring advantage to a minority — the rulers.

Could these be starting points for a common understanding on modern, effective data protection? Neither Germans nor Americans hold a monopoly on the best tradition of data collection or protection. Instead, one complements the other. Given both our historical baggage, shouldn't we start the debate by trying to keep our respective ideologies off the negotiating table?

[Jochen Bittner](#) is a political editor for the German weekly newspaper Die Zeit.

## Syrien ist von innen und außen umzingelt

29.08.2013 · Adonis, Jahrgang 1930, gilt als bedeutendster arabischer Dichter der Gegenwart. Seit vielen Jahren lebt er in Paris im Exil. Die Lage in seinem Heimatland beurteilt er äußerst kritisch.



© Michael Kretzer „In einer Demokratie müssen Minderheiten bedingungslose Akzeptanz erfahren“: der syrische Dichter Adonis

**Zu Beginn des arabischen Frühlings haben Sie gesagt: „Ich kann nicht an einer Revolution teilnehmen, die in einer Moschee beginnt. Das hat nichts mit Freiheit und Demokratie zu tun.“ Warum dieser Pessimismus?**

Das ist kein Pessimismus, das ist die Realität. Es gibt keine Demokratie, wenn das politische System auf einer religiösen Basis aufgebaut ist. Entweder sind wir demokratisch und leben in Freiheit, oder wir sind religiös. Ich wähle die erste Variante - demokratisch und frei zu sein. Das heißt aber nicht, dass ich gegen Religion bin. Vor dem individuellen Glauben, den ein Mensch aus eigener Überzeugung praktiziert, habe ich großen Respekt. Aber wenn uns Religion als Institution führt, dann ist das Tyrannei. Und zwar aus dem Grund, dass es auch Menschen gibt, die nicht religiös sind oder einer anderen Religion zugehören. Eine Gesellschaft, die religiöse Gesetze zur Grundlage hat, ist für mich eine Diktatur. Sie ist vielleicht sogar schlimmer als eine Militärdiktatur.

**Was ist der Unterschied zwischen einer Militär- und einer religiösen Diktatur?**

Eine Militärdiktatur kontrolliert deinen Kopf und deine politischen Gedanken. Das ist schlimm genug. Doch die religiöse Diktatur kontrolliert deinen Kopf, dein Herz, deine Seele und deinen Körper, also dein ganzes Leben. Zweifelsfrei - beide sind undemokratisch.

**Heißt das, Religionen sind undemokratisch, sobald sie politische und staatliche Macht ausüben?**

Mehr als das. Sie sind nicht nur undemokratisch, sondern schlichtweg ungerecht. Religionen drängen allen Gruppierungen einer Gesellschaft die gleichen Pflichten auf, räumen ihnen aber nicht die gleichen Rechte ein. Warum zum Beispiel darf nach islamischem Recht ein Muslim eine Christin heiraten, ein Christ hingegen keine Muslima, ohne Muslim zu werden? Warum darf ein Muslim in islamisch geprägten und regierten Ländern wichtige Minister- und andere Posten annehmen und der Christ nicht? Dieses Recht genießen in bestimmten Ländern ausschließlich Muslime. Hier haben wir es mit einer Vergewaltigung, ja Hinrichtung von Bürgerrechten zu tun. Wenn politische Macht einzig auf Religion basiert und die Gesellschaft im Namen der Religion regiert wird, werden Zivilrechte außer Kraft gesetzt. Muslime behaupten, der Islam sei der Garant für Freiheit. Die Religion gewährleistet keine Freiheit und garantiert sie auch nicht und zwar für niemanden - ohne

Ausnahme! Nur die Menschenrechtserklärung darf sich das anmaßen, und nur eine Verfassung darf meine Freiheit gewährleisten. Demokratie in der arabischen Gesellschaft können wir nur auf der Basis ziviler, säkularer Staatsgewalten, auf der Grundlage der bürgerrechtlichen Gleichheit und des Laizismus erreichen.

### **Liegt also im Laizismus die Lösung?**

Selbstverständlich. Ohne den Laizismus kann man keine moderne Gesellschaft bilden. Wenn es unser Ziel ist, eine freie und demokratische „arabische“ Gesellschaft zu errichten, müssen Minderheiten jeder Art und Andersdenkende bedingungslose Akzeptanz erfahren. Nur so gestalten wir eine fortschrittliche und weltoffene Gesellschaft. Der Laizismus richtet sich nicht gegen den individuellen Glauben. Der einzelne Mensch hat das Recht auf Religiosität; das ist eine individuelle Freiheit. In der Demokratie muss die Freiheit des Einzelnen respektiert werden.

### **Ist die heutige arabische Gesellschaft mit dem Laizismus kompatibel?**

Leider nein. Aber das ist die Realität.

### **Warum konnten die arabische Gesellschaft und der Laizismus bisher nicht in Einklang gebracht werden?**

Weil diese Gesellschaften noch die Sprache des Kalifats sprechen und das Prinzip der Eroberungen noch existiert. Schon allein die Herangehensweise, eine Gesellschaft heute immer noch unter dem Gesichtspunkt der Religion in Mehrheit und Minderheiten aufzuteilen, bestätigt ihre undemokratischen Strukturen.

### **Hat die arabische Gesellschaft in ihrer Geschichte je eine Demokratie erlebt?**

Nein. Wir Araber drehen uns seit 1500 Jahren im Kreis. Unser Hauptanliegen in diesen fünfzehn Jahrhunderten ist es, politische Macht zu erlangen, ohne die gesellschaftlichen Veränderungen in Richtung Fortschritt zu berücksichtigen. Es geht um ein Austauschen von Machtpersonen an oberster Stelle und nicht um Veränderungen im Wesentlichen. Niemand versucht, die Gesellschaft zu verändern. Niemand sucht nach Wegen, um die Entwicklungen in der Kultur und in der Gesellschaft zu verbessern. Niemand sucht nach Möglichkeiten, wie man aus dem arabischen einen modernen Menschen machen kann.

### **Ist der sogenannte arabische Frühling nicht der Anfang einer Demokratisierung der Gesellschaft?**

Eventuell könnten wir durch den Wandel eine Regierung bekommen, die weniger brutal wäre als das vorherige Regime oder bloß ein geringeres Übel darstellen würde. Deswegen betone ich, dass es keine Demokratie geben kann mit einem System, das auf Religion basiert.

### **Die syrische Opposition fordert Freiheit und Demokratie. Einige unter ihnen bringen die Idee der Zivilgesellschaft in ihren Debatten ein. Könnte das nicht der Baustein sein, auf dem sich eine zivile moderne Gesellschaft gründen lässt?**

Dieses Gerede, das in der arabischen Gesellschaft in Umlauf ist, hat keine Bedeutung. Die neuen Befreier haben bis jetzt in ihren politischen Programmen den Begriff „Laizismus“ nicht einmal erwähnt. Was ist das für eine Revolution, die Angst vor einem einzigen Wort hat?

### **In einer Erklärung der syrischen Muslim-Bruderschaft hieß es, die Wahlurnen würden entscheiden, wer das Land auf demokratischer Basis regieren wird. Wie glaubwürdig ist das?**

Gar nicht. Würden sie akzeptieren, dass ein Christ in Syrien Präsident wird? Würden sie in Ägypten einen Kopten als Präsidenten akzeptieren? Nein, weil in ihren Köpfen immer noch das Dogma vorherrscht, die Gesellschaft in religiöse Mehrheit und Minderheiten zu teilen.

**Aber in der Demokratie darf sich jede Partei zur Wahl stellen.**

Ich bin für freie Wahlen, und ich respektiere die Demokratie. Meine Stimme werde ich abgeben, aber natürlich gegen die Muslim-Bruderschaft. Ich bin strikt gegen ihre Einflussnahme in der Politik. Leider sind in einigen Fällen demokratische Wahlen keine Lösung, weil auch eine Mehrheit tyrannisch sein kann, auch wenn sie durch freie Wahlen politische Macht errungen hat, siehe Hitler.

### **Wo stehen die syrischen Christen und andere religiöse Gruppen in der Revolution? Ihnen wird unterstellt, Unterstützer des Assad-Regimes zu sein.**

Ich bin gegen diese Behauptungen. Außerdem, wenn sie an der Revolution teilnehmen sollten, dann doch als Bürger des Landes und nicht als Christen. Aber die Verantwortung dafür liegt auch im Verhalten der Beteiligten selbst, seien es Christen, Alawiten, Drusen oder andere. Gerade sie sollten diese Aufteilung in beispielsweise muslimische und christliche Revolutionäre ablehnen. Die Christen sollten im Nationalrat oder in der Nationalen Koalition als Repräsentanten des syrischen Volkes und nicht als Vertreter der Christen in Erscheinung treten. Die Aufforderung, sich als religiöse Minderheit an der Revolution zu beteiligen, ist doch schon - de facto - eine Diskriminierung.

### **Haben arabische Intellektuelle beim Umbruch überhaupt eine Rolle gespielt?**

Natürlich. Das, was in Syrien und in den anderen arabischen Ländern geschieht, ist durch Ideen, durch Wünsche und Vorstellungen eines besseren Lebens entstanden. Diese Ideen sprießen doch nicht plötzlich aus dem Nichts. Viele arabische Schriftsteller und Intellektuelle haben sich für Freiheit und Demokratie ausgesprochen. Ihnen ist zu verdanken, dass überhaupt eine politisch motivierte Bewegung ihren Lauf genommen hat.

### **Warum sind Sie nicht auf der Seite der Revolution?**

Wie kann ich auf der Seite der heutigen Revolution sein? Die Frage ist doch, was hat sie für ein politisches Programm? Anfangs verlief die Revolution für Freiheit und Demokratie friedlich. Heute ist sie voller Gewalt. Sie ist eine bewaffnete Revolte geworden. Viele Söldner aus den unterschiedlichsten islamischen Ländern befinden sich in den Reihen der Revolutionäre. Qatar, Saudi-Arabien und Amerika bewaffnen sie. Dies ist keine Revolution. Sie besteht bloß aus einzelnen rebellischen Gruppen, die nur das Regime stürzen wollen. Wie kann ich so etwas unterstützen?

### **Welche Rolle spielt der Westen in der syrischen Krise?**

Der Westen verhält sich in dieser Angelegenheit geradezu wie ein Unwissender. Obwohl es ihm an Experten und Beratern nicht mangelt, tragen diese nicht unbedingt zur Aufklärung bei. Sie liefern oberflächliche Informationen. Ich spreche hier vom Bereich Politik. Viele westliche Intellektuelle sind politisch gut informiert, doch treffen sie keine politischen Entscheidungen. Außerdem begegnet der Westen den Arabern und dem Islam - überwiegend in politischen, aber auch in kulturellen Fragen - nicht gerade mit Respekt. Heute befindet sich der Westen in einer wirtschaftlichen Krise. Und der größte Teil der arabischen Welt ist reich. Also wird der Westen alles daransetzen, um seine wirtschaftlichen Probleme zu lösen, auch wenn er damit gegen seine kulturellen Errungenschaften, demokratische Prinzipien und Menschenrechte verstößt.

### **Eine politische Lösung ist bis jetzt nicht erreicht worden. Warum?**

Es gibt sowohl externe als auch interne Kräfte, die eine politische Lösung ablehnen. Deshalb eskaliert die Gewalt im Land. Die Ersten, die eine politische Lösung ablehnen, sind die Revolutionäre selbst. Sie werden mit Geldern mancher Staaten unterstützt, die kein Interesse daran haben, die Gewalt in Syrien zu beenden. Manche externe Kräfte möchten, dass die syrische Gesellschaft zerstört und das Land durch die Erschöpfung seiner menschlichen und wirtschaftlichen Ressourcen geschwächt wird. Einige Staaten fordern sogar ein militärisches Eingreifen in Syrien, um es zu schwächen. Denn nur ein schwaches und geteiltes Land kann keine Vorbedingungen am Verhandlungstisch stellen. Es muss akzeptieren, was andere vorschreiben.

### **Heißt das, es besteht die Option, Syrien in mehrere Länder aufzuteilen?**

Alles ist möglich. Das hängt von der Rolle der Weltmächte in Syrien ab.

### **Einige westliche Länder drohen der Führung mit militärischem Eingreifen.**

Ich glaube nicht, dass es dazu kommen wird. Syrien ist ein kompliziertes Gefüge: Saudi-Arabien, Qatar und die Türkei möchten unter dem Vorwand eines moderaten Islam die Länder von Marokko bis Pakistan unter sunnitische Herrschaft bringen. So würde eine neue einheitliche Zone, die sich vom Mittelmeer über den Kaukasus bis zur russischen Grenze erstreckt, entstehen. Dies hat einerseits eine Isolation Russlands zur Folge, andererseits verhindert es schiitische Einflüsse. Außerdem könnten Muslime in Russland instrumentalisiert werden. Dasselbe gilt auch für Muslime in China. Abgesehen davon, verteidigen Russland und China eigene Interessen in Syrien. Deswegen ist der Konflikt so kompliziert. An Syrien grenzen die Türkei, das Mittelmeer, der Libanon, Israel, Jordanien und der Irak. Man gelangt unmittelbar in die kurdischen Gebiete. Auch Saudi-Arabien, die Golfstaaten, Iran in Richtung Zentralasien, Ägypten in Richtung Afrika und Zypern und Griechenland in Richtung Europa sind nicht weit. Sollte es zu einem militärischen Eingreifen kommen, würde Syrien möglicherweise in die Hände der Dschihadisten fallen. Die Herrschenden würden Einfluss auf das gesamte Gebiet nehmen. Möchte der Westen das wirklich in Kauf nehmen? Ich glaube nicht.

August 28, 2013

## Pension Plan in France Draws Few Admirers

By SCOTT SAYARE

81,183

PARIS — The government's much-anticipated proposal to change the generous but underfunded French pension system has been to the liking of very few here, with many critics on Wednesday calling it insufficient and others worried that it may herald a broader unraveling of the country's cherished system of social protections. Nor are France's European partners likely to view the plans as representing the sort of structural overhaul they have called for.

The changes will involve slight tax increases on workers and companies and an eventual increase in the required pay-in time to 43 years from 41.5, an approach presented Tuesday by Prime Minister Jean-Marc Ayrault as "responsible," "just" and "balanced." Retirement payments will not be reduced, and the deficit of the private-sector pension system, which is underfunded by about \$12 billion, will be all but erased by 2020, government projections say.

For all the frustration or worry over the plan, however, it appears to have left no one enraged. It is a tentative middle way in keeping with President François Hollande's careful, check-the-boxes style of governing and his gradual approach to economic recovery.

"Everything's being done in homeopathic doses," said Jean-Paul Fitoussi, a professor of economics at the Institut d'Études Politiques in Paris. "It won't please anyone. But one also has to say that it won't really displease anyone, either."

Detractors said the plan was unlikely to right the finances of the broader pension system, which is currently projected to run a total deficit of about \$28 billion in 2020, approximately 1 percent of G.D.P. Nor, they noted, would it do much in the near term to reduce the country's budget deficit, which Mr. Hollande has pledged to bring to 3 percent of G.D.P. by 2015, down from 4.8 percent last year.

The legislative proposal will go before Parliament, where the left holds majorities in both chambers, this fall.

European officials, investors and economists have called upon France's government to make structural changes, trim public spending and halt tax increases to avoid stifling the beginnings of a return to growth in the country's stagnant economy. All have urged an overhaul of the pension system, which has changed little in recent decades despite a significant rise in life expectancy.

But pension reform has been an explosively contentious matter. With unemployment high, at 11 percent, and with little prospect for significant growth in the near term, the government has been eager to avoid controversy.

"The French are attached to their pension system — but, how could they not be?" Mr. Ayrault said Tuesday. "This beautiful inheritance, we have a duty to preserve it."

The country's European partners and the International Monetary Fund are sure to feel that France has not gone far enough, Mr. Fitoussi said. In France, where the right to a comfortable retirement is cherished, many saw Mr. Ayrault's words as a paeon to an untenable status quo.

There is every indication "that this reform will not be the last one," wrote *Le Monde*, the left-leaning daily that is considered the country's newspaper of record. The government's proposals bear only on the financing of pensions for workers in the private sector, not those in the sprawling public administration or other complementary retirement plans, *Le Monde* noted.

“Grave problems are being, once again, obscured,” the newspaper said. “To confront them seriously, one will need more than skill: daring.”

Amid mass protests and opposition from the Socialist party, Mr. Hollande’s predecessor, Nicolas Sarkozy, pushed through his own pension changes in 2010, raising the minimum retirement age to 62 from 60. Mr. Sarkozy’s allies on the right have called the current government’s pension proposal unserious.

Jean-François Copé, who heads Mr. Sarkozy’s Union for a Popular Movement party, said in a televised interview that the government has announced “no pension reform but simply a rise in taxes.”

“The heralded grand reform, which was supposed to thrill the whole of Europe, has quite simply gone down the drain,” wrote Gaëtan de Capèle, economics editor of the newspaper Le Figaro, a rightist bastion that can be safely relied upon to rail against Mr. Hollande’s policies.

Leftists, too, have spoken unfavorably of the government’s plans. Though pleased at the creation of a point system offering credits that would allow some workers in physically taxing or dangerous occupations to retire earlier, for instance, labor unions and some politicians have expressed concerns that the changes — undertaken by a government of the left — may signal some willingness to break with the social protection policies that are symbols on the left.

Several of the country’s small but politically potent trade unions, worried that the plan would effectively push up the retirement age, have called for a national day of protest on Sept. 10.

The average retirement age for private-sector workers is currently 62, several aides to Mr. Ayrault said Wednesday. By 2035, at which point all workers would be required to pay into the system for 43 years in order to receive a full pension, the average age is expected to have risen to 64.5, they said.

## France's Pension Non-Reform

**Paying for a growing number of retirees with a pay-as-you-go system that invests little for the future is a losing game.**

French Prime Minister Jean-Marc Ayrault announced long-awaited pension reforms Tuesday evening, and for a project that has robbed so many *fonctionnaires* of their summer holidays, the results are slight.

Pension reform has been a periodic event on the French political calendar since 1993, and the country's unions have hardly gotten less wrathful toward change. Mr. Ayrault's latest patch-up for **the pay-as-you-go** system involves a gradual hike, between 2014-2018, in the amount employers and employees pay into the system.

The Prime Minister is also proposing an incremental increase, after 2020, in the minimum number of years an employee must pay into the system before he qualifies for a full pension, rising to 43 years by 2035. The higher payroll contributions will be offset by unspecified reductions in other payroll taxes.



Agence France-Presse/Getty Images French Prime Minister Jean-Marc Ayrault

All this is at best a palliative for **a system that promises fixed life-long benefits to all workers**. What could work better? One idea that was reportedly floated but didn't make it into this week's bill was to cap benefit increases to a rate below inflation, so that the real value of a pension would decline over time. That could have kept the system solvent a little longer, but the Socialist Party's core constituencies would never have gone for it. The hard-line unions have already said they'll strike on September 10 to protest the reform.

France's business community isn't much happier. Mr. Ayrault paid lip service to the importance of containing labor costs to preserve economic growth. But demographics are not on the Prime Minister's side. **In 1950 France had five people of working age per retiree. Today it has 1.4, and the ratio is expected to fall to 1.2 by 2050.**

Paying for a growing number of retirees with a pay-as-you-go system that invests little for the future is a losing game. It will ultimately require much smaller pensions or much higher taxes, a fact that French businesses understand well even if the political class won't admit it.

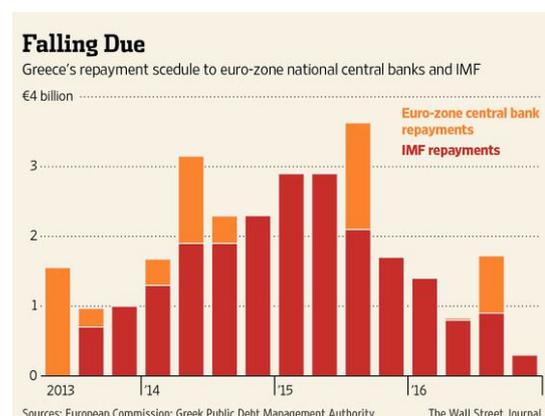
France's somewhat higher birth rate might spare it from the worst of the pension crisis that threatens Germany and other European countries a few decades hence. But given France's consistent lack of economic growth, relatively favorable demographics can postpone the pension bomb's detonation. It won't defuse the bomb.

## Greek Cash Shortfall Spells Problems for Euro Zone

# Third Bailout Has to be Negotiated Without Reigniting Turmoil

By [MATINA STEVIS](#)

After two bailouts, Greece needs yet more money. While that is hardly surprising, the debate over how it should get it has the potential to ignite tumult in the seemingly calm euro zone.



Three problems are set to dog officials over the next few months. Greece has a shortfall of cash for the immediate future. Beyond that, it will need more aid to sustain itself through to 2016. And its debt remains too high.

Athens has to plug a roughly €4 billion (\$5.3 billion) gap in its finances this year and next, as disappointing tax and privatization revenues have burned holes in its budget plans.

It will need to find yet more money—starting later next year—because of a worse-than-expected recession, poor prospects of returning to private markets as originally foreseen, and an unexpected debt-repayment bill to euro-zone central banks.

The International Monetary Fund, which cofinances Greece's bailout alongside euro-zone governments, can only continue to lend to a government if it is "fully funded" for another 12 months. As of this month, the IMF says, Greece isn't.

Three European officials said the problem will be dealt with in November, following a report from experts due to visit Athens in September.

The first upset could come in Athens. Greek officials are terrified that filling the immediate shortfall will require additional austerity measures in October.

That would test the resilience of a government weakened over the summer by the departure of a junior coalition partner, following a dispute over the closure of the national broadcaster.

The now two-party, conservative-led government has an uncomfortably razor-thin majority of five seats in the 300-seat Parliament.

"The request of additional austerity could well prove to be the straw that breaks this government's back," Mujtaba Rahman, head of European analysis at Eurasia Group, said.

Tapping an €8 billion stash of cash in Greece's bank-recapitalization fund could help, a senior official at the Greek finance ministry suggests.

But that money could well be needed for future capital injections, possibly early in the new year, a senior euro-zone official said.

The euro-zone official explained that the European part of Greece's bailout, due to run out in December 2014, will in fact suffice only until next August. A new aid package would be needed to support Greece from the autumn of 2014 until the end of 2016, he said. The IMF's program extends until early 2016.

So German Finance Minister Wolfgang Schäuble told it like it is to his electorate last week: Greece will need a third bailout.

Emboldened, his Greek counterpart, Yiannis Stournaras, rushed to explain it would "only" be €10 billion and would come with no new austerity demands.

But officials in Brussels warn that there will be no free lunch for Greece. "There is zero chance Greece will get more money without conditions," the euro-zone official said.

The amount of new loans is likely to be between €10 billion and €15 billion, several European officials with knowledge of the country's finances and the creditors' intentions said. The IMF in its latest review in July estimated Greece's additional needs at €11 billion.

To a large extent, Greece needs a third bailout to repay the first two. This year, it started paying back its IMF loans. A cool €20.3 billion must be repaid to the Washington-based institution between 2014 and 2016.

On top of that, euro-zone central banks holding Greek government bonds are demanding that they be repaid at maturity, instead of allowing them to be rolled over, as had been expected. Athens now will need €5.6 billion by 2016 to pay them off.

All this will be on the agenda in November, the euro-zone official said.

Then, there is the IMF's long-standing demand that euro-zone governments forgive some of Greece's debt (while also insisting that Greece repay the billions borrowed from the fund—in full and on time.)

This discussion seems set to take place after April. That is when Eurostat, the European Union statistical service, officially declares what the country's debt was in 2013.

The IMF extracted a commitment from euro-zone governments last November that, if Greece kept to the deal, they would take "additional measures" to cut its debt to "substantially below 110% of gross domestic product by 2022."

Unless Greece experiences a historically unprecedented and unlikely economic boom, that ratio can only be achieved if official creditors agree to take losses.

That, European officials say, is out of the question. Maturity extensions and a modest interest-rate cut is all that is on offer.

Greece can spell trouble for the Europe-IMF relationship, but the two sides seem to have agreed the choreography: deal with financing shortfalls in November; leave the debt-cut talks for next year.

An omertà has been agreed between Washington and Berlin, one senior EU official said, citing conversations with IMF colleagues: "You [Germany] make no trouble with the financing and we make no trouble with the [demand for debt cuts] right now."

## Syria Tests Germany's Culture of Reluctance

By *KARL-THEODOR zu GUTTENBERG and ULF GARTZKE*

In the wake of the chemical weapons attack near Damascus, Western military strikes against Syria seem imminent. And Germany will once again demand a special role.

With elections less than four weeks away, the developments in Syria are putting Chancellor Angela Merkel in a tough spot. Certainly, Berlin has felt compelled to ratchet up its rhetoric vis-à-vis President Bashar al-Assad, [dubbing](#) his regime's alleged use of chemical weapons as the "breaking of a taboo" and a "crime against civilization."

On the other hand, an escalation of the conflict could derail Merkel's plans to coast to easy re-election on Sept. 22.

German political leaders know full well that the country's public opinion remains highly skeptical of any military deployments abroad, let alone combat operations. In March 2011, the Merkel government [decided to abstain](#) in the United Nations Security Council vote authorizing the use of force against Libya just days before contesting important regional elections in the state of Baden-Württemberg (the ruling center-right parties still lost).

Berlin's controversial decision to side with Russia and China rather than back its traditional NATO allies was viewed by international observers at the time as evidence that Germany, despite being an economic powerhouse, is still a pygmy in foreign and security affairs.

Unfortunately, prominent German political leaders across party lines continue to believe that the country's economic weight creates enough leverage to compensate for Germany's failure to realize its full potential as a capable and responsible member of the Atlantic alliance and the international community.

At a time when Europe's global reach, influence and credibility are threatened by rapid decline, "checkbook diplomacy" by the biggest European Union member is not a viable substitute for contributing military assets to the joint defense of our common values and interests. Neither is "offset diplomacy," like Berlin's offer to boost its military commitment in Afghanistan during the Libya crisis. That option, in any case, is no longer available.

Just this week, Peer Steinbrück, the Social Democratic party's candidate for chancellor, urged "maximum restraint" and sternly warned of "falling into a military logic" on Syria. Steinbrück's position is reminiscent of the one espoused by the former Green foreign minister, Joschka Fischer, who famously told Defense Secretary Donald Rumsfeld in February 2003, "Excuse me, I'm not convinced" of the case for war against Iraq.

The fact that history ultimately vindicated Fischer's stance makes a similar approach today even more attractive. And while the current foreign minister, Guido Westerwelle, the architect of Germany's Libya abstention, has made it clear that the chemical attack in Syria must trigger direct action by the international community, he has said only that "Germany will be among those who deem such consequences as appropriate," and has remained firmly opposed to any military participation.

Berlin's culture of reluctance exposes the underlying paradoxes of German foreign and security policy. Even during the severe frictions between Washington and Berlin in 2003 over the Iraq war, Germany's center-left Red-Green government led by Gerhard Schröder provided far more tangible support — ranging from flyover rights to intelligence sharing — than the self-styled leaders of the German "Friedensmacht" ("peace power") were willing to admit to their own public.

Ten years later, the Merkel government may try to chart a path that shows a certain degree of solidarity with whatever Washington and other allies decide to do in Syria, perhaps using German naval reconnaissance assets off the coast of Syria and Lebanon to collect intelligence. Or German Patriot missile defense units currently deployed in Turkey could see action in the unlikely event that Damascus tries to retaliate against Ankara. Finally, Germany might provide support to Israel against potential attacks from Hezbollah units in southern Lebanon.

At the same time, Merkel and Westerwelle will be extremely careful to deny the opposition parties any political opening. A direct participation by the German military in Western military strikes on Syria is not on the table.

While the reasons for Germany's approach seem understandable, both in terms of the country's past and the natural desire of political leaders to win, following such an approach in the high-stakes realm of foreign and security policy carries a potentially steep cost in international influence.

While it will take a long time for Germany to move beyond its deeply entrenched culture of reluctance, taking a stronger, more principled stance on Syria today would be an important step in the right direction.

***Karl-Theodor zu Guttenberg**, a former German defense minister, is Distinguished Statesman at the Center for Strategic and International Studies, in Washington. **Ulf Gartzke** teaches at Georgetown University's BMW Center for German and European Studies.*

## In Turnaround, It's France Backing Arms While Britain Sits on Syria Sidelines

By [STEVEN ERLANGER](#)

LONDON — In the 2003 Iraq war, France refused to join the American-led coalition against Saddam Hussein, while Britain, as usual, fought fiercely alongside the Americans.

Many Americans made fun of the French, speaking of “cheese-eating surrender monkeys,” and “freedom fries” became the *nom de guerre* of French fries in Washington.

Ten years later, however, France is pressing for military action in Syria and happy to fight alongside the Americans, while the British, in a stunning turnaround after a badly managed vote Thursday night in Parliament, will not take part in any military action, joining the Germans on the sidelines.

The outcome is especially bizarre because Prime Minister David Cameron of Britain joined President François Hollande of France in strongly pushing President Obama to act more boldly in Syria — to provide arms to the rebels, to consider a no-fly zone, to strike hard in response to the alleged use of chemical weapons. His activism far outstripped Britain's teamwork with the United States on the Iraq war, for which bitter Britons referred to Prime Minister Tony Blair as President George W. Bush's poodle.

“On this issue Britain wasn't Obama's poodle but his Rottweiler,” said Robin Niblett, the director of [Chatham House](#), the Royal Institute of International Affairs. “We and the French were pushing Obama on Syria to arm the opposition, lift the embargoes and strike back.”

Vincent Desportes, a retired French general and former director of the French *École de Guerre*, said that “the United States and France are truly in the same boat, in the same difficulty, and this difficulty is that of the credibility and place of the West in the world.” For France, he said, it is an occasion to tell the Americans that “we weren't with you in Iraq because we didn't believe in it, but now we are going with you because we do.”

Britain, however, has degraded its position and credibility, he said. While France is reasserting its claim to be a global power, Britain, he said, appears to be stepping back.

Syria is clearly not Iraq. As Mr. Obama and other Western leaders have emphasized, any military action against Bashar al-Assad's government and military would be short, punitive and meant to dissuade Mr. Assad from using any further chemical weapons. The strikes would almost surely rely on cruise missiles, and would not involve troops on the ground or any stated intent to remove the country's president, Mr. Assad.

And while Mr. Bush and Mr. Blair told the world, mistakenly, that Saddam Hussein had weapons of mass destruction, there is no question that Mr. Assad has them and that his forces have used them, even if Moscow and others question the American certainty on his authorship of the devastating attack last week.

But the British-French turnabouts raise questions about whether the European strategic landscape has changed, especially after both Britain and France led the way in Libya in 2011 and the French took on the fight against Al Qaeda and its associates in the former French colony of Mali this year.

For Mr. Niblett, the answer is no for the French, but less clear for the British.

“If there were one place in the world where the French would go along with the United States,” he said, “it would be Syria,” a former French mandate territory next to Lebanon. “The French have been bullish on Syria

and on Iran, via Syria.” Paris has been forceful in demanding that Iran live up to Security Council resolutions on the nuclear issue and believes in defending international norms, like the Nuclear Non-Proliferation Treaty and the Chemical Weapons Convention.

“And this is limited,” Mr. Niblett said. “This not a George W. Bush let’s remake the Middle East moment, and would represent a strong defense of an international treaty and norms on chemical weapons.”

As for Britain, however, he is more troubled, while noting that Mr. Cameron’s defeat in Parliament was partly self-inflicted and came from bad management of his majority. He lost by 13 votes on a meaningless motion, but 95 legislators did not vote.

For Britain, “this reflects a deep scarring from Afghanistan and Iraq, where British forces were key and fought hard,” Mr. Niblett said. “There is a strong view in the commentariat, perhaps not a majority, that says that we can’t fix these bloody, intractable problems in the Middle East, so why are we trying to do it? And there’s a skittishness of politicians about getting too far ahead of the public.”

Still, he said, “for the U.K. to step back from being the U.S. wingman on deterrence issues is important.”

The British decision not to participate will also leave the French more exposed, argued Nigel Sheinwald, a former British ambassador to both Washington and the European Union. There would be some embarrassment for British diplomats in Washington. But the British decision could also make things more difficult domestically for Mr. Hollande, he said. “It’s better for everyone to do things together.”

Mr. Hollande was clear, telling the newspaper *Le Monde* that the British decision would not stop Paris from acting. The chemical attack “must not go unpunished,” he said. “Otherwise, it would be taking the risk of an escalation that would normalize the use of these weapons and threaten other countries.” A military strike against government targets would have a “deterrence value” and urge the government toward a negotiated “political solution” to the conflict, France’s explicitly stated goal.

What surprised some, given France’s emphasis on international law, was Mr. Hollande’s willingness to circumvent the United Nations Security Council, on which it sits.

Denis Bauchard, a former French ambassador and Middle East expert now at the French Institute for International Relations, said Mr. Hollande’s willingness to circumvent the Security Council appeared “utterly contrary to our traditional policy” of bolstering the body’s legitimacy, particularly in the Middle East.

Jonathan Krause, a lecturer in strategic studies at the Royal Air Force College, said France and Britain did not always have the same interests. People “underestimate how important France has been as a military force in the Mediterranean and in its fight against Islamism in Mali,” he said. “The French did a lot of heavy lifting in the operation in Libya. Combined with the successful operation in Mali, this seems to have emboldened them.”

France has changed, he said. “France is no longer as isolationist or Gaullist as they were a decade ago — there seems to be a renewed French effort to fulfill their desired role as a major European power.”

What helps Mr. Hollande, like Mr. Obama, is a presidential system, unlike the British one. The executive has a relatively free hand in foreign and military policy except for formal declarations of war, which are rarely made.

“You inform the Parliament, but you don’t consult it,” Mr. Bauchard said.

[http://www.lemonde.fr/politique/video/2013/08/31/la-reforme-des-retraites-expliquee-en-patates\\_3469153\\_823448.html](http://www.lemonde.fr/politique/video/2013/08/31/la-reforme-des-retraites-expliquee-en-patates_3469153_823448.html)

## La réforme des retraites expliquée en patates

**VIDEO** Durée : 03:13 | Images : Martin Vidberg - Olivier Clairouin / Le Monde.fr

Le Monde.fr | 31.08.2013 à 19h06 • Mis à jour le 31.08.2013 à 19h07 | Par [Olivier Clairouin](#) 81,192

Pas de taxe sur la CSG, augmentation du nombre d'annuités nécessaires à une retraite pleine, mise en place d'un "compte pénibilité"... Jean-Marc Ayrault a détaillé mardi la charpente de la nouvelle réforme du régime général des retraites. Quel impact vont avoir les mesures sur chaque citoyen, selon qu'il soit étudiant, actif ou retraité ? Pour y voir plus clair, voici une mise en situation avec la famille Kartoffeln.